



Bruegel und seine Zeit

Die Albertina präsentiert von 15. Februar bis 24. Mai 2023 eine Auswahl von rund 90 Werken aus eigenem Bestand, die diese unvergleichliche Blüte der Zeichnung veranschaulicht. *ab der Seite 156*

Pieter Bruegel d. Ä., Maler und Käufer, um 1566, Feder in Braun, auf Papier

Die Seite 2

*Liebe Leserinnen und Leser, liebe Landsleute,
ich wünsche mir, daß Sie alle ein gutes Neues Jahr beginnen konnten!
Mit Freude haben wir festgestellt, daß unsere Magazine im vergangenen Jahr
etwas mehr als 1,2 Millionen LeserInnen erreicht haben – danke für Ihre Treue!
Und erlauben Sie mir bitte auch einen „privaten“ Hinweis: Am Ende dieser
Ausgabe finden Sie Beiträge über zwei Videos, die ich gedreht habe – auch
die Musik stammt von mir ... schauen Sie bitte hinein und empfehlen sie diese
weiter, wenn Sie Ihnen gefallen haben. Danke!*

Alles Gute und liebe Grüße aus Wien

Michael Mössmer

Redaktionsschluß war am 17. März

Der Inhalt der Ausgabe 206

Aus der Hofburg	6	Tiergarten Schönbrunn knackte wieder die Zwei-Millionen-Marke	128
Aus dem Parlament	15	Der Wein-Jahrgang 2022	129
Aus der Bundeskanzleramt	31	Überdurchschnittliche Weinernte	131
Aus dem Außenministerium	41	Exotische Pflanzen & Früchte	132
Ende der Zeitzeugenschaft?		Biergenuß trotz Alkoholverzicht	133
Sonderausstellung im HGÖ	60	Friedrich Cerha†	
Das jüdische Leben in Döbling	61	Der österreichische Komponist und Dirigent ist verstorben.	134
Aus den Bundesländern	63	OÖ würdigt langjährigen Landeshauptmann Heinrich Gleißner	136
Außenhandel 2023 stagniert	73	Bester internationaler Film...	
Außenhandel 2022 zweistellig gewachsen	74	Junger Burgschauspieler spielt die Hauptrolle in mit vier Oscars ausgezeichnete Netflix-Produktion	137
Vorteiles des EU-Binnenmarkts	77	Schönborn: Ökumene braucht interreligiöse Offenheit	139
30 Jahre EU-Binnenmarkt	78	Feier für Weihejubiläum Paul Iby	141
Österreich-Auftritt auf der ITB	80	Die Wiener Reichskrone	144
Family Business Ranking 2023	82	Hirneigenes GPS hilft uns zu navigieren.	148
Neuer Exportrekord für Weine	83	Wie man unbekannte Quantenprozesse umkehrt	149
Österreichweite EU-Gipfeltour	84	5500 Jahre alter Misthaufen...	150
»WirtschaftsOskar« 2023	85	Verlassene Minen in Batterien verwandeln	151
ÖWF: Adler-1 und Adler-2	86	Quanten-Supercomputer für die Uni Innsbruck	152
TU Graz setzt internationale Kryptographie-Standards	87	Das Innenleben von organischen Leuchtdioden	153
Uni Linz: Vom Abfall zur Ressource	88	Europas höchstes Internat aus Holz	154
190 Destinationen zur Auswahl	89	Bruegel und seine Zeit	
Vienna Film Commission	90	Ausstellung in der Albertina	156
AKH Wien erneut unter besten Spitälern der Welt	92	Klimt. Inspired by Van Gogh, Rodin, Matisse ... Ausstellung im Unteren Belvedere	162
UNWTO kürte beste Tourismusdörfer des Jahres 2022	93	»Kiki Kogelnik: Now Is the Time«	
Aus dem Dachverband PaN	96	Ausstellung im Bank Austria Kunstforum Wien	169
Neujahrsansprache des Bundespräsidenten	105	Gebrauchsanleitung im Aktionismusgeschmack	
Alexander Van der Bellen für zweite Amtsperiode angelobt	106	Werke des österreichischen Künstlers Franz West – Wien, New York und Paris	171
Saniertes Parlamentsgebäude begrüßte erste BesucherInnen	112	Der Japanische Garten im Schloßpark Schönbrunn	174
KMU als wesentliche Säule	116	4K-Video: Rund um den Traunsee	175
WIFO-Konjunkturklimaindex	117		
In kleinen Schritten zur Konjunkturerholung	118		
RE/MAX: Immobilienmarkt 2023	120		
Insgesamt 5,15 Mio. Pkw in Österreich zugelassen	123		
Bevölkerung Österreichs auf 9,1 Mio. gewachsen	124		
Oberösterreich: 24 neue Erbhöfe	125		
»Sisi's New Portrait«	126		



Diplomaten beim Bundespräsidenten 7



Angelobund des Bundespräsidenten 106



Friedrich Cerha ist verstorben 134



Die Wiener Reichskrone 144



Klimt. Inspired by Van Gogh, Rodin... 162

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag, A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1; alleiniger Eigentümer, für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer. Unternehmensgegenstand: regelmäßige Herausgabe einer Zeitschrift für unsere Landsleute im Ausland. Fotos Seite 2: Peter Lechner/HBF; Parlamentsdirektion; SF/ Helmut Schaffler; KHM-Museumsverband; Privatsammlung, courtesy of HomeArt

Herzlich willkommen in Österreich

Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfing am 11. Jänner die neuen BotschafterInnen aus sieben Staaten in der Wiener Hofburg



I.E. Kristín A. Árnadóttir,
Botschafterin der Republik Island



S.E. Ham Sang Wook,
Botschafter der Republik Korea



I.E. Lina Rukštelienė,
Botschafterin der Republik Litauen



S.E. Alibek Bakayev,
Botschafter der Republik Kasachstan



I.E. Salome Meyer,
Botschafterin der Schweizerischen Eidgenossenschaft



I.E. Vilawan Mangklatanakul,
Botschafterin des Königreichs Thailand



S.E. Ryuta Mizuuchi,
Botschafter von Japan

Alle Fotos: Carina Karlovits / HBF, Paul Kulec / HBF

Besuch aus der Schweiz

Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfing seinen Schweizer Amtskollegen Alain Berset – Themen: nachbarschaftliche Zusammenarbeit, EU und Ukraine-Krieg



Foto: Carina Karlovits / HBD

Besuch des Bundespräsidenten der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Alain Berset (l.), bei Bundespräsident Alexander Van der Bellen

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat Kritik an der EU-Politik gegenüber der Schweiz geübt. „Ich finde es persönlich unerträglich, daß die Schweiz mit den besten Universitäten der Welt von Horizon Europe, dem Forschungsprogramm der Europäischen Union derzeit ausgeschlossen ist“, sagte er am 13. Jänner nach einem Treffen mit seinem Schweizer Amtskollegen Alain Berset in Wien, der von „Fortschritten“ in den EU-Schweiz-Verhandlungen sprach.

Die Teilnahme am milliarden schweren Forschungsprogramm Horizon Europe gilt als eines der Druckmittel Brüssels in den Verhandlungen mit Bern über den Abschluß eines Rahmenabkommens. Die Schweiz ist mit der EU über eine Reihe bilateraler Verträge verbunden und nimmt etwa am Binnenmarkt, der Personenfreizügigkeit und dem Schengenraum teil. Vor knapp zwei Jahren beendete Bern jedoch die Gespräche über ein umfassendes Abkommen aufgrund von innenpolitischen Widerständen, insbesondere im Bereich Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Van der Bellen nannte den Forschungsbereich als Beispiel dafür, daß auch die EU die Schweiz brauche. Er wies darauf hin, daß 20 Schweizer Universitäten Gelder aus dem Forschungsprogramm zugesprochen bekommen hätten, die EU-Kommission die Auszahlung dann aber verweigert habe. „Österreich wird alles tun, um auf dieser Ebene das Verhältnis

zwischen der EU und der Schweiz zu verbessern“, versprach er. Alain Berset zeigte sich „erfreut“, daß Österreich die Schweizer Position bezüglich Horizon Europe teile.

Der Westschweizer Sozialdemokrat zeigte sich optimistisch, was die derzeitigen Sondierungsgespräche über eine Wiederaufnahme der EU-Schweiz-Verhandlungen betrifft. „Es geht gut, es geht vorwärts“, sagte er. Doch sei es wichtig, in den Verhandlungen „für beide Seiten ein gutes Resultat zu erzielen“, schließlich werde es darüber in der Schweiz „sehr wahrscheinlich auch eine Volksabstimmung“ geben.

Alain Berset hatte mit Jahreswechsel bereits zum zweiten Mal das Amt des Schweizer Bundespräsidenten übernommen, das jährlich zwischen den sieben Regierungsgliedern wechselt. Alexander Van der Bellen bezeichnete es als „schöne Tradition und bezeichnend für die engen und vertrauensvollen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern“, daß auch Alain Berset zum Auftakt seiner Amtszeit nach Wien reiste.

Einigkeit demonstrierten die beiden Staatsoberhäupter, was die russische Aggression gegen die Ukraine betrifft. Van der Bellen hob hervor, daß die Schweiz die EU-Sanktionen gegen Rußland mittrage, humanitäre Hilfe in der Ukraine leiste und wie Österreich zehntausende Vertriebene aufgenommen habe. „Neutralität bedeutet nicht Gleich-

gültigkeit, sicher nicht. Im Gegenteil“, betonte Berset insbesondere die Verpflichtung der Schweiz gegenüber dem Völkerrecht, dessen Mißachtung „das Hauptproblem mit diesem Krieg“ sei.

Alain Berset räumte ein, daß auch in der Schweiz eine Diskussion über die künftige Sicherheitspolitik im Gange sei. Die russische Aggression sei „schon ein brutaler Schock“ gewesen. Doch „der schlimmste Moment Spielregeln zu ändern, ist in Krisensituationen“, sagte er auf die Frage nach Umständen, die beide Länder zu einem Abgehen von ihrer Neutralität führen könnten. Wie Alexander Van der Bellen verwies auch Alain Berset darauf, daß die Situation der beiden mitteleuropäischen Länder nicht mit jener Schwedens und Finnlands vergleichbar sei.

In Österreich gebe es derzeit „keine ernst zu nehmende breite Bewegung, die Neutralität aufzugeben“, sagte Bundespräsident Van der Bellen. „Nichtsdestoweniger werden wir in Europa in den kommenden Jahren, Jahrzehnten zu diskutieren haben, wie wir uns angesichts der grundlosen Aggression als Europäer darauf vorbereiten, ob wir auf eigenen Beinen stehen können.“ Diesbezüglich ließ er Skepsis gegenüber der NATO durchblicken. Diese sei zwar für die europäischen NATO-Mitglieder „zentral“, „aber wenn wir ehrlich sind, ist die NATO ohne die USA schwer vorzustellen.“ ■

Besuch in der Slowakei

Bundespräsident Alexander Van der Bellen traf in Bratislava mit Präsidentin Zuzana Čaputová zusammen



Foto: Carina Karlovits / HBD

Präsidentin Zuzana Čaputová empfing Bundespräsident Alexander Van der Bellen in der slowakischen Hauptstadt.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen ist am 31. Jänner in Bratislava mit seiner slowakischen Amtskollegin Zuzana Čaputová zusammengetroffen. Dabei wurden unter anderem weitere Hilfen an die von Rußland angegriffene Ukraine erörtert. Der russische Angriff habe „viele Dinge in Frage gestellt“, so die Präsidentin. Ob sich der Westen bereits „im Krieg mit Rußland“ befinde, wie es jüngst Ungarns Premier Viktor Orban formuliert hatte, wollte Čaputová nicht direkt kommentieren. „Wir stehen auf der Seite der Hilfe, wenn die zivile Bevölkerung bedroht wird.“ Van der Bellen sprach in diesem Zusammenhang von „Wortklaubereien“. Die Ukraine sei aus „rein ideologischen Gründen“ angegriffen worden, meinte der Bundespräsident. Das Motto habe in etwa „Unterwerft euch oder wir bringen euch um“ gelaute, formulierte er. Daher müsse der Ukraine bei der Verteidigung geholfen werden.

„Gerade jetzt, angesichts des schrecklichen Kriegs in der Ukraine und dessen wirtschaftlicher Auswirkungen auch hier in Mitteleuropa, ist es besonders wichtig, sich mit europäischen Partnern eng auszutauschen“, betonte Van der Bellen. Wichtig sei, „daß wir in dieser herausfordernden Zeit zusammenstehen, uns nicht auseinanderdividieren lassen, mit einer Stimme sprechen.“ Die Slowakei sei diesbezüglich hier ein

wichtiger Partner und auch geografisch das direkte Bindeglied zwischen Österreich und der Ukraine. „Ausführlich haben wir uns zu den gemeinsamen Hilfsmaßnahmen sowie zu den Sanktionen gegenüber Rußland ausgetauscht. Die europäische Solidarität hat gerade in Zeiten der kriegerischen Bedrohung ihr Funktionieren unter Beweis gestellt.“

Weiters sagte Van der Bellen, er habe sich ganz bewußt dazu entschieden, schon wenige Tage nach seiner Angelobung in die Slowakei zu reisen, nämlich aus persönlicher Wertschätzung seiner Amtskollegin gegenüber, aber auch angesichts der „ausgezeichneten bilateralen Beziehungen unserer beiden Staaten“.

„Über 45.000 Slowakinnen und Slowaken leben in Österreich, insbesondere im grenznahen Raum und in Wien“, hielt der Bundespräsident fest. „Fast 40.000 weitere pendeln täglich aus der Slowakei nach Österreich – oftmals zu herausfordernder Arbeit im Pflege- und Gesundheitsbereich. Sie alle leisten in Österreich einen wichtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beitrag.“

„Neben dieser engen Verflechtung arbeiten wir gemeinsam daran, unsere beiden Länder noch näher zusammenzubringen“, erinnerte das Staatsoberhaupt. „Ein Beispiel ist das grenzüberschreitende Rettungsabkommen, das künftig die Barrieren bei der

medizinischen Versorgung weiter abbauen soll.“

Einigkeit herrsche auch bei den Themen Energie, betonten Van der Bellen und Čaputová unisono. Der Bundespräsident formulierte: „Wir dürfen unsere Bemühungen gegen die Klimakatastrophe – unsere große, gemeinsame Verantwortung und Aufgabe – nicht aus den Augen verlieren. Die Zeit drängt. Der Klimanotstand ist ein Wettlauf gegen die Zeit.“

In Zukunft würden Österreich und die Slowakei auch in Energiefragen enger kooperieren, meinte Čaputová, die sich auch freute, daß Van der Bellen seine erste Reise nach seiner Angelobung nach Bratislava geführt habe. Mit dem Bundespräsidenten komme „die Weisheit und Erfahrung zu einem guten fachlichen Austausch“, so die 49jährige Präsidentin zum 30 Jahre älteren Amtskollegen.

Bezüglich der Migrationsfrage und der jüngsten Diskussionen über den Schengenraum, waren beide Staatsoberhäupter der Meinung, daß auf europäischer Ebene eine Lösung gefunden werden müsse, daß es künftig innerhalb des Schengenraums keine Grenzkontrollen mehr gebe. Van der Bellen verwies auch darauf, daß Österreich vom Asylthema sehr betroffen sei. Das Thema werde von mancher Seite aber auch hochgespielt, räumte der Bundespräsident ein. ■

Besuch in der Ukraine

Bundespräsident Alexander Van der Bellen traf in Kiew mit Wolodymyr Selenskyj zusammen



Foto: Peter Lechner / HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat der von Rußland angegriffenen Ukraine am 1. Feber weitere Unterstützung und Solidarität zugesagt. Österreich sei zwar militärisch neutral, aber nicht wertneutral, betonte er bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj in Kiew. Der dankte für die humanitäre Hilfe Österreichs. Dennoch könnte sein Land auch andere Produkte, etwa zur Drohnenabwehr, benötigen. Außerdem könnte Österreich Hilfe bei der Entminung leisten. Immer noch würden in seinem Land Menschen bei der Explosion von Minen ums Leben kommen, die von den Russen gelegt worden seien, sagte Selenskyj.

Neben Ministerin Leonore Gewessler und Minister Martin Kocher begleiteten Van der Bellen (auch Schirmherr von „Nachbar in Not“) zudem der Caritas-Generalsekretär für internationale Programme, Andreas Knapp, Rot Kreuz-Generalsekretär Michael Opriesnig und Volkshilfe-Geschäftsführer Erich Fenninger die die ukrainische Bevölkerung mit vielen Hilfsprojekten unterstützen. Darunter eine Schule in Butscha und eine Geburtsklinik in Kyjiw, die mit österreichischer Hilfe saniert wurden bzw. am Laufer gehalten werden.

Die österreichische Delegation reiste auch mit konkreten Hilfen im Gepäck an, wie et-

wa dringend benötigten Generatoren oder Baumaterialien für den Bau von 200 Häusern, die Wienerberger zur Verfügung stellt.

Von Energie- und Klimaschutzministerin Leonore Gewessler werden zudem weitere 5 Mio. Euro für den „Ukraine Energy Support Fund“ zum Wiederaufbau beschädigter Energieinfrastruktur bereitgestellt. Insgesamt stellt Österreich damit 10 Millionen Euro für den Fund bereit: „Wir dürfen nicht zusehen, wie Putin den Winter als Waffe benutzt – und bei seinen brutalen Angriffen auf die Ukraine ganz gezielt versucht, die kritische Infrastruktur zu treffen. Millionen Menschen sind bei eisigen Temperaturen ohne Strom und oftmals ohne Heizung und Wasserversorgung. Es ist mir wichtig, daß Österreich hier einen Beitrag zur Unterstützung der ukrainischen Zivilbevölkerung leistet“, betont Gewessler, die mit ihren ukrainischen Amtskollegen Ruslan Strilets (Umwelt) und Herman Haluschtschenko (Energie) vor Ort auch jeweils ein Memorandum auf Understanding unterschrieb – um die Zusammenarbeit im Bereich Umwelt bzw. Energie zu intensivieren.

Wirtschaftsminister Martin Kocher hat im September 2022 gemeinsam mit der ukrainischen Wirtschaftsministerin und Vize-Premierministerin Julija Swyrydenko eine Rahmenvereinbarung unterzeichnet, die die Ba-

sis für die zukünftige wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Ukraine und speziell für die Beteiligung am Wiederaufbau bildet. Die Reise sollte folglich auch dazu genutzt werden, um über weitere Möglichkeiten der Unterstützung der ukrainischen Wirtschaft zu sprechen: „Angesichts der kriegsbedingt dramatischen Lage vor Ort ist es ein Anliegen, die bilateralen Kontakte mit der Ukraine weiter intensiv aufrechtzuerhalten und sowohl humanitäre Unterstützung zu leisten als auch wirtschaftliche Beziehungen zu fördern. Auf Basis der Rahmenvereinbarung schaffen wir die notwendigen Voraussetzungen, damit Österreichs Wirtschaft schon jetzt und beim Wiederaufbau einen entscheidenden Beitrag leisten kann“, so Kocher.

„Wir unterstützen die ukrainische Bevölkerung mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen“, betont Van der Bellen: „Seit Kriegsbeginn wurden 119 Mio. Euro staatliche Hilfe zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus ist die Spendenbereitschaft der österreichischen Bevölkerung enorm. Alleine über die Spendenaktion von ‚Nachbar in Not‘ kamen bisher 55 Mio. Euro zusammen.“ Der Bundespräsident und die österreichische Delegation haben sich vor Ort ein Bild davon gemacht, wie rasch und direkt die österreichische Hilfe im Kriegsgebiet ankommt. ■

Neujahrsempfangs des Diplomatischen Corps

Bundespräsident Alexander Van der Bellen: »Österreich ist als neutrales Land ein unermüdlicher Verfechter des Multilateralismus«



Foto: Peter Lechner/HBF

Neujahrsempfang für das Diplomatische Corps im Zeremoniensaal der Wiener Hofburg

Am 14. Februar lud Bundespräsident Alexander Van der Bellen zum traditionellen Neujahrsempfang des Diplomatischen Corps in den Zeremoniensaal der Wiener Hofburg. Der Apostolische Nuntius, Erzbischof Pedro Lopez Quintana, überbrachte in seiner Eigenschaft als Dekan des bei der Republik Österreich akkreditierten diplomatischen Corps Neujahrsglückwünsche und gratulierte dem Bundespräsidenten zu seiner Wiederwahl, der am 26. Jänner 2023 vor der Bundesversammlung erneut angelobt wurde.^{*)}

„Mit tiefer Rührung und Dankbarkeit habe ich heute wieder die Ehre, Ihnen als Dekan und im Namen des bei der Republik Österreich akkreditierten Diplomatischen Corps alles Gute für das neue Jahr zu wünschen. Ich freue mich umso mehr, dies heute zu tun, da es das erste Mal seit 2020 ist, daß

ich dies wieder in dieser festlichen Versammlung tun kann und nicht in einem sehr eingeschränkten Rahmen aufgrund der Pandemie“, so der Nuntius einleitend. „Erlauben Sie mir zunächst, Ihnen, sehr geehrter Herr Bundespräsident, auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen hier, noch einmal zu Ihrer Wiederwahl als Bundespräsident für eine zweite sechsjährige Amtszeit durch das österreichische Volk und zu Ihrer Amtseinführung vor zwei Wochen zu gratulieren. Ich wünsche Ihnen, wie in der Vergangenheit, auch für die nächsten sechs Jahre Glück und Erfolg, Gesundheit und eine glückliche Hand bei der Ausübung Ihres Amtes! Die letzten sechs Jahre waren sicherlich nicht immer einfach“, so der Nuntius weiter. Aber mit Klugheit und ausgewogenem Urteilsvermögen sei es immer wieder gelungen, viele Wogen zu glätten und auch in schwierigen Situationen nicht den Überblick zu verlieren.

„Was wir in diesen Tagen besonders brauchen, ist Zuversicht und Mut. Ihre Exzellenz hat dem österreichischen Volk und uns allen in diesen sechs Jahren immer wieder Mut gemacht. Nun wünschen wir Ihnen von Herzen diesen Mut, viel Glück, Erfolg und Gottes Segen für die nun beginnende zweite Amtszeit!“ Dann ging der Nuntius auf die aktuelle Lage in Zeiten von Krieg und Krisenherden ein, und schloß mit Worten des Lobes: „In Österreich, das seit vielen Jahrzehnten so friedlich ist, wird vieles von dem, was seit langem versucht und oft auch erreicht wird, mit bewundernswertem Engagement umgesetzt. Möge es auch in Zukunft gelingen, zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, aber auch als Anregung und Ermutigung für Europa und für die Welt! In diesem Sinne wird Österreich auch weiterhin eine wichtige Rolle in Europa und in der Welt spielen.“

^{*)} Es gilt das gesprochene Wort!

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Peter Lechner/HBF

Der Apostolische Nuntius, Erzbischof Pedro Lopez Quintana, bei seinen Begrüßungsworten. Links neben ihm Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit seiner Frau Doris Schmidauer und Außenminister Alexander Schallenberg

Ansprache des Bundespräsidenten

Hochwürdigster Herr Nuntius! Sehr geehrter Herr Bundesminister Schallenberg! Exzellenzen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich danke Ihnen, Hochwürdigster Herr Apostolischer Nuntius, für die herzlichen Wünsche für das neue Jahr und meine zweite Amtszeit, die Sie namens des Diplomatischen Corps überbracht haben.

Es ist mir eine besondere Freude Sie alle nach drei Jahren Pandemie endlich wieder persönlich hier in der Hofburg empfangen zu können^{*)}, um Ihnen meinen Dank und Glückwünsche zum Neuen Jahr auszudrücken. Da es unser erstes Treffen in meiner zweiten Amtszeit ist, möchte ich die Gelegenheit nutzen, um Ihnen für die hervorragende Zusammenarbeit in den letzten sechs Jahren zu danken. Sie alle haben einen wichtigen Beitrag zur Pflege und zum Ausbau der guten bilateralen Beziehungen geleistet und viele von Ihnen engagieren sich tagtäglich im Rahmen der in Wien ansässigen internationalen Organisationen. Ich freue mich auf die Fortführung unserer Zusammenarbeit in den kommenden Jahren.

Bevor ich mit meiner Rede beginne, möchte ich ein paar Worte zum tragischen Erbeben in Türkei und Syrien sagen. Mein tief empfundenes Mitgefühl gilt den zehntausenden Opfern, jenen die ihre Liebsten,

ihre Familien, ihre Freunde und ihr zu Hause verloren haben.

Österreich hat 82 Soldatinnen und Soldaten, die Teil der sogenannten Austrian Forces Disaster Relief Unit (AFDRU) sind, nach Türkei entsandt und österreichische NGOs leisten Hilfe vor Ort.

Wir werden weiterhin unser Bestmögliches tun, um humanitäre Hilfe zu leisten und das Leid der Opfer und der betroffenen Gemeinden zu lindern. Es ist wesentlich den Zugang zur humanitären Hilfe für alle Betroffenen, egal wo sie leben, sicherzustellen.

Ich glaube, wir sind uns alle einig: 2022 war kein leichtes Jahr. Zwar ist es uns gelungen, dank der hervorragenden internationalen Kooperation, die Pandemie in den Griff zu bekommen, aber vor fast genau einem Jahr hat Präsident Putin einen schrecklichen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen.

Was ich im Rahmen meiner Reise in die Ukraine vor zwei Wochen sah, hat mich tief getroffen. Das Leid, die Zerstörung, das Unrecht, die Grausamkeit des Krieges. Die Ukrainer und Ukrainerinnen kämpfen tagtäglich unter unvorstellbarem Einsatz entschlossen für ihre Freiheit.

Für Österreich bedeutet dieser Krieg eine enorme Umwälzung. Das ist auf den ersten Blick vielleicht nicht so zu erkennen: Wir haben viele Verbindungen, sowohl zur Ukraine als auch zu Rußland, unsere Länder sind wirtschaftlich stark vernetzt. Wir sind auch in unserer Energieversorgung stark mit

der Ukraine und vor allem mit Rußland verknüpft. Darauf werde ich noch genauer eingehen. Und, wir sind ein neutrales Land.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das jetzt hier in aller Deutlichkeit sagen: Österreich ist zwar militärisch neutral, aber wir sind keineswegs neutral in unserer Haltung. Neutralität ist nicht Gleichgültigkeit! Wir sind nicht neutral gegenüber dem eklatanten Bruch des Völkerrechts. Wir sind nicht neutral gegenüber Kriegsverbrechen. Wir sind nicht neutral gegenüber dem Kampf eines Landes zur Verteidigung seiner Souveränität und Unabhängigkeit und für seine Freiheit. Österreich verurteilt den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine auf das Schärfste.

Seit Kriegsbeginn hat Österreich die Ukraine mit humanitären und finanziellen Unterstützungsleistungen in der Höhe von circa 120 Millionen Euro unterstützt und ca. 90.000 ukrainische Vertriebene, meist Frauen und Kinder, haben in Österreich Zuflucht vor den Schrecken des Krieges gefunden. Es ist unser aller Aufgabe, jene Grundsätze zu verteidigen, zu denen wir uns in der Satzung der Vereinten Nationen verpflichtet haben: souveräne Gleichheit der Staaten, Sicherung des Weltfriedens, Einhaltung des Völkerrechts, Schutz der Menschenrechte, und die Förderung internationaler Zusammenarbeit.

Dieser brutale Angriffskrieg hat Folgen, die weit über die Ukraine und Europa hinausgehen. Die plötzliche Knappheit von

^{*)} Der letzte Neujahrsempfang fand 2020 statt, 2021 und 2022 hielt der Bundespräsident seine Reden Corona-bedingt virtuell.

Österreich, Europa und die Welt

Nahrungsmitteln und Energieträgern, hat auf der ganzen Welt hohe Inflationsraten ausgelöst.

Unbeteiligte Zivilisten auf der ganzen Welt werden somit in Geiselschaft genommen. Wir werden mit dieser Knappheit in einer ohnehin schon angeschlagenen Post-Covid-19-Weltwirtschaft konfrontiert. Auch hier gilt es Solidarität zu beweisen, und jene Länder zu unterstützen, die am schlimmsten davon betroffen sind.

Wir haben gelernt, wie gefährlich Abhängigkeiten werden können. Wir müssen nun daran arbeiten, Abhängigkeiten zu reduzieren und zu diversifizieren.

In Österreich galt dies vor allem für den Energiebereich. Es ist uns im letzten Jahr gelungen, unsere Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen zu senken. Wir müssen weiterhin alles tun, um möglichst rasch aus Kohle, Öl und Erdgas auszusteigen. Das ist essentiell für den Klimaschutz und unsere Unabhängigkeit. Der Umstieg wird nicht von einem Tag auf den anderen möglich sein, wir müssen jeden Tag hart daran arbeiten. Unser Fokus muß ganz klar sein: Hinein in saubere und leistbare erneuerbare Energien!

Der Kampf gegen die Klimakatastrophe, war und bleibt eine meiner politischen Prioritäten. Sie ist die größte globale Herausforderung, und wir können sie nur gemeinsam, als internationale Staatengemeinschaft, lösen. Nur wenn wir global alle an einem Strang ziehen, werden wir das Ruder noch herumreißen können.

Das Jahr 2022 war geprägt von Waldbränden, Dürren, dramatischen Überschwemmungen und anderen Wetterextremen. Die Klimaveränderung schreitet sogar noch rasanter voran als von der Wissenschaft vorhergesagt. Ich habe den Eindruck, vielen ist nicht klar, daß unsere Existenz auf dem Spiel steht. UNO-Generalsekretär Antonio Guterres hat es treffend ausgedrückt: „Es ist entweder ein Klima-Solidaritätspakt – oder ein kollektiver Selbstmordpakt.“ Das Ergebnis der COP27 im letzten November, an der ich unmittelbar nach meiner Wiederwahl teilgenommen habe, war dennoch ernüchternd. Es ist nicht gelungen, sich auf ambitioniertere Ziele im Bereich der Emissionsreduktionen zu einigen. Ein Lichtblick war die Einigung zur Errichtung eines Fonds zur Entschädigung von Klimaschäden. Ein wichtiger Schritt in Richtung Klimagerechtigkeit. Aber bei weitem nicht genug. Es braucht viel mehr, viel schneller.

Ich verstehe nur zu gut, daß junge Menschen wütend und verzweifelt sind. Es geht



Foto: Peter Lechner/HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei seiner Neujahrsansprache im Zeremonienaal

um ihre Zukunft. Wir müssen mehr tun und wir müssen es schneller tun! Ich werde mich weiterhin bemühen im Rahmen meiner zweiten Amtsperiode das Meinige dazu beizutragen.

Neben dem Kampf gegen den Klimanotstand Climate Emergency, möchte ich noch auf drei weitere Schwerpunkte eingehen, denen ich mich im kommenden Jahr und vermutlich auch im Laufe meiner gesamten zweiten Amtsperiode widmen werde: die multilaterale Zusammenarbeit, unser Europäischer Zusammenhalt und der Schutz der Menschenrechte.

Wir leben zweifelsohne in einer verflochtenen Welt. Umso wichtiger ist es, daß sich alle Länder an die vereinbarten Grundsätze halten. Das Funktionieren der werte- und regelbasierten internationalen Ordnung ist unerlässlich für die Sicherheit und Zukunft jedes Landes. Als neutraler Staat und als Sitzstaat der UNO, der OSZE, der EU Menschenrechtsagentur und zahlreicher anderer wichtiger internationaler Organisationen setzt sich Österreich unermüdlich für den Multilateralismus ein. Österreich steht bereit, zusätzliche Verantwortung für die internationale Staatengemeinschaft zu übernehmen. Wir haben vor etwa zehn Jahren unsere Kandidatur als nichtständiges Mitglied im UNO- Sicherheitsrat für die Periode 2027/2028 angekündigt. Wir hoffen, daß wir auf Ihre Unterstützung zählen können!

Der Angriffskrieg Rußlands gegen die Ukraine hat uns einmal mehr vor Augen geführt, daß die Europäische Vereinigung European Unification die beste Idee ist, die wir je hatten. Ich habe darauf ja schon oft hingewiesen. Als Europäische Union haben wir es geschafft, uns geopolitisch zu positionieren, geeint auf diesen Krieg zu reagieren und die daraus resultierenden Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen. Wir haben bewiesen, daß wir eine politische, wirtschaftliche und eine Wertegemeinschaft sind. Wir haben bewiesen, daß wir uns konsequent und entschlossen an der Seite unserer Partner für Souveränität, Freiheit und Demokratie einsetzen.

Unsere östlichen Nachbarn und unsere Partner am Westbalkan sind Teil der europäischen Familie. Wie sie wissen, setzt sich Österreich seit Jahren für die europäische Integration der Länder des Westbalkans ein. Die Entscheidung des Europäischen Rates im Dezember, Bosnien und Herzegowina den EU-Beitrittskandidatenstatus zu verleihen, die Einigung über die Visaliberalisierung für den Kosovo ab 2024 und die endlich erfolgte Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Nord Mazedonien und Albanien – ich werde Ende März beide Länder besuchen – sind positive Entwicklungen und senden wichtige Signale an die gesamte Region. Der Wunsch der Ukraine, Moldaus und Georgiens, Mitglieder der EU zu werden, ist

Österreich, Europa und die Welt

ermutigend und wir werden diese Länder auf ihren Weg hin zu einer europäischen Zukunft bestmöglich unterstützen.

Exzellenzen, Meine Damen und Herren, im letzten Jahr haben wir besonders schwere und massive Angriffe auf die Menschenrechte erlebt. Im Iran wendet das Regime seit Monaten exzessive und tödliche Gewalt gegen Menschen an, die sich für Frauenrechte, Menschenrechte, Freiheit und Demokratie einsetzen. In Afghanistan sind seit der Machtübernahme der Taliban zahllose Afghaninnen und Afghanen schwersten Repressalien ausgesetzt. Minderheiten werden verfolgt, friedliche Proteste gewaltsam niedergeschlagen und Frauen in allen Lebensbereichen schonungslos unterdrückt.

In diesem besonderen Jahr 2023, in dem wir das 75. Jubiläum der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte begehen dürfen wir nicht wegschauen. Wir müssen Seite an Seite mit jenen Menschen stehen, die weltweit für Ihre Rechte, Ihre Freiheit, Ihre Menschenwürde kämpfen. Die Entwicklung der Menschenrechte ist bei weitem nicht abgeschlossen. In diesem Jahr begehen wir auch den 30. Jahrestag der Wiener Menschenrechtskonferenz, die entscheidend zur Schaffung des Büros des Hochkommissars für Menschenrechte beigetragen hat – ein Amt, das seit dem Vorjahr von einem Österreicher, Volker Türk, wahrgenommen wird. Aus diesem Anlaß wird Österreich im Juni dieses Jahres eine hochrangige Expertenkonferenz veranstalten.

Die Herausforderungen, denen wir uns als internationale Gemeinschaft stellen, sind im vergangenen Jahr also nicht kleiner geworden. Im Gegenteil, sie haben sich gehäuft und an Komplexität zugenommen.

Sie, als Botschafterinnen und Botschafter Ihrer Länder, tragen als Vermittler und Vermittlerinnen dazu bei, den Dialog aufrechtzuerhalten, das gegenseitige Verständnis zu fördern, die internationale Zusammenarbeit zu stärken.

Sie, sehr geehrte Damen und Herren, tragen wesentlich dazu bei, unserer aller Zukunft mitzugestalten. Ich appelliere daher an Sie, Ihr Engagement aufrecht zu erhalten, die Kraft aus all dem zu Schöpfen was wir bisher geschafft haben und getragen von der Vision einer Zukunft, auf die sich unsere jüngeren Generationen freuen können.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien alles Gute für das bevorstehende Jahr!



Alle Fotos: Peter Lechner/HBF

Drei Fotos, stellvertretend für die Begrüßung aller DiplomatInnen in der Hofburg

Besuch in Tschechien

Offizieller Besuch von Alexander Van der Bellen beim tschechischen Staatschef, der nach zwei Amtsperioden aus dem Amt scheidet.



Foto: Peter Lechner / HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen – im Bild mit Gattin Doris Schmidauer – und Präsident Miloš Zeman im Hof der Prager Burg

Die russische Aggression gegen die Ukraine ist ein eklatanter Bruch des Völkerrechts und die militärische Neutralität eines Landes bedeutet nicht Gleichgültigkeit. Darin war sich Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit seinem tschechischen Amtskollegen Miloš Zeman am 2. März in Prag einig. Alexander Van der Bellen stattete dem scheidenden Präsidenten Zeman einen Abschiedsbesuch ab.

Vermittlerrolle für Österreich

Miloš Zeman, der 1999 als Regierungschef Tschechien in die NATO geführt hatte, würdigte in diesem Zusammenhang die Neutralität Österreichs. „Manchmal kann der neutrale Status vorteilhaft sein. Ein neutrales Land kann eine Vermittlerrolle spielen, während ein nicht neutrales Land das nicht kann“, meinte der tschechische Staatschef.

Bundespräsident Van der Bellen bedankte sich für den tschechischen EU-Vorsitz im



Foto: Peter Lechner / HBF

Abschreiten der Ehrenkompanie vor dem Amtssitz des tschechischen Präsidenten

Österreich, Europa und die Welt

zweiten Halbjahr 2022. „Er fand in einem kritischen Zeitraum statt“, so der Bundespräsident in Anspielung auf den im Februar 2022 ausgebrochenen Ukraine-Krieg. Österreich sei militärisch neutral, was aber nicht eine gleichgültige Haltung gegenüber der russischen Aggression bedeute.

Völlig konfliktlose und freundschaftliche Beziehungen

Miloš Zeman und Alexander Van der Bellen bezeichneten die österreichisch-tschechischen Beziehungen als „völlig konfliktlos und freundschaftlich“, auch wenn es im Bereich der Atomenergie unterschiedliche Positionen gebe. „Freunde sollten diskutieren und keine Konflikte aus unterschiedlichen Auffassungen herstellen“, betonte Miloš Zeman. Alexander Van der Bellen verwies darauf, daß Österreich sich schon vor Jahrzehnten entschieden habe, keine Atomreaktoren zu betreiben. Die Atomkraftwerke in den Nachbarländern seien „nicht die Themen, die uns entzweien“, allerdings sei ein Informationsaustausch nötig, so der Bundespräsident.

Grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte

Die Staatschefs sprachen auch über die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Österreich und Tschechien und hoben die Wichtigkeit grenzüberschreitender Infrastrukturprojekte hervor. Sie beschwerten sich jedoch, daß beispielsweise beim Bau der Autobahnverbindung zwischen den beiden Ländern zwar immer wieder versichert werde, daß alles bald fertiggestellt werde, die Realität allerdings dahinter zurück bleibe, wie Miloš Zeman sagte.

Alexander Van der Bellen zeigte sich erfreut über die hohe Zahl von tschechischen TouristInnen in Österreich und äußerte den Wunsch, daß sich die tschechischen Gäste „bei uns wie zu Hause fühlen“. Die tschechische Hauptstadt Prag bezeichnete er als die „schönste Stadt Europas“.

Das Treffen der beiden Staatsoberhäupter war ein Abschiedsgespräch, weil Miloš Zeman am 8. März 2023 nach zwei fünfjährigen Amtsperioden aus dem höchsten Staatsamt ausschied. Der Bundespräsident traf mit weiteren tschechischen Politikern zusammen. Unter anderem mit Miloš Zemans Nachfolger, Petr Pavel. Der Armeegeneral außer Dienst wird das Präsidentenamt am 9. März übernehmen. Auch Gespräche mit Regierungschef Petr Fiala und Senatschef Miloš Vystrčil standen auf dem Programm. ■



Bundespräsident Alexander Van der Bellen – im Bild mit Gattin Doris Schmidauer – mit Präsident Miloš Zeman in dessen Amtsräumen ...



... bei der gemeinsamen Pressekonferenz ...



... und bei seinem Treffen mit dem tschechischen Premierminister Petr Fiala.

Alle Fotos: Peter Lechner / HBF

»Raising Voices«

Internationaler Frauentag: Bundespräsident Alexander Van der Bellen prangerte bei der Veranstaltung Menschenrechtsverletzungen weltweit an.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat die Unterdrückung von Frauen im Iran und in Afghanistan verurteilt. Bei der Veranstaltung „Raising Voices“ in der Hofburg anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März sprach er von der „moralischen Pflicht“, an der Seite dieser Frauen zu stehen. Diesen solle man Flucht und Aufnahme in Europa ermöglichen.

Die Menschenrechte würden derzeit massiv angegriffen – nicht nur im Zuge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine, sondern auch seit der Machtübernahme der radikalislamischen Taliban in Afghanistan und im Iran, wo seit dem Tod der 22-jährigen Jina Mahsa Amini in Polizeigewahrsam Proteste gegen die Regierung stattfinden. „Euer Kampf für Frauenrechte ist unser aller Kampf für Frauenrechte“, zeigte sich Van der Bellen solidarisch mit den Frauen.

Der Bundespräsident prangerte etwa die Zwangsverheiratung von Frauen und Mädchen in Afghanistan und den Wegfall ihres Zugangs zu Bildung sowie die Gewalt gegen jene an, die sich im Iran für Demokratie einsetzen.

Die Journalistin Natalie Amiri, die als Korrespondentin im Iran tätig war, sprach in ihrer Keynote von Giftgasanschlägen auf Dutzende Mädchenschulen im Iran, fügte aber hinzu, daß die Situation in Afghanistan, wo Frauen aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden, noch schlimmer sei. Dort würden etwa Scheidungen von der Taliban annulliert werden und Frauen zu gewalttätigen Männern zurückkehren müssen.

Masomah Regl, die selbst als Mädchen im Krieg in Afghanistan verletzt wurde und danach nach Österreich kam, kritisierte, daß das öffentliche Interesse für jene Konflikte, die länger dauern, abreißt, und daß sich Österreich der Aufnahme afghanischer Flüchtlinge verwehrt. Wie es den afghanischen Frauen geht, weiß Masiha Akrami, die in der afghanischen Botschaft in Wien arbeitet. Kolleginnen dürften nicht mehr in Ministerien arbeiten, manche seien gezwungen worden, aus Afghanistan zu flüchten. Nicht mehr arbeiten zu können und sich somit nicht mehr selbst versorgen zu können fühle sich an wie ein Gefängnis. Die Menschen in Afghanistan



Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit Teilnehmerinnen der Veranstaltung „Raising Voices – Zur Lage der Frauen im Iran und in Afghanistan“ in der Hofburg



Die Journalistin Natalie Amiri, die als Korrespondentin im Iran tätig war, sprach in ihrer Keynote von Giftgasanschlägen auf Dutzende Mädchenschulen im Iran...

würden humanitäre Hilfe benötigen, diese dürfe allerdings nicht in die Hände der Taliban fallen.

Das iranische Regime selbst könne sich nicht verändern, so die Frauenrechtsverteidigerin Jaleh Lackner-Gohari in einer von ORF-Nahost-Korrespondent Karim El-Gawhary moderierten Diskussion.

Ändert sich nichts, sieht der österreichische UNO-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, für die Länder schwarz, denn ohne die Freiheit der Frauen könne

kein Land prosperieren. Die derzeitigen Vorgänge im Land würden drohen, die afghanische Wirtschaft und Zukunft zu „strangulieren“, teilte er in einem Videostatement mit. Einen Rückschritt hinsichtlich der Rechte der Frauen sieht er in fast allen Regionen der Welt. Auch in Österreich nehme die Verbreitung von Haß und Verachtung gegenüber Frauen zu, warnte Türk und forderte, überall für die Rechte von Frauen und Mädchen einzutreten.

<https://raisingvoices.org/>

Österreich, Europa und die Welt

Überreichung von Beglaubigungsschreiben

von Bundespräsident Alexander Van der Bellen am 9. März



Jorge Kinner-Klée Arenales, Botschafter der Republik Guatemala



Desislava Naydenova-Gospodinova, Botschafterin der Republik Bulgarien



Holger Federico Martinsen, Botschafter der Argentinischen Republik



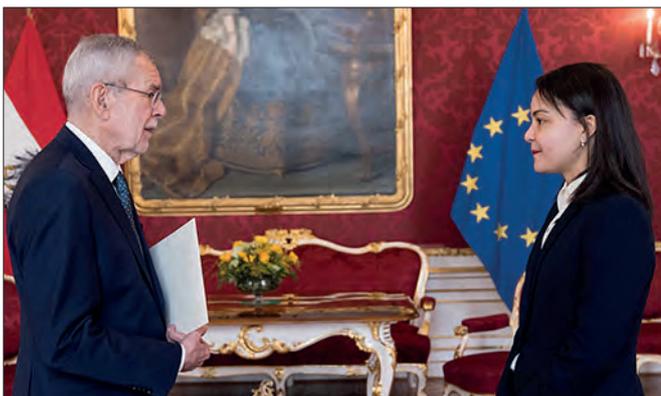
Pablo Berti Olivia, Botschafter der Republik Kuba



Elena María Freije Murillo, Botschafterin der Republik Honduras



Qi Mei, Botschafterin der Volksrepublik China



Christelle Sohun, Botschafterin der Republik Mauritius



Vuyile Dumsani Dlamini, Botschafter des Königreichs Eswatini

Alle Fotos: HBF

Aus dem Parlament

Tschechiens Parlamentspräsidentin Pekarová Adamová besuchte Wien

Das erste bilaterale Arbeitsgespräch im frisch sanierten österreichischen Parlamentsgebäude führte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 13. Jänner mit seiner tschechischen Amtskollegin Markéta Pekarová Adamová. Beim Austausch mit der Präsidentin des Abgeordnetenhauses des tschechischen Parlaments betonte Sobotka die enge kulturelle und wirtschaftliche Verbindung der beiden Nachbarländer, die gerade auf parlamentarischer Ebene durch vielfältige Kooperationen laufend vertieft werde. Die Politik habe daran zu arbeiten, daß „Menschen nicht mehr die Grenze sehen, sondern gemeinsam Zukunft gestalten“, so Sobotka. Wie Pekarová Adamová, hob der Nationalratspräsident die Bedeutung des Westbalkans als Teil Europas hervor und plädierte gerade vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine für eine verstärkte Unterstützung der Region auf ihrem Weg in die Europäische Union durch sämtliche Mitgliedsländer.

Pekarová Adamová's Besuch im Parlament führte sie auch zum amtierenden Bundesratspräsidenten Günter Kovacs, der im ersten Halbjahr 2023 für das Burgenland den Vorsitz in der Länderkammer innehat. Kovacs unterstrich die hervorragenden Verbindungen Österreichs mit Tschechien, die sich über wirtschaftliche Zusammenarbeit hinaus in engen persönlichen Verbindungen zahlreicher BürgerInnen widerspiegeln. Zum Erfahrungsaustausch über erneuerbare Energieformen und deren Einsatz für Wirtschaft und Gesellschaft lud er die tschechische Parlamentspräsidentin zum Lokalaugenschein ins Burgenland ein.

Gemeinsames Auftreten stärkt EU

Sobotka gratulierte seiner Amtskollegin zum tschechischen EU-Ratsvorsitz, bei dem angesichts des russischen Angriffskriegs in der Ukraine „die Einheit Europas“ und damit die Stärke der Union zum Ausdruck gebracht worden sei. Unter anderem würdigte er Tschechiens Einsatz für einen gemeinsamen Gaseinkauf der EU-Staaten. Pekarová Adamová bezeichnete das österreichische Parlament als Vorbild bei Bemühungen, den Staaten des Westbalkans eine EU-Perspektive zu geben und sie bekannte sich dazu, allen Ländern in der Region Unterstützung zukom-



Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Die Präsidentin des Abgeordnetenhauses der Tschechischen Republik Markéta Pekarová Adamová mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka ...



Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

... und mit Bundesratspräsident Günter Kovacs

men zu lassen, um langfristig ein „geopolitisches Vakuum“ zu vermeiden. Beide Präsidenten waren sich einig, daß man die Republik Moldau und Georgien unterstützen müsse.

Bei der von Tschechien ausgerichteten ausgerichteten Konferenz der PräsidentInnen der Parlamente der Mitgliedsstaaten der EU und des Europäischen Parlaments kommenden April in Prag werde die Situation in der Ukraine bzw. deren Wiederaufbau ganz oben auf der Agenda stehen, informierte Pekarová Adamová. Die strategische Resilienz der EU, die eine Reduktion der Abhängigkeit von globalen Lieferketten in vielen Bereichen er-

fordere, werde ebenfalls thematisiert. Befassen wolle man sich in diesem Kontext überdies mit der Herausforderung des Vertrauensverlusts der Bevölkerung in demokratische Institutionen, der in ganz Europa voranschreite. Sobotka sprach sich in diesem Sinne dafür aus, in Zeiten von „Fake News“ und Propaganda die Bedeutung der repräsentativen Demokratie stärker im Bewußtsein der Bürger:innen zu verankern. Bei der Wiedereröffnung des fünf Jahre lang sanierten österreichischen Parlamentsgebäudes am 12. Jänner sei dieses Anliegen verdeutlicht worden. Pekarová Adamová betonte die Wichtigkeit von nationalen Gesetzen gegen Des-

Österreich, Europa und die Welt

information und Propaganda. Auch wenn dieses Thema ein schwieriges sei, müsse man sicherstellen, daß zwischen Haßrede und freier Meinungsäußerung klar unterschieden werde.

Kooperation bei Zukunftsprojekten

Im Ausbau erneuerbarer Energieformen sieht Tschechien laut Parlamentspräsidentin Pekarová Adamová viel Zukunftspotential, gerade was die Reduktion von Abhängigkeiten im Energiesektor anlangt. Bundesratspräsident Kovacs schilderte die Förderung erneuerbarer Energieträger in Österreich, wobei er die Windparks in seinem Bundesland als Beispiel hervorhob. Bis 2030 strebe das Burgenland an, durch erneuerbare Versorgung energieautark zu werden, so Kovacs. Die hervorragende regionale Zusammenarbeit verdeutlicht sich ihm zufolge nicht zuletzt im seit 2003 bestehenden Zusammenschluß „Centrope“, bei dem das Burgenland, Niederösterreich und Wien mit Südmähren sowie Regionen in der Slowakei und Ungarn kooperieren.

Rußlands „unprovokierten Angriff“ auf die Ukraine bezeichnete der Bundesratspräsident als klaren Völkerrechtsbruch, als sich das Gespräch dem europäischen Zusammenhalt im Schatten des Kriegs zuwandte. „Österreich hat die EU-Sanktionen von Beginn an unterstützt“, man sei militärisch, aber nicht politisch neutral, bekräftigte Kovacs und begrüßte die unabhängigen UN-Untersuchungen russischer Kriegsverbrechen in der Ukraine. Ungeachtet dessen plädierte er, ähnlich wie Nationalratspräsident Sobotka, dafür, im Rahmen der OSZE „Gesprächskanäle“ mit Rußland offenzuhalten. ■

Schweizer Bundespräsident Alain Berset besuchte Wien

Der Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Alain Berset, war einer der ersten internationalen Staatsgäste, die von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka im sanierten Parlamentsgebäude empfangen wurde. Im Gespräch mit Berset, der seit Anfang des Jahres das höchste Staatsamt in seinem Land innehat, standen am 13. Jänner vor allem der Krieg in der Ukraine, die aktuellen Entwicklungen am Westbalkan, der zunehmende Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen sowie die Rolle der sozialen Medien im Fokus.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka betonte die enge Verbundenheit mit der Schweiz und die hervorragenden bilateralen Beziehungen sowohl auf parlamentarischer



Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka begrüßt den Bundespräsidenten der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Alain Berset

als auch auf wirtschaftlicher Ebene. Im Rahmen der strategischen Partnerschaft zwischen den beiden Ländern sollen 2023 weitere wichtige Akzente gesetzt werden, wie etwa in den Bereichen Sicherheitspolitik, Cybersecurity und Digitalisierung. Sobotka trat auch für eine noch engere Zusammenarbeit in Verkehrsfragen ein.

Bei einem Rückblick auf die Bewältigung der Corona-Pandemie teilten beide Politiker die Auffassung, daß durch die Krise viele Brüche in der Gesellschaft erst sichtbar wurden. Als problematisch beurteilten sie auch die Rolle der sozialen Medien, die zusätzlich zur Polarisierung beigetragen hätten. Aus Sicht von Sobotka wäre es daher wichtig, eine bessere Regulierung für die großen Plattformen zu finden, wobei aber europäische bzw. globale Lösungen notwendig wären. Junge, gebildete Menschen seien weniger anfällig für Populismus und etwa für antisemitische Tendenzen; die 2007 im Parlament eingerichtete Demokratiewerkstatt leiste in diesem Kontext durch Demokratiebildung einen wichtigen Beitrag, berichtete Sobotka.

Beim Thema Ukraine sprach der Nationalratspräsident seine Anerkennung für die Übernahme und das Mittragen der EU-Sanktionen durch die Schweiz aus. Weiters diskutierten die Gesprächspartner die aktuellen Perspektiven im Konflikt auch vor dem Hintergrund des (damals, Anm.) von Präsident Selenskyj vorgestellten Friedensplans.

Im Zusammenhang mit der Situation am Westbalkan zeigten sich Sobotka und Berset einig darüber, daß eine nähere Heranführung an die EU und eine Stabilität in der gesamten

Region von entscheidender Bedeutung sei. Berset berichtete in diesem Zusammenhang über eine Reihe von bilateralen Kooperationen und entwicklungspolitischen Engagement insbesondere im Kosovo und in Serbien, um den Dialog zwischen beiden Ländern zu fördern.

Erste Reise des neuen Schweizer Bundespräsidenten führt traditionellerweise nach Wien

Die sieben Mitglieder der Schweizer Regierung (Bundesrat) übernehmen abwechselnd jeweils für ein Kalenderjahr das Amt des Bundespräsidenten. Der aus Freiburg stammende Sozialdemokrat Berset folgte mit Jahreswechsel Außenminister Ignazio Cassis nach. Er ist aber weiterhin für Inneres, Soziales, Gesundheit und Kultur zuständig. Zum Auftakt reist der neue Bundespräsident traditionellerweise nach Österreich. Auf dem Besuchsprogramm standen daher auch Treffen mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Karl Nehammer und Sozialminister Johannes Rauch. Bereits am 12. Jänner besuchte Berset die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). ■

EU will Krisen gestärkt begegnen

Das EU-Arbeitsprogramm 2023 stehe ganz im Zeichen der gegenwärtigen Krisen, betonten Bundeskanzler Karl Nehammer und die für Verfassung und Europa zuständige Bundesministerin Karoline Edtstadler in ihrem gemeinsamen Bericht über die heurige Arbeitsagenda der Europäischen Union. Vor allem Rußlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Energiekrise stelle

Österreich, Europa und die Welt

die EU vor ungeahnte Herausforderungen, die sie geeint bewältigen müsse. Neben der Gewährleistung der Versorgungs- und Lebensmittelsicherheit für BürgerInnen habe daher die Aufrechterhaltung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit bei einer gleichzeitigen Stärkung der sozialen Marktwirtschaft oberste Priorität. Angesichts der wirtschaftlichen Unsicherheiten plant die EU-Kommission laut Bundeskanzleramt in diesem Jahr erstmals eine Neubewertung ihres Arbeitsprogramms nach dem Winter, speziell hinsichtlich wettbewerbsrelevanter Aspekte. Eine Überprüfung der Funktionsweise des mehrjährigen Finanzrahmens faßt die Kommission ebenfalls ins Auge, möglicherweise einschließlich einer Überarbeitung der finanziellen Planung bis 2027.

Viel Gewicht wird in den Arbeitsprogrammen der EU-Kommission und des Rats überdies der Ökologisierung von Gesellschaft und Wirtschaft zur Bekämpfung des Klimawandels und sowie der Digitalisierung gegeben. So soll heuer mit der Entwicklung eines „digitalen Euro“ im Sinne einer Stärkung der Gemeinschaftswährung begonnen werden. Den EU-Integrationsprozeß am Westbalkan will Schweden als Ratsvorsitzland im ersten Halbjahr 2023 vorantreiben. Weiterverfolgt werden soll auch die im Vorjahr erfolgte Entscheidung des Europäischen Rates, der Ukraine und Moldau den Kandidatenstatus zu verleihen und Georgien eine europäische Perspektive zu geben.

Strategische Vorschau für mehr Resilienz in der EU

Ein wichtiges Instrument zur Förderung der Krisenfestigkeit und Governance in der EU nennt Europaministerin Edtstadler die „Strategische Vorausschau“ der Europäischen Kommission. In dieser Steuerungsplanung aufgezeigte Zukunftsszenarien würden dazu beitragen, daß die EU resilienter und strategisch autonomer agiert, insbesondere in Hinblick auf „für sie ungünstige Abhängigkeitsverhältnisse“. Österreich sieht im aktuellen Kommissionsbericht zur Strategischen Vorausschau seine Prioritäten für Gesetzgebungsvorschläge berücksichtigt, beispielsweise die Reform des EU-Wettbewerbsrahmens, die Reform der Beihilfevorschriften sowie Streßtests für wesentliche Lieferketten, etwa bei kritischen Rohstoffen.

Bis Ende Juni 2023 soll der Abschlußbericht zur strategischen Planung vorliegen, unter Berücksichtigung der vier Themenschwerpunkte Energie, Lebensmittel, Gesundheit und digitale Technologie. Diskutiert werden



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Karl Nehammer und die für Verfassung und Europa zuständige Bundesministerin Karoline Edtstadler präsentierten einen gemeinsamen Bericht über die heurige Arbeitsagenda der Europäischen Union.

die darin skizzierten Vorschläge dann in den zuständigen Ratsarbeitsgruppen.

Aktive Subsidiarität in der EU-Gesetzgebung

Im Rat der Europäischen Union wollen die EU-Mitgliedsländer außerdem gestützt auf Erkenntnisse der BürgerInnenkonferenz zur Zukunft Europas die Prinzipien Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit in der Gesetzgebung effektiver zur Anwendung bringen. Unter anderem wurde von der Zukunftskonferenz, die ein Jahr lang bis Mai 2022 stattfand, die stärkere Einbeziehung von nationalen Parlamenten, Zivilgesellschaft und Sozialpartnern in den Gesetzgebungsprozeß auf EU-Ebene gefordert. Österreich unterstütze das Grundprinzip der Subsidiarität im Sinne einer effizienten Aufgabenverteilung zwischen EU-Mitgliedsstaaten und der EU, geht aus dem Bericht des Bundeskanzleramts hervor. Allerdings wird darin auch angemerkt, ein Teil der genannten Maßnahmen würde EU-Vertragsänderungen erfordern. Vor diesem Hintergrund seien die meisten Mitgliedsstaaten der Meinung, der Fokus solle derzeit auf der Umsetzung der ohne Vertragsänderung möglichen Vorschläge der Zukunftskonferenz liegen.

Die „Fit for Future Plattform“ der Europäischen Kommission ist aus Sicht des Bundeskanzleramts ein wichtiges Instrument im Bemühen um mehr Effizienz, Leistungsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit der EU-Rechtsetzung. Österreich lege dabei viel Wert auf die lebensnahe Gestaltung von Rechtsnormen, deren Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen sowie die Wahrung der Subsidiarität.

Zur Ermöglichung vermehrter BürgerInnenbeteiligung an der EU-Gesetzgebung wird auf Kommissionsebene ein neues interaktives online-Werkzeug geschaffen, in dem als „one-stop-shop“ das bestehende „Have your say“-Portal und die Webseite der „Europäischen Bürgerinitiative“ zusammengefaßt werden sollen. Zudem hält die Europäische Kommission erstmals Bürgerforen ab, bei denen im Vorfeld Empfehlungen für wichtige Legislativvorhaben abgegeben werden. Das erste Forum wurde Mitte Dezember 2022 zum Thema „Lebensmittelverschwendung“ gestartet. Im Jahr 2023 sind Bürgerforen zu den Themen „Lernmobilität“ und „Virtuelle Welten“ geplant.

Österreich skeptisch zu neuen EU-Eigenmitteln

Die aktuelle Trio-Präsidentschaft des Rats aus Schweden und dessen Vorgängern Tschechien und Frankreich hat vor, die Implementierung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021 – 2027 der EU besonders hinsichtlich der Umsetzung des Covid-19-bedingten Aufbauinstruments „NextGeneration EU“ (NGEU) und der Finanzhilfen für die Ukraine zu beleuchten. Erörtert werden soll, ob der EU-Haushalt in der derzeitigen Ausgestaltung über ausreichend Mittel für gemeinsame Herausforderungen verfügt. Die EU-Kommission will in diesem Zusammenhang 2023 einen neuen Vorschlag für weitere Eigenmittel unterbreiten, nachdem ihr diesbezüglicher Entwurf Ende 2022 keine ausreichende Mehrheit unter den Mitgliedsstaaten gefunden hat. Angedacht gewesen war, daß Brüssel direkt Gelder aus Quellen wie

Österreich, Europa und die Welt

dem Emissionshandelssystem oder der Besteuerung von multinationalen Unternehmen abrufen kann. Das Bundeskanzleramt hält dazu fest, Österreich stehe zwar den Verhandlungen zu neuen Eigenmitteln offen gegenüber, spreche sich aber gegen eine Revision des MFR zum aktuellen Zeitpunkt aus. Generell sollten die 2021 eingeführten neuen Eigenmittelquellen für die vorzeitige Rückzahlung der NGEU-Anleihen und nicht für neue Ausgaben verwendet werden. Die von der EU-Kommission durchgeführte Schuldenaufnahme zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie habe dabei einmalig zu bleiben, sonst könnten EU-Institutionen und Mitgliedsländer eine Vielzahl neuer Forderungen stellen.

EU-Mittel an Rechtsstaatlichkeit geknüpft

Auf Grundlage der 2020 eingeführten „Konditionalitäten-Verordnung“ zum Schutz des EU-Haushalts setzte der Rat im Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn am 15. Dezember 2022 rund 6,3 Mrd. € an EU-Mitteln für die Kohäsionspolitik in Ungarn aus. Sobald Ungarn die erforderlichen Abhilfemaßnahmen korrekt umgesetzt hat, soll die Mittelsperre aufgehoben werden. Österreich trägt dem Bundeskanzleramt zufolge diesen Beschluß mit, zumal damit sichergestellt werde, daß EU-Gelder ordnungsgemäß unter Einhaltung der rechtsstaatlichen Prinzipien in der Union Verwendung finden. Im Rahmen des unionsweiten Mechanismus zur Überprüfung der Rechtsstaatlichkeit in der EU tagt am 25. April 2023 der Rat Allgemeine Angelegenheiten zur länderspezifischen Diskussion über fünf protokollarisch ausgewählte Mitgliedsstaaten.

Brexit prägt weiterhin Beziehung zum Vereinigten Königreich

Die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich nach dem Brexit 2020 müssen verbessert werden, stimmt das Bundeskanzleramt mit Brüssel überein. Nachdem die EU-Kommission bereits Vorschläge zur Erleichterung der Umsetzung des Nordirland-Protokolls gemacht hat, liege es nun an London, diese Bemühungen zu erwidern, um ein erneutes Aufflammen der Gewalt an der inneririschen Grenze – die seit dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU zur Außengrenze der Union geworden ist – zu vermeiden. Denn gänzlich fehlende Warenkontrollen in den Häfen der Irischen See zwischen Großbritannien und Nordirland würden die Integrität des EU-Binnenmarktes gefährden. Gleichzeitig ap-

pelliert Wien an die Kommission, den Gesprächsverlauf mit dem Vereinigten Königreich transparent zu halten. Die Weiterentwicklung der Beziehungen zur Schweiz hat sich die EU ebenfalls auf ihre diesjährige Agenda geschrieben, wobei Österreich auf eine möglichst enge Partnerschaft mit dem Nachbarland drängt.

Nachhaltige Entwicklung über Europa hinaus

Von Klimaschutz bis Armutsbekämpfung erfordern viele Herausforderungen ein globales Vorgehen. Dementsprechend zielt die UNO-Agenda 2030 auf verstärkte multilaterale Kooperation für nachhaltige Entwicklung ab. Das Programm der Trio-Präsidentschaft verweist im Hinblick auf die Förderung der Interessen und Werte Europas in der Welt darauf, daß der nachhaltigen Entwicklung eine Priorität in internationalen Verhandlungen und Foren eingeräumt werden wird, mit besonderem Gewicht auf Klimadiplomatie gemäß der Vorgaben des Europäischen Grünen Deals. In Bezug auf Entwicklung und humanitäre Hilfe wird auf eine Forcierung der Umsetzung der Agenda 2030 und der 17 Sustainable Development Goals (SDGs) gesetzt und der Fokus auf Entwicklungszusammenarbeit und Stabilisierung gelegt. Österreich hat laut Bundeskanzleramt bereits 2020 freiwillig einen nationalen Bericht zur SDG-Umsetzung vorgelegt. Heuer wird ein zweiter derartiger Bericht ausgearbeitet, der 2024 erscheinen soll.

Kampf gegen Antisemitismus

Der EU-Strategie zur Verhütung und Bekämpfung von Antisemitismus mißt Österreich einen hohen Stellenwert zu. Immerhin sei unter dem österreichischen Ratsvorsitz 2018 die Entscheidung gefallen, in allen EU-Mitgliedsstaaten ganzheitliche nationale Strategien gegen Antisemitismus zu erarbeiten. Außerdem sollen diese Konzepte dem Schutz und der Förderung jüdischen Lebens in der EU dienen und Aufklärung, Forschung und Gedenken an den Holocaust unterstützen. Österreich war dem Bericht zufolge 2021 eines der ersten EU-Länder, das eine derartige Strategie ausgearbeitet hatte und zur Umsetzung brachte, etwa durch aktive Mitarbeit an der EU-weiten Datenlage zu antisemitischen Haßverbrechen. Um internationale Kooperationen in diesem Bereich zu verstärken, veranstaltete das Bundeskanzleramt gemeinsam mit der EU-Grundrechteagentur im Mai 2022 die „European Conference on Antisemitism“ (ECA) in Wien. Eine Folgekonferenz ist für April 2023 geplant. ■

30 Jahre EU-Binnenmarkt – wichtigste Basis für Österreichs Wirtschaft

Nach den Anstrengungen zur Covid-19-Pandemie und vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs in der Ukraine habe für das Jahr 2023 oberste Priorität, die aktuelle Energie- und Teuerungskrise weiterhin bestmöglich einzudämmen und eine nachhaltige wirtschaftliche und gesellschaftliche Erholung sicherzustellen. Das hält Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher im Bericht seines Ressorts mit EU-Jahresvorhaben für 2023 fest, in dem ein breites Themenspektrum – von Arbeit über Wirtschaft, Industrie und angewandte Forschung über Handelspolitik und Außenbeziehungen bis hin zum Tourismus – enthalten ist.

Für 2023 gelte es, kurzfristig die negativen Auswirkungen des Energiepreisschocks und die Kriegs- und Covid-19 Folgen abzumildern sowie mittel- und langfristige die grüne und digitale Transformation erfolgreich zu bewerkstelligen, so der Bericht. Von österreichischer Seite wird dazu etwa die Rückkehr zu einem vollständigen Europäischen Semesterprozeß begrüßt, ebenso wie die Orientierungen des EU-Herbstpakets aus 2022. Die Europäische Kommission habe dabei den Jahresbericht über nachhaltiges Wachstum, den Bericht über den Warmmechanismus, den Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts und den Entwurf einer Empfehlung zur Wirtschaftspolitik der Eurozone präsentiert. Die Wirtschaftskrise von 2008 habe deutlich gemacht, daß eine stärkere wirtschaftspolitische Steuerung und eine bessere sozialpolitische Koordinierung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten erforderlich seien.

30 Jahre EU-Binnenmarkt: Vorteile für Österreich überwiegen

Das 30jährige Bestehen des gemeinsamen EU-Binnenmarkts stehe ebenfalls im Zentrum der Arbeiten. Der schwedische EU-Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2023 legt hier dem Bericht zufolge unter anderem den Fokus auf den Bereich der Energie- und Rohstoffversorgungssicherheit, der digitalen Wirtschaft, den grünen Übergang und auf den Dienstleistungsbereich.

Der europäische Binnenmarkt sei für die österreichischen Unternehmen die wichtigste Basis für ihr Wirtschaften. Rund 70 Prozent des österreichischen Außenhandels finden laut Bericht innerhalb der EU statt. Die Exporte in die 26 anderen EU-Mitgliedsstaaten haben sich demnach seit dem EU-Beitritt Österreichs mehr als verdreifacht, und zwar

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Arbeitsminister Martin Kocher, hier bei einer Keynote im Parlament

auf 112 Mrd. € im Jahr 2021. Auch wenn Österreich „EU-Nettozahler“ sei, würden die Vorteile des Binnenmarkts bei Weitem die Kosten übertreffen. Es gehe nun darum, bestehende Regeln zu stärken, Defizite zu beseitigen und den Anwendungsbereich auf die Erweiterungskandidaten auszuweiten. Priorität sei, den Fokus auf die einheitliche Anwendung, Umsetzung und Durchsetzung bestehender Rechtsvorschriften zu legen.

Das Arbeits- und Wirtschaftsministerium habe sich bereits 2020 für eine rasche Anpassung des Vorschlags für eine gemeinsame EU-Industriestrategie und auch für eine Aktualisierung im Hinblick auf die Folgen der Covid-19 Pandemie eingesetzt. Die derzeitige Energiekrise unterstreiche diese Notwendigkeit noch mehr. Im Rahmen des weiteren nationalen Umsetzungsprozesses sollen Punkte wie beispielsweise der Ausbau von strategischen Wertschöpfungsketten und die Diversifizierung insbesondere bei strategischen Rohstoffen im Fokus stehen. Vor allem die in der EU-Industriestrategie formulierten Ziele zur offenen strategischen Autonomie werden demnach auch im Jahr 2023 eine wichtige Rolle spielen.

Fit für 55-Paket, IPCEI und European Chips Act

Was das europäische „Fit für 55-Paket“ betrifft, müsse aus österreichischer Sicht im Rahmen der Transformation ein besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse der energieintensiven Industrie gelegt werden, wobei hier vor allem die Forschung und Weiterentwicklung von grünem Wasserstoff prioritär

sein. Der langfristige Erhalt der österreichischen Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherung der Arbeitsplätze könnten nur durch rasche Umstellung auf grüne Technologien und Kreislaufwirtschaft vor allem im Rohstoffbereich gewährleistet werden, so der Bericht.

Ein verstärktes Engagement Österreichs im Rahmen der „wichtigen Projekte von gemeinsamen europäischem Interesse“ (IPCEI) zur Sicherstellung der Wirtschafts- und Umweltinteressen sei im Regierungsprogramm verankert. Die Initiative Österreichs zur (Wieder-)Einrichtung eines „Joint European Forum for IPCEI“ werde bisher von zehn weiteren Mitgliedsstaaten unterstützt. Ein „European Chips Act“, der für die Erweiterung der europäischen Chip-Produktion einen einheitlichen Rahmen festlegt und eine angemessene budgetäre Dotierung bereitstellt, könnte die heimische Halbleiterindustrie ankurbeln und viele zusätzliche Arbeitsplätze generieren, heißt es im Bericht.

Was das EU-Wettbewerbsrecht betrifft, sollte aus österreichischer Sicht bei der Beurteilung der Effekte wettbewerbsrechtlicher Maßnahmen der Fokus stärker auf die längerfristigen Auswirkungen hinsichtlich Qualität, Vielfalt und Innovation gelegt werden. Eine Überarbeitung des EU-Beihilfenrechts sowie die damit verbundene Schwerpunktsetzung auf zukunftsweisende Bereiche wie

Klima, Umweltschutz, Energie, Digitalisierung, Breitband, Forschung & Entwicklung & Innovation, IPCEI und die Bereitstellung von Risikofinanzierungen begrüße Österreich grundsätzlich, heißt es im Bericht.

Was KMU und Start-Up Förderprogramme betrifft, unterstütze Österreich alle Maßnahmen, die dazu beitragen können, das Investitionsklima in Europa zu verbessern und unternehmerische Investitionen zu induzieren. Äußerst positiv stehe Österreich im Bereich Forschung und Innovation dem Programm „Horizon Europe“ gegenüber, da österreichische Unternehmen davon überdurchschnittlich profitieren. Auch der Ansatz der „Neuen Europäischen Innovationsagenda“ werde von Österreich unterstützt.

EU-Vorschläge zu Plattformarbeit und Fachkräftemangel

Österreich unterstützt dem Bericht zufolge auch einen Richtlinienvorschlag, der darauf abzielt, die Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit EU-weit zu verbessern. Drei Faktoren seien hier besonders wichtig – und zwar ein besserer Schutz der ArbeitnehmerInnen vor Ausbeutung, die Sicherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen für Plattformunternehmen und eine Hintanhaltung zusätzlichen administrativen Aufwands für Plattformunternehmen.



© European Union, 2023

Österreich, Europa und die Welt

Beim gemeinsamen Handlungsbedarf zum Mangel an Fachkräften begrüßt Österreich etwa den Vorschlag über ein „Europäisches Jahr der Kompetenzen 2023“ als ein wichtiges Signal. Darin würden Maßnahmen in den Fokus gerückt, um dem Fachkräftemangel in Europa begegnen zu können. Das übergeordnete Ziel der Initiative sei, durch die Unterstützung einer auf Umschulung und Weiterbildung ausgerichteten Denkweise der europäischen Arbeitskräfte einen Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels zu leisten.

Ein Mehrwert in den Ansätzen zum Thema Berufsausbildung liege im EU-Kontext in der Förderung und Unterstützung der Durchlässigkeit der Ausbildungssysteme, insbesondere in Bezug auf die Höhere Berufliche Bildung. Auch das Programm „Erasmus+“ stelle einen wichtigen Beitrag zur Attraktivität und Qualität der dualen Berufsausbildung dar. Hervorgehoben wird im Bericht etwa auch die Bedeutung von internationalen Berufswettbewerben wie World Skills und EuroSkills.

Österreich unterstütze grundsätzlich die Ziele des IAO-Übereinkommens von 2019 zu Gewalt und Belästigung, sieht allerdings Ratifikationshindernisse – etwa aufgrund von Unklarheiten, wo die Verantwortlichkeit der Arbeitgeberin bzw. des Arbeitsgebers anfängt und endet – sowie darüber hinaus umfassenden Änderungsbedarf im Arbeits-, aber auch im Strafrecht. Daher werde Österreich das Übereinkommen nicht ratifizieren, ein entsprechender Bericht an den Nationalrat sei in Vorbereitung.

Zugestimmt habe Österreich (im Rat Beschäftigung) im Dezember 2022 etwa der allgemeinen Ausrichtung des Vorschlags zum Schutz der Arbeitnehmer:innen gegen Gefährdung durch Asbest am Arbeitsplatz.

men bestehe beispielsweise grundsätzlich Interesse an dem Abkommen etwa mit Australien. Jedoch müssten österreichische Sensibilitäten im Landwirtschaftsbereich berücksichtigt werden, so der Einwand. Die politische Einigung zum Abkommen mit Neuseeland, aber auch etwa mit Chile wird dem Bericht zufolge von österreichischer Seite begrüßt. Österreich unterstütze unter anderem auch jede Initiative, die auf eine substantielle Verbesserung und Vertiefung der Beziehungen mit den USA abzielt.

EU-Sanktionsregime gegenüber Rußland

Zentral sei ein geschlossenes Auftreten aller EU-Mitgliedsstaaten gegenüber Rußlands Aggression sowie die uneingeschränkte Unterstützung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine. Im Blick zu behalten sei dabei auch, daß EU-Sanktionen dem Aggressor mehr schaden müssen als den EU-Mitgliedsstaaten selbst.

Was neue EU-Beitrittskandidaten betrifft, befürworte Österreich die EU-Integration der Westbalkanstaaten und werde diese auch in Zukunft auf ihrem Weg in die Europäische Union unterstützen. Österreich anerkenne auch den Wunsch der Ukraine sowie von Moldau und Georgien, Teil der Europäischen Union zu werden. Um auf dem Weg in die EU voranzukommen, geht es dem Bericht zufolge für die drei Staaten darum, die geforderten Reformen umsetzen. Betreffend Türkei spreche sich Österreich für ein realistisches EU-Türkei-Nachbarschaftskonzept aus.

Thematisiert werden im Bericht unter anderem auch die EU-Afrika Beziehungen sowie die EU-China Beziehungen. Österreich unterstütze etwa die dreigleisige Strategie der EU, in der China zugleich als Partner, Wettbewerber und Rivale begriffen wird.

Europäische Agenda für Tourismus

Zum Bereich Tourismus heißt es im Bericht, daß dessen Erwähnung im EU-Binnenmarktprogramm für Österreich mit seiner starken Tourismuswirtschaft essenziell sei. Es seien für Österreich wesentliche Themen entsprechend berücksichtigt worden, daher werde das Binnenmarktprogramm begrüßt. Ebenso positiv wird von österreichischer Seite dem Bericht zufolge der Übergangspfad für den Tourismus bzw. die Europäische Agenda für Tourismus bewertet. Insbesondere der breite Ökosystemansatz der Europäischen Kommission sei für den Tourismus aufgrund dessen Horizontalität passend. Das gesamte Ökosystem, vor allem aber auch die Tourismusbetriebe, sollen demnach inspiriert werden, notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Zukunftsfähigkeit zu setzen. Dabei werde auch auf die Kleinstrukturiertheit der Branche Rücksicht genommen – über 99 Prozent der Tourismusunternehmen in Österreich seien KMU.

Mit einem Verordnungsvorschlag der EU soll außerdem – sofern Behörden Zugang zu Daten von Online-Plattformen erhalten wollen – eine Registrierungspflicht für Gastgeber auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene eingeführt werden. Grundsätzlich werde der Vorschlag begrüßt. Im Hinblick auf die komplexe Rechtslage in Österreich sollte die Verordnung den Mitgliedsstaaten aber möglichst breiten Spielraum bieten, so die Position.

Ein Vorschlag zur Überarbeitung der Pauschalreise-Richtlinie liege demgegenüber noch nicht vor. Offen sei auch noch ein Vorschlag etwa zur Digitalisierung von Reisedokumenten, was jedoch das Potential haben würde, das Reisen innerhalb des Schengenraums einfacher zu gestalten. ■

Handelspolitik mit bewährten und neuen Partnern

In der Handelspolitik geht es dem Bericht zufolge etwa darum, bewährte Partnerschaften zu stärken und gleichzeitig neue verlässliche Partner zu suchen, mit denen auf Augenhöhe ein faires, regelbasiertes Welthandelssystem ausgebaut und die Welthandelsorganisation (WTO) modernisiert werden könne.

Was die neue EU-Handelsstrategie betrifft, würden sich viele der österreichischen Prioritäten dort wiederfinden, wie beispielsweise das Ziel der Erhöhung der Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit von Wertschöpfungsketten. Im Hinblick auf Verhandlungen zu EU-Freihandels- und Investitionsabkom-



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



Außenminister Alexander Schallenberg berichtet dem Nationalrat über den aktuellen Stand und österreichische Positionen

EU-Jahresvorschau 2023 des Außenministeriums

Vor dem Hintergrund aktueller Krisen steht das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2023 unter dem Motto „Eine entschlossen und geeint vorgehende Union“, was sich auch im EU-Arbeitsprogramm 2023 des Ministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten niederschlägt. Außenminister Alexander Schallenberg berichtet dem Nationalrat über den aktuellen Stand und die österreichische Position zum Krieg in der Ukraine, zu migrations- und energiepolitischen sowie weiteren außenpolitischen Themen. Als Grundlage für den EU-Vorhabensbericht des Außenressorts dient neben dem Arbeitsprogramm der Kommission auch das Achtzehnmonatsprogramm des Rates sowie das aktuelle (schwedische) Vorsitzprogramm.

Solidarität für die Ukraine, Sanktionen gegen Rußland

Österreich unterstützt im Angesicht des russischen Angriffskrieges sowohl die EU-Solidaritätsleistungen für die Ukraine als auch die EU-Sanktionspakete gegen Rußland und Belarus uneingeschränkt. Insgesamt wurden bisher mehr als 19,7 Mrd. € an humanitärer und makrofinanzieller Unterstützung der EU und EU-Mitgliedsstaaten für die Ukraine mobilisiert, ein weiteres Makrofinanzhilfepaket in Höhe von 18 Mrd. € wurde beschlossen. Bei Beschlüssen zu Waffenlieferungen im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EFF) enthielt sich Österreich bisher, leistete allerdings einen freiwilligen Beitrag

für nicht-letale militärische Unterstützung. Bilateral wurden mehr als 118 Mio. € an staatlicher Hilfe zur Verfügung gestellt.

Zunahme des Migrationsdrucks

Zur Bewältigung der Herausforderungen im Migrationsbereich verfolgt Österreich einen umfassenden und gesamtheitlichen migrationspolitischen Ansatz, wobei für das Außenressort die Kooperation mit Herkunfts- und Transitstaaten, die Verbesserung des Grenzmanagements und eine funktionierende Rückführungspolitik von besonderer Bedeutung sind. Im Ministeriumsbericht wird von einem hohen Migrationsdruck – sowohl in Österreich als auch in der EU insgesamt – ausgegangen. So wurden 2022 in Österreich über 108.000 Asylanträge gestellt, wobei insbesondere die Asylantragszahlen von Nationalitäten stiegen, die kaum Aussicht auf Asyl haben, etwa Tunesien oder Indien. Diese Personen reisten zumeist über Serbien illegal in die EU. Der von der Europäischen Kommission vorgelegte EU-Aktionsplan für den Westbalkan wird als ein erster Schritt in die richtige Richtung zur Unterbindung der illegalen Zuwanderung über diese Region wahrgenommen. Als notwendig erachtet wird außerdem eine strukturelle Reform des Asyl- und Migrationssystems.

Klimaaußenpolitik und Nuklearfragen

Für Österreich ist die Umsetzung der EU-Klimaziele, insbesondere des „Fit for 55“-Paktes zentral. Österreich hat sich zum Ziel gesetzt, die Klimaneutralität bereits bis 2040 – zehn Jahre vor dem EU-Ziel – zu errei-

chen. Im Außenministerium geht man allerdings davon aus, daß dafür noch ambitionierte Maßnahmen erforderlich sind. Generell sei klar, daß die Klima- und Biodiversitätskrise nicht alleine in Europa gelöst werden kann. Für die EU seien daher multilaterale Konferenzen wichtig, da jegliche Art von Klima-, Umwelt- sowie Biodiversitätsschutz nur durch globale Kooperation die größtmögliche Wirkung erzielen kann, so die Einschätzung des Außenressorts.

Die Begünstigung von Kernenergie gegenüber anderen Energieformen sowie die Einstufung von Kernenergie als nachhaltig werden hierzulande abgelehnt. Der Europäische Grüne Deal der Europäischen Kommission schließt die Einstufung von Nuklearenergie als grüner Energie ja nicht kategorisch aus, weshalb Österreich gegen die Förderung von Nuklearenergie mit EU-Geldern auftritt und aus diesem Grund eine Klage gegen die Taxonomie-Verordnung der EU eingereicht hat. Österreich respektiere jedoch das Recht jedes Staates, seine eigene Energiepolitik zu wählen, heißt es im EU-Arbeitsprogramm.

Weitere EU-Vorhaben

In der außenpolitischen EU-Jahresvorschau für das Jahr 2023 angesprochen wird ferner die Bewältigung der Pandemie, die Annäherung des Westbalkans an die EU und der Einsatz von EU-Mitteln. Sofern aufgrund der Covid-19-Pandemie auch künftig Beschränkungen der Freizügigkeit gegenüber Drittstaaten notwendig sind, befürwortet Österreich eine koordinierte Vorgehensweise auf EU-Ebene, ist dem Bericht zu entnehmen. Auch in Zukunft werde Österreich die sechs Westbalkan-Staaten auf ihrem Weg in die EU aktiv unterstützen. Bei der Mittelverwendung der EU-Außenfinanzierungsinstrumente setzt sich Österreich insbesondere für die Umsetzung von Maßnahmen mit Schwerpunktsetzung auf Menschenrechte und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Geschlechtergleichberechtigung, Umwelt und Klimaschutz und Migration ein.

Weitere vonseiten des österreichischen Außenministeriums unterstützte Vorhaben der Union sind etwa die Ziele der Agenda 2030, globale Ernährungssicherheit, Abrüstung oder der Schutz religiöser Minderheiten. Verwiesen wird auch auf die Vertiefung der Beziehungen der EU mit den EWR-EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen, die EU-Nachbarschaftspolitik und weitere strategische internationale Partnerschaften. ■

Österreich, Europa und die Welt

Virtuelles Gespräch mit Ukrainischem Parlamentspräsidenten Stefantschuk

In einem virtuellen Gespräch zwischen Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und dem Vorsitzenden der Werchowna Rada, dem ukrainischen Parlament, Ruslan Stefantschuk, standen am 22. Februar die aktuellen Entwicklungen im Kriegsgeschehen sowie geopolitische Fragen im Zentrum. Dabei sicherte Sobotka seinem Amtskollegen die volle Solidarität Österreichs zu.

Stefantschuk über die politische und militärische Lage der Ukraine

Parlamentspräsident Stefantschuk leitete mit einem tiefen Dank an die österreichische Regierung und Bevölkerung für ihre klare Positionierung und Unterstützung der Ukraine im Konflikt mit Rußland ein. Er hoffe, daß er in diesem Jahr noch öfter die Gelegenheit haben werde, sich mit Sobotka und anderen österreichischen Verantwortungsträger:innen auszutauschen. Von Nationalratspräsident Sobotka auf die gegenwärtige politische und militärische Lage in der Ukraine angesprochen, berichtete Stefantschuk von intensivierten Angriffen Rußlands, speziell an der östlichen Front. Ziel dieser Angriffe auf die ukrainische Bevölkerung und deren Einrichtungen sei es, Terror zu verbreiten. Doch mit Hilfe ihrer internationalen Partner werde die Ukraine standhalten und alles unternehmen, um einem Sieg so schnell wie möglich herbeizuführen, zeigte sich Stefantschuk hoffnungsvoll.

Teilnahme russischer Delegierter bei der Wintertagung der OSZE-PV

Stefantschuk brachte auch seine Bedenken über die Teilnahme russischer Delegierter an der OSZE-Wintertagung zum Ausdruck. Sobotka zeigte Verständnis für die Besorgnis der Ukraine und erläuterte im Detail die rechtlichen Hintergründe, insbesondere die internationalen Verpflichtungen Österreichs, die sich aus dem Amtssitzabkommen mit der OSZE ergeben. Er stellte auch zur Diskussion, ob die Teilnahme russischer Delegierter auch eine Chance biete. So habe die große Mehrheit der Delegierten damit die Möglichkeit, ihre Unterstützung für die Ukraine und die Ablehnung des Angriffskrieges zu signalisieren.

Die österreichische Position bleibe klar und man werde „nicht müde“, die Ukraine sowie die Sanktionen gegen Rußland zu unterstützen, so Sobotka. Wie die Rede des russischen Präsidenten zur Lage der Nation am Vortag demonstriert habe, werde das leider



Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

v.r.: Parlamentsdirektor Harald Dossi, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka – am Monitor ist der Ukrainische Parlamentspräsident Ruslan Stefantschuk zu sehen.

auch weiterhin notwendig sein. Sobotka verwies auch auf die große Hilfsbereitschaft in der österreichischen Bevölkerung, wenn es um Unterstützung für die Vertriebenen aus der Ukraine geht.

Internationale Zusammenhänge

Österreich erweise sich als „wahrer Freund der Ukraine“, drückte Parlamentspräsident Stefantschuk seinen Dank aus. Erfreut zeigte er sich auch über die Unterstützung der USA, wie sie in der Rede von Präsident Joseph Biden am Vortag in Polen zum Ausdruck kam. Über ein mögliches Übergreifen des Konflikts auf Moldawien oder Georgien, für das sich Nationalratspräsident Sobotka interessierte, stellte Stefantschuk keine Prognosen an. Er sah es aber für beide Länder als vorteilhaft an, wenn die Ukraine im Krieg erfolgreich sei. Die Position Chinas beurteilte er differenziert. Trotz der chinesisch-russischen Annäherung im Rahmen des Konflikts, sei China ein wichtiger Partner, wenn es um die Wahrung der territorialen Integrität und die Friedenssicherung gehe. Dementsprechend bleibe die Ukraine mit China im Gespräch.

Beide Parlamentspräsidenten zeigten sich erfreut über weitere Gelegenheiten, sich in diesem Jahr auszutauschen. So etwa bei der Konferenz der ParlamentspräsidentInnen der EU am 24. Und am 25. April in Prag. Sie sprachen auch über eine geplante Studienreise einer Delegation der ukrainischen Parlamentsverwaltung nach Wien. Stefantschuk begrüßte die Unterstützung des österreichischen Parlaments. ■

Nationalratspräsident hebt bei OSZE-Tagung Bedeutung der Diplomatie auf Ebene der Parlamente hervor

Angesichts der aktuellen Krisenherde im OSZE-Raum komme dem diesjährigen Treffen besondere Bedeutung zu, betonte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 23. Februar anlässlich der Eröffnung der 22. Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in der Hofburg. „Ein Jahr danach: Rußlands anhaltender Krieg gegen die Ukraine“ lautete das Generalthema der Konferenz, die vom 23. bis 24. Februar 2023 in Wien stattfindet. Im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine appellierte Sobotka daran, daß die Tür der Diplomatie nicht zugeschlagen werden dürfe. Mit ihrem inklusiven Ansatz und umfassenden Sicherheitskonzept könne und solle gerade die OSZE Teil einer Lösung dieses Konflikts sein.

Sobotka verurteilt größten Tabubruch seit dem Zweiten Weltkrieg und drückt Ukraine ungeteilte Solidarität aus

Vor einem Jahr, am 24. Februar 2022, sei der Krieg auf den europäischen Kontinent zurückgekehrt, erinnerte Sobotka. Niemand dachte, daß dies nach den schrecklichen Kriegen des 20. Jahrhunderts noch möglich sein würde. Nur wenige Stunden nach dem russischen Überfall wurde die 21. Wintertagung der OSZE abgehalten, bei der die ParlamentarierInnen diese massive und brutale Grenzüberschreitung klar verurteilt haben. Es handle sich dabei um eine Überschreitung der

Österreich, Europa und die Welt



Foto: <https://tvthek.orf.at/>

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei seiner Rede anlässlich der Eröffnung der 22. Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

physischen Grenzen der Ukraine – eines souveränen Staates – mit Soldaten, Panzern und Raketen sowie um eine eklatante Überschreitung aller Grenzen des Völkerrechts und der UN-Charta. Dieser Angriffskrieg sei der größte Tabubruch seit dem Zweiten Weltkrieg und auf das Schärfste zu verurteilen, stellte Sobotka mit Nachdruck fest. „Wir stehen in ungeteilter Solidarität an der Seite der ukrainischen Regierung und des ukrainischen Volkes.“

OSZE kann und soll Teil der Lösung von Konflikten sein

Es lasse sich derzeit noch nicht abschätzen, welche Auswirkungen dieser Krieg auf die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geschaffene Friedensordnung haben werde, urteilte Sobotka. Die politischen VerantwortungsträgerInnen seien daher gefordert, schon heute damit zu beginnen, auch an den „Tag danach“ zu denken – auch wenn dies angesichts der Brutalität des Krieges nicht leicht sei. Gerade die Mitglieder der OSZE und der Parlamentarischen Versammlung seien aus Sicht von Sobotka nicht nur angehalten, sondern vielmehr verpflichtet, die Tür der Diplomatie nicht zuzuschlagen. „Mit ihrem inklusiven Ansatz und umfassenden Sicherheitskonzept kann und soll die OSZE Teil einer Lösung dieses Konfliktes sein. Wir müssen alles unternehmen, damit Diplomatie nicht endet, gerade auf Ebene der Parlamente“, hob Sobotka in seiner Rede hervor.

Kampf gegen Terrorismus und Antisemitismus sowie Einbindung der jungen Menschen in demokratische Prozesse

Als weltweit größte regionale Sicherheitsorganisation sei die OSZE und damit auch

die Parlamentarische Versammlung als Plattform für Dialog und Konfliktprävention bzw. deren Bewältigung besonders gefordert, erklärte der Nationalratspräsident. Die Resilienz der demokratischen Staaten sei aber nicht nur durch den Krieg in der Ukraine massiv unter Druck geraten, sondern durch ein breites Spektrum an Sicherheitsfragen. Als Beispiel führte er die Terrorismusbekämpfung an, wo Einigkeit und Solidarität besonders wesentlich seien. So würde etwa das Anti-Terrorismuskomitee der OSZE eine Vorbildfunktion für die Förderung von Dialog und interparlamentarischer Zusammenarbeit einnehmen. Dies gelte sowohl innerhalb der OSZE als auch in Kooperation mit Partnern wie den Vereinten Nationen. Als besonders wichtiges Anliegen bezeichnete Sobotka die Bekämpfung von Antisemitismus, der in den



Foto: OSCE/Curtis Budden

vergangenen Jahren wieder erschreckenden Zulauf erfahren habe. Die Parlamente hätten die Aufgabe und auch Verantwortung, sich weiterhin für die Sichtbarkeit des Themas und einen adäquaten rechtlichen Rahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus einzusetzen. Dieser sei nämlich per se antidemokratisch, konstatierte Sobotka, und er komme aus der Mitte der Gesellschaft, aus einer seit 2.000 Jahren bestehenden negativen kulturellen Haltung.

Grundsätzlich sei es im Sinne des Schutzes der Werte und der Bevölkerungen notwendig, allen extremistischen, radikalen und terroristischen Haltungen entgegenzuwirken und diese gemeinsam effektiv zu bekämpfen. Die OSZE leiste dazu einen wichtigen Beitrag. Ein zentraler Aspekt für die Zukunft sei auch die Förderung von Jugend und Demokratie. Hier unterstütze die Parlamentarische Versammlung der OSZE stets neue wertvolle Initiativen, wie das Young Parliamentarian Network, das sich in den beiden Tagen zuvor in Wien getroffen hat, strich Sobotka hervor. Die Stärkung des Interesses junger Menschen an der Demokratie sei von zentraler Bedeutung für die Zukunft der Länder. Insbesondere dann, wenn Demokratie vor enormen Herausforderungen stehe, sei es notwendig, sich für die demokratischen Werte einzusetzen und gerade jungen Menschen einen Raum für die Mitwirkung im Parlament zu geben. So ermögliche es etwa die Demokratiewerkstatt des österreichischen Parlaments tausenden Jugendlichen pro Jahr, mehr über den Rechtsstaat und die Gesetzgebung zu erfahren.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE

Die aus 57 Teilnehmerländern aus Europa, Asien und Nordamerika bestehende OSZE hat sich das Ziel gesetzt, durch Zusammenarbeit in Fragen der Konfliktverhütung, des Krisenmanagements und der Konfliktfolgenbeseitigung Differenzen zwischen Staaten zu überwinden und Vertrauen aufzubauen. Bei den traditionellen Jahrestagungen der Parlamentarischen Versammlung – einem von mehreren Organen der OSZE – werden umfangreiche politische Empfehlungen formuliert, die sich an die VertreterInnen der Regierungen richten. Heuer kam es erstmals wieder zu einem persönlichen Zusammenreffen der Mitglieder der einzelnen Delegationen, da die Tagung aufgrund der Pandemie in den vergangenen beiden Jahren in digitaler bzw. hybrider Form abgehalten werden mußte. ■

Österreich, Europa und die Welt

Bundeskanzler Nehammer will an Neutralität festhalten

Eine Schweigeminute im Gedenken an die Opfer des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine: Damit startete der Nationalrat am 24. Februar seine Sondersitzung genau ein Jahr nach dem Überfall Rußlands auf sein Nachbarland. Außerdem gedachten die Abgeordneten in dieser Trauerminute den Opfern des jüngsten Erdbebens in der Türkei und Syrien. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka erinnerte eingangs, vor genau einem Jahr sei „das Udenkbare zur Realität geworden“, nämlich daß „Frieden und Freiheit auf dem europäischen Kontinent nicht länger gegeben“ sind. Er bezog sich dabei auf das Leiden der UkrainerInnen, nachdem „Putins Panzer“ ihren Angriff gestartet hatten. Die Ablehnung dieses „nicht rechtfertigenden“ Angriffskriegs müsse als „Grundverständnis“ bei allen Fraktionen bestehen, appellierte Sobotka. Kaum faßbar nannte der Nationalratspräsident auch die Folgen der Erdbebenkatastrophe in der Türkei und Syrien, mit Abertausenden Toten und Verwundeten. Verfolgt wurde die Sitzung im Plenum des Nationalrats auch von einer ukrainischen Parlamentarierdelegation sowie von den Botschaftern aus der Ukraine und der Türkei, die Sobotka herzlich begrüßte.

Die NEOS, auf deren Verlangen die Sondersitzung zurückging, richteten an Bundeskanzler Karl Nehammer die dringliche Anfrage, wie er Österreichs Freiheit und Sicherheit angesichts des russischen Angriffskriegs in der Ukraine gewährleisten wolle. Konkret fordert die jüngste Fraktion im Parlament, sowohl die sicherheitspolitische Ausrichtung Österreichs – Stichwort Neutralität – zu überdenken, als auch die Abhängigkeiten der Republik von Energieimporten massiv zu mindern. Laut NEOS hat Rußland seine Gaslieferungen an Europa jahrzehntelang zur politischen Einflußnahme genutzt, ebenso wie „Desinformationskampagnen“ und die „Unterstützung von links- und rechts-extremen Parteien“.

Bundeskanzler Kanzler Nehammer bekannte sich wiederum zur militärischen Neutralität, weil Österreich dadurch als „Brückenbauer“ für Gespräche wirken könne. Dennoch stehe das Land klar auf der Seite der Ukraine, verwies er auf die von Österreich mitgetragenen EU-Sanktionen gegen Rußland sowie auf humanitäre Hilfsleistungen an das angegriffene Land. Eine Neuausrichtung der Energiepolitik, die Österreich unabhängig von russischem Gas macht, ist Nehammer zufolge nicht nur im Gange, ihr



Klubobfrau Beate Meinl-Reisinger (NEOS) am RednerInnenpult, dahinter Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka Präsidium

Erfolg habe sich bereits letzten Winter bewiesen, als die Gasspeicher trotz russischer Lieferminderungen zu einem hohen Grad gefüllt waren. Langfristig setze die Regierung auf den Ausbau erneuerbarer Energieträger.

Meinl-Reisinger: Österreich muß Neutralität überdenken

Österreichs Bekenntnis zur Neutralität ist angesichts des Angriffs Rußlands auf sein Nachbarland in den Augen von NEOS-Chefin Beate Meinl-Reisinger nicht mehr haltbar. Mit Putins Einfall in die Ukraine seien die Grundfesten der europäischen Friedensordnung – Rechtsstaatlichkeit und internationale Verträge – „obsolet“ geworden. Diese „Zeitenwende“ sieht die NEOS-Klubobfrau jedoch in Österreich bis dato nicht angekommen. Die heimische Sicherheitsstrategie sei veraltet und definiere Rußland immer noch als Partnerstaat. „Nostalgie schützt uns nicht“, forderte Meinl-Reisinger ein stärkeres Auftreten aller EU-Länder für eine souveräne Sicherheitspolitik in Partnerschaft mit der NATO.

Die Republik braucht aus Sicht der NEOS angesichts multipler Gefahren – von Cyberattacken über Terrorismus bis hin zum konventionellen Krieg – „eine gemeinsame Verteidigung mit unseren Wertepartnern“. Dem Bundesheer mehr Budget zu geben, reiche nicht aus, wenn der Einsatz des Geldes nicht klar definiert werde. Meinl-Reisinger verwies auf die geänderte Sicherheitsstrategie der Baltischen Länder sowie der NATO-Beitrittskandidaten Finnland und Schweden, um auf die Dringlichkeit eines Umdenkens angesichts der massiven Zerstörungen in der Ukraine hinzuweisen. In Österreichs „ureigenstem Interesse“ müsse „Putin in der Ukraine gestoppt werden“. Sanktionen

reichten dafür nicht aus, so die NEOS-Obfrau, die „mutigen Ukrainerinnen und Ukrainer“ würden zeigen, was es heißt, „mutig für ihre Freiheit zu kämpfen“. Putin habe den Krieg bereits verloren.

Ausstieg aus russischem Gas noch 2023

Meinl-Reisinger nahm in ihren Ausführungen zur dringlichen Anfrage nicht nur die amtierende Regierung aus ÖVP und Grünen in die Pflicht, die Gasimporte zu diversifizieren und mehr Tempo beim Ausbau erneuerbarer Energien in Österreich zu machen. Auch SPÖ und FPÖ hätten während ihrer Zeit in der Regierung dazu beigetragen, daß Österreich weiterhin zu „über 70 Prozent seines Gasbedarfs“ aus Rußland importiere und dadurch die russische Kriegsmaschinerie mitfinanziere. 7 Mrd. € hat Österreich laut Meinl-Reisinger im letzten Jahr für Gas an Rußland gezahlt, aber nur 600 Mio. € Hilfgelder an die Ukraine.

Sogar nach der russischen Besetzung von Teilen Georgiens und der Krim hätten österreichische Regierungsmitglieder und Vertreter:innen der Wirtschaftskammer den russischen Präsidenten Wladimir Putin „freundschaftlich“ empfangen, zeigen die NEOS erbost auf. Dabei hätte spätestens die Annexion der Krim ein „Weckruf“ sein müssen, sagte Meinl-Reisinger. Der vor einem Jahr gestartete Krieg Putins gegen die gesamte Ukraine sei „lange vorhergesagt worden“. Nunmehr brauche es eine rasche Umsetzung etwa des Energieeffizienzgesetzes, um den Ausstieg aus russischem Gas „binnen sechs Monaten“ zu ermöglichen.

In zahlreichen ihrer insgesamt 45 Fragen an Nehammer wollen die NEOS folglich Auskunft über einzelne Gesetzesvorhaben zur Beschleunigung des Erneuerbaren-Ausbaus.

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Parlamentsdirektion/Ulrike Wieser

Bundeskanzler Karl Nehammer auf der Regierungsbank

Überdies hinterfragen sie die Vorteile der Neutralität für die Sicherheit Österreichs. Immerhin habe die Republik sich bislang nicht als Vermittlerin zwischen den Kriegsparteien hervorgetan, anders als beispielsweise das NATO-Mitglied Türkei. Zudem könnte sich Österreich nach Ansicht der NEOS durchaus gemäß Bundesverfassung im Rahmen der europäischen Solidarität an gemeinsamen Militäraktionen mit anderen EU-Ländern beteiligen. „Friedenssicherung und Friedensschaffung“ müsse für die Europäische Union Priorität haben, unterstrich Meisl-Reisinger. Vor diesem Hintergrund stehe auch einer Luftraumüberwachung und -verteidigung von österreichischem Hoheitsgebiet nichts im Weg. Ebenso zulässig sei die Ausbildung ukrainischer Soldaten am Kampfpanzer Leopard bzw. zur Minenräumung durch Österreich, was wiederum Kanzler Nehammer in Abrede stellte.

Nehammer: Neutralität hilft Brücken zu bauen

Bundeskanzler Karl Nehammer unterstrich, die österreichische Neutralität „war, ist und bleibt“ hilfreich und nützlich für das Land. Sie helfe in „vielen Bereichen“, so seien 52 internationale Organisationen wie die UNO in Wien verortet, wodurch Gesprächskanäle offengehalten werden könnten, und zwar weltweit. Selbst „beim schlimmsten Konflikt“ könnten dadurch die Konfliktparteien miteinander reden, verteidigte er die Einladung von russischen Teilnehmern an der OSZE-Tagung am 23. und 24. Februar in Wien. Österreich trage mit seiner „wehrhaften“ und „aktiven Neutralitätspolitik“ dazu bei, „Frieden zu erhalten“, verwies er auf zahlreiche Friedensmissionen

des Bundesheeres. Dennoch benenne man Unrecht und helfe dort, wo Hilfe nötig ist, etwa bei der Beherbergung und Versorgung von Kriegsopfern oder beim Mittragen der EU-Sanktionspolitik gegen Rußland sowie der Unterstützung der EU-Hilfen an die Ukraine im Umfang 52 Mrd. €. Waffenlieferungen an die Ukraine würden von Österreich nicht blockiert, das Land liefere aber selbst keine tödlich wirkende Ausrüstung. „Wir sind immer an der Seite der Ukraine, wenn es darum geht, zu helfen“, verdeutlichte der Bundeskanzler, etwa durch direkte Hilfslieferungen aus Städten und Gemeinden.

Nehammer versteht sich unter dem Schirm der Neutralität als Brückenbauer, wie er anhand seiner Gespräche mit dem ukrainischen Präsidenten und mit Rußlands Machthaber darstellte. Seitens der EU-Partner gebe es überdies „keinerlei“ Hinweise darauf, eine historisch bedingte Neutralität wie die österreichische, die von einer großen Mehrheit der ÖsterreicherInnen begrüßt werde, in Frage zu stellen. Eine „wesentliche Rolle“ spiele das neutrale Österreich nicht zuletzt bei den Ländern den Westbalkans, appellierte Nehammer, dortige Konflikte trotz des blutigen Angriffskriegs auf die Ukraine nicht zu vergessen.

Recht gab Nehammer den NEOS ungeachtet dessen, „die Sicherheitsdoktrin gehört überarbeitet“. Doch habe die militärische Landesverteidigung im letzten Budget mit „mehr als 5,2 Mrd. €“ die höchste Mittelsteigerung ihrer Geschichte erhalten, was ihr bereits einen neuen Stellenwert verleihe. Österreich beteilige sich außerdem zu einem „überproportionalen Teil“ an EU-Friedensmissionen. Ausbildungstätigkeiten für ausländische

KämpferInnen schloß Nehammer in diesem Zusammenhang aber aus. Viel zu tun gebe es auch im Kampf gegen „Desinformation“, die auf die Beeinflussung von Entscheidungsprozessen abzielen, mahnte er. Die Politik müsse daher ihre „klare Haltung“ gegen den Krieg verdeutlichen, den „Aggressor“ Rußland benennen und dürfe nicht die Sanktionen als Ursache für die aufgrund des Kriegs befeuerte Teuerung darstellen.

Energieabhängigkeit wird laufend reduziert

„Österreich frei, sicher und unabhängig zu machen“ sei oberstes Ziel der Bundesregierung, sagte Nehammer, wobei er für das bestehende Wirtschaftswachstum und die „Rekordbeschäftigung“ ebenso wie für die Aufnahme ukrainischer Vertriebener im Land der Bevölkerung Respekt zollte. Die „außergewöhnlich langfristigen“ Verträge der OMV mit Rußland würden derzeit genau geprüft.

Der derzeit noch bestehenden Energieabhängigkeit Österreichs von Rußland stellte der Bundeskanzler den hohen Auslastungsgrad heimischer Gasspeicher gegenüber, der trotz einer Reduktion der russischen Gaslieferungen in den letzten Monaten erreicht worden sei. „Putins Versuche“, Europa und Österreich durch eine Minderung der Lieferungen zu „erpressen“, seien mißlungen. Vielmehr habe man die Energiesicherheit im Land mit strategischen Reserven ersetzt, so Nehammer, ressortübergreifende Krisenstäbe würden auf den Erhalt der Versorgungssicherheit achten. Langfristig müsse jedenfalls der Ausbau erneuerbarer Energien vorangetrieben werden, räumte Nehammer ein, wobei er auf durchgeführte Gesetzesänderungen verwies. Um den Fachkräftemangel bei „klimarelevanten Berufen“ ehestmöglich zu beheben seien ebenfalls bereits Erleichterungen bei der Einwanderung ausländischer Fachkräfte in Kraft. Gleiches gelte für die Erfüllung der NEOS-Forderung, die Übergewinne der großteils öffentlichen Energieversorger der österreichischen Bevölkerung und Wirtschaft zugutekommen zu lassen. Die Transformation der Wirtschaft im Rahmen der Energiewende werde mit über 5 Mrd. € unterstützt.

Den Vorwurf der NEOS, Wien habe den Ruf einer „Spionagehochburg“, da hierzulande ausgeübte Spionage gegen Drittstaaten nicht kriminalisiert werde, konterte Nehammer mit dem laufenden Ausbau des heimischen Nachrichtendienstes. Dessen Informationen würden dabei helfen, „rote Linien“ festzustellen, die eine Ausweisung von Diplomaten bedingen. ■

Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



Finanzminister Magnus Brunner hat dem Parlament den jährlichen Bericht seines Ressorts über aktuelle EU-Vorhaben übermittelt.

Finanzminister berichtet über aktuelle EU-Vorhaben

Finanzminister Magnus Brunner hat am 8. März den jährlichen Bericht seines Ressorts über aktuelle EU-Vorhaben an das Parlament übermittelt. Für das Jahr 2023 steht die Förderung von Wachstum und Beschäftigung ebenso im Fokus wie die Unterstützung der Ukraine. Bei den Finanzdienstleistungen wird an dem Aufbau der Kapitalmarktunion gearbeitet. Weitere Themen sind die Reform des Aufsichtsrahmens für Versicherungen sowie die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.

Im Rahmen der EU-Jahresvorschau 2023 berichtet das Finanzministerium auch über die Arbeitsprogramme der Europäischen Kommission und des Rats. Der Handlungsschwerpunkt der Europäischen Kommission bleibe weiterhin der „Europäische Green Deal“, der mit der Bekämpfung der Energiekrise im Einklang stehe. Die Europäische Kommission arbeitet nach dem Motto „eine Union, die entschlossen und geeint vorgeht“, informiert das Finanzminister im EU-Vorhabenbericht 2023.

Im Rahmen der schwedischen Ratspräsidentschaft gebe es vier Prioritäten: Sicherheit und Einheit; Resilienz und Konkurrenzfähigkeit; Wohlstand und der Übergang zu grüner Energie; demokratische Werte und Rechtsstaatlichkeit. Die zentralen Themen im ECOFIN-Rat sollen weiterhin die Bewältigung der wirtschaftlichen und finanziellen

Folgen des russischen Angriffskrieges sowie die Fortsetzung der wirtschaftlichen Unterstützung der Ukraine bleiben.

Finanzierung von Nuklearenergie durch REPowerEU wird strikt abgelehnt

Österreich unterstützt die Einschätzungen und Schwerpunktsetzungen des ECOFIN-Rats zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung sowie Sicherstellung der makroökonomischen Stabilität weitgehend, heißt es in der EU-Jahresvorschau. In Zusammenhang mit der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität tritt Österreich dafür ein, daß Auszahlungen konsequent an die Erfüllung der Meilensteine und Ziele geknüpft werden, gleichzeitig aber der administrative Aufwand für die Mitgliedsstaaten möglichst gering gehalten wird. Die Finanzierung von Nuklearenergie durch REPowerEU wird strikt abgelehnt. Maßnahmen zur Abfederung der Kosten der Energiekrise müßten zielgerichtet sein und sollten Preissignale nicht verzerren, so die Position des Finanzministeriums. Angesichts hoher Schuldenstände und steigender Finanzierungskosten müsse ein Konsolidierungspfad eingeschlagen werden, sobald es die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zulassen.

Unterstützung für Ukraine

Österreich bekennt sich in der EU-Jahresvorschau zur Unterstützung der Ukraine. In Bezug auf den EU-Beitrittsprozeß besteht

das Finanzministerium auf der Einhaltung von Prinzipien und Kriterien, daher spricht es sich gegen ein verkürztes Verfahren aus. Wesentlich ist für Österreich die Durchsetzung und Einhaltung von Rechtsstaatlichkeits- und Demokratieprinzipien. Dabei ist aus Sicht des Finanzministers eine Beteiligung des Privatsektors von großer Bedeutung.

Finanzministerium gegen Barzahlungsobergrenze

Die Errichtung einer Kapitalmarktunion hat durch den Brexit, die wirtschaftlichen Folgen der Covid-Pandemie sowie den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine für Österreich zusätzlich an Bedeutung gewonnen. Daher unterstützt das Finanzministerium insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung der Unternehmensfinanzierung sowie der Finanzbildung.

Die Europäische Kommission hat ein Legislativpaket zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung vorgeschlagen. Dieses wird von Seiten Österreichs unterstützt. Die Europäische Kommission will im Zuge dessen auch eine Barzahlungsobergrenze in Höhe von 10.000 € einführen. Laut Bericht spricht sich Österreich gegen eine Barzahlungsobergrenze aus. Während der Verhandlungen im Rat wurde deutlich, daß diese Position nicht von den anderen Mitgliedsstaaten geteilt wird. Viele andere Mitgliedsstaaten hätten bereits Barzahlungsobergrenzen eingeführt. Aufgrund der Wichtigkeit des Pakets zur Geldwäschebekämpfung hat Österreich dem Gesamtkompromiß des Rats zugestimmt, wobei wichtige Ausnahbestimmungen durchgesetzt werden konnten, so der Bericht. Österreich werde sich bei den Vorbereitungen zu den Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament weiterhin für Barzahlungen ohne Beschränkung aussprechen.

Einführung eines Europäischen Green Bond Standards

Die Einführung des Europäischen Green Bond Standard (EuGBS) wird von österreichischer Seite grundsätzlich unterstützt, da er dazu beiträgt, Finanzmittel in Richtung einer CO₂-armen und gegenüber Klimaänderungen widerstandfähigeren Wirtschaft zu lenken. Zentrale österreichische Forderungen sind dabei die Sicherstellung der nötigen Transparenz sowie die Verhinderung von Greenwashing. Da der Standard Investitionen in Atomenergie nicht ausschließt, hat Österreich die allgemeine Ausrichtung des Rates nicht unterstützt. ■

Simon-Wiesenthal-Preis 2022

Antisemitismus und Aufklärung über den Holocaust im Parlament verliehen – Hauptpreis für Gedenken im Wohnzimmer – ZeitzeugInnen geehrt



Nach der Verleihung im Parlament (v.l.): Simon-Wiesenthal-Preisträger 2022 Dajani Daoudi, Simon-Wiesenthal-Preisträgerin 2022 Waltraud Barton, Universität Wien Brigitte Bailer, Simon-Wiesenthal-Preisträgerin 2022 Sharon Buenos von Zikaron BaSalon, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien Oskar Deutsch, Antisemitismusbeauftragte der Europäischen Kommission Katharina von Schnurbein, Jurymitglied, Enkelin von Simon Wiesenthal - Racheli Kreisberg, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP), Zeitzeugin Lucia Heilman, Vizepräsident des Jüdischen Weltkongresses Ariel Muzicant, Zeitzeuge Tswi Herschel, und die Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus Hannah Lessing

Zum zweiten Mal wurde am 13. März im Parlament zivilgesellschaftliches Engagement gegen Antisemitismus und für die Aufklärung über den Holocaust mit dem Simon-Wiesenthal-Preis ausgezeichnet. Auch in diesem Jahr stieß er mit über 260 Bewerbungen aus mehr als 30 Ländern auf großes internationales Interesse. Projekte wurden unter anderem aus Israel, den USA, Argentinien, Peru und Südafrika eingereicht. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka dankte den TeilnehmerInnen und den ZeitzeugInnen für ihren „unschätzbaren Dienst“ im Kampf gegen den Antisemitismus.

Den Hauptpreis erhielt die israelische Initiative Zikaron BaSalon („Gedenken im Wohnzimmer“), bei der Privatpersonen in ihre Wohnzimmer einladen und Holocaust-Überlebenden die Möglichkeit bieten, ihre Erinnerungen zu teilen. In der Kategorie „Aufklärung über den Holocaust“ wurde Waltraud Barton mit ihrem Verein IM-MER ausgezeichnet, der das Gedenken an über 10.000 ermordete ÖsterreicherInnen bewahrt,

die nach Minsk und Maly Trostinec deportiert wurden. Für seinen Kampf gegen Antisemitismus würdigten Jury und Kommission Mohammed S. Dajani Daoudi, der jüdisch-israelische UniversitätsstudentInnen über die Nakba (Vertreibung und Flucht der Palästinenser 1948) und palästinensische Studierende über den Holocaust aufklärte, was zum Verlust seiner akademischen Stellung und Bedrohung seiner persönlichen Sicherheit führte. Der Simon-Wiesenthal-Preis ist insgesamt mit 30.000 € dotiert, wobei 15.000 € auf den Hauptpreis und je 7.500 € auf die zwei weiteren Kategorien entfallen.

Geehrt wurden auch die ZeitzeugInnen Wanda Albińska (Polen), Lucia Heilman (Österreich), Tswi Herschel (Israel) und Jackie Young (Großbritannien). Heilmann sprach auch mit der Jury-Vorsitzenden und Antisemitismusbeauftragten der EU-Kommission, Katharina von Schnurbein, sowie Wiesenthal-Enkelin Racheli Kreisberg über Wesen und Zukunft der Zeitzeugenschaft. Zu Ehren des verstorbenen Journalisten und Simon-Wie-

senenthal-Preisträgers Karl Pfeifer las SchauspielerIn Martina Ebm aus dessen Aufzeichnungen, die er in Buchform noch selbst im Parlament präsentieren wollte. Die musikalische Umrahmung der Preisverleihung lieferten Jasmin Meiri-Brauer und Jannis Raptis. Durch den Abend führte Moderatorin Lisa Gadenstätter vom ORF.

Nationalratspräsident Sobotka über den Kampf gegen das »Ur-Übel« Antisemitismus

In seinen Eröffnungsworten erinnerte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka an den Architekten, Publizisten und Schriftsteller Simon Wiesenthal (1908-2005), der es sich nach seiner Befreiung aus dem Konzentrationslager Mauthausen zur Lebensaufgabe machte, Gerechtigkeit für die Opfer des NS-Regimes herbeizuführen und die TäterInnen zur Rechenschaft zu ziehen. Es sei eine Ehre für das Parlament, daß der Preis seinen Namen tragen dürfe. Wiesenthal sei in Österreich nicht immer so behandelt worden, wie

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Topf



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei seinen Eröffnungsworten

es sich gehört hätte, doch wüsste Österreich heute, was es ihm schuldete, so Sobotka. Er habe als „Lichtgestalt der Zweiten Republik“ Enormes für die Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus geleistet und viele TäterInnen vor Gericht gebracht – nicht aus Rache, sondern als klares Bekenntnis zum Rechtsstaat.

Es habe lange gedauert, bis Österreich sich zu seiner Geschichte bekannt habe, erklärte Sobotka. Nun müsse man im Sinne Wiesenthals alles tun, damit es nie wieder so weit komme. „Nie wieder“ dürfe nicht zu einer hohlen Floskel verkommen, sondern müsse mit Leben gefüllt werden. Antisemitismus bezeichnete er als „Ur-Übel“ der Europa seit Jahrhunderten geprägt habe. Es sei kein reines Phänomen des rechten oder linken Randes, sondern komme aus der Mitte der Gesellschaft und müsse gerade in Zeiten seines Anwachsens entschieden bekämpft werden. Wiesenthal und andere ZeitzeugInnen würden dafür eine Richtschnur bieten, dankte Sobotka für deren „unschätzbaren Dienst“ und zeigte sich erfreut, daß das Parlament dafür eine Plattform biete.

»Gedenken im Wohnzimmer« erhält Hauptpreis

Rund 1,5 Mio. GastgeberInnen und TeilnehmerInnen aus über 65 Ländern nahmen seit ihrer Entstehung im Jahr 2011 bereits an der israelischen Initiative Zikaron BaSalon teil. Beim „Gedenken im Wohnzimmer“ – so der deutsche Titel – laden Privatpersonen in eben jenes ein, um Shoah-Überlebenden die Möglichkeit zu geben, ihre Erfahrungen zu teilen. Dieses Umfeld bewirkt oftmals erst,

daß diese von ihren Erlebnissen erzählen können. Deren Zeugnisse seien einer der „wirksamsten Impfstoffe gegen Antisemitismus“, erklärte Jury-Vorsitzende und Antisemitismusbeauftragte der EU-Kommission, Katharina von Schnurbein, in ihrer Laudatio. Diese Wirkung müsse genutzt werden, solange es noch möglich ist.

Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Topf



Die Antisemitismusbeauftragte der Europäischen Kommission, Katharina von Schnurbein

Sharon Buenos von Zikaron BaSalon sprach ebenfalls von der Verpflichtung, den noch lebenden ZeitzeugInnen eine Chance zu geben, ihr Zeugnis von den Geschehnissen während der NS-Zeit abzuleben. Bei ihrem Projekt gehe es darum, Brücken sowohl zwischen Ländern als auch zwischen Generationen zu bauen.

Nominiert waren auch das Dialogprojekt LIKRAT, das jüdische und nicht-jüdische Jugendliche zusammenbringt, das Schwedische Komitee gegen Antisemitismus und der Kulturverein Mota de Judios – letzteren für seine Bemühungen, das historisch-jüdische Erbe eines spanischen Dorfes wiederzubeleben und den für Juden beleidigenden Namen des Dorfes zu ändern.

Preis für Aufklärung über den Holocaust ging an Waltraud Barton

Den Preis in der Kategorie „Aufklärung über den Holocaust“ erhielt Waltraud Barton, Gründerin des Vereins IM-MER. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Gedenken an über 10.000 im Zweiten Weltkrieg nach Minsk und Maly Trostinec deportierte und im Großraum Minsk ermordete ÖsterreicherInnen zu bewahren. Bartons „unermüdlichem Einsatz“ für die Erinnerung an die Deportierten sei es zu verdanken, daß es nun auch ein dementsprechendes Mahnmal gebe, sagte Historikerin und Jury-Mitglied Brigitte Bailer bei der Verleihung. Maly Trostinec sei vielen ÖsterreicherInnen kein Begriff gewesen, obwohl nirgendwo anders so viele WienerInnen deportiert und ermordet worden seien, berichtete Barton. An dieses „unvor-

stellbar Monströse“ erinnere nun ein Mahnmal, das es unübersehbar mache und den Ort im kollektiven Gedächtnis verankere.

Zu den Nominierten zählte auch der Verein für aktive Gedenk- und Erinnerungskultur, der mittels jährlichem Dialogforum und Gedenkwanderung an die lange vergessene Flucht von JüdInnen über die österreichischen

Österreich, Europa und die Welt

Alpen 1947 erinnert und der Verein Zweitzeugen, durch den vor allem junge Menschen ermutigt werden, die Lebensgeschichten der ZeitzeugInnen als „zweite ZeugInnen“ weiterzugeben.

Mohammed S. Dajani Daoudi für sein Engagement gegen Antisemitismus ausgezeichnet

Im Frühjahr 2014 wurde Mohammed S. Dajani Daoudi über die Grenzen Israels hinaus bekannt, als er für eine Gruppe von 27 palästinensischen StudentInnen eine Reise nach Auschwitz organisierte. Sein Ziel war es, diese über den Holocaust und jüdisch-israelische StudentInnen über die Nakba – die Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948 – aufzuklären. Dies führte zum Verlust von Dajanis akademischer Stellung an der Al-Quds Universität und zur Bedrohung seiner persönlichen Sicherheit.

Laudator Oskar Deusch, Präsident der Israelitischen Religionsgesellschaft Österreich, sprach von der Relevanz eines historischen Bewußtseins für ein gelingendes Zusammenleben. Die Auszeichnung würdige nicht nur den Mut des Preisträgers, sondern vor allem seinen „ganz persönlichen Beitrag“ im Kampf gegen den Antisemitismus. In seiner Dankesrede drückte Mohammed S. Dajani Daoudi seine Hoffnung darüber aus, daß eines Tages das Wissen über die Ignoranz siege.

Von der Jury vorgeschlagen wurden auch die Europäische Janusz Korczak Akademie, die sich für die Stärkung der jüdischen Gemeinschaft und Identität sowie für den interreligiösen Dialog einsetzt sowie der Verein



Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

ZeitzeugInnengespräch (v.l.): Moderatorin Lisa Gadenstätter, Zeitzeugin Lucia Heilman, die Enkelin von Simon Wiesenthal Racheli Kreisberg, und die Antisemitismusbeauftragte der Europäischen Kommission Katharina von Schnurbein

für Demokratie und Information DEIN e.V., der sich gegen Antisemitismus, Geschichtszerrung und Haßpropaganda engagiert.

Gespräch über Wesen und Zukunft der Zeitzeugenschaft

Im anschließenden Gespräch erzählte Zeitzeugin Lucia Heilman von der Angst, die sie im NS-Regime erfuhr und die auch ihr Leben nach dem Zweiten Weltkrieg prägte. Lange Zeit habe sie nicht darüber sprechen können. Für sie mache es jedoch einen grossen Unterschied, ob Menschen aus Büchern von den damaligen Geschehnissen erfahren, oder ob sie diese von Überlebenden vermittelt bekommen. Heilman erzählte von den Reaktionen von SchülerInnen, denen sie ihre Geschichte erzählte und zeigte sich beeindruckt von den Fragen, die diese stellten.

Wiesenthal-Enkelin Racheli Kreisberg berichtete von Erlebnissen mit ihrem Groß-

vater und wie sich das Verhältnis seiner Heimat Österreich zu ihm über die Jahre verändert habe. Sei die Beziehung früher noch eher von Angst geprägt gewesen, habe diese sich immer mehr verbessert – bis in die Gegenwart, in der in seinem Namen ein Preis im Parlament verliehen werde.

Auf die Bedeutung der Zeitzeugenschaft ging die Antisemitismusbeauftragte der EU-Kommission, Katharina von Schnurbein, ein. Diese sei für die Überlebenden oftmals auch mit Schmerz verbunden, da sie das Erlebte immer wieder ins Bewußtsein rufen müßten. Solange es diese Möglichkeit gebe, müsse sie genutzt werden. Künftig werde es notwendig sein, auch junge Menschen dazu zu befähigen, diese Geschichten weiter zu erzählen. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Simon_Wiesenthal
<https://www.parlament.gv.at/>

Quelle: Parlamentskorrespondenz



Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Ein Blick in den Sitzungssaal des Parlaments mit den TeilnehmerInnen an der Verleihung des Simon Wiesenthal-Preises 2022

Vor 85 Jahren begann das dunkelste Kapitel unseres Landes

Zweite Nationalratspräsidentin gedenkt Opfern der NS-Justiz



Foto: Parlamentdirektion/Ulrike Wieser

Gruppenfoto bei der „Gruppe 40“ am Wiener Zentralfriedhof (v.r.): Zweite Präsidentin des Nationalrates Doris Bures, Zeitzeugin Käthe Sasso, Generalsekretärin des Nationalfonds Hannah Lessing und Bürgermeister Michael Ludwig

Vor 85 Jahren begann mit dem Anschluß an das Deutsche Reich das dunkelste Kapitel in der Geschichte unseres Landes“, sagte Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures am 16. März bei der offiziellen Kranzniederlegung im Gedenken an die Opfer der Nazi-Justiz. „Damals begann eine in seiner unmenschlichen Konsequenz unfaßbare Verfolgung und Vernichtung politisch Andersdenkender, von Jüdinnen und Juden, Roma, Sinti und vielen anderen, die nicht in das faschistische Menschenbild der Nazis passen wollten.“

VertreterInnen aus Politik und Religion sowie Zeitzeugin anwesend

Am Zentralfriedhof bei der Gruppe 40 ist jener Ort, an dem an die Opfer der Nazi-Blut-Justiz erinnert wird, also an jene, die für ihre antifaschistische Überzeugung hingegerichtet wurden. An der Gedenkveranstaltung nahm der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig, VertreterInnen der vier großen Religionsgemeinschaften, der politischen Opferverbän-

de und die Generalsekretärin des Nationalfonds, Hannah Lessing, teil.

Besonders hob Bures die persönliche Anwesenheit einer Widerstandskämpferin hervor: „Es freut mich sehr, daß Käthe Sasso kurz vor ihrem 97. Geburtstag heute mit uns hier ist. Sie war als 16jähriges Mädchen im



Foto: Parlamentdirektion/Ulrike Wieser

Zweite Präsidentin des Nationalrates Doris Bures (SPÖ), Zeitzeugin Käthe Sasso und Bürgermeister Michael Ludwig

Widerstand gegen das Nazi-Regime aktiv und mußte dafür mit vielen Jahren Gefängnis und KZ bitter bezahlen“, so Bures. Ihre antifaschistische Unbeugsamkeit und ihr tiefer Humanismus seien bis heute ein leuchtendes Beispiel und Vorbild. Vor zehn Jahren wurden auf Initiative der damaligen Regierung Faymann die entsprechenden Gräber und Denkmäler am Wiener Zentralfriedhof zur Nationalen Gedenkstätte erklärt. Eine Initiative, die nicht zuletzt auch auf den Einsatz von Käthe Sasso zurückzuführen ist.

Immerwährendes Gedenken: WiderstandskämpferInnen als Vorbild

„Diese Männer und Frauen, die unter Einsatz ihres Lebens und im Angesicht eines unmenschlichen Terror-Regimes für Freiheit, Menschenwürde und Österreichs Unabhängigkeit kämpften, sie verdienen unser aller ehrendes und immerwährendes Gedenken“, erklärte die Zweite Nationalratspräsidentin abschließend.

<https://www.parlament.gv.at/>

Aus dem Bundeskanzleramt



Foto: BKA / Andy Wenzel

Am 12. Jänner empfing Bundeskanzler Karl Nehammer (l.) den kosovarischen Premierminister Albin Kurti zu einem Gespräch.

Kosovarischer Premierminister Albin Kurti in Wien

Am 12. Jänner empfing Bundeskanzler Karl Nehammer den kosovarischen Premierminister Albin Kurti zu einem Arbeitsgespräch in Wien. Im Fokus der Gespräche standen neben den bilateralen Beziehungen beider Länder außerdem der Belgrad-Pristina-Dialog, die EU-Erweiterung und die Themen Energieversorgung und Wirtschaft. An dem Treffen nahmen auch der kosovarische Minister für Jugend, Sport & Kultur, Hajrulla Ceku, sowie, von österreichischer Seite, die Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm teil.

Die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen basieren auf der Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Ebenen, insbesondere auf der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. Österreich ist mit rund 130 Unternehmen und 2.500 Beschäftigten einer der aktivsten Investoren im Kosovo und baut diese Handelsbeziehungen vor Ort stetig aus. Zudem ist Österreich mit 306 Soldaten der größte Nicht-NATO Truppensteller der KFOR.

Nehammer und Premierminister Kurti lernten einander im März 2022 im Zuge der Westbalkan-Reise des Bundeskanzlers erstmals persönlich kennen und trafen zuletzt im Rahmen der Westbalkan-Konferenz im vergangenen Dezember aufeinander.

Nehammer: „Österreich und der Kosovo sind auf vielen Ebenen eng miteinander ver-



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Karl Nehammer (l.) und der kosovarische Premierminister Albin Kurti

bunden. Viele Menschen in Österreich kommen aus der Republik Kosovo und Österreich ist einer der wichtigsten Investoren dort. Vor allem auch auf sicherheitspolitischer Ebene arbeiten wir eng zusammen. Wir unterstützen den Kosovo auch darin, den Ausbau erneuerbarer Energiequellen voranzutreiben und damit die Abhängigkeit von fossiler Energie zu reduzieren.“

Zum offiziellen Antrittsgesuch des Kosovos zur EU Mitte Dezember 2022 betonte Nehammer eine klare EU-Beitrittsperspektive. „Für Österreich ist die klare EU-Beitrittsperspektive und die Stabilität am Westbalkan von ureigenstem Interesse. Dafür braucht es

auch eine Fortsetzung des Dialogs mit Serbien“, so der Bundeskanzler. Österreich unterstütze in dieser Hinsicht die Bemühungen des Sonderbeauftragten Miroslav Lajcak voll und ganz.

Die österreichische Regierung begrüßt außerdem die mit 1. Jänner 2024 bevorstehende und in der Umsetzung des eigenen Regierungsprogramms vorgesehene Visaliberalisierung für die Republik Kosovo als letztes Westbalkan-Land. Es sei ein wichtiger Meilenstein für die Annäherung des Kosovo an die EU und Zeichen der Anerkennung für die Fortschritte, die bereits gemacht wurden, so Nehammer. ■

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BKA / Andy Wenzel



Am 13. Jänner empfing Bundeskanzler Karl Nehammer (l.) den Schweizer Bundespräsidenten Alain Berset zu einem Gespräch.

Schweizer Bundespräsident Alain Berset zu Gast im Bundeskanzleramt

Im Zuge der traditionellen ersten Auslandsreise empfing Bundeskanzler Nehammer den neuen Schweizer Bundespräsidenten Alain Berset am 13. Jänner zu einem Arbeitsgespräch im Bundeskanzleramt. Neben den bilateralen Beziehungen beider Länder standen außerdem die Themen EU-Schweiz, Energieversorgung, der Russische Angriffskrieg und Migration auf der Agenda.

Die Schweiz und Österreich sind durch ein engmaschiges Vertragswerk und regen Besuchsaustausch auf allen Ebenen eng miteinander verbunden. Die Schweiz ist zudem einer der wichtigsten wirtschaftlichen Partner Österreichs, zweitwichtigster Abnehmer österreichischer Dienstleistungen und viertwichtigster Abnehmer österreichischer Waren.

Im Jahr 2021 wurden die ausgezeichneten Beziehungen durch den Abschluß einer Strategischen Partnerschaft in Agenden des gemeinsamen Interesses auf ein neues Level gehoben: Im kommenden Jahr soll die bilaterale und regionale Zusammenarbeit insbesondere in den Bereichen Sicherheitspolitik, Krisenprävention, Digitalisierung und Migration weiter vertieft werden.

Bundeskanzler Nehammer im Anschluß an das Treffen: „Die Schweiz war nicht umsonst das erste Land, mit dem Österreich eine strategische Partnerschaft eingegangen ist. Sie ist Ausdruck der ausgezeichneten Beziehungen unserer beiden Länder und Impuls gleichermaßen, diese noch weiter zu intensi-



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Karl Nehammer (r.) und der Schweizer Bundespräsident Alain Berset

vieren. Die Schweiz ist aber nicht nur unser Nachbar, sondern wichtiger Partner auch in Europa. Österreich setzt sich deshalb aktiv dafür ein, die Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz weiterzuentwickeln. In diesem Zusammenhang habe ich Präsident Berset heute auch unsere volle Unterstützung für die Assoziierung zum EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe zugesichert.“

„Wie Österreich ist auch die Schweiz zurzeit besonders von irregulärer Migration betroffen und die jüngsten Entwicklungen zeigen“, so der Bundeskanzler weiter, „daß die vertiefte Kooperation im Migrationsbe-

reich wichtiger ist denn je. Ich danke Alain Berset für die hervorragende Zusammenarbeit insbesondere in diesen Belangen: Der von unseren Ländern vereinbarte Aktionsplan umfaßt wichtige Maßnahmen in den Bereichen der grenzpolizeilichen und migrationspolitischen Zusammenarbeit. Die konsequente Umsetzung des Aktionsplans ist auch weiterhin unabdingbar.“

Im Nachbarland Schweiz wird der Bundespräsident seit den 1890er-Jahren nach dem Rotationsprinzip aus dem Kreis der Bundesräte im Turnus zunächst zum Vizepräsidenten und ein Jahr später zum Bundespräsidenten gewählt. ■

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BKA / Andy Wenzel



Bundeskanzler Karl Nehammer (l.) gemeinsam mit Innenminister Gerhard Karner reisten zu einem Arbeitsbesuch nach Bulgarien – im Bild bei einem gemeinsamen Pressestatement mit dem bulgarischen Präsidenten Rumen Radew

Bundeskanzler Nehammer fordert Investitionen in den Grenzschutz

Bundeskanzler Karl Nehammer und Innenminister Gerhard Karner nutzten am 23. Jänner ihren Aufenthalt in Bulgarien dazu, um sich ein Bild von der Lage an der bulgarisch-türkischen Grenze zu machen. Nach dem Empfang auf dem Flughafen von Plowdiw flogen sie mit dem bulgarischen Präsidenten Rumen Radew und dem bulgarischen Innenminister Iwan Demerdschiew entlang der Grenze. Aus der Luft nahmen sie den dort errichteten Zaun in Augenschein, der als Schutz vor illegalen Migranten errichtet worden war.

„Wichtig sind Investitionen seitens der Europäischen Union in den Grenzschutz, eine Reduktion der Aufgriffe nicht registrierter Migranten sowie rasche Verfahren und mehr Rückübernahmeabkommen. Laut einer Kostenrechnung Bulgariens sind 2 Milliarden für den Ausbau des Grenzzauns notwendig“, betonte der österreichische Regierungschef mit Verweis auf das Modell des griechischen Grenzzauns bei seinem Besuch in Elchowo. Der EU-Sondergipfel am 9./10. Februar werde nicht Schengen, sondern Migration zum Thema haben. „Das Schengen-Veto bleibt so lange aufrecht, bis sich die Situation grundlegend geändert hat“, ließ Nehammer bereits vor der Reise verlautbaren und forderte dabei zum wiederholten Male mehr EU-Unterstützung beim Schutz der Außengrenze.

Innenminister Karner vereinbarte mit dem bulgarischen Innenminister ein umfangreiches Paket zur Verstärkung der polizeilichen Zusammenarbeit im Bereich des Grenzschutzes und der Schleppereibekämpfung.



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Nehammer und Innenminister Karner (r.) besichtigen mit dem bulgarischen Präsidenten Rumen Radew (l.) die bulgarisch-türkische Grenze.



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Nehammer (l.) bei einem gemeinsamen Pressestatement mit dem bulgarischen Premierminister Galab Donev

fung. Zudem will Bulgarien die Dublin-Rückführungen aus Österreich nach Bulgarien verstärken und mit Österreich an einem Pilotprojekt für beschleunigte Verfahren in Grenznähe zusammenarbeiten. Österreich hat 2022 mehr als 100.000 MigrantInnen aufge-

griffen, wobei laut Innenministerium 40 Prozent aus der Türkei über Bulgarien gekommen seien. Nehammer und Karner wurden in Bulgarien von Gerald Tatzgern, dem Leiter der Schleppereibekämpfung im Bundeskriminalamt, begleitet. ■

Österreich, Europa und die Welt

Forderung nach einem echten Außengrenzschutz

Unsere beiden Länder sind nicht nur freundschaftlich, sondern auch inhaltlich miteinander verbunden, wenn es darum geht, den Kampf gegen illegale Migration zu führen. Wir sind beide geeint im Bedenken gegen eine Schengen-Erweiterung zum jetzigen Zeitpunkt“, betonte Bundeskanzler Karl Nehammer am 27. Jänner nach dem Arbeitsgespräch mit dem niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte im Bundeskanzleramt. Die Europäische Union sei durch das System der irregulären Migration massiv belastet, man habe einen großen Druck an den Außengrenzen. Was die Frage einer Stärkung des Außengrenzschatzes betreffe, gebe es viele Länder, die Unterstützung signalisieren.

„Unserer Initiative ist es als ersten Erfolg gelungen, daß wir im Februar einen Sondergipfel der Regierungschefs abhalten. Es geht darum, daß wir uns eingestehen, daß wir im Schengen-System große Probleme haben, wenn man an die derzeitigen Grenzkontrollen denkt. Wir werden darüber sprechen, welche Möglichkeiten die EU hat, in Zukunft die Außengrenzen besser zu schützen“, hielt der Bundeskanzler fest. „Wir fordern schon seit langem schnellere Asylverfahren und Rückführungen sowie einen echten Außengrenzschutz, der dem Wort tatsächlich gerecht wird“, so Nehammer.

Finanzielle Mittel für den Schutz der EU-Außengrenze

„Bulgarien und Rumänien brauchen Unterstützung in finanzieller Hinsicht. Der dort bestehende Zaun gehört stärker ausgebaut. Entscheidend ist, daß das Geld der EU-Kommission für den Grenzschutz, also für das dafür notwendige Personal und das technische Equipment, verwendet wird“, erläuterte der Bundeskanzler. Man brauche ein Pilotprojekt an der Außengrenze, eine Veränderung der Rechtslage und eine Rückweisungsrichtlinie. „Die Niederlande und Österreich verbindet das Problem, daß Dublin-Fälle dann auch rückübernommen werden. Das heißt, wir haben in Wahrheit ein Systemversagen: Schengen und auch das EU-Asylverfahren funktionieren nicht. Als glühende Europäer wollen wir, daß Institution funktionieren und daß die Kommission als Hüterin der Verträge alles Notwendige dafür tut, daß Länder die vertraglichen Verpflichtungen erfüllen“, sagte Nehammer, der abschließend darauf verwies, daß man weiterhin gemeinsame Anliegen gegenüber Brüssel vertreten werde. ■



Foto: BKA / Hans Hofer

Am 26. Jänner empfing Bundeskanzler Karl Nehammer (r.) den niederländischen Premierminister Mark Rutte zu einem Gespräch im Bundeskanzleramt.

Rechtsstaatlichkeit ist ein Grundpfeiler der europäischen Wertegemeinschaft

Ungarn ist als Nachbarland ein wichtiger Partner Österreichs und ich danke meiner ungarischen Amtskollegin für die offene und konstruktive Aussprache, auch über die Herausforderung im Bereich der Rechtsstaatlichkeit: Als ein Grundpfeiler unserer europäischen Wertegemeinschaft ist diese nicht verhandelbar“, betonte Europaministerin Karoline Edtstadler am 30. Jänner nach einem Arbeitsgespräch mit der ungarischen Europa- und Justizministerin, Judit Varga, in Wien. Edtstadler habe gegenüber ihrer Amtskollegin klargestellt, wie wichtig weitere Fortschritte bei der Beseitigung der bestehenden Herausforderungen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit sind. Eine konstruktive und ehr-

liche Debatte sei hier von großer Bedeutung.

Im Mittelpunkt der Gespräche im Bundeskanzleramt seien neben der Rechtsstaatlichkeit auch die Vorbereitung des EU-Sonderrats und die aktuellen Herausforderungen im Kampf gegen die illegale Migration gestanden. Ein weiteres Thema sei der russische Angriffskrieg in der Ukraine gewesen, wobei Edtstadler unterstrich, wie wichtig die ungebrochene Solidarität mit der Ukraine und das einstimmige Mittragen der Sanktionen gegenüber Rußland auch weiterhin sei.

Zusammenarbeit auf EU-Ebene im Kampf gegen illegale Migration

Im Hinblick auf die Vorbereitung des außerordentlichen Europäischen Rats der Staats- und Regierungschefs im Februar



Foto: BKA / Andy Wenzel

Am 30. Jänner empfing Bundesministerin Karoline Edtstadler (r.) die ungarische Ministerin Judit Varga zu einem Gespräch ins Bundeskanzleramt.

Österreich, Europa und die Welt

tauschten sich die Amtskolleginnen über das Thema Migration aus. Dabei habe die österreichische Europaministerin den von Österreich vorgelegten „5-Punkte-Plan“ hervorgehoben und festgehalten, wie wichtig die Umsetzung und Einhaltung der Dublin-Verordnung für ein nachhaltiges und funktionierendes Migrationssystem sei.

Um im Kampf gegen die illegale Migration erfolgreich zu sein, „um Ordnung an den Grenzen sicherzustellen und das menschenverachtende Geschäft der Schlepper zu beenden“, bedürfe es einer engen, konstruktiven Zusammenarbeit, so Edtstadler. Die Grundvoraussetzung dafür sei die Einhaltung von EU-Recht. „Faktum ist, daß 75 Prozent aller illegalen Migrantinnen und Migranten erstmals in Österreich registriert werden. Nach dem bestehenden System wäre dies nur möglich, wenn sie mit dem Fallschirm über Österreich abspringen würden. Wir brauchen daher nachhaltige Lösungen auf EU-Ebene und dazu müssen alle Mitgliedsstaaten einen Beitrag leisten. Im Vorfeld des Europäischen Rates Anfang Februar werden wir daher darauf hinarbeiten, daß eine ehrliche Diskussion stattfindet und Lösungsansätze diskutiert werden“, hielt die Europaministerin abschließend fest. ■

Arbeitsmarktintegration von aus der Ukraine Vertriebenen beschleunigen

Nachdem schon im Jänner 2023 beschlossen wurde, daß das Aufenthaltsrecht für aus der Ukraine vertriebene Menschen um ein Jahr verlängert und bis März 2024 gewährt wird, konnten nun die neuen „Blauen Karten“ für ukrainische Vertriebene von der Österreichischen Staatsdruckerei versandt werden. Pro Tag können rund 3.500 Ausweise für Vertriebene verschickt werden. Gemeinsam mit dem Versand der Blauen Karte ergeht ein Informationsblatt des Arbeitsmarktservice (AMS) und des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF), der Vertriebene auffordert, sich bei der Jobsuche aktiv beim AMS und ÖIF zu melden, mit dem Ziel, die Integration der Ukrainerinnen und Ukrainer in den Arbeitsmarkt zu beschleunigen.

„Nach der ersten Phase des Ankommens in Österreich, in der wir die Vertriebenen schnell und unbürokratisch mit unterschiedlichen Maßnahmen wie Deutschkursen und Mobilen Servicepoints unterstützt haben, ist die Arbeitsmarktintegration nun zentral für ein eigenständiges Leben in Österreich. Der Arbeitsmarkt bietet aktuell zahlreiche Chancen. Wir unterstützen hier selbstverständlich



Foto: BKA / Christopher Dunker

Integrationsministerin Susanne Raab: „Der Arbeitsmarkt bietet aktuell zahlreiche Chancen.“

weiter, zum Beispiel mit Karriereplattformen, die Vertriebene und nach Personal suchende Unternehmen direkt vernetzen. Ausschlaggebend für die Integration ist aber vor allem die Eigeninitiative der Menschen, die zu uns kommen – die soll mit der aktiven Aufforderung von AMS und ÖIF im Zuge des Versands der Blauen Karte angeregt werden“, so Integrationsministerin Susanne Raab.

„Ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine schaffen wir weitere Arbeitsmarkterleichterungen für Vertriebene aus der Ukraine. Mit dem Wegfall der Beschäftigungsbewilligung erzielen wir einen unbürokratischeren und noch rascheren Zugang zum Arbeitsmarkt und geben Ukrainerinnen und Ukrainern eine Beschäftigungsperspektive. Das ist gerade in Anbetracht des Arbeits- und Fachkräftebedarfs eine Entlastung für den heimischen Beschäftigungs- und Wirtschaftsstandort. Das AMS wird Vertriebene aus der Ukraine in Zukunft noch stärker bei der Arbeitsaufnahme unterstützen“, so Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher.

Innenminister Gerhard Karner: „Bei der Aufnahme der Kriegsvertriebenen aus der Ukraine ist gemeinsam viel gelungen, und dafür bedanke ich mich ausdrücklich bei Ländern, Gemeinden und den Hilfsorganisationen. Mit der Anhebung der Zuverdienstgrenze für Ukrainerinnen und Ukrainer wurde zudem ein erster Schritt gesetzt, um diese Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wie der künftige Status der Kriegsvertriebenen aussehen wird, werden wir im ersten Halbjahr ergebnisoffen diskutieren.“

Bisher wurden 20.055 Beschäftigungsbewilligungen für Personen mit Aufenthaltsstatus „Vertriebene“ erteilt (Stand 9. Februar; Anm.), davon sind 12.783 aufrecht. Zusätzlich sind 7.496 Vertriebene beim AMS vorgemerkt. Bisher wurden mehr als 92.000 Vertriebene registriert und mehr als 100.000 „Blaue Karten“ ausgestellt. Derzeit befinden sich mehr als 54.000 Kriegsvertriebene in Grundversorgung.

Offizieller Besuch des spanischen Ministerpräsidenten

Am Nachmittag des 17. Februar traf Bundeskanzler Nehammer den spanischen Ministerpräsidenten Pedro Sánchez, der Österreich anlässlich der Übernahme des EU-Ratsvorsitzes durch Spanien einen offiziellen Besuch abstattete, zu einem Arbeitsgespräch. „Spanien übernimmt den Ratsvorsitz in einer Zeit, die mehr als schwierig und herausfordernd ist. Wir haben Krieg in Europa. Wir haben alle die gleichen Probleme, wenn es um die Inflation und die Energiekrise geht. Und wir haben das große Thema irreguläre Migration“, beschrieb Nehammer die gemeinsamen Herausforderungen.

Als Außengrenzland habe Spanien die Expertise, wie man die Außengrenzen tatsächlich schützen könne. Die Sondertagung des Europäischen Rats in der Woche zuvor sei ein notwendiger und wichtiger Schritt gewesen und habe einen noch nie dagewesenen Konsens aller Mitgliedsstaaten demonstriert. Nun brauche man sichtbare und konkrete Ergebnisse, die innerhalb eines klaren Zeitplans auch umgesetzt werden. „Wir sind uns einig, daß der Schwerpunkt auf der externen Di-

Österreich, Europa und die Welt

mension liegt. Wir dürfen die Mitgliedsstaaten an den Außengrenzen nicht alleine lassen, weil das auch den Druck auf die Binnenländer reduziert. Für Österreich ist das verstärkte Engagement der EU und der Mitgliedsstaaten besonders wichtig, um den Druck auf die EU-Grenzen zu verringern, Schlepper zu bekämpfen und die Rückführung zu erhöhen. Ich begrüße daher insbesondere auch den angekündigten Fokus auf das Thema Migration im Zuge der Präsidentschaft“, so der Kanzler.

Neben dem Schwerpunkt des bevorstehenden Ratsvorsitzes Spaniens und der Migration standen außerdem die bilateralen Beziehungen beider Länder, der Russische Angriffskrieg sowie Energie und Wirtschaft im Fokus des bilateralen Austauschs. „Ich danke Ministerpräsident Sánchez für das konstruktive Gespräch. Das Treffen heute ist Ausdruck der ausgezeichneten bilateralen Beziehungen unserer beiden Länder und bot Gelegenheit, uns im Vorfeld der spanischen Ratspräsidentschaft zu den wichtigsten aktuellen Themen auszutauschen. Spanien und Österreich ziehen in verschiedenen Bereichen an einem Strang. Die bevorstehende Ratspräsidentschaft Spaniens bietet eine willkommene Gelegenheit, unsere Zusammenarbeit weiter zu intensivieren. Wir sind uns einig, die Phase der wirtschaftlichen Erholung nun gemeinsam zu nutzen, um vor allem die Handelsbeziehungen zwischen Spanien und Österreich in den strategisch wichtigen Bereichen auszubauen und zu vertiefen“, so Nehammer abschließend. ■

Belgiens Regierungschef in Wien

Bundeskanzler Karl Nehammer begrüßte anlässlich des Wiener Opernballs den belgischen Premierminister Alexander De Croo am 17. Februar als Gast in Wien. Vor dem Ball trafen sich die beiden Regierungschefs zu einem Arbeitsgespräch im Bundeskanzleramt und tauschten sich über aktuelle politische und bilaterale Themen aus. Im Fokus des Gesprächs standen dabei die für Österreichs EU-Politik zentralen Themen wie der Kampf gegen illegale Migration, Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Europas sowie die EU-Annäherung des Westbalkans.

„Der traditionelle Opernball ist nicht nur ein Aushängeschild Österreichs großartiger Kultur – er ist auch eine gute Gelegenheit, internationale Beziehungen zu stärken und Gespräche mit hochrangigen internationalen Gästen zu führen. Ich habe den belgischen Premierminister als Gast eingeladen, weil wir



Bundeskanzler Karl Nehammer (l.) empfing den Ministerpräsidenten des Königreichs Spanien, Pedro Sánchez, mit militärischen Ehren in Wien



Bundeskanzler Karl Nehammer, Belgiens Regierungschef Alexander de Croo mit Ehefrau Annick und Integrationsministerin Susanne Raab beim Besuch des Wiener Opernballs

Österreich, Europa und die Welt

als Verbündete auf europäischer Ebene eng zusammenarbeiten und gerade im Kampf gegen illegale Migration unsere Zusammenarbeit vertiefen wollen“, so der österreichische Regierungschef.

Finnlands Ministerpräsidentin in Wien

Unsere beiden Länder verbindet eine lange und gute Zusammenarbeit. In wichtigen Bereichen wie der Digitalisierung ist Finnland vorbildhaft in der Umsetzung“, sagte Bundeskanzler Karl Nehammer nach dem Arbeitsgespräch mit der Ministerpräsidentin der Republik Finnland, Sanna Marin. „Für Österreich ist Finnland zudem ein wichtiger Partner in der Europäischen Union, gerade wenn es um den sorgsamsten Umgang mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger geht“, In einer gemeinsamen Pressekonferenz im Bundeskanzleramt hoben beide Regierungsspitzen die gute Kooperation beider Länder sowie gemeinsame europapolitische Interessen hervor.

Der Bundeskanzler verwies insbesondere auf die starke Partnerschaft mit Finnland in der EU-Budgetpolitik: „Wir vertreten die klare Position, daß wir keine neuen Fonds und keine neue gemeinsame Verschuldung brauchen, sondern daß die vorhandenen Mittel gemeinsam effizient genutzt werden sollen.“

Zum Angriffskrieg Rußlands auf die Ukraine habe sich Finnland immer sehr klar positioniert und Österreich sich in der EU stets „voll solidarisch gezeigt“, hielt Nehammer fest. Diese solidarische Haltung sei insbesondere mit Grenzländern wie Finnland, die an ein kriegsführendes Land angrenzen und somit vor außergewöhnlichen Herausforderungen stehen, wichtig. „Wenn wir über das Thema Außengrenzen sprechen, dann müssen wir die Vielfalt der Europäischen Union erkennen und bei unserem Konzept vom letzten Migrationsgipfel bleiben.“ Dies bedeute, daß alle Länder mit EU-Außengrenzen entsprechend unterstützt werden sollen.

Zur Neutralitätspolitik Österreichs befragt betonte der Bundeskanzler, daß Neutralität nicht heiße, daß man keine Haltung haben dürfe. Österreich sei gemeinsam mit den anderen EU-Staaten in der gemeinsamen EU-Außen- und Sicherheitspolitik aktiv und gehe mit der Neutralität im europäischen Geist und im Sinne der europäischen Solidarität sowie mit der notwendigen Differenzierung um. Es gebe große Einigkeit in der Europäischen Union, die sich klar gegen den russischen Angriffskrieg stelle und sich gemeinsam für Recht und gegen Unrecht engagiere.



Foto: BKA/Christopher Dunker

Bundeskanzler Karl Nehammer mit der finnischen Premierministerin Sanna Marin

„All das ist sehr wohl mit der Neutralität vereinbar“, so der österreichische Regierungschef, der sich abschließend für den Besuch der finnischen Ministerpräsidentin in Wien bedankte: „Wir werden weiterhin eng abgestimmt daran arbeiten, die Europäische Union weiterzuentwickeln. Ich freue mich auf viele gemeinsame Projekte.“

Edtstadler: Frauen verstärkt in politische Entscheidungsprozesse einbeziehen

Der 24. Februar 2022 hat zu einer veränderten europäischen Sicherheitsarchitektur geführt. Die Folgen des Angriffskriegs Rußlands gehen aber weit über die Ukraine und die EU hinaus“, strich Europaministerin

Karoline Edtstadler am 19. Februar anlässlich ihrer Teilnahme an der 59. Münchner Sicherheitskonferenz hervor. „Bestehende Trennlinien haben sich verschärft, neue sind entstanden. Vor fast einem Jahr, am 24. Februar 2022, hat Rußland nicht nur die Ukraine angegriffen, sondern gleichzeitig auch völkerrechtliche Grundprinzipien und europäische Werte. Umso wichtiger ist es, in diesem Rahmen aktuelle Fragen rund um Sicherheit, Stabilität und Verteidigung weltweit zu diskutieren.“

Sicherheit als übergreifendes Thema – Ukraine im Fokus

Die 59. Münchner Sicherheitskonferenz, die von 17. bis 19. Februar in der bayerischen



Foto: BKA/Florian Schrötter

Europaministerin Karoline Edtstadler (r.) gemeinsam mit Außenminister Alexander Schallenberg bei einem gemeinsamen Pressegespräch

Österreich, Europa und die Welt



Foto: BKA/Florian Schrötter

Europaministerin Karoline Edtstadler (l.) beim ihrem Treffen mit der belarussischen Oppositionsführerin Sviatlana Tsikhanouskaya im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz

Hauptstadt stattfand, widmete sich einer Bandbreite an Themen. „Sicherheit spannt den Bogen von Migration über Energie und Klimawandel bis hin zu Digitalisierung und der Rolle von Frauen in Krisen und Konflikten. Denn Sicherheit reicht in alle Politikbereiche hinein“, so die Europaministerin. Auf der Agenda des intensiven Programms von Edtstadler standen daher Podiumsdiskussionen und zahlreiche bilaterale Arbeitsgespräche mit führenden AkteurInnen aus Politik und Wirtschaft. Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine und dessen enormen geopolitischen Folgen müsse Europa insgesamt resilienter und unabhängiger werden in einer zunehmend digitalen, technologisierter, globalisierten Welt, so Edtstadler.

Bei den Panel-Diskussionen „2023: Europe’s Final Crash Test?“ und „Re-shaping the European Formation: an Update on the State of the Union?“ erläuterte Edtstadler, daß die EU trotz der vielfältigen Herausforderungen in den letzten Monaten „geeint aufgetreten ist und dies auch künftig tun wird“. Die Europaministerin machte zudem deutlich, daß Österreich und die EU die Ukraine im Kampf gegen den russischen Angriffskrieg weiterhin so lange wie nötig unterstützen werde. Bezüglich der Werte der Charta der Vereinten Nationen (UNO) könne es keine Neutralität geben. Österreich leiste „unglaublich viel“ im Bereich der humanitären Hilfe, ergänzte Edtstadler. Im Gespräch mit Olkesandra Matviichuk, der Vorsitzenden des „Centre of Civil Liberties“ (Gewinnerin des Friedensnobelpreises 2022), betonte

Edtstadler, daß Österreich alle Bemühungen zur Dokumentation und strafrechtlichen Verfolgung von Kriegsverbrechen unterstütze, denn dies sei auch die Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden: „Was die Opfer benötigen, ist Gerechtigkeit. Kriegsverbrechen werden nicht strafflos bleiben.“

Stärkere Vernetzung von Frauen

Die Vernetzung von Frauen sei ihr ein besonderes Anliegen, strich die Europaministerin in München hervor: „Es ist wichtig, auch ‚den weiblichen Blick auf die Dinge‘ einzubringen.“ Beim von der estnischen Ministerpräsidentin Kaja Kallas initiierten „Women’s Breakfast“ ging es um die Rolle von Frauen in der Politik im Allgemeinen und in der Sicherheitspolitik im Besonderen – Zielsetzungen, die auch Europaministerin Edtstadler mit der von ihr im Vorjahr geschaffenen Initiative „The Next Generation is Female“ verfolgt. „The Next Generation is Female“ ist ein neues Format zur Stärkung der Allianzen zwischen engagierten weiblichen Führungskräften in der EU. Wir wissen, daß wir gerade als Frauen mit vielen, ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sind. Umso mehr müssen wir uns gegenseitig unterstützen, inspirieren und ermutigen!“

Beim Treffen mit der belarussischen Oppositionsführerin Sviatlana Tsikhanouskaya standen die aktuelle Lage im Land sowie die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen an der Zivilgesellschaft im Mittelpunkt. Frauen müßten – vor allem in Kriegs- und Konfliktsituationen – in Verhand-

lungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Besserer Schutz für den digitalen Raum

Eine bedeutsame sicherheitspolitische Dimension stellen die Chancen und Gefahren in der Online-Welt dar, was die Europaministerin mit Kent Walker, dem Präsidenten und „Global Affairs & Chief Legal Officer“ von Google und Alphabet, besprach: „Nur durch die enge Zusammenarbeit zwischen Akteurinnen und Akteuren aus Politik, öffentlichen Institutionen, dem Privatsektor sowie der Zivilgesellschaft kann Desinformation erfolgreich bekämpft werden.“ Mit dem Kommunikationsplattformen-Gesetz gegen Haß im Netz nehme Österreich eine Vorreiterrolle in der EU ein, so Edtstadler. Auch beim Roundtable „Democratic Resilience in the Age of Hybrid Warfare“ wurden digitale Aspekte wie Cyber-Sicherheit, Desinformation, Künstliche Intelligenz oder soziale Medien diskutiert.

Edtstadler traf zudem mit Axel Trotsenburg, Managing Direktor der Weltbank, sowie Allan J. Reich und Theodore Elliot Deutch vom American Jewish Committee (AJC) zusammen. Welche ökonomische Rolle der Weltraum für die EU spielen kann, erläuterte der aus Österreich stammende Generaldirektor der Europäischen Weltraumorganisation (ESA), Josef Aschbacher.

Glaubwürdige Perspektive für den Westbalkan

Für die sechs Westbalkan-Staaten ist Österreich in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht seit jeher ein wichtiger Partner. „Die politische Stabilität und positive wirtschaftliche Entwicklung der sechs Westbalkan-Staaten liegen im Interesse der Länder selbst, aber auch in jenem der Europäischen Union“, so Edtstadler. „Denn die EU-Annäherung dieser Länder leistet einen wesentlichen Beitrag für die Sicherheit sowohl im Inneren der EU als auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft.“ Insbesondere aus geopolitischer Sicht sei es notwendig, die europäische Perspektive für die sechs Westbalkan-Staaten nicht nur am Papier einzufordern, sondern mit konkreten Schritten auch tatsächlich umzusetzen. Wie dies gelingen könne, stand im Mittelpunkt des Austauschs der Europaministerin mit dem kroatischen Premierminister Andrej Plenković, dem serbischen Vize-Premierminister und Außenminister, Ivica Dačić, der serbischen Europaministerin Tanja Mišćević sowie der Generalsekretärin des Regional Cooperation Council (RCC), Majlinda Bregu. ■

Österreich, Europa und die Welt

240 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Österreich und Marokko

Im 18. Jahrhundert bemühte sich Sultan Mohammed III. um einen Ausbau der Beziehungen zu den europäischen Mächten, wobei er insbesondere die Öffnung der europäischen Absatzmärkte für marokkanische Waren im Auge hatte. Im Zuge dieser Politik entsandte er den Pascha von Tanger, Mohammed Ben Abdelmalik, als seinen Emissär an den Hof in Wien. Der Botschafter wurde am 28. Februar 1783 von Kaiser Joseph II. zur Überreichung des Beglaubigungsschreibens empfangen; das Datum bezeichnet den Beginn der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Marokko. Der Besuch gipfelte im Abschluß eines Freundschaftsvertrages, welcher wechselseitige Handels- und Schifffahrtsfreiheit, Import- und Exportliberalisierung sowie Zollsenkung vorsah.

Wirtschaftliche Kooperation

Fast genau nach 240 Jahren war Bundeskanzler Karl Nehammer gemeinsam mit Innenminister Gerhard Karner am 28. Februar nach Marokko gereist, um diesen Jahrestag gemeinsam mit dem marokkanischen Premierminister Aziz Akhannouch zu würdigen und aktuelle bilaterale Themen zu erörtern.

Neben sicherheitspolitischen Fragen sei Marokko gerade auch für wirtschaftliche Kooperation ein wichtiger Partner mit viel Potential, so Nehammer. Darüber hinaus werde Marokko in der Frage der Energieversorgung der Zukunft in Bezug auf Wasserstoff künftig immer wichtiger werden. In Marokko ist auf einer Fläche von 30 km² ein riesiges Sonnen- und Windkraftwerk entstanden, mit dessen Energie nicht nur Strom, sondern auch Wasserstoff erzeugt wird. Bereits 2030 sollen sieben Millionen Haushalte versorgt werden können.

Die österreichischen Exporte nach Marokko stiegen 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 37,7 Prozent und erreichten 179,9 Mio. Euro. Das Handelsvolumen betrug in dem Jahr 366,4 Mio. Euro. Marokko ist das erste Land, das mit der EU eine Absichtserklärung über eine „Grüne Partnerschaft“ unterzeichnet hat. Dabei geht es um Klima- und Energiefragen, Umwelt inklusive mariner und maritimer Fragen und die grüne Wirtschaft. Diese Initiative solle auch Modellpartnerschaft für weitere Kooperationen mit afrikanischen Staaten werden.

Brisantes Thema Asyl

Allein im Jänner 2023 haben mehr als 1.300 Menschen aus Marokko einen Asylan-



Foto: BMI/Jürgen Makowecz

Bundeskanzler Karl Nehammer (3.v.l.) im Bild mit dem marokkanischen Premierminister Aziz Akhannouch (4.v.l.) und Innenminister Gerhard Karner (l.)



Foto: BMI/Jürgen Makowecz

Innenminister Gerhard Karner (l.) mit seinem marokkanischen Amtskollegen Abdelouafi Laftit

trag in Österreich gestellt. Etwa 90 Prozent dieser Menschen begaben sich in die Fänge der brutalen Schleppermafia, um auf illegalem Weg nach Europa zu gelangen.

Innenminister Gerhard Karner traf daher in Rabat seinen marokkanischen Amtskollegen Abdelouafi Laftit, um diesem Problem entgegenzuwirken.

„Wir müssen weiter auf die Asylbremse steigen, indem wir den Asylmißbrauch bekämpfen. Dazu ist auch eine enge und direkte Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten notwendig“, sagte Karner. Im Fokus der Gespräche standen eine Vereinbarung zur Kooperation im konsequenten Vorgehen gegen die international agierende Schleppermafia sowie rasche Rückführungen von illegal Auf-

hältigen. „Zum einen geht es darum zu verhindern, daß sich Menschen aus Ländern wie Marokko auf den Weg nach Europa machen. Zum anderen, daß die Rückführungen und Abschiebungen konsequenter und rascher durchgeführt werden“, sagte Karner.

Die bei diesem Arbeitsgespräch getroffenen Vereinbarungen sollen durch das Einsetzen einer gemeinsamen Arbeitsgruppe rasch umgesetzt werden.

<https://bmi.gv.at/>

Österreichische Vertretungen

Österreichische Botschaft in Rabat
Österreichische Honorarkonsulate
in Casablanca und in Marrakesch

<https://www.bmeia.gv.at/reise-services/reiseinformation/land/marokko/>

Neue EU-Mission in Niger

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner: »Österreichs Beitrag in Niger wichtig, um Terrorismus präventiv zu verhindern« – Außenminister Alexander Schallenberg: »EU muß in der Region Flagge zeigen«

Die Bundesregierung beschloß im Ministerrat am 8. März die Teilnahme Österreichs an der neuen EU-Mission in Niger. Die sich immer weiter verschlechternde Sicherheitslage in Westafrika, insbesondere in der Sahel-Zone, darunter Mali und Burkina Faso, und das Übergreifen der terroristischen Bedrohung bis an die Küstenstaaten am Golf von Guinea, machen neue europäischen Maßnahmen in Westafrika und dem Sahel notwendig. Mit der neuen EU-Partnerschaftsmission (EUMPM Niger), die ab 23. April 2023 starten soll, setzt die EU ihr sicherheitspolitisches Engagement im Sahel fort.

Österreich wird sich auf Basis des Ministerratsbeschlusses und nach Zustimmung durch den Hauptausschuß des Nationalrats an der neuen EU-Mission in Niger mit bis zu zehn SoldatInnen an der Beratungs- und Ausbildungsmission, von bis zu 30 weiteren Angehörigen des Bundesheeres für vorbereitende bzw. unterstützende Tätigkeiten und von bis zu 20 weiteren Angehörigen des Bundesheeres bei Einsatz des Lufttransportsystems C-130 im Rahmen von Lufttransporten bzw. Aeromedevac bis 31. Dezember 2024 beteiligen. Derzeit wird die Gesamtzahl jener SoldatInnen, die für diese Mission eingesetzt werden intern und mit unseren europäischen Partnern geprüft.

„Niger ist ein Anker politischer Stabilität im Sahel. Wenn wir Flucht und illegale Migration verhindern wollen, müssen wir präventiv arbeiten. Und hier kann Österreich in Niger einen wertvollen Beitrag leisten, um Terrorismus nachhaltig zu verhindern und damit die Gefahr für Europa einzudämmen und einen positiven Beitrag zu erhöhter Stabilität und Resilienz in der Sahel-Region zu leisten. Eine Route illegaler Migration verläuft direkt durch Niger bis hinauf ans Mittelmeer. Der islamistische Dschihadismus ist in Afrika eine zentrale Gefährdung für die Bevölkerung. Mit der Unterstützung Österreichs zu dieser neuen EU-Partnerschaftsmission kommen wir dem Ersuchen Nigers nach, beim Aufbau der nigrischen Streitkräfte zu helfen, um nachhaltig für Stabilität in der Region zu sorgen. Schließlich geht es dabei um Europas und damit auch um Öster-



Foto: PAO EUTM MALI

Trainer des Österreichischen Bundesheeres unterstützen die Ausbildung vor Ort.

reichs Sicherheit“, so Verteidigungsministerin Klaudia Tanner.

„Das geopolitische Umfeld ist mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine rauer geworden. Wir sehen, daß das russische Narrativ insbesondere in Afrika Wirkung zeigt und die westliche Gemeinschaft hier an Boden verliert. Wir dürfen als EU nicht anderen Akteuren das Feld überlassen, sondern müssen weiterhin Flagge zeigen. Österreich stärkt mit seiner Beteiligung die Sicherheit in Niger, was zugleich mehr Sicherheit für Europa bedeutet“, so Außenminister Alexander Schallenberg.

Die strategische Situation

Als Mitgliedsstaat der Europäischen Union sowie der „Koalition für den Sahel“ ist die Beteiligung Österreichs an „EUMPM Niger“ als Beitrag zu den europäischen Bestrebungen zur Stabilisierung des Sahel – im Sinne eines kohärenten Ansatzes der österreichischen Außen-, Entwicklungs-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Einsatzdauer ist bis vorerst 31. Dezember 2024 festgelegt.

Österreichs Beitrag

Der Fokus der EU-Mission wird auf der Ausbildung von Technikern und dem Aufbau eines neuen Bataillons für logistische Unterstützung liegen. Dazu beraten und trainieren zukünftig bis zu zehn Soldatinnen

und Soldaten in Stabsfunktionen und als Trainer die nigrischen Streitkräfte.

Mission »European Military Partnership Mission in Niger«

Die Hauptaufgabe von „EUMPM Niger“ wird das Mitwirken bei der Einrichtung und dem Aufbau eines Zentrums für die Ausbildung von technischem Fachpersonal der Streitkräfte, bei Bedarf Beratung und Fachausbildung für Spezialisten der nigrischen Streitkräfte, Unterstützung beim Aufbau eines neuen Bataillons für Führung und Führungsunterstützung durch Ausbildung und Beratung sein. Die EUMPM Niger beruht auf einem „train, equip, infrastructure“- und partnerschaftlichen Ansatz. Anders als bei bestehenden EU-Trainingsmissionen soll der permanente Footprint möglichst klein, aber effektiv sein und mit dem Gaststaat auf Augenhöhe stattfinden. Der Einsatzraum der „EUMPM Niger“ ist das gesamte Staatsgebiet von Niger. Die EU-Mission wird eine weitere Unterstützungsmaßnahme der „Europäischen Friedensfazilität“ sein. Die „Europäische Friedensfazilität“ ist das neue globale Instrument zur Finanzierung außenpolitischer Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. ■

<https://www.bundesheer.at/>

<https://www.bmeia.gv.at/>

Aus dem Außenministerium

Mit vereinter Stimme – Außenminister Schallenberg reiste nach Montenegro

Am 21. Dezember 2022 reiste Außenminister Alexander Schallenberg gemeinsam mit seiner Amtskollegin aus Slowenien, Tanja Fajon, im Auftrag des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, in die montenegrinische Hauptstadt Podgorica. Im Namen der 27 EU-Mitgliedsstaaten trafen die beiden die politische Führungsebene, darunter Staatspräsident Milo Đukanović, der geschäftsführende Premierminister Dritan Abazović und Parlamentspräsidentin Danijela Djurovic, um diesen die Sorge der EU um den politischen Stillstand in Montenegro und dessen negativen Auswirkungen auf den EU-Beitrittsprozeß deutlich zu machen. „Wir werden aktuell Zeugen einer politischen Blockade des europäischen Pfades Montenegros. Der Zug nach



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg traf gemeinsam mit seiner slowenischen Amtskollegin Tanya Fajon den montenegrinischen Präsidenten Milo Đukanović ...



Foto: BMEIA/Gruber

... Parlamentspräsidentin Danijela Đurović ...

Europa droht zu entgleisen!“, faßte der Außenminister die derzeitigen Entwicklungen in Montenegro zusammen.

Schallenberg und Fajon wurden beauftragt, die Gespräche in Montenegro zu führen, da für Österreich und Slowenien die EU-Integration des Westbalkans eine Herzensangelegenheit ist. Im Namen ihrer 25 EU-AmtskollegInnen forderten die beiden Außenminister daher die montenegrinischen Entscheidungsträger auf, den europäischen Weg fortzusetzen, den Montenegro bisher so vorbildlich eingeschlagen habe.

„Wir wollen, daß Montenegro ein Vorreiter unter den Westbalkan-Staaten bleibt und dürfen nicht zulassen, daß interne Spaltun-

gen die Entschlossenheit unserer montenegrinischen Freunde schwächt und sie vom eingeschlagenen Weg zu Stabilität und Wohlstand abbringt. Das wäre eine Enttäuschung für die Region und, was noch wichtiger ist: eine Katastrophe für die Bürgerinnen und Bürger Montenegros“, Schallenberg den Ernst der Lage, welche bereits erzielte Fortschritte gefährdet und die demokratischen Institutionen Montenegros schwächt.

Allen voran müßte die aktuelle Krise der Institutionen gelöst werden. So stehe beispielsweise das wiederholte Scheitern der Ernennung von Mitgliedern des Verfassungsgerichts symbolisch für die derzeit bestehenden Probleme. Entsprechende Reformen im

Bereich der Rechtsstaatlichkeit, die bereits von montenegrinischer Seite zugesichert wurden, seien bis heute nicht umgesetzt wurden. Dies müsse sich schleunigst ändern, forderten die beiden Außenminister. Reformbemühungen und politische Kompromisse würden dabei zuallererst Montenegro und seinen BürgerInnen zugutekommen, hielten Schallenberg und Fajon fest. Darüber hinaus würde die EU-Integration wieder an Fahrt aufnehmen, was für die gesamte EU von Relevanz sei. Fortschritte der Beitrittskandidaten auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft seien gerade angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und die Einmischung Rußlands am Westbalkan besonders wichtig. ■



Foto: BMEIA/Gruber

... und dem montenegrinischen geschäftsführenden Ministerpräsidenten und geschäftsführenden. Außenminister Dritan Abazović

Österreich, Europa und die Welt

Indien: Erster Besuch seit 27 Jahren

Am 1. und 2. Jänner begrüßte Außenminister Alexander Schallenberg seinen indischen Amtskollegen Subrahmanyam Jaishankar in Wien. Es war der erste Besuch eines indischen Außenministers in Österreich seit 27 Jahren und das bereits fünfte Aufeinandertreffen mit Schallenberg in den vergangenen zwölf Monaten. Auf dem Programm standen neben bilateralen Gesprächen auch Treffen mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Bundeskanzler Karl Nehammer sowie mit den Außenministern Tschechiens und der Slowakei. Die Diskussionen konzentrierten sich auf bilaterale politische, wirtschaftliche und Migrationsfragen, den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie den aktuellen indischen G20-Vorsitz.

In seinen Gesprächen betonte Schallenberg die exzellenten bilateralen Beziehungen und die engen Handels- und Investitionsströme zwischen beiden Ländern. Der Abschluß mehrerer Abkommen – darunter eine umfassende Partnerschaft im Bereich der Migration und Mobilität sowie Absichtserklärungen zur Kulturkooperation und zur Beschäftigung von Angehörigen von DiplomatInnen – seien ein Zeichen der Stärkung des wechselseitigen Dialogs.

„Das heutige Treffen ist ein Besuch unter Freunden und Beweis dafür, daß wir einen Höhepunkt der österreichisch-indischen Beziehungen erreicht haben. Indien ist bereits ein wichtiger Partner für uns. Aber wir wollen mehr: mehr Exporte, mehr Investitionen. Wir wollen Österreich in Indien stärker auf die Landkarte setzen. Darüber hinaus bin ich sehr froh, daß wir heute unsere umfassende Migrations- und Mobilitätspartnerschaft finalisieren konnten“, so Schallenberg.

Die Migrations- und Mobilitätspartnerschaft mit Indien ist, so der Außenminister, dringend notwendig, da Österreich im vergangenen Jahr mit einem dramatischen Anstieg der illegalen Migration konfrontiert war. Alleine aus Indien wurden über 18.000 Personen registriert, die praktisch keine Chance auf Asyl hätten.

„Das Abkommen mit Indien wird unter anderem durch die Verpflichtung zur raschen Rücknahme von Migranten ohne Bleiberecht als nützliches Instrument zur gemeinsamen Bekämpfung der illegalen Migration dienen. Gleichzeitig schafft es Möglichkeiten, hochqualifizierte indische Arbeitskräfte im Rahmen der Rot-Weiß-Rot Karte nach Österreich zu bringen“, betont Schallenberg die Vorteile der Migrations- und Mobilitätspartnerschaft.



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg mit seinem Gast, dem indischen Außenminister Subrahmanyam Jaishankar, und dessen Frau Kyoko Somekawa beim Neujahrskonzert

Neben bilateralen Fragen stand insbesondere der russische Angriffskrieg im Zentrum des Austausches zwischen den beiden Außenministern. Schallenberg verurteilte die andauernde Aggression Rußlands gegen die zivile Infrastruktur sowie Bevölkerung in der Ukraine und betonte, daß ein nachhaltiger Friede nur auf dem Verhandlungstisch und nicht auf dem Schlachtfeld zu erreichen sei. Indien komme in dieser Hinsicht als Vermittler in Frage.

„Friede wird immer am Verhandlungstisch gemacht und dieser Krieg wird keine Ausnahme sein. Ich glaube, daß Indien in diesem Zusammenhang eine große Rolle zukommt. Das Land hat eine Tradition des Ausgleichs zwischen den Weltmächten. Ausserdem ist der indische Premierminister Narendra Modi einer der wenigen, die regelmäßig mit Ukraine und Rußland im Gespräch sind. Ich habe auch hohe Erwartungen an den indischen G20-Vorsitz, eine Stimme der Vernunft zu sein“, faßte Schallenberg den möglichen Beitrag Indiens zu einer schnellstmöglichen Beendigung des russischen Angriffskrieges zusammen.

Die russische Aggression kam auch im Rahmen eines gemeinsamen Treffens von Außenminister Schallenberg und Außenminister Jaishankar mit ihren tschechischen und slowakischen Amtskollegen im Slavkov-Format zur Sprache. Die Gesprächspartner waren sich einig, daß die Zeit der Diplomatie zur Lösung des Konflikts letzten Endes kommen würde. Aktuell sei die Zeit dafür aber laut Schallenberg noch nicht gekommen. Weitere Gesprächsthemen waren der zukünftige Umgang mit einem immer selbstbewus-

ster auftretenden China, Möglichkeiten zu Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und Indien sowie regionale Entwicklungen in Afghanistan.

Bereits am Vortag besuchten die beiden Außenminister das traditionelle Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker im Musikverein in Wien. ■

Drohungen mit Nuklearwaffen sind brandgefährlich, moralisch inakzeptabel und völkerrechtswidrig

Am 22. Jänner 2021 trat der von Österreich maßgeblich mitinitiierte Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) in Kraft. Damit wurde ein Meilenstein für Abrüstung und Sicherheit erreicht, indem nach Chemie- und Biologiewaffen erstmals ein völkerrechtliches Verbot für die verheerendste Kategorie aller Massenvernichtungswaffen – Nuklearwaffen – geschaffen wurde.

„Drohungen mit Nuklearwaffen sind brandgefährlich. Sie sind nicht nur moralisch völlig inakzeptabel, sie senken auch die Hemmschwelle für andere und verstoßen klar gegen das Völkerrecht. Es gibt keine Alternative zur nuklearen Abrüstung, denn solange diese schrecklichen Waffen existieren, sind sie eine Bedrohung für uns alle. Wir müssen sie vernichten, bevor sie uns vernichten“, betont Außenminister Schallenberg anlässlich des zweiten Jahrestages des Inkrafttretens des Atomwaffenverbotsvertrags.

Gleichzeitig sind die Risiken eines nuklearen Konflikts oder Unfalls weiterhin signifikant: So droht Rußland im Rahmen seines Angriffskriegs gegen die Ukraine mit dem Einsatz von Nuklearwaffen. Auch die nukle-

Österreich, Europa und die Welt

are Rhetorik auf der koreanischen Halbinsel verschärft sich und die Spannungen im südchinesischen Meer und in Südasiens nehmen zu. In allen nuklear bewaffneten Staaten werden Nuklearwaffen modernisiert und die Zeichen stehen auf ein neues nukleares Wettrüsten, allerdings mit mehr Akteuren als im Kalten Krieg und somit noch weitaus gefährlicher.

„Die Gefahr einer nuklearen Eskalation – sei es absichtlich oder durch einen Unfall – ist so hoch wie lange nicht mehr. Es ist höchste Zeit ein für alle Mal mit dem gefährlichen Mythos aufzuräumen, daß Atomwaffen Sicherheit schaffen, auch nicht zur Abschreckung. Sie sind ein Risiko für uns alle und kennen keine Grenzen,“ so der Außenminister. „Der Atomwaffenverbotsvertrag schafft die rechtliche Grundlage und zeigt den politischen Weg, wie diese Abkehr möglich ist.“

Österreich ist seit Jahren ein internationaler Vorreiter für nukleare Abrüstung. Fokus sind dabei insbesondere die katastrophalen humanitären Auswirkungen von Nuklearwaffen und die hohen Risiken der nuklearen Abschreckung. Auf österreichische Initiative konnte bei der Wiener Konferenz 2014 zu den humanitären Auswirkungen von Atomwaffen ein Grundstein für den Atomwaffenverbotsvertrag gelegt werden. Damals rief Österreich zum Verbot von Nuklearwaffen auf, um die rechtliche Lücke für ein Verbot zu schließen. Dieser „Austrian Pledge“, später umbenannt in „Humanitarian Pledge“, wurde von mehr als 130 Staaten formell unterstützt und bildete die spätere Basis für den TPNW, den mittlerweile 68 Staaten ratifiziert und 92 unterzeichnet haben. Das erste Treffen der TPNW Vertragsstaaten fand im Juni 2022 in Wien statt. ■

Österreichisch-mazedonischer Austausch

Anlässlich der Übernahme des Vorsitzes der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) durch Nordmazedonien empfing Außenminister Alexander Schallenberg am 11. Jänner seinen mazedonischen Amtskollegen Bujar Osmani zu einem Arbeitsgespräch in Wien. Im Fokus des Austauschs stand die Zusammenarbeit innerhalb der OSZE im Lichte des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und dessen Auswirkungen auf Europa, sowie der EU-Erweiterungsprozeß am Westbalkan.

Unter der Ägide von Außenminister Osmani übernahm Nordmazedonien mit dem 1. Jänner 2023 den Vorsitz der OSZE,



Foto: BMEIA/Gruber

Am 11. Jänner empfing Außenminister Alexander Schallenberg seinen mazedonischen Amtskollegen Bujar Osmani zu einem Gespräch in Wien.

die sich vor allem seit Ausbruch des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine in einer institutionellen Krise befindet. So sieht sich der mazedonische Vorsitz konkret mit budgetären Herausforderungen sowie Fragen zur Bestellung von Leitungsfunktionen und zur Verlängerung von Mandaten von Feldmissionen konfrontiert. Angesichts des Krieges in Europa brachte Schallenberg deshalb Österreichs Unterstützung für die OSZE, den mazedonischen Vorsitz und die Generalsekretärin Helga Schmid zum Ausdruck: „Als Sitzstaat trägt Österreich eine besondere Verantwortung für die OSZE. Das gilt besonders in Krisenzeiten, wenn es darum geht, die OSZE als wichtiges Dialogforum für Europas Sicherheit zu erhalten. Rußland wird nicht von der Landkarte verschwinden, sondern der größte Nachbar Europas bleiben. Wie wir eine langfristig stabile europäische Sicherheitsarchitektur unter völliger Ausblendung Rußlands organisieren wollen, erschließt sich mir nicht.“

So engagieren sich eine Reihe österreichischer Diplomaten in der OSZE, etwa im Wirtschafts- und Umweltkomitee oder als Sonderbeauftragte. Zudem unterstützt Österreich mit einem finanziellen Beitrag die Arbeit der OSZE in der Ukraine, etwa im Bereich der posttraumatischen Betreuung von Kriegsüberlebenden, sowie bei Minenräumungs- und Umweltsanierungsarbeiten im Kriegsgebiet.

Das Gespräch mit Außenminister Osmani machte deutlich, daß, abgesehen von der OSZE, die globalen Schockwellen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auch Nordmazedonien erreichen, das in Energie-

fragen bislang stark von Rußland abhängig ist. Außenminister Schallenberg betonte, daß Österreich die Energiediversifizierung in Nordmazedonien unterstützt und hofft, österreichische Unternehmen werden weiterhin zur dortigen Energiewende beitragen.

Neben dem Energiesektor wirkt sich der russische Angriffskrieg auch in Nordmazedonien nachteilig auf die Nahrungsmittelversorgung, die Inflation und das Wirtschaftswachstum aus. Dennoch habe sich Nordmazedonien seit der russischen Invasion der Ukraine unmißverständlich auf die Seite der EU gestellt und alle Sanktionen gegen Rußland übernommen, zur Freude von Außenminister Schallenberg.

Mit Verweis auf die EU-Sanktionen, denen sich Nordmazedonien anschloß, untermauerte Schallenberg seine Position zur EU-Erweiterung im Austausch mit Außenminister Osmani: „Der Westbalkan gehört zu Europa. Er ist nicht der Hinterhof, sondern der Innenhof der Europäischen Union. Alle Probleme, die dort auftreten, in der Sicherheitspolitik, in der Stabilität, wirken sich unmittelbar auch bei uns in Zentraleuropa aus. Deshalb brauchen wir die Erweiterung. Sie ist kein buchhalterischer Prozeß, sondern der wichtigste geostrategische Hebel der EU.“

Aus diesem Grund werde sich Österreich weiterhin für eine schrittweise Integration von Nordmazedonien und der fünf weiteren Westbalkanstaaten in bestimmte EU-Politikbereiche auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft einsetzen, bekräftigt Schallenberg. Mögliche Bereiche umfassen den Binnenmarkt, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie Bildung und Forschung. ■

Österreich, Europa und die Welt

Alexander Schallenberg in Paris

Außenminister Alexander Schallenberg reiste am 16. Jänner nach Paris, wo er mit der französischen Außenministerin Catherine Colonna zusammentraf und am „Youth & Leaders Summit“ der Universität Sciences Po teilnahm. Im Mittelpunkt des ersten bilateralen Treffens zwischen Schallenberg und Colonna seit deren Amtsantritt im vergangenen Jahr, standen neben bilateralen Themen vor allem Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und die geopolitische Positionierung Europas. Wichtig sei es sich zu überlegen, wie eine Lösung am Verhandlungstisch aussehen könne, denn die europäische Sicherheitsarchitektur wird auf die eine oder andere Weise Rußland als ständiges Mitglied im VN-Sicherheitsrat und Atommacht einbeziehen müssen.

Eine wichtige Rolle kommt dabei der OSZE als einer der wenigen verbleibenden Plattformen zu, wo sich russische und westliche Diplomaten gegenüber sitzen. Bei der geopolitischen Positionierung der EU sei es zudem wichtig, stärker und unabhängiger aufzutreten.

„Die EU muß ihre strategische Autonomie in den kommenden Jahren deutlich stärken. Und zwar sowohl im Bereich Sicherheit und Verteidigung im Hinblick auf den russischen Angriffskrieg und weitere Konfliktherde in der EU-Nachbarschaft, als auch im Bereich Wirtschaft um die Wettbewerbsfähigkeit der EU aufrechtzuerhalten“, war sich der Außenminister mit seiner französischen Amtskollegin einig.

Beim „Youth & Leaders Summit“ an der Paris School of International Affairs der prestigeträchtigen Politikhochschule Sciences Po sprach der Außenminister über europäische Sicherheitsarchitektur nach dem russischen Angriffskrieg und den Beitrag, den die junge Generation dazu leisten kann.

Anschließend diskutierte er mit weiteren ExpertInnen und Experten sowie Studierenden unter anderem über nukleare Nichtverbreitung, am Nachmittag fand ein informelles Treffen mit Studierenden der Universität statt, darunter einige aus Österreich.

„Unter den größten Aufgaben für 2023 und die kommenden Jahre sind einerseits unsere Einheit zu bewahren – denn, wenn wir uneins sind, haben wir schon verloren – und andererseits das Augenmaß zu bewahren. Wir werden Plattformen wie die OSZE bewahren müssen, die in den letzten Jahrzehnten aus sehr guten Gründen geschaffen wurden. Unser heutiges Handeln wird den Status der freien Welt in den kommenden



Foto: BMEIA/Gruber

Am 16. Jänner traf Außenminister Alexander Schallenberg seine französische Amtskollegin Catherine Colonna in Paris...



Foto: BMEIA/Gruber

... und nahm am „Sciences Po Youth & Leaders Summit 2023“ in Paris teil – im Bild mit Arancha González, Dekanin der Paris School of International Affairs – ...



Foto: BMEIA/Gruber

... wo er auch an einer Podlumsdiskussion mitwirkte.

Österreich, Europa und die Welt

Jahren bestimmen“, so Schallenberg gegenüber den Studierenden.

Um Auswege aus der Energiekrise ging es im Arbeitsgespräch des Außenministers mit dem Exekutivdirektor der Internationalen Energie-Agentur, Fatih Briol. Dank großer Anstrengungen konnte zwar eine Gaskrise verhindert werden, dennoch steht Österreich und die gesamte EU vor einer schwierigen Situation, die auch durch die Zusammenarbeit mit der IEA gelöst werden soll.

Die Suche nach gemeinsamen Lösungen stand auch im Zentrum des Austausches mit Mitgliedern des außenpolitischen Ausschusses der Assemblée Nationale. Besonders bei den Themen Migration und EU-Erweiterung könnten Österreich und Frankreich ihre Zusammenarbeit noch verstärken. ■

Für Sicherheit und Stabilität im Südkaukasus

Außenminister Schallenberg empfing am 17. Jänner seinen armenischen Amtskollegen Ararat Mirzoyan zu einem Arbeitsbesuch in Wien. Neben der angespannten Situation im Südkaukasus und der in diesem Zusammenhang geplanten zivilen Mission der EU in Armenien standen der russische Einfluß in der Region sowie bevorstehende Entscheidungen für die in Wien ansässige Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Zentrum des Austauschs.

Nach bereits mehreren Zusammenkünften in der Vergangenheit traf Schallenberg erneut den armenischen Außenminister Mirzoyan, der in Wien außerdem Termine bei den Vereinten Nationen und der OSZE absolvierte. Die beiden Außenminister unterstrichen die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen, die positiven Entwicklungen durch die verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit und die kulturelle Nähe beider Länder.

Der Fokus des Arbeitsgesprächs lag auf der angespannten Situation im Südkaukasus, die aktuell zusätzlich durch die Blockade des Lachin-Korridors, der einzigen Verbindungsstraße zwischen Armenien und Berg-Karabach, verschärft wird. Schallenberg sprach sich für eine konstruktive Vorgehensweise zwischen den Konfliktparteien aus und sprach mit Mirzoyan über mögliche Lösungsansätze aus Sicht Armeniens. Schallenberg betonte, daß es im ureigenen Interesse Europas sei, im Südkaukasus für Stabilität und Sicherheit beizutragen. Er befürwortet einen Start der EU-Mission in Armenien bereits in wenigen Wochen und erklärte, Österreich könne diese mit ausgewiesenen Experten unterstützen.



Foto: BMEIA/Gruber

Am 17. Jänner empfing Außenminister Alexander Schallenberg seinen armenischen Amtskollegen Ararat Mirzoyan in Wien.

„Jerewan liegt nur etwas mehr als drei Flugstunden von Wien entfernt. Eine stabile und friedliche Region zwischen Rußland, der Türkei und dem Iran ist nicht zuletzt deswegen wichtig für uns. Österreich unterstützt die Vermittlungsbemühungen der EU in der Region und die Entsendung einer zivilen EU-Mission nach Armenien ganz klar“, so Schallenberg.

Gesprächsthema waren auch russische Aktivitäten im Südkaukasus, insbesondere vor dem Hintergrund des russischen Fokus auf die Ukraine und seinen Angriffskrieg. Besprochen wurde in diesem Zusammenhang auch die Rolle der Kollektiven Sicherheitsorganisation (CSTO), einem Militärbündnis, dem sowohl Armenien als auch Rußland angehören.

Mit Bezug auf die armenisch-türkischen Beziehungen erklärte Außenminister Schallenberg, Wien sei erneut bereit, wie schon im Vorjahr Gastgeber für Gespräche zwischen Armenien und der Türkei zu sein. 2022 fanden zwischen Februar und Juli drei Gespräche zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Armenien und der Türkei in Wien statt.

Auf der Ebene der internationalen Zusammenarbeit äußerte der österreichische Außenminister die Hoffnung, daß sich Armenien aktiv und konstruktiv in der OSZE einbringt und bilaterale Konflikte auf die für die Organisation notwendigen Entscheidungen keinen Einfluß haben.

„Mit Wien als Sitz der OSZE trägt Österreich eine besondere Verantwortung dafür, die Organisation als Dialogforum für Europas Sicherheit zu erhalten. Wir brauchen eine starke und handlungsfähige OSZE für eine tragfähige europäische Sicherheitsarchitek-

tur – gerade und insbesondere in Zeiten wie diesen“, erklärte Schallenberg. ■

Kulturpolitischer Dialog zwischen Österreich und Liechtenstein

Am 18. Jänner begrüßte die Kultursektion des BMEIA eine Delegation des Fürstentums Liechtensteins für einen kulturpolitischen Dialog in Wien. Thematisiert wurden unter anderem erfolgreich lancierte Projekte wie das europäische Literaturnetzwerk TRADUKI, die länderübergreifende Ausstellung „Identitäten“ sowie das Artist-In-Residence-Programm im Künstleratelier Turmhaus in Balzers (Liechtenstein), an dem die prämierte österreichische Autorin Ursula Wiegele im letzten Jahr teilgenommen hatte.

Anvisiert wurden dabei auch künftige Kooperationsmöglichkeiten wie Veranstaltungen anlässlich des 20. Jubiläums der „Liechtenstein-Regale“ an den 65 Österreich-Bibliotheken im Ausland und die Fortsetzung sowie Erweiterung der Artist-In-Residence-Programme. Auch aktuelle Themen wie nachhaltige Architektur im Alpenraum, Digitaler Humanismus und die Unterstützung ukrainischer KünstlerInnen flossen in das Gespräch ein. Weiters thematisiert wurde auch die Auslandskulturarbeit im Zeitalter der Digitalisierung und Nachhaltigkeit, denn „gerade angesichts der brennenden Fragen der Zukunft können und sollen auch Kunst- und Kulturschaffenden zu Wort kommen“, so der Leiter der Sektion für Internationale Kulturangelegenheiten, Christoph Thun-Hohenstein.

Dies war bereits der dritte Dialog im Rahmen einer 2020 gemeinsam unterzeichneten Absichtserklärung zur Förderung der kulturellen bilateralen Zusammenarbeit. ■

Österreich, Europa und die Welt

Schallenberg beim Weltwirtschaftsforum in Davos

Am 18. und 19. Jänner 2023 nahm Außenminister Alexander Schallenberg am Weltwirtschaftsforum im Schweizer Davos teil. Unter dem Motto der „Zusammenarbeit in einer fragmentierten Welt“ waren vor allem die weltweit spürbaren negativen Auswirkungen des russischen Angriffskrieges und die EU-Integration der Staaten des Westbalkan die Kernthemen der Teilnahme des Außenministers. Neben zahlreichen bilateralen Treffen und dem Austausch mit VertreterInnen internationaler Organisationen stand auch eine Podiumsdiskussion zum Dialog am Westbalkan und ein Fireside Chat mit dem US-amerikanischen Nachrichtensender CNBC auf der Agenda.

Außenminister Schallenberg plädierte dafür, trotz aller Schwierigkeiten die Lust am Fatalismus abzulegen: „Die Cassandra-rufer haben in Europa wieder Hochkonjunktur. Betrachten wir die europäische Integration als Ganzes und sehen wir dabei die 90 Prozent der Dinge die gut laufen, nicht die 10 Prozent der Dinge, die nicht funktionieren.“

Am Rande des Forums traf der Außenminister auch mit Volker Türk, dem Hochkommissar für Menschenrechte der Vereinten Nationen, David Beasley, dem Exekutivdirektor des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen und Odile François Renaud-Basso, der Präsidentin der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zusammen, um über ihre essenzielle Arbeit in humanitären Belangen, nicht nur in der Ukraine, sondern auch weltweit, zu sprechen. So hat Österreich im letzten Jahr seinen Beitrag zur humanitären Hilfe, speziell im Kontext der russischen Aggression, erheblich gesteigert und leistet auch weltweit einen wichtigen Beitrag um Leid zu lindern.

„Der Krieg mag zwar in Europa stattfinden, aber es ist kein europäischer Krieg – seine Auswirkungen sind global spürbar, speziell für die ärmsten der Armen. Die Arbeit der Vereinten Nationen ist in diesem Zusammenhang unerlässlich und Österreich wird diese auch in Zukunft unterstützen – sowohl finanziell als auch personell. Unser entschiedenes Ziel muß es aber sein nicht nur die Symptome zu behandeln, sondern die Ursache des Leids zu beenden“, so der Außenminister.

Mehr denn je brauche es nun einen Schulterschuß all jener Staaten, die sich in einer fragmentierten Welt klar zu einer regelbasierten Weltordnung bekennen. Dazu rief



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg traf den Exekutivdirektor des Welternährungsprogramms der UN David Beasley beim Weltwirtschaftsforum in Davos ...



Foto: BMEIA/Gruber

... und unter anderen seine Amtskollegen Ignazio Cassi (Schweiz) und Park Jin (Südkorea, r.)

Schallenberg u.a. bei Treffen mit seiner Amtskollegin aus Südafrika, Naledi Pandor und seinem Amtskollegen aus dem Irak, Fuad Hussein, auf. In den Gesprächen machte er auch klar, daß Inflation und Ernährungsunsicherheit kein Resultat europäischer Sanktionen, sondern des russischen Angriffs sind.

Das Diskussionsformat „Diplomacy Dialogue on the Western Balkans“, an der Schallenberg teilnahm, widmete sich der Aufgabe den Dialog in der Region weiter zu fördern.

„Wir können uns in einer Region, die von EU-Mitgliedsstaaten umgeben ist keine Instabilität leisten. In der Geopolitik gibt es kein Vakuum: entweder unser europäisches, regelbasiertes Wertesystem, oder ein anderes, das von außen beeinflusst ist, wird sich

durchsetzen. Der Weg des Westbalkans zeigt aber ganz klar in eine Richtung: nach Europa. Verbunden mit dem Hochhalten unserer Werte und der Durchsetzung von Reformen, verdienen sie eine glaubhafte Beitrittsperspektive, sie näher an die EU bindet“, beteuerte der Außenminister.

Eine besondere Rolle wird in diesem Kontext dem EU-Sonderbeauftragte für den Belgrad-Pristina-Dialog, Miroslav Lajčák, zu Teil. In einem Gedankenaustausch mit ihm sprach Schallenberg darüber, daß deeskalierende Maßnahmen zum jetzigen Zeitpunkt essenziell sind und es eines klaren Fahrplans, sowie Kompromißbereitschaft beider Seiten bedarf, um eine Annäherung perspektivisch zu ermöglichen. ■

Österreich, Europa und die Welt

Schallenberg trifft OSZE-Generalsekretärin Schmid

Am 25. Jänner empfing Außenminister Schallenberg die Generalsekretärin der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Helga Schmid, in Wien. Im Mittelpunkt des Austauschs stand Österreichs Unterstützung für die OSZE. Dabei betonte er, wie wichtig Dialogplattformen, wie die OSZE, insbesondere in Zeiten des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sind.

Die OSZE befindet sich seit dem Angriff Rußlands gegen die Ukraine in einer institutionellen Krise. Neben budgetären Herausforderungen beschäftigen Fragen zu Feldmissionen und zur Bestellung von Leitungsfunktionen die OSZE. Umso stärker ist Österreichs Unterstützung für die OSZE, versichert Schallenberg im Gespräch mit Schmid.

„Mit Wien als Sitz der OSZE trägt Österreich eine besondere Verantwortung dafür, die Organisation als Dialogforum für Europas Sicherheit zu bewahren. Gerade in Zeiten des Angriffskrieges und der vielfachen Krisen brauchen wir eine starke und handlungsfähige OSZE“, so der Außenminister.

Neben seiner Verantwortung als OSZE-Sitz umfaßt Österreichs Unterstützung für die internationale Organisation auch finanzielle Beiträge im Bereich der posttraumatischen Betreuung von Kriegsüberlebenden, sowie bei Minenräumungs- und Umweltsanierungsarbeiten in der Ukraine. Darüber hinaus engagieren sich österreichische Diplomaten zum Beispiel im Wirtschafts- und Umweltkomitee oder als Sonderbeauftragte in der OSZE.

Im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ist Außenminister Schallenberg der Erhalt der OSZE gerade deshalb wichtig, da sie eine der wenigen verbliebenen Plattformen ist, auf denen sich russische DiplomatenInnen mit den Argumenten und der scharfen Kritik Österreichs und der anderen Mitgliedsstaaten am russischen Angriffskrieg auseinandersetzen müssen.

„Eine Plattform wie die OSZE brauchen wir auch in Zukunft dringend. Denn auch im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine wird hoffentlich irgendwann wieder die Diplomatie Raum gewinnen“, zeigte sich Schallenberg im Austausch mit Generalsekretärin Helga Schmid beharrlich.

Mit Verweis auf die Geschichte der OSZE, die 1975 am Höhepunkt des Kalten



Foto: BMEIA/Gruber

Am 25. Jänner empfing Außenminister Alexander Schallenberg die OSZE-Generalsekretärin Helga Schmid in seinen Amtsräumen.

Krieges geschaffen wurde, weil Europa Gesprächskanäle mit Rußland benötigte, hielt Außenminister Schallenberg fest: „Rußland bleibt weiterhin der größte Nachbar Europas. Für eine langfristig stabile europäische Sicherheitsarchitektur brauchen wir die OSZE als Vehikel. Aber unter völliger Ausblendung Rußlands wird eine tragfähige Sicherheitsarchitektur in Europa aus meiner Sicht nicht gelingen.“

Grundwerte im digitalen Raum

Anlässlich des Wien-Besuchs des Beauftragten der Vereinten Nationen für Technologie, Untergeneralsekretär Amandeep Singh Gill, fand am 27. Jänner ein TechDi-

plomacy Talk im Außenministerium statt. Auf Reden von Generalsekretär Botschafter Peter Launsky-Tieffenthal, Bundesministerin für EU und Verfassung Karoline Edtstadler, Digitalisierungs-Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen, Florian Turskym und dem Untergeneralsekretär folgte eine Podiumsdiskussion zum Thema „The Future of the Internet: Public Value, Human Rights and Sustainable Innovation“^{*)} mit österreichischen Tech-ExpertInnen. Die Veranstaltung ist Teil der österreichischen Bemühungen Menschenrechte und Grundwerte auch im digitalen Raum zu sichern und den Mensch in den Mittelpunkt der Digitalisierung zu stellen.



Foto: BMEIA/Gruber

v.l.: BMEIA-Generalsekretär Botschafter Peter Launsky-Tieffenthal, Digitalisierungs-Staatssekretär Florian Turskym, Bundesministerin für EU und Verfassung Karoline Edtstadler und Untergeneralsekretär Amandeep Singh Gill

*) „Die Zukunft des Internets: Öffentlicher Wert, Menschenrechte und nachhaltige Innovation“

Österreich, Europa und die Welt

Der TechDiplomacy Talk ist der Auftakt für die öffentlichen Beratungen zum globalen Digitalpakt in Österreich und bot eine Plattform für den Austausch mit dem Technologie-Beauftragten der Vereinten Nationen. Die Vereinten Nationen bieten ein Forum um einen gemeinsamen Weg zu finden, die Chancen der digitalen Transformation zu nutzen und damit einhergehende Herausforderungen zu bewältigen. Nur so können die Grundwerte liberaler Demokratien, wie Inklusivität, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, auch online geschützt werden.

„Dieser TechDiplomacy Talk findet zu einem entscheidenden Zeitpunkt statt, da die digitale Transformation in den letzten Jahren in internationalen Angelegenheiten an Dynamik gewonnen hat. Dieser Trend scheint auf einen Paradigmenwechsel in der Art und Weise hinzuweisen, wie die internationale Gemeinschaft und die Gesellschaften den Umgang mit dem digitalen Wandel betrachten. Die Zeiten der Selbstregulierung oder keiner Regulierung sind definitiv vorbei“, so Generalsekretär Launsky-Tieffenthal in seiner Begrüßung.

In der anschließenden Podiumsdiskussion wurde die Bedeutung von durchdachten Regelungen im Tech-Bereich auf globaler Ebene betont. Neben der notwendigen Regulierung zum Schutz der Daten, Privatsphäre und der Menschenrechte im digitalen Raum, braucht es auch Vereinbarungen um die Neuerungen im Technologiebereich für alle zugänglich zu machen. Nur wenn alle gleichberechtigt Zugang zu Internet und wichtigen Daten haben, kann das ganze Potential der Technologien ausgeschöpft werden, so der Tenor. Gerade für eine gerechte nachhaltige Entwicklung seien diese Innovationen, wie künstliche Intelligenz, dringend notwendig.

„Das Außenministerium ist bestrebt, zu diesen Debatten und Prozessen beizutragen. Österreich ist seit jeher ein überzeugter Verfechter eines wertebasierten Multilateralismus, der auf dem Völkerrecht, insbesondere den Menschenrechten, und der nachhaltigen Entwicklung beruht, um sicherzustellen, daß niemand zurückgelassen wird. Dies gilt insbesondere für den Bereich der digitalen Zusammenarbeit“, betont Launsky-Tieffenthal Österreichs Haltung.

Österreich setzt sich insbesondere dafür ein, daß die Digitalisierung zur Förderung der Demokratie, dem Schutz der Menschenrechte und der nachhaltigen Entwicklung beiträgt und somit auch das Konzept des „Digitalen Humanismus“ im künftigen globalen Digitalpakt verankert ist. ■



Foto: BMEIA/Gruber

Am 7. Februar traf Außenminister Alexander Schallenberg seinen US-Amtskollegen Antony Blinken in Washington, DC.

Außenminister Schallenberg besucht US-Amtskollegen Antony Blinken

Als Zeichen der starken transatlantischen Partnerschaft, traf Außenminister Alexander Schallenberg am 7. Februar seinen Amtskollegen, Secretary of State Antony Blinken, in Washington, D.C. Hauptthemen beim ersten bilateralen Treffen der beiden Außenminister waren die Zusammenarbeit im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg, die Situation auf dem Westbalkan, der Ausbau der Strategischen Partnerschaft zwischen Österreich und den Vereinigten Staaten sowie die Erdbebenkatastrophe in der Türkei.

Im Rahmen der zweitägigen Reise traf sich der Außenminister auch mit Koordinator des Weißen Hauses für den Mittleren Osten und Nordafrika, Brett McGurk, der Direktorin der nationalen Nachrichtendienste, Avril Haines und CIA-Direktor William Burns. Außerdem tauschte er sich mit AuslandsösterreicherInnen, Führungskräften der US-Niederlassungen österreichischer Firmen und mit Studierenden aus.

Im Zentrum der USA-Reise und des Gesprächs mit Secretary Antony Blinken stand die verstärkte Zusammenarbeit zur Bewältigung der multiplen Krisen. Österreich sei ein starker und sehr geschätzter Partner für die Vereinigten Staaten betonte der US-Außenminister gleich zu Beginn des Gesprächs. Gerade der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat gezeigt, wie wichtig die transatlantische Partnerschaft ist und wie gut diese nach wie vor funktioniert. Grund dafür ist nicht zuletzt das starke Wer-

tefundament auf dem sie basiert. Nun geht es darum, wie die transatlantischen Partner diese Werte, wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte, besser schützen und fördern können. Außerdem wollen Österreich und die Vereinigten Staaten gemeinsam die Ukraine bestmöglich unterstützen.

„In Krisenzeiten muß man wissen, wer seine Partner sind. Mein Ziel ist es, diese Beziehungen, auch die bilateralen, zu stärken und die strategische Partnerschaft, die wir haben, so stark wie möglich und so unumkehrbar wie möglich zu machen. Ich glaube, die letzten elf Monate haben gezeigt, daß wir, wenn wir zusammenstehen, wenn wir vereint sind, eine beeindruckende Kraft sind. Und das ist, glaube ich, die größte Aufgabe des kommenden Jahres“, so Schallenberg gegenüber seinem US-Amtskollegen.

Thema waren auch die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die europäische und internationale Sicherheitsarchitektur sowie die gemeinsamen Anstrengungen Österreichs und der Vereinigten Staaten für die Sicherheit und Stabilität der Länder des Westbalkan. Aufgrund der Expertise und Erfahrung Österreichs in der Region hat sich über die vergangenen Jahre eine gute Zusammenarbeit auf Augenhöhe entwickelt. Beim Treffen lobte der US-Außenminister Österreichs einzigartige Führungsrolle am Westbalkan. Ziel ist es, das Überschwappen der Gewalt auf die Region zu vermeiden und weiterhin Stabilität, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Reformen zu unterstützen. Auch zu den weiteren sicherheitspolitischen Krisenherden im Kaukasus, dem Indopazifik und dem

Österreich, Europa und die Welt



Foto: BMEIA/Gruber

Am 6. Februar traf Außenminister Alexander Schallenberg VertreterInnen österreichischer Topunternehmen am US-Markt im Rahmen der Initiative ReFocus Austria in Washington, DC.

Iran wollen die beiden Länder enger zusammenarbeiten.

„Es liegen schwierige Zeiten vor uns, und Secretary Blinken hat einige der Regionen und einige der Organisationen erwähnt, in denen wir gefordert sind zu handeln, und ich glaube, daß die Entscheidungen, die in diesem Jahr getroffen werden, langfristige Auswirkungen haben werden“, so der Außenminister mit Blick auf den Westbalkan und die OSZE.

Bereits vor dem Treffen mit Secretary Antony Blinken traf sich Außenminister Alexander Schallenberg mit Sicherheitsexperten, darunter dem Koordinator des Weißen Hauses für den Mittleren Osten und Nordafrika, Brett McGurk, die Direktorin der nationalen Nachrichtendienste, Avril Haines und CIA-Direktor William Burns. In den Gesprächen lobte Schallenberg die gute Zusammenarbeit der Nachrichtendienste und unterstrich Österreichs Bemühungen für Stabilität und Sicherheit.

Neben der Zusammenarbeit in außenpolitischen Fragen, soll die Partnerschaft zwischen Österreich und den Vereinigten Staaten auch in anderen Bereichen gestärkt werden. Grundlage dafür bildet die 2019 geschlossene Strategische Partnerschaft. Nach drei Jahren pandemiebedingter Kontakt- und Reisebeschränkungen ist es jetzt besonders wichtig, die „People-to-People“-Kontakte wieder zu fördern. So regte Außenminister Schallenberg neue Initiativen im Bereich Wissenschaft, Forschung und Kunst an. Andere Initiativen, wie ein „Work and Travel“-Programm und ein Austauschprogramm für Medienschaffende, sind geplant und werden bald umgesetzt. „Das Treffen mit meinem Amtskollegen hat über eine Stunde gedauert,



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg mit Botschafterin Petra Schneebauer, Leiterin der Sektion Konsularischen Angelegenheiten im BMEIA – sie hat übrigens Anfang März 2023 die Leitung der Österreichischen Botschaft Washington übernommen.

weil es so viel zu besprechen gibt und es so viele Themen gibt an denen wir gemeinsam arbeiten wollen. Eine meiner Herzensangelegenheiten ist, daß wir die Strategische Partnerschaft stärken und ausbauen. Da gibt es auch von amerikanischer Seite einen großen Willen dazu. Zum Beispiel beim Austausch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Studierenden – daß wir diese sogenannten ‚people-to-people contacts‘ steigern“, betonte der Außenminister nach dem Treffen gegenüber JournalistInnen.

Wirtschaftlich erleben die österreichisch-amerikanischen Beziehungen derzeit ohnedies einen Höhenflug. Die österreichischen Exporte in die Vereinigten Staaten sind so hoch wie nie zuvor.

Zusätzlich gibt es eine enge Kooperation zur Etablierung der dualen Ausbildung in den Vereinigten Staaten nach Vorbild der

österreichischen Lehre um dem Fachkräftemangel entgegenzutreten.

Zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und den Chancen und Hürden des US-Markts, tauschte sich Schallenberg im Rahmen einer ReFocus Austria-Veranstaltung am 6. Februar, außerdem mit Führungskräften der US-Niederlassungen österreichischer Firmen aus. Bereits gleich nach seiner Ankunft in Washington, D.C. traf der Außenminister AuslandsösterreicherInnen und Auslandsösterreicher, für die Außenministerium und Botschaften Servicestelle und Verbindung zur Heimat sind. Diese Verbindung aufrechtzuerhalten sei ihm ein besonders Anliegen, so der Außenminister bei der Veranstaltung in der Botschaft. Außerdem er im Rahmen der Reise mit Masterstudierenden der renommierten School of Advanced International Studies der Johns Hopkins Universität. ■

Österreich, Europa und die Welt

Soforthilfe in der Türkei und in Syrien

Nach der Erdbebenkatastrophe in der türkisch-syrischen Grenzregion ist die humanitäre Lage vor Ort verheerend: In der Türkei und in Syrien sind mit aktuellem Stand (15. Februar, Anm.) bereits mehr als 40.000 Menschen bei dem folgenschweren Erdbeben ums Leben gekommen. Die Wahrscheinlichkeit, in den Erdbebengebieten noch Überlebende zu finden, ist gut eine Woche nach dem Beben leider verschwindend gering. Um das humanitäre Leid vor Ort zu lindern und Hilfsorganisationen bei ihrer Arbeit zu unterstützen, stellt die österreichische Bundesregierung 3 Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) des Außenministeriums zur Verfügung.

„Die schrecklichen Bilder, die uns aus der Türkei und Syrien nach den Erdbeben erreicht haben zeigen drastische Schäden und eine Vielzahl an Opfern. Unsere Gedanken und unser tiefes Mitgefühl sind bei den Opfern und ihren Familien. Das Ausmaß des Erdbebens ist verheerend. Umso wichtiger ist jetzt rasche humanitäre Hilfe und Unterstützung im Katastropheneinsatz. Österreich wird daher drei Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds für Hilfsorganisationen vor Ort ausschütten und ab morgen mit mehr als 80 Soldatinnen und Soldaten des Österreichischen Bundesheers für den Rettungseinsatz im Erdbebengebiet unterstützen. Wir stehen den Menschen in der Türkei und Syrien in dieser schwierigen Situation bei“, so Bundeskanzler Karl Nehammer.

Obwohl das Epizentrum des Bebens in der Provinz Ekinözü/Kahramanmaraş in der Türkei lag, zeigt sich das verheerende Ausmaß auch im Südosten der Türkei sowie im Nordwesten Syriens, wo viele Ortschaften völlig zerstört wurden. Zu der großen Opferzahl kommen jene Menschen, die durch die Zerstörung auf lebensnotwendige Hilfe angewiesen sind: Es werden dringend Lebensmittel, Arzneimittel und Zelte als Unterkünfte aufgrund der strengen winterlichen Bedingungen benötigt. So sind rund 23 Millionen Menschen direkt vom Beben betroffen, laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) trifft diese humanitäre Katastrophe besonders vulnerable Personen am stärksten, wie etwa Frauen, Kinder, Kranke oder ältere Menschen.

„Die Meldungen von Erdbeben in der Türkei und in Syrien machen mich betroffen. Katastrophen wie jene verschlimmern die Notlage der dort lebenden Menschen, unter ihnen viele Flüchtlinge aus der Region, dramatisch. Meine Gedanken sind bei den

Opfern und HelferInnen. Jetzt muß schnell geholfen werden. Österreich wird seinen Beitrag zur Katastrophenhilfe leisten und als Sofortmaßnahme 3 Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds bereitstellen“, führte Vizekanzler Werner Kogler an.

Von den 3 Millionen Euro gehen 2 Millionen Euro an die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRK) sowie 1 Million Euro an den OCHA Syrian Cross Border Humanitarian Fund. Die IFRK ist in der Türkei und in Syrien mit ihren Teams vor Ort, um in Koordination mit ihren nationalen Partnerorganisationen schnelle und wirksame Soforthilfe zu leisten. Der OCHA Fund finanziert Aktivitäten internationaler und nationaler NGOs in

der schwer getroffenen Region Idlib in Syrien, zu welcher der Syrisch-Arabische Rote Halbmond kaum Zugang hat.

„Auf ein enormes Erdbeben der Stärke 7,8 in der türkisch-syrischen Grenzregion sind weitere Beben gefolgt, die kaum vorstellbare Schäden angerichtet und Leid über Hunderttausende Menschen gebracht haben. Gerade im Norden Syriens war die humanitäre Situation nach über einem Jahrzehnt von Konflikt und Zerstörung schon enorm angespannt. Österreich hilft unbürokratisch und stellt 3 Mio. Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) des Außenministeriums zur Verfügung. Mit unseren Partnern und Nichtregierungsorganisationen vor Ort bringen wir rasche Hilfe auf den Weg“, hielt Außen-

Generalsekretär Wolfgang Schallenberg verstorben

In tiefer Trauer gibt das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten bekannt, daß der ehemalige Generalsekretär Botschafter i.R. Dr. Wolfgang Schallenberg am 8. Februar im 93. Lebensjahr verstorben ist.

Geboren am 3. Juni 1930 trat er im Jahr 1952 in den auswärtigen Dienst ein. Während seiner beeindruckenden Karriere vertrat er die Republik unter anderem als österreichischer Botschafter in Indien, Spanien und Frankreich und diente in der Zentrale als Leiter der Abteilung für Presse und Information sowie als Leiter der Kulturpolitischen Sektion. Im Jahr 1992 wurde er schließlich zum Generalsekretär bestellt. Ein Amt, das er bis zu seiner Pensionierung im Dezember 1995 mit unglaublich viel Leidenschaft und Engagement ausgeführt hat.

Die europäische Geschichte kennt viele Wendepunkte, die herausragendes diplomatisches Gespür verlangten. Gespür, wie es Wolfgang Schallenberg zweifelsohne an den Tag legte. Er wirkte in Jahrzehnten, die für unser Land besonders wegweisend waren. Eingetreten in den diplomatischen Dienst kurz vor der Unterzeichnung des Staatsvertrags stand er wie kaum ein anderer für eine neue, selbstbewußte österreichische Außenpolitik. Wolfgang Schallenberg hatte ganz maßgeblichen Anteil an der Entwicklung der österreichischen Diplomatie in dieser bewegten Phase der Republik. Mit seiner inspirierenden Art vermochte er zudem, viele junge Generationen an Diplomatinen und Diplomaten



Foto: Parlamentdirektion/Carina Ott

Botschafter i.R. Wolfgang Schallenberg bei der Podiumsveranstaltung „50 Jahre Außenministerium – Diplomaten auf dem Weg in die Zweite Republik“ im Jänner 2010 im Parlament

für den Dienst im Außenamt zu begeistern. Seine letzten Dienstjahre waren geprägt von den Vorbereitungen des österreichischen Beitritts zur Europäischen Union. Eine zutiefst kosmopolitische Karriere – vom Staatsvertrag bis zum EU-Beitritt.

„Unser tief empfundenes Mitgefühl gilt seiner Gattin, seinen Kindern und seinen Enkelkindern. Wir werden ihm als sehr geschätzten Kollegen und österreichischen Patrioten stets ein ehrendes Andenken bewahren“, schloß die Aussendung des Außenministeriums. ■



Foto: BMEIA/Gruber

Am 17 und 18. Februar nahm Außenminister Alexander Schallenberg an der 59. Münchner Sicherheitskonferenz teil.

minister Alexander Schallenberg abschließend fest.

Im Sinne seiner humanitären Tradition und angesichts der katastrophalen Situation in Syrien und der Türkei trägt Österreich zu den humanitären Hilfeleistungen der internationalen Staatengemeinschaft und zu den Tätigkeiten von österreichischen Nichtregierungsorganisationen vor Ort bei. So haben zahlreiche österreichische Rettungskräfte des Katastrophenhilfeelements „Austrian Forces Disaster Relief Unit“ (AFDRU) eine Woche lang den Betroffenen direkt vor Ort geholfen, etwa bei der Bergung von Verschütteten. ■

Außenminister Schallenberg auf der 59. Münchner Sicherheitskonferenz

Außenminister Alexander Schallenberg nahm am 17. und 18. Februar an der 59. Münchner Sicherheitskonferenz teil und tauschte sich dabei mit AmtskollegInnen, unter anderem aus den Westbalkan-Staaten, Saudi-Arabien und China, sowie mit VertreterInnen Internationaler Organisationen und Wirtschaftstreibenden aus aller Welt über Lösungen für die global wichtigsten Sicherheitsfragen aus. Im Vordergrund stand dieses Jahr der ungerechtfertigte russische Angriffskrieg auf die Ukraine und seine Auswirkungen

auf die regelbasierte internationale Ordnung und den internationalen Zusammenhalt.

„Inmitten multipler, sich überlappender und komplexer Krisen und in einer Zeit von hybriden Bedrohungen und Desinformation ist die Bedeutung der Münchner Sicherheitskonferenz wichtiger denn je. Ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und drei Jahre nach Beginn der Pandemie braucht die Welt den direkten Austausch und das persönliche Gespräch mehr als jemals zuvor“, so Außenminister Schallenberg.

Neben dem multilateralen Austausch nutzte der Außenminister die Veranstaltung intensiv für bilaterale Arbeitsgespräche. Ein Schwerpunkt lag dabei unter anderem auf Treffen mit Vertretern der Westbalkan-Staaten, die auch Fragen der europäischen Integration zum Thema hatten: Am ersten Konferenztag traf Schallenberg den neuen bosnischen Außenminister Elmedin Konakovic. Ein Treffen mit seiner Amtskollegin aus Kosovo, Donika Gërvalla-Schwarz, folgte tags darauf.

„Wir können uns am Westbalkan keine Instabilität leisten, denn das hätte auch einen direkten Impact auf uns. Wenn nicht wir unser Lebensmodell dorthin exportieren,

dann tun es andere“, erklärte der Außenminister.

Das erste persönliche Treffen mit der neuen Präsidentin des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), Mirjana Spoljaric Egger, am 17. Februar unterstrich die Wertschätzung für die Arbeit der Organisation auch unter schwierigsten Bedingungen. Das IKRK ist einer der wichtigsten Partner Österreichs in humanitären Krisensituationen. Bei einem Empfang im Rahmen der Konferenz traf der Außenminister zudem den scheidenden Direktor des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen, David Beasley.

Das dichte Programm Schallenbergs am am 17. Februar endete mit einem hochrangigen Abendessen mit Børge Brende, dem Präsidenten des World Economic Forum, und Jared Cohen, Partner bei Goldman Sachs, mit seinen AmtskollegInnen aus der Ukraine, Albanien, Kanada, Südkorea, Finnland, Katar und Pakistan, dem französischen und israelischen Verteidigungsminister und den Premierministern aus Kroatien, Belgien und den Niederlanden.

„Die Welt ist im Wandel, doch die Münchner Sicherheitskonferenz bleibt eine Konstante unseres Dialogs und unseres unverbrüchlichen Einsatzes für Frieden und

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BMEIA/Gruber



Außenminister Alexander Schallenberg traf den ranghöchsten chinesischen Diplomaten Wang Yi zu einem Gespräch.

Verständigung“, faßte Schallenberg die Erwartungen an lösungsorientierte Gespräche zusammen.

Am 18. Februar traf der Außenminister seinen saudischen Amtskollegen Faisal bin Farhan Al Saud. Im Fokus standen neben dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine auch politische Lösungsansätze für die Lage im Iran. Am Nachmittag folgte ein Treffen mit Wang Yi, dem ranghöchsten chinesischen Diplomaten. Auf der Gesprächsagenda stand die Bedeutung Chinas für Sicherheit und Frieden vor dem Hintergrund der russischen Aggression in der Ukraine und deren enormen geopolitischen Folgen.

„Es geht darum, mit großem Realismus die Beziehungen zu China neu zu bewerten – ohne Naivität und ohne Scheuklappen, daß wir sowohl Differenzen ansprechen, aber die chinesische Führung auch daran erinnern, was für eine große Verantwortung auf ihren Schultern lastet. Chinas Rolle als globaler geopolitischer Akteur ist ungebrochen und von nicht zu unterschätzendem Wert, wenn es darum geht, Rußland nach seinem brutalen Angriffskrieg auf die Ukraine wieder zurück auf den Weg der Diplomatie zu bringen“, so Außenminister Schallenberg.

Die Konferenz, die als weltweit bedeutendste Dialogplattform zu Sicherheits- und Verteidigungspolitik gilt, bringt jedes Jahr führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft für hochrangige Debatten zu den wichtigsten außen- und sicherheitspolitischen Themen zusammen. Die Veranstaltung fand zum ersten Mal seit drei Jahren wieder ohne pandemiebedingter Einschränkungen statt und fördert mit einem dichten Programm den Austausch zwischen den Weltmächten und ihren Verbündeten. ■

Foto: BMEIA/Gruber



Außenminister Schallenberg mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen...

Foto: BMEIA/Gruber



... und mit seinem saudischen Amtskollegen Prinz Faisal bin Farhan Al Saud

Österreich, Europa und die Welt

50 Jahre Austria Kultur International

Anlässlich „50 Jahre Austria Kultur International“ lud Außenminister Alexander Schallenberg am 21. Februar zu einem Empfang mit Kunstschaffenden und VertreterInnen von Medien und Kultur-Institutionen. Die Veranstaltung fand als Auftakt des Jubiläumsjahres zu einem halben Jahrhundert internationaler Kulturarbeit im Außenministerium in den Räumlichkeiten der kürzlich eröffneten Ausstellung „On The Road Again“ im Wiener Künstlerhaus statt. „Über die letzten 50 Jahre konnte das Außenministerium ein weltumspannendes Kulturnetzwerk aufbauen, das jährlich tausende Veranstaltungen in verschiedensten Kunstsparten umsetzt. Im Mittelpunkt steht dabei die Unterstützung österreichischer Kunstschaffender im Ausland, insbesondere jüngerer Künstlerinnen und Künstler“, so Schallenberg bei der Eröffnung zum 50-Jahre-Jubiläum.

Vor dem Hintergrund der Vielfachkrise aus Krieg, Stagflation, Migrationsbewegungen, Energiekrise, Klimawandel und der zunehmenden Verschärfung humanitärer Krisen verwies der Außenminister auf die besondere Bedeutung, die der Kunst und Kultur in dieser Situation zukommt:

„Kunst ist Mutmacherin und zugleich Herausforderin. Kunst ist Ruf nach Freiheit. Ist Ansporn. Ist geistige Nahrung. Und all das brauchen wir jetzt. Daher kommt gerade jetzt der Auslandskulturpolitik eine wichtige Rolle zu. Internationale Kulturarbeit ist ein integraler und unverzichtbarer Teil der österreichischen Außenpolitik“, unterstrich der Außenminister die Bedeutung der österreichischen Kulturdiplomatie.

„Kultur ist zentrales Element unserer internationalen Soft Power und gerade jetzt brauchen wir diese Soft Power mehr denn je. In solch turbulenten Zeiten außenpolitischer Umbrüche, in denen sogar unser liberales westliches Lebensmodell herausgefordert wird, braucht es vertraute Orientierungs- und Stützpunkte. Dabei ist und bleibt Kultur unsere verbindende Konstante“, so der Außenminister weiter, der darauf verwies, daß die Auslandskulturpolitik in den nächsten Jahren noch gewichtiger werden wird:

„Österreichs Kreativität in Kunst, Kultur und Wissenschaft übertrifft um ein Vielfaches unsere geografische Größe. Es ist mir daher ein Anliegen, dieses Potential in Zukunft international noch stärker sichtbar zu machen.“

Um das Potential der Auslandskultur zu unterstreichen, fand der Jubiläumsauftakt im Wiener Künstlerhaus statt, wo gerade die



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg (im Bild links) mit den KünstlerInnen beim Empfang zu „50 Jahre Austria Kultur International“ im Wiener Künstlerhaus



© Bildrecht

Darja Shatalove, Ausstellungsansicht 1030 Days, Vasconcelos-Bibliothek, Mexiko, 2022

Ausstellung „On the Road Again“ gezeigt wird. Die Kooperation zwischen dem Außenministerium und der Künstlerhaus Vereinigung zeigt aus fast 500 Einreichungen ausgewählte Projekte zeitgenössischer Kunst aus Österreich, die im vergangenen Jahr für 23 österreichischen Kulturforen rund um den Globus realisiert wurden. Die Werke setzen sich mit Umbrüchen in Gesellschaft und Ökologie und dem jeweiligen Gastland des österreichischen Kulturforums auseinander. In der gemeinsamen Abschlusspräsentation wird die wertvolle Arbeit der Auslandskultur auch in Österreich einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht: „On The Road Again“ wird noch bis 21. Mai 2023 im Künstlerhaus in Wien gezeigt.

Der Empfang im Künstlerhaus läutet das Jubiläumsjahr „50 Jahre Austria Kultur International“ ein: Vor 50 Jahren erhielt das Außenministerium die Zuständigkeit für die Betreuung der kulturellen Auslandsbeziehungen durch eine 1973 verabschiedete Novelle des Bundesministeriengesetzes. Seitdem sind die internationale Kulturarbeit und die weltweite Förderung von österreichischen Künstlerinnen und Künstlern sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wesentliche Aufgaben der österreichischen Außenpolitik und fixer Bestandteil der Tätigkeiten der österreichischen Vertretungen und des Außenministeriums. ■

<https://www.bmeia.gv.at/themen/auslandskultur/>
<https://www.k-haus.at/>

Österreich, Europa und die Welt

Generalsekretär Launsky-Tieffenthal bei Ukraine-Sondersitzung in New York

Österreich war bei der dringlichen Sondersitzung der VN-Generalversammlung zur Ukraine am 22. Februar durch den Generalsekretär des Außenministeriums, Peter Launsky-Tieffenthal, vertreten, um Österreichs uneingeschränkte Solidarität mit der Ukraine zu unterstreichen. Zudem hielt er eine Rede im Rahmen einer hochrangigen Konferenz zu schweren Menschenrechtsverletzungen und tauschte sich mit hochrangigen VertreterInnen der Vereinten Nationen aus.

Bei der Sondersitzung forderten die StaatenvertreterInnen knapp ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskrieges erneut ein Ende der Aggressionen. Denn auch die Ukraine muß wie jedes Mitglied der Vereinten Nationen von der Stabilität und Sicherheit eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens profitieren. In seiner Rede vor der Generalversammlung unterstrich der Generalsekretär Österreichs Engagement für einen Frieden auf Grundlage der VN-Satzung und des Völkerrechts: „Im vergangenen Jahr hat die Generalversammlung mit überwältigender Mehrheit Rußland aufgefordert, diesen Krieg zu beenden. Das Leid der ukrainischen Bevölkerung zu beenden. Die nuklearen Drohungen einzustellen. Und die eklatanten Verstöße gegen die Charta zu beenden, einschließlich des illegalen Versuchs, ganze Regionen der Ukraine zu annektieren. Dieses überwältigende Zeichen der Solidarität mit der Ukraine und die überwältigende Unterstützung für das Völkerrecht und für die Satzung der Vereinten Nationen ist ermutigend.“

Die hochrangige Teilnahme an der Sondersitzung durch den Generalsekretär ist Ausdruck der uneingeschränkten Solidarität Österreichs seit Tag 1 des russischen Angriffskrieges für die ukrainische Bevölkerung, die seit nunmehr einem Jahr Opfer einer beispiellosen militärischen Aggression ist. Es ist daher eine Selbstverständlichkeit, der Ukraine – insbesondere durch umfassende finanzielle und humanitäre Hilfe – auch weiterhin unterstützend zur Seite zu stehen. So hat Österreich bisher bereits über 124 Millionen Euro an humanitärer Hilfe geleistet und über 90.000 Vertriebene temporär aufgenommen. Darüber hinaus setzt sich Österreich in internationalen Fora unermüdlich für ein Ende des Angriffskrieges, die Achtung des Völkerrechts und die Rechenschaftspflicht für begangene Kriegsverbrechen ein.



Foto: BMEIA

Generalsekretär des Außenministeriums, Peter Launsky-Tieffenthal, bei seiner Rede während der dringlichen Sondersitzung der VN-Generalversammlung in New York

So verwies Peter Launsky-Tieffenthal in einer Panel-Diskussion zu den menschenrechtlichen Folgen des russischen Angriffskrieges auch auf die Notwendigkeit, international geltende Regeln für bewaffnete Konflikte einzuhalten. Tragisch sei jedoch, daß dies im russischen Angriffskrieg nicht der Fall sei, wie die massiven humanitären Folgen der Aggression in der Ukraine zeigen.

Neben Friedenssicherung und der Stärkung der regelbasierten internationalen Ordnung standen insbesondere die humanitäre Unterstützung für die Ukraine sowie Bemühungen im Abrüstungsbereich im Zentrum der weiteren Treffen mit der stellvertretenden VN-Generalsekretärin, Amina Mohammed, der Hohen Repräsentantin der VN für Abrüstungsfragen, Izumi Nakamitsu, der Leiterin der Abteilung für Politische Fragen und Friedenskonsolidierung, Rosemary DiCarlo und der stellvertretenden Koordinatorin für Nothilfe, Joyce Msuya. ■

Ein Jahr russischer Angriffskrieg

Vor einem Jahr, am 24. Februar 2022, begann Rußland den brutalen und massiven Angriffskrieg gegen die Ukraine. Seither wird die Welt Zeuge unsäglichen Leids, Millionen Vertriebener und enormer Zerstörung. Vor dem Ständigen Rat der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bekräftigte Außenminister Alexander Schallenberg in einer außerordentlichen Sitzung anlässlich des traurigen Jahrestages Österreichs vollste Solidarität mit der Ukraine.

„Seit Tag 1 der russischen Aggression steht Österreich in ungeteilter und unverbrüchlicher Solidarität an der Seite der Ukraine. Das tun wir mit großem Engagement und großer Entschlossenheit. Und das wird auch so bleiben“, versicherte Schallenberg angesichts der anhaltenden russischen Aggression.

Seit nunmehr einem Jahr führen die massiven Angriffe Rußlands auf die Ukraine zu einem unvorstellbaren Ausmaß an menschlichem Leid und Zerstörung. Gleichzeitig stellen die gezielten Angriffe auf die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur – allen voran in Butscha, Irpin und Winnyzja – massive Verletzungen des humanitären Völkerrechts dar. Außenminister Schallenberg findet daher vor der OSZE klare Worte für Rußlands eklatante Überschreitung aller Grenzen des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen: „Rußland scheint in seinem neo-imperialistischen Machtstreben keine Grenzen mehr zu kennen: Von barbarischen Kriegsverbrechen wie in Butscha, dem unsäglichen nuklearen Säbelrasseln, bis hin zum zynischen Einsatz von Hunger und Energie als Waffe. Eines steht fest: das Recht des Stärkeren darf nicht über die Stärke des Rechts siegen. Rußland darf diesen Krieg nicht gewinnen.“

Zudem verwies der Außenminister auf Österreichs großes Engagement der Ukraine zur Seite zu stehen. So hat Österreich bislang über 124 Millionen Euro an humanitärer Hilfe für die Ukraine und betroffene Nachbarländer geleistet. Davon stammen mehr als 59

Österreich, Europa und die Welt

Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) des Außenministeriums. Im September 2022 unterzeichnete die Bundesregierung zudem einen Rahmenvertrag in Höhe von 600 Millionen für die Errichtung dreier Krankenhäuser in der Ukraine.

Laut Ukraine Support Tracker des Kieler Instituts für Weltwirtschaft steht Österreich gemessen an seinem BIP somit bei der humanitären Hilfe für die Ukraine an erster Stelle. Bis dato hat Österreich außerdem mehr als 90.000 vertriebene UkrainerInnen temporär aufgenommen, von denen mehr als 50.000 in Österreich geblieben sind.

Vor dem Ständigen Rat der OSZE betonte Außenminister Schallenberg, daß Rußland jederzeit das menschliche Leid in der Ukraine beenden könne. Er erneuert deshalb seine Forderung an den russischen Präsidenten Putin: „Lassen Sie die Waffen ruhen. Beenden Sie das menschenverachtende Blutvergießen. Ziehen Sie Ihre Truppen aus der Ukraine ab.“

Schallenberg räumt dabei ein, daß alle Friedensappelle bisher in den Gängen des Moskauer Kremel verhallen. Doch hebt er hervor, daß Österreich als Amtssitz zahlreicher internationaler Organisationen eine besondere Verantwortung dafür trage, multilaterale Diplomatie zu fördern und internationale Dialogforen wie die OSZE für Europas Sicherheit zu bewahren.

„Eine Plattform wie die OSZE, wo alle Staaten zusammensitzen, werden wir in Zukunft dringend brauchen, denn eines Tages wird in diesem Krieg hoffentlich wieder die Diplomatie Raum gewinnen“, unterstreicht Schallenberg und appelliert abschließend an den Ständigen Rat der OSZE: „Gerade als Mitglieder der OSZE ist es unsere Pflicht, die Tür der Diplomatie nicht zuzuschlagen. Die Ukrainerinnen und Ukrainer verdienen einen gerechten und dauerhaften Frieden. Österreich wird sie auf dem Weg dorthin unterstützen – solange wie nötig. Denn Österreich steht zum Völkerrecht und zur Charta der Vereinten Nationen. Österreich steht an der Seite der Ukraine!“ ■

Unterstützung für am wenigsten entwickelte Länder

Am 5. und 6. März nahm Außenminister Alexander Schallenberg an der Konferenz für die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries – LDCs) in Doha teil. Bei der Konferenz wurde die weitere Unterstützung für die derzeit 46 LDCs besprochen, die aufgrund der multiplen Krisen vor besonders großen Herausforderun-



Foto: BMEAT

Außenminister Alexander Schallenberg beim Ständigen Rat der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in der Wiener Hofburg, dem Sitz der OSZE

gen stehen. Der Außenminister nutzte die Konferenz auch um mit Vertreterinnen und Vertreter der Schwerpunktländer der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit zusammenzutreffen. Außerdem traf er sich im Rahmen der Reise mit dem Außenminister von Katar und dort lebenden Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreichern.

„Wir dürfen die am wenigsten entwickelten Länder nicht im Stich lassen. Angesichts der weltweit steigenden Armut und der Nahrungsmittelkrise leistet Österreich mehr finanzielle Unterstützung als je zuvor. Im Zuge meiner Teilnahme an der LDC5-Konferenz in Doha, erneuern wir unser volles Engagement für jene, die unsere Unterstützung

am dringendsten benötigen“, bekräftigte Schallenberg.

Die LDC-Konferenz findet alle zehn Jahre statt und rückt jene Länder in den Vordergrund, die die Hilfe der internationalen Gemeinschaft besonders brauchen um Armut zu verringern und das eigene Potential ausschöpfen zu können. Vor allem die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und die damit einhergehende langsame wirtschaftliche Erholung, gepaart mit der Klimakrise erschweren die Situation in den vergangenen Jahren. Die internationalen Bemühungen, die diesen Trends entgegenwirken sollen, sind im „Doha-Aktionsplan“ festgeschrieben. In den Verhandlungen zum Aktionsplan, der bereits im Vorjahr beschlossen wurde, brach-



Foto: BMEAT

Außenminister Alexander Schallenberg betont bei der LDC-Konferenz in Doha die Unterstützung für am wenigsten entwickelte Länder

Österreich, Europa und die Welt

te sich die EU mit vielen Vorschlägen aktiv ein.

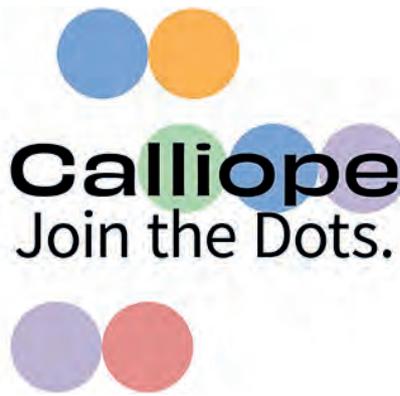
„Jahrzehntelange Entwicklungsfortschritte wurden durch die Pandemie, den russischen Angriffskrieg, den Klimawandel und durch Naturkatastrophen wie die tödlichen Erdbeben in der Türkei und in Syrien zum Stillstand gebracht oder rückgängig gemacht. Nahrungsmittel- und Energieknappheit, Preissteigerungen und Unterbrechungen der globalen Versorgungsketten haben die am wenigsten entwickelten Staaten besonders hart getroffen. In diesen schwierigen Zeiten ist die Europäische Union ihren Partnern zur Seite gestanden. Die EU und seine Mitgliedsstaaten, sind nach wie vor die mit Abstand größten Geber von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe“, so der Außenminister in seiner Rede bei der Generaldebatte der Konferenz.

Der Außenminister nutzte die Konferenz, um sich mit KollegInnen aus Schwerpunktländern der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit sowie aus weiteren LDCs auszutauschen. Darunter die Außenministerin von Burkina Faso, Olivia Rouamba, der Außenminister von Jemen, Ahmed Awad Bin Mubarak, und der Außenminister von Uganda, Jeje Abubakhar Odongo. Dem Premierminister von Bhutan, Lotay Tshering, konnte Schallenberg zu einem großen Erfolg gratulieren: Bhutan, ein Schwerpunktländ der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, wird heuer aufgrund der positiven Entwicklung den LDC-Status verlassen. Allen Gesprächspartnern sicherte der Außenminister Österreichs weitere Unterstützung zu.

„Als langjähriger Partner der am wenigsten entwickelten Länder haben wir unsere Beiträge deutlich erhöht. Österreich gibt heute mehr für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe aus als je zuvor“, betonte Schallenberg, der im Rahmen der Reise nach Doha auch mit Mohammed bin Abdulrahman Al Thani, seinem katarischen Amtskollegen zusammentraf. Neben der bilateralen Zusammenarbeit, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich, stand die regionale Sicherheitslage im Fokus des Austausches.

Frauen im Zentrum der Außenpolitik

Die Gleichstellung von Frauen, der Schutz ihrer Rechte und die Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen sind zentrale Anliegen, die Österreich in der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik und im Rahmen von humanitären Hilfsleistungen, zahlreichen



Menschenrechtsinitiativen und in der internationalen Kulturarbeit seit langem verfolgt.

Wie sehr die Rechte von Frauen und Mädchen gerade in Zeiten von multiplen Krisen eingeschränkt werden, hat das letzte Jahr eindrücklich gezeigt. Beispielsweise im Iran, wo der gewaltsame Tod einer jungen Frau zu landesweiten Protesten geführt hat. Für Frauen und Mädchen in Afghanistan, deren Lage sich seit der Machtübernahme der Taliban extrem verschärft hat, wird die Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Prozessen praktisch völlig verunmöglicht. Zudem hat das Verbot für Frauen, in Nichtregierungsorganisationen zu arbeiten, direkte, oftmals lebensbedrohliche Auswirkungen auf die Sicherheit von Frauen und Mädchen, denn humanitäre Organisationen können in einem derartigen Umfeld nicht oder nur mehr sehr eingeschränkt tätig sein. Auch die Lage in der Ukraine, wo mehr als 4,9 Millionen Menschen, vor allem Frauen und Kinder, vertrieben wurden, zeigt einmal mehr, daß bewaffnete Konflikte überproportionale Folgen auf Frauen und Mädchen haben.

„Die multiplen Krisen, denen wir uns gegenübersehen, treffen die Verwundbarsten in der Gesellschaft, darunter Frauen und Mädchen, besonders hart. Für mich steht fest: Auf die globalen Krisen unserer Zeit, ob in Afghanistan, Iran oder in der Ukraine, werden wir nur dann Antworten finden, wenn wir die Perspektive von Frauen und Mädchen nicht nur mitdenken, sondern ins Zentrum unserer außenpolitischen Arbeit rücken“, so Außenminister Alexander Schallenberg.

Österreich setzt diesen ganzheitlichen Ansatz bereits jahrelang konsequent um, was sich nicht nur in der Ausgestaltung der österreichischen Außenpolitik, sondern auch im Außenministerium selbst zeigt, etwa beim Bewerbungsverfahren ins Außenministerium. So sind unter den insgesamt 35 Neuaufnahmen in den diplomatischen Dienst der letzten beiden Jahre 19 Frauen. Zudem sind die Leitungsfunktionen im Kabinett des Bundes-

ministers, Büro des Generalsekretärs und der Generalinspektion in weiblicher Hand.

Auch im internationalen Kontext leistet Österreich einen wichtigen Beitrag zur Geschlechtergleichstellung: Als Mitglied der Frauenstatuskommission der Vereinten Nationen, dem weltweit größten und wichtigsten Forum für Gleichstellung und Frauenrechte, brachte sich Österreich bei der diesjährigen Tagung vom 6. bis 17. März besonders im Zusammenhang mit Innovation und technologischem Wandel sowie Bildung im digitalen Zeitalter aktiv ein. Eine weitere Konstante des österreichischen Engagements ist der Einsatz für eine möglichst umfassende Ratifikation des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, der sogenannten „Istanbul-Konvention“. Österreich stellt für die Wahlen zum ExpertInnenremium des Europarats am 1. Juni 2023, das die Umsetzung der Istanbul-Konvention überprüft, einen besonders qualifizierten Kandidaten mit umfassendem juristischen Fachwissen, auch über die Auswirkungen des Beitritts der EU zur Istanbul-Konvention. Genauso aktiv setzt sich Österreich für die Umsetzung der Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrats zu Frauen, Frieden und Sicherheit ein: „Nur gemeinsam schaffen wir Gesellschaften, die auf Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und auf der tatsächlichen Gleichstellung von Männern und Frauen fußen. Dazu gehen wir im Außenministerium mit gutem Beispiel voran: Der kontinuierlich größer werdende Anteil an Botschafterinnen und die Tatsache, daß zuletzt mehr Frauen als Männer in den diplomatischen Dienst eingetreten sind, stimmen mich optimistisch für die Zukunft“, zeigt sich Schallenberg überzeugt.

Im Bereich der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit liegt der Fokus derzeit auf der wirtschaftlichen und politischen Ermächtigung von Frauen, indem beispielsweise Frauen aktiv an der Planung und Durchführung österreichischer Hilfsprojekte teilnehmen. Auch in der Kulturdiplomatie setzt sich Österreich für die Genderparität ein, was auch im gesteigerten Frauenanteil bei Veranstaltungen und Programmen ersichtlich ist. Um die Leistungen zeitgenössischer Künstlerinnen und Wissenschaftlerinnen aus Österreich an den österreichischen Vertretungen weltweit zu präsentieren, startete das Außenministerium gemeinsam mit dem Frauenmuseum Hittisau das Projekt „Calliope.Jointhedots“.

<https://www.calliope.at/>

Österreich, Europa und die Welt

Informelles EU-Treffen zur Entwicklungszusammenarbeit

In Stockholm fand am 8. und 9. März der informelle Ministerrat der EU-EntwicklungsministerInnen statt. Österreich war durch den Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Peter Launsky-Tieffenthal, vertreten. Auf der Tagesordnung standen die Globale Gesundheit, der Wiederaufbau der Ukraine und eine Diskussion zu den multilateralen Entwicklungsbanken.

Bei der Diskussion zur Ukraine ging es um die Frage, wie die Wiederaufbauhilfe in den Reformprozeß der Ukraine eingebettet werden kann und so die europäische Integration der Ukraine fördert. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sowie die europäischen Finanzinstitutionen haben bisher insgesamt rund 50 Milliarden Euro an Hilfe für die Ukraine geleistet. Doch um die enormen Schäden des russischen Angriffskriegs zu beheben, bedarf es weiterer gemeinsamer Anstrengungen. Wie am effektivsten geholfen werden kann, wurde unter anderem mit dem stellvertretenden ukrainischen Premierminister Oleksandr Kubrakov besprochen. „Mittel- und langfristige Unterstützung für die Ukraine ist für einen nachhaltigen Wiederaufbau unerlässlich. Österreich ist bereit, sowohl im Rahmen der EU als auch auf bilateralen Ebene dazu beizutragen“, der Generalsekretär.

Auftakt des informellen Ministerrats war am 8. März ein Austausch über Globale Gesundheit mit dem Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Tedros Adhanom Ghebreyesus. Mit der neuen Globalen Gesundheitsstrategie der EU wird die Globale Gesundheit als eine wesentliche Säule der EU-Außenpolitik positioniert. In Stockholm wurde daher erörtert, wie die EU und ihre Mitgliedsstaaten bilaterale, regionale und globale Partnerschaften im Bereich Gesundheit stärken und ausbauen können.

„Die Pandemie hat mehr denn je gezeigt, daß globale Gesundheitspolitik im Dialog mit unseren Entwicklungspartnern in aller Welt gestaltet werden muß. Eine starke WHO und eine starke Partnerschaft zwischen der WHO und der EU sind für Österreich von zentraler Bedeutung.“ In Zeiten multipler Krisen spielen multilaterale Entwicklungsbanken eine entscheidende Rolle. Um Krisen, von Pandemien bis hin zum Klimawandel, bewältigen zu können, sind intelligente und nachhaltige Investitionen notwendig. Beim Ministerrat ging es daher darum, die Entwicklungsbanken weiterzuentwickeln, um noch effektiver für diese Herausforderungen gerüstet zu sein. ■



Foto: BMEIA/Gruber

Am 10. März trafen Außenminister Alexander Schallenberg (r.) und Italiens Außenminister Antonio Tajani (l.) ihren Amtskollegen von Bosnien und Herzegowina Elmedin Konakovic in Sarajevo.

Außenminister Schallenberg und Italiens Außenminister Tajani in Bosnien und Herzegowina

Am 10. März reisten Außenminister Alexander Schallenberg und sein italienischer Amtskollege Antonio Tajani gemeinsam nach Sarajevo, wo sie den Außenminister Elmedin Konaković, die Vorsitzende des Ministerrats Borjana Krišto und das aus dem bosniakischen Vertreter Denis Bećirović, dem kroatischen Vertreter Željko Komšić und der serbischen Vertreterin Željka Cvijanović bestehende Staatspräsidium von Bosnien und Herzegowina trafen. Außerdem standen ein Treffen mit dem Hohen Repräsentant der Internationalen Gemeinschaft in Bosnien, Christian Schmidt, und ein Besuch der nationalen Kontingente der EU-Mission EUFOR Althea auf der Agenda des eintägigen Besuchs.

Zweck der Reise war, die politische Führungsebene des Westbalkan-Staates, der im vergangenen Dezember offiziell EU-Beitrittskandidat wurde, auf ihrem dringend benötigten Reformweg beim Umsetzen der von der Europäischen Kommission skizzierten Prioritäten – insbesondere in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und Wahlrecht – weiter zu bestärken.

„Die Verleihung des EU-Kandidatenstatus an Bosnien und Herzegowina war mehr als ein symbolischer Akt. Es ist ein klares Signal, daß dieses Land zu Europa gehört. Österreich und Italien haben sich an vorderster Front dafür eingesetzt, daß Bosnien und Herzegowina eine europäische Perspektive erhält. Nun muß das Jahr so fortgesetzt wer-

den, wie es begonnen hat: Jetzt braucht es nicht nur Worte, sondern auch Taten. 2023 muß ein Jahr des Fortschritts werden“, faßt Außenminister Alexander Schallenberg seine Erwartungen an eine Zusammenarbeit aller politischen Akteure in Bosnien und Herzegowina zusammen. Dieses Ziel – nämlich die wirtschaftliche und politische Stagnation hinter sich zu lassen – werde nicht von außen aufgezwungen, sondern sei vielmehr im ureigenen Interesse der BürgerInnen und vor allem der jungen Bevölkerung im Land.

Mit ihrer gemeinsamen Reise setzten der österreichische und der italienische Außenminister um, was sie beim ersten bilateralen Auslandsbesuch des neuen italienischen Außenministers in Wien im Dezember 2022 beschlossen hatten. Für beide ist die EU-Integration des Westbalkans eine Herzensangelegenheit.

„Unsere Sicherheit und unser Wohlstand beginnen nicht erst an unseren Landesgrenzen. Bosnien und Herzegowina ist nicht der Hinterhof, sondern der Innenhof der Europäischen Union. Es ist ein Land, das von EU-Mitgliedsstaaten umgeben ist. Alle Probleme, die dort auftreten, wirken sich unmittelbar auch bei uns in Österreich, in Italien, in ganz Zentraleuropa aus“, erklärte Schallenberg die Unterstützung der beiden Außenminister für den Westbalkan.

Gerade vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs in der Ukraine und der zunehmend geopolitischen Unsicherheiten seien Reformen für eine europäische Integration am Westbalkan eine Investition in eine sichere und prosperierende Zukunft in der

Österreich, Europa und die Welt

gesamten Region. Zugleich betonten die beiden Außenminister, wie sehr geschätzt werde, daß sich Bosnien und Herzegowina solidarisch mit der Ukraine zeige und gemeinsam mit der überwältigenden Mehrheit der internationalen Gemeinschaft die russische Invasion in der UN-Generalversammlung verurteilte.

„Der Weg nach Europa ist keine Einbahnstraße. Und wir müssen uns darüber im Klaren sein: Der Weg führt über Brüssel, nicht über Moskau. Wenn das westliche Lebensmodell in Bosnien zum Durchbruch kommen soll, muß das Zeitfenster zur EU-Vollmitgliedschaft genutzt werden. Helft uns, damit wir euch helfen können“, appellierte Schallenberg an seine bosnischen Gesprächspartner. ■

Bolivians Vizepräsident David Choquehuanca in Wien

Am 13. März empfing Außenminister Alexander Schallenberg Boliviens Vizepräsident David Choquehuanca, der anlässlich der 66. Tagung der Suchtstoffkommission des Büros der Vereinten Nationen für Drogen und Verbrechensbekämpfung (UNODC) in Wien zu Gast war. Im Mittelpunkt der Gespräche standen der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen beider Staaten und die globalen Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine.

Die guten Beziehungen zwischen Österreich und Bolivien haben eine lange Tradition. Außenminister Schallenberg hob daher besonders Österreichs Interesse am Ausbau der wirtschaftlichen Kontakte hervor: „Angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sehen sich viele österreichische Unternehmen nach neuen Märkten um. In Bolivien sehe ich besonders im Bereich grü-



Außenminister Alexander Schallenberg (r.) und sein Italienischer Amtskollegen Antonio Tajani (l.) trafen die Vorsitzende des BA Ministerrates Borjana Kristo in Sarajevo

ner Technologien und erneuerbarer Energien Potential – Nischen, in denen österreichische Firmen Weltmarktführer sind“, bekräftigte Schallenberg. Österreich legt großen Wert auf den Erhalt einer intakten Umwelt, bereitet diese doch unter anderem die Grundlage für den Tourismus – ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in beiden Staaten. Viele österreichische Unternehmen können im Bereich des Umweltschutzes mit modernen Technologien und Innovation aufwarten. Als österreichisches Aushängeschild gilt beispielsweise das Seilbahnnetz von Doppelmayr in La Paz, das als Musterbeispiel für einen nachhaltigen öffentlichen Verkehr weltweit anerkannt ist.“

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat jedoch massive wirtschaftliche Auswirkungen auf alle Weltregionen, darunter auch Südamerika, wo die Teuerung vielerorts die Preise für Energie und Lebensmittel in die Höhe schnellen läßt.

Mit Nachdruck verurteilte Außenminister Alexander Schallenberg deshalb erneut Rußlands gravierenden Bruch des Völkerrechts: „Der Krieg Rußlands in der Ukraine ist zwar ein Krieg auf europäischem Boden, aber kein europäischer Krieg. Grenzen mit Waffengewalt zu verschieben ist völlig inakzeptabel und ich appelliere dahingehend dringend an Bolivien, seine Unterstützung für eine völkerrechtsbasierte Weltordnung in den internationalen Foren zum Ausdruck zu bringen.“

Angesichts der völkerrechtswidrigen Drohungen Rußlands zum Einsatz von Nuklearwaffen brachte Schallenberg seine Anerkennung für Boliviens Ratifikation des Atomwaffenverbotsvertrages (TPNW) zum Ausdruck. Dieser Schritt sei angesichts der verfinsterten politischen Großwetterlage wichtiger denn je, beteuerte er, der sich weiterhin eine gute Zusammenarbeit zwischen Österreich und Bolivien wünscht. ■



Am 13. März 2023 empfing Außenminister Alexander Schallenberg den bolivianischen Vizepräsidenten David Choquehuanca Cespedes in Wien

Österreich, Europa und die Welt

State of the ART(ist) 2023

Die zweite Auflage des Open Calls richtet sich an Künstlerinnen & Künstler rund um den Globus, die in ihrer Schaffensfreiheit bedroht sind. Projekte können ab sofort und bis zum 28. April eingereicht werden.

State of the ART(ist) wurde 2022 gemeinsam von Ars Electronica und dem österreichischen Außenministerium ins Leben gerufen – als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und als gelebte Solidarität mit und Unterstützung für Kunstschaffende in der Ukraine, die aufgrund politischer oder sozialer Umstände ihre Arbeit nicht oder kaum sichtbar ausüben können. 2023 wird die Initiative nun weiter gefaßt.

Heuer richtet sich State of the ART(ist) an Künstlerinnen & Künstler weltweit, die unter existenziellen Unsicherheiten und Risiken tätig sind. So unterschiedlich die globalen Bedrohungsszenarien dabei auch sind – Unterdrückung, mangelnde Meinungsfreiheit, politische Verfolgung und kriegerische Handlungen, Ausbeutung, Klimakrise und Naturkatastrophen – allesamt zwingen sie Kunstschaffende prekäre und gefährliche Lebens- und Arbeitssituationen auf. Darüber hinaus schränken sie deren kritische Reflexionskraft ein und hindern sie daran, ihre Rolle in der Gesellschaft wahrzunehmen. State of the ART(ist) will ein Zeichen setzen und bedrohten Künstlerinnen & Künstler finanzielle Unterstützung, vor allem aber Sichtbarkeit und einen Wirkungsraum für ihre Arbeit geben.

„Wir erfahren, daß unsere Art zu leben, unser auf individueller Freiheit, Demokratie und rechtsstaatlichen Grundrechten basierendes Lebensmodell von manchen als Bedrohung, ja als aggressiver Akt angesehen wird. Das erzeugt Ernüchterung und Verunsicherung. Gerade in einer Situation, wo so vieles in Frage gestellt scheint, kommt der Kunst und der Kultur eine besondere Aufgabe zu. Kunst ist Mutmacherin und zugleich Herausforderin. Mit State of the ART(ist) unterstützen wir den Ruf nach Freiheit von Künstlerinnen und Künstlern rund um die Welt unterdrückter Kunst“, so Außenminister Alexander Schallenberg.

Festival-Ausstellung und virtuelle Kunsthalle

Eingereicht werden können Arbeiten, Aktionen, Projekte und gemeinschaftliche Aktivitäten an der Schnittstelle von Kunst und Menschenrechten. Eine Jury sichtet alle Einreichungen und wählt zehn Projekte aus: Jeweils 3.000 Euro Preisgeld werden für die



Foto: BMEIA

Außenminister Alexander Schallenberg hieß seinen kongoleisischen Amtskollegen, Jean-Claude Gakosso, in Wien willkommen.

zwei Hauptpreise, jeweils 750 Euro für weitere acht Honorary Mentions ausgezahlt. Präsentiert werde alle 10 Projekte in einer Ausstellung im Rahmen des Ars Electronica Festivals im September 2023 sowie in einer virtuellen Kunsthalle. Letztere soll nicht nur zum Erkunden einladen, sondern auch ein inklusiver Ort des Ausdrucks und Austauschs für all jene Kunstschaffende sein, deren Lebenssituation es nicht erlaubt, sich frei zu äußern. Zudem wird es Vorträge und Diskussionsrunden zu „State of the ART(ist)“ via Festival-Stream geben.

Kunst- und Kulturprojekte können bis einschließlich 28. April 2023 online eingereicht werden. ■

<https://ars.electronica.art/stateofheartist/de/>

Kongoleisischer Außenminister zu Gast bei Außenminister Schallenberg

Außenminister Alexander Schallenberg begrüßte am 16. März seinen kongoleisischen Amtskollegen, Jean-Claude Gakosso, zu einem Arbeitsgespräch im Außenministerium in Wien. Im Fokus des Termins lagen der Ausbau der bilateralen Beziehungen, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht, aber auch die wachsende Sorge um die Sicherheitslage im Gebiet der Großen Seen, sowie der wachsende Einfluß der Wagner-Gruppe in Afrika.

Österreichs Bemühungen zur Förderung des wirtschaftlichen Aufschwungs des Kongo reichen bis in die 1970er-Jahre zurück, als heimische Stahlproduzenten maßgeblich am Aufbau der Ölinfrastruktur in Pointe Noire

beteiligt waren. Die Möglichkeiten bilateraler Kooperation sollen Mitte April im Rahmen einer Delegationsreise ausgebaut werden, wo heimische Unternehmen in Pointe Noire und Brazzaville neue Geschäftsmöglichkeiten ausloten wollen.

„Wir möchten die Präsenz des Kongo und unserer afrikanischen Partner in Wien stärken. Im Interesse unserer bilateralen Kooperation unterstützen wir den Kongo dabei, in Wien eine ständige Vertretung aufzubauen. Zudem bemühen wir uns aktuell auch um die Einrichtung eines Verbindungsbüro der Afrikanischen Union, um den Amtssitz weiter zu stärken“, erklärte Außenminister Schallenberg.

Mit großer Sorge blickt Österreich in die regionale Nachbarschaft des Kongo. Im Gebiet der großen Seen, im Osten der Demokratischen Republik Kongo, weiten sich die Konflikte aus, während sich die Beziehungen zum Nachbarn Ruanda verschlechtern. Zudem wächst in der Zentralafrikanischen Republik der Einfluß der russischen Wagner-Gruppe.

„Die EU ist der größte Geber von Entwicklungsgeldern und humanitärer Hilfe in Afrika. Wir tragen dadurch auch dazu bei, bestehende Spannungen am afrikanischen Kontinent abzubauen. Klar ist zugleich: dem russischen Narrativ, wonach der Westen und die Ukraine Schuld am Angriffskrieg tragen, treten wir entschieden entgegen: heute und in Zukunft“, bekräftigte der Außenminister Alexander Schallenberg. ■

<https://www.bmeia.gv.at>

Ende der Zeitzeugenschaft?

Sonderausstellung im Haus der Geschichte Österreich über die zu Ende gehende Ära der ZeitzeugInnen und die »Gemachtheit« der ZeitzeugInneninterviews



Foto: hdgö / Lorenz Paulus

Die Ära der ZeitzeugInnen des Holocaust geht ihrem Ende entgegen. Nur noch wenige Überlebende der NS-Herrschaft können aus eigener Erfahrung sprechen – oder von jenen Menschen berichten, die im Holocaust ermordet wurden. Was bleibt, sind neben literarischen Zeugnissen auch unzählige Video- und Audiointerviews der Überlebenden. Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie Gesellschaften in Zukunft mit dieser Erbschaft umgehen wollen. Wie kann man mit dem Vermächtnis, das uns die Überlebenden hinterlassen haben, verantwortungsvoll verfahren? Wie mit der Tatsache, daß wir den Erzählungen ebenso kritisch begegnen müssen wie allen anderen historischen Quellen?

Die Ausstellung deutet verschiedene Formen erzählter Erinnerung und ihre gesellschaftliche Rolle seit 1945 vor dem Hintergrund der aktuellen Veränderungen nicht nur neu, sondern thematisiert auch Ansätze zu einem zukünftigen, reflektierten Umgang mit Zeugnissen. Sie führt in fünf zweisprachigen Modulen – in Deutsch und Englisch – durch die wichtigsten Fragestellungen: Neben Gesprächsausschnitten wird hinterfragt, ob ZeitzeugInneninterviews eine „gemachte Sache“ sind, weiters geht es um die Themenkomplexe Erinnerungen – Erzählungen – Erwartungen sowie Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Zeitzeugenschaft und zu gu-

ter Letzt um die Frage, wer die (Deutungs-)Macht hat. Die Ausstellung war bislang neben Hohenems und Flossenbürg auch in München, Augsburg und Berlin zu sehen und wird nun erstmals in Wien gezeigt.

„Wir haben intensiv zusammengearbeitet und die Schau in einer gemeinsamen Auseinandersetzung mit dem Erbe der Zeitzeugenschaft passend für Wien erweitert. Im Museum setzen wir in den kommenden Monaten einen starken thematischen Fokus auf die Erinnerung an die NS-Zeit, sowohl mit dieser Sonderausstellung als auch mit der Neugestaltung des entsprechenden Bereichs unserer Hauptausstellung. Unser vielfältiges Begleitprogramm für Junge und Ältere soll viele Menschen dazu animieren, sich mit diesen hochaktuellen Fragen zu beschäftigen“, sagt hdgö-Direktorin Monika Sommer.

Ein inhaltlich dichtes Programm und eigens vom hdgö sowie erinnern.at erarbeitetes Unterrichtsmaterial steht zum Download bereit und kann von PädagogInnen kostenfrei für den Unterricht verwendet werden.

„Im Haus der Geschichte Österreich thematisiert die Ausstellung nicht nur den gegenwärtigen wie zukünftigen Umgang mit Zeugnissen des Hauses, sondern nimmt Zeugnisse in den Blick, die sich mit der Realität Österreichs auseinandersetzen – sei es das Überleben in Österreich selbst, die Erfahrun-

gen österreichischer Flüchtlinge andernorts oder das Leben in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg“, sagt Hanno Loewy, Direktor des jüdischen Museums Hohenems. „So kann die Ausstellung auch Verständnis dafür wecken, wie der institutionelle Umgang mit Zeugnissen und deren Repräsentation in Ausstellungen und pädagogischen Programmen, aber auch ihre Nachwirkung in neuen, anderen Erfahrungen und Lebensgeschichten, als Teil einer sich fortführenden Zeitzeugenschaft betrachtet werden kann.“

„Ende der Zeitzeugenschaft?“ ist eine Ausstellung des Jüdischen Museums Hohenems und der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg in Zusammenarbeit mit dem Haus der Geschichte Österreich. Kuratorin und Gesamtprojektleiterin ist Anika Reichwald. In Zusammenarbeit mit erinnern.at, dem Österreichischen Filmmuseum und dem Ludwig Boltzmann Institute for Digital History.

Das Projekt wird von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) gefördert. Unterstützt wurde die Ausstellung vom Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport, dem Bundeskanzleramt sowie dem Nationalfonds und dem Zukunftsfonds.

■
https://hdgoe.at/ende_der_zeitzeugenschaft
<https://www.jm-hohenems.at/>
<https://www.gedenkstaette-flossenbuerg.de/>

Das jüdische Leben in Döbling

Eine bis 1. April geöffnete Ausstellung soll einen Querschnitt jüdischen Lebens in Döbling zeigen, das mit dem »Anschluß«, der nationalsozialistischen Machtübernahme im März 1938, schlagartig beendet wurde.



Foto: Robert Fritz

Die Ausstellung ist in mehrere Bereiche aufgliedert und bezieht sich auf einige Straßen des Bezirks. Leider war sie nur bis 1. April zu besichtigen.

Der 19. Wiener Gemeindebezirk wurde 1892 aus den ehemaligen Vororten Unter – und Oberdöbling, Grinzing, Heiligenstadt, Nussdorf, Josefsdorf, Sievering und Kahlenbergdorf gebildet. 1938 wurde der Bezirk um Neustift am Walde und um Salmansdorf, die beide bis dahin zu Währing gehört hatten, erweitert. Seither zählt auch ein kleiner Teil von Pötzleinsdorf zu Döbling, der „Glanzing“ genannt wird.

Mehrere Villensiedlungen trugen sehr rasch zum bürgerlich-großbürgerlichen Charakter des Bezirks bei.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ließen sich auch wohlhabende jüdische Familien in Döbling nieder. Sie errichteten Wohnhäuser, die sie auch privat nutzten,

unterstützten und finanzierten wohltätige Projekte wie die Krankenschwestern Schule „Rudolfinerhaus“, das „Nervenschlüssel“ in der Hofzeile oder das Blindeninstitut auf der Hohen Warte. Sie legten Gärten an (Wertheimstein Park, Hohe Warte Park), in denen man heute noch wunderbare Spaziergänge machen kann – und, nicht zu vergessen, das Vienna Stadion in der Klabunggasse, um nur einiges zu nennen. Näher beleuchtet werden die Hohe Warte, Armbrustergasse, Grinzing, Billrothstraße, Döblinger Hauptstraße, Parkergasse, Dollnergasse, Kaasgraben, Cottage, Karl Marx Hof.

Das jüdische Leben in Zahlen

Die Volkszählungen 1923 und 1934 wiesen ungefähr 5.700 jüdische Personen in Döbling nach. Das entsprach etwa 10,2 % der Gesamtbevölkerung des Bezirks.¹⁾

Bei den Wahlen zum Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde gab es in Währing und Döbling 1928: 2.510 wahlberechtigte Personen, 1932: 3.397.²⁾

Es gab in Döbling 40 Arztordinationen von jüdischen Ärzten, zumeist waren es Allgemeinmediziner und Zahnärzte. 110 jüdische Ärzte lebten mit ihren Familien in Döbling. Rechtsanwälte hatten ihre Kanzleien meist in der Innenstadt, aber auch unter ihnen gab es einige, die Döbling als Wohnort wählten. Die in Döbling errichteten Gemeindebauten, wie der 1930 eröffnete „Karl Marx-Hof“, wo ca. 60 jüdische Familien wohnten, sorgten für eine stärkere soziale Durchmischung des Bezirks. Zu nennen sind hier auch der „Professor Jodl-Hof“, der „Rebec-Hof“, der „Dittes-Hof“, der „Pestalozzi-Hof“ und der „Klose-Hof“, wo gleichfalls jüdische Familien wohnten.

¹⁾ Susanne Helene Betz „Wiener Judentum und Wiener Sport in der Zwischenkriegszeit“

²⁾ IKG Wien Archiv Tätigkeitsbericht 1929-1932

Österreich, Europa und die Welt

Manches noch bis heute sichtbar

Döbling zählte viele Künstler und Intellektuelle zu seinen Bewohnern. Manche ihrer Villen sind bis heute sichtbar, wie unter anderem die Villa Wertheimstein auf der Döblinger Hauptstraße, wo das Bezirksmuseum Döbling untergebracht ist, und das Bruno Kreisky Forum in der Armbrustergasse, ehemaliger Wohnsitz von Dr. Josef Ehrlich.

Döbling hat von einer Vielfalt jüdischen Lebens profitiert. Einiges davon ist bis heute sichtbar!

Mit dem „Anschluß“ Österreichs an Hitlerdeutschland in der Nacht vom 11. auf den 12. März 1938 änderte sich das Leben der jüdischen Bevölkerung innerhalb weniger Stunden grundlegend.

Die Menschen waren recht- und schutzlos geworden

Das Eigentum der Jüdinnen und Juden wurde vom NS-Staat geraubt, ihre Betriebe und Häuser wurden „arisiert“, das heißt, meist unter dem Wert zwangsweise verkauft. Die unter nationalsozialistischer Aufsicht stehende Israelitische Kultusgemeinde unterstützte ihre Mitglieder bei der Flucht. Von Mai 1938 bis Ende 1939 suchten ca. 1600 Personen aus Döbling bei der Kultusgemeinde um Unterstützung für ihre Flucht an; ab 1941 wurde das Geld für die erzwungene Organisation der Deportation verwendet.

Die etwa bis Mai 1939 in Döbling verbliebenen, registrierten Jüdinnen und Juden wurden nach und nach in „Sammelwohnungen“ gebracht und dann weiter in Konzentrationslager deportiert.

1941 begannen die Deportationen in die Ghettos und Konzentrations- und Vernichtungslager. Die meisten der Deportierten wurden dort ermordet oder starben an Krankheit und Hunger.³⁾

Die Tage vor Kriegsbeginn

... Der nächste Tag (13. März 1938) dämmerte herauf über einem jubelnden Österreich. Es schien, als trüge fast jeder Österreicher ein kleines Hakenkreuz am Aufschlag, ein Zeichen dafür, daß er ein Illegaler gewesen sei. (...) Es war, als hätte ein Zauberer unsere Welt mit einem vergifteten Zauberstab berührt. Alle um uns herum, ebenso vertraut wie unsere eigene Haut, hatten ein feindliches Gesicht aufgesetzt. ... *Aus Anna Wexberg-Kubesch: „243 Tage“ // 1938 (vergriffen). Anna Wexberg-Kubesch rettete rund 10.000 jüdischen Kindern das Leben. Für*

³⁾ IKG Wien/Archiv



Foto: Robert Fritz

v.l.: Kuratorin Milli Segal, Israels Botschafter in Österreich, Mordechai Rodgold, die Vizepräsidentin der IKG Wien Claudia Prutscher und Q19-Geschäftsführer Gernot Jung



Foto: Robert Fritz

das Buch „Vergiß nie, daß Du ein jüdisches Kind bist: Der Kindertransport nach England 1938/39“ hat sie Biographien untersucht, die das individuelle und kollektive Erleben der geretteten Kinder in den Familien, in der Schule, in ihren unterschiedlichen Lebensbereichen gleichermaßen darstellen wie die psychischen und physischen Auswirkungen der gesellschaftlichen Gewalt. ISBN 978-3854764106

Zur Ausstellung

Auf Initiative des Q19 entstand die Idee, im Q19 Einkaufsquartier Döbling einen Einblick in das Leben von Jüdinnen und Juden in Döbling bis 1938 zu geben, welches nach der nationalsozialistischen Machtübernahme im März 1938 schlagartig beendet wurde.

Die Ausstellung dauert von Di., 14. März bis Sa., 1. April und kann täglich während der Öffnungszeiten des Q19 besucht werden.

„Das Q19 als Ort der Begegnung in Döbling“

Kuratorin Milli Segal hat gemeinsam mit den Historikerinnen Brigitte Bailer und Tina Walzer interessante Biografien aufbereitet und zu einer umfassenden Ausstellung zusammengestellt. „Das Q19 ist stark in Döbling verwurzelt und versteht sich als Ort der Begegnung. Mit dieser Ausstellung möchten wir den BesucherInnen die Möglichkeit geben, mehr über diesen spannenden Aspekt der Geschichte Döblings zu erfahren. Schulklassen können sich sogar für eine geführte Besichtigung anmelden“, so Q19 Center-Manager Gernot Jung. ■

Burgenländische Pflegeinitiative im Ausschuß der Regionen

Pflege soll besser zugänglich, erschwinglich und höherwertiger werden – Unterschiede zwischen Regionen ausgleichen – Im AdR gab es nur eine Gegenstimme



Foto: European Union / Fred Guerdin

Mit nur einer Gegenstimme wurde am 9. Februar in der Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen (AdR) in Brüssel die burgenländische Pflegeinitiative angenommen. Erfreut über die fast einhellige Zustimmung zeigt sich der für den AdR zuständige Landesrat Heinrich Dorner, der in der Fachkommission SEDEC auch Berichterstatter zum Thema Pflege ist und die Pläne im Plenum präsentiert hat. „Das burgenländische Pflegemodell hat in den letzten Jahren nicht nur in Österreich, sondern europaweit Bekanntheit erlangt und viel Anerkennung gefunden. Wesentliche Punkte der europäischen Strategie für Pflege und Betreuung rühren aus unseren Vorschlägen. Umso mehr freut es mich, daß unsere Stellungnahme heute mit überwältigender Mehrheit beschlossen wurde“, so Dorner.

„Pflege und Betreuung sollen besser zugänglich, erschwinglicher und höherwertiger werden – das sind die zentralen Forderungen und Empfehlungen, die der Ausschuß der Regionen den EU-Institutionen und den Mitgliedsstaaten mitgibt“, erläuterte der Landesrat. Die Strategie solle dazu beitragen, Unterschiede zwischen den Regionen bei der Verfügbarkeit von und dem Zugang zur Langzeitpflege auszugleichen. „Vor allem



Foto: European Union / Fred Guerdin

Landesrat Heinrich Dorner beim AdR

ländliche und von Abwanderung betroffene Gebiete sind aktuell stark benachteiligt. Deshalb ist es wichtig, daß wir mit unserer Initiative das Thema Pflege vorantreiben und die Bedeutung für Europa hervorheben“, betonte Dorner. Im Detail wurden folgende Vorschläge zur Pflege verabschiedet:

- Die Mittel für Betreuung und Pflege sollten aufgestockt werden.
- Eine Strategie zum zukünftigen Bedarf an Fachkräften innerhalb der EU soll ent-

wickelt werden, um insbesondere die Abwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte zu reduzieren.

- Zudem braucht es einheitliche Rahmenbedingungen für die Tätigkeiten von Pflegekräften und Hausangestellten aus Drittstaaten.
- Die Europäische Kommission soll eine Rahmenrichtlinie über formelle und informelle Langzeitpflege vorlegen, in der grundlegende Prinzipien und faktengestützte Kriterien für zugängliche und integrierte hochwertige Dienste im Bereich der Langzeitpflege und Unterstützung in der gesamten EU verankert sind.
- Es müssen Daten auf lokaler und regionaler Ebene erhoben werden, auf deren Grundlage die Regionen gezielt unterstützt werden können.

„Heute ist nicht nur ein guter Tag für das Burgenland, heute ist ein guter Tag für Europa. Denn mit dem klaren, einmütigen Bekenntnis im Ausschuß der Regionen drängende Fragen in der Pflege endlich auf internationaler Ebene auf breiter Basis zu lösen, können wir das Tempo deutlich erhöhen und Maßnahmen im Sinne der Bevölkerung auch rascher umsetzen“, so Dorner abschließend. ■

<https://www.burgenland.at/>

Kultur baut Grenzen ab

Kulturverein »Divanhana« feierte 10jähriges Jubiläum – LH Kaiser: Kultur schafft Identität und Verständnis füreinander und stärkt die Gemeinschaft als Grundlagen für ein friedliches Miteinander über Grenzen hinweg



Foto: LPD Kärnten/Helge Bauer

10 Jahre Bosnischer Tanzverein „Divanhana“ Klagenfurt (v.l.): Morsels Ajanovic, Vizebürgermeister Philipp Liesnig, Bürgermeister Christian Scheider, Kemal Kozaric mit Gattin, Landeshauptmann Peter Kaiser, Sinan Tepe, Simone Singh und Admir Mehmedovic

Seit 2010 besteht der Bosnische Kulturverein „Divanhana“ und gilt als aktivster bosnisch-herzegowinischer Folklore-Verein in Kärnten. Festtagstrachten, Musik, traditionelle Werte und Traditionen sollen die typische Kultur vermitteln, um zum einen die Heimat nicht zu vergessen und zum anderen mittels Kultur Grenzen zu überwinden und gegenseitiges Verständnis zu schaffen.

Landeshauptmann Peter Kaiser besuchte die Feierlichkeit des Vereins am Abend des 4. März in der Messehalle 5 in Klagenfurt mit mehreren Hundert BesucherInnen. „Wir sind stolz auf euch und heißen euch herzlich willkommen. Durch die Arbeit des Kulturvereins werden auch die nachbarschaftlichen Beziehungen gestärkt. Zudem sind Kultur und ein aktives Vereinsleben, Auftritte, Feste und Darbietungen auch ein wesentlicher Aspekt für eine erfolgreiche Integration“, sagte Kaiser und begrüßte die Bosnische Community in ihrer Sprache.

Der Landeshauptmann gratulierte zum Jubiläum, das auf Grund von Corona erst jetzt gefeiert werden konnte, und sagte: „Ich weiß um die Bedeutung der Kultur, sie stiftet Identität. Das ist vor allem für Sie alle wichtig, die eine Heimat im Herzen tragen und in einer anderen Heimat leben. In einem vereinten Europa ist es nunmehr möglich, zwei Heimatländer zu haben! Kärnten ist stolz, daß wir zur zweiten Heimat für Sie und ihre



Foto: LPD Kärnten/Helge Bauer

Landeshauptmann Peter Kaiser mit Hamdija Hajrudinovic, dem Vorsitzenden des bosnischen Tanzvereins „Divanhana“ mit Sitz in Klagenfurt und der „Geburtstagsstorte“

Familien geworden sind“, betonte Kaiser. Rund 20.000 BosnierInnen leben in Kärnten.

Der Verein Divanhana ist seit 2010 einer der aktivsten bosnisch-herzegowinischen Vereine in Kärnten. Der Verein pflegt die Kultur und Traditionen, stärkt die nachbarschaftlichen Beziehungen und gibt das kulturelle Erbe an die Jugend weiter.

Der Vizebürgermeister von Klagenfurt, Philipp Liesnig, verwies auf die wichtige Arbeit des Vereins. „Es ist mir eine Ehre, das

Jubiläum mit euch feiern zu können. Ihr ermöglicht es jungen Menschen, die Traditionen der Heimat zu leben“, so Liesnig. Auch Bürgermeister Christian Scheider betonte, daß ihm der Verein Divanhana „ans Herz gewachsen sei“.

Kemal Kozarić, Botschafter von Bosnien und Herzegowina in Österreich, begrüßte den Landeshauptmann auf das Herzlichste und hieß in bei der Feier willkommen. ■

<https://www.ktn.gv.at/>

Interrail-Tickets über DiscoverEU

Initiative der Europäischen Kommission ermöglicht es jungen Menschen, gratis durch Europa zu reisen.

In der letzten DiscoverEU-Bewerbungsrunde vom Oktober 2022 haben sich insgesamt 161.399 Jugendliche aus ganz Europa um eines der rund 48.000 Tickets beworben. In Österreich haben insgesamt 4.918 Jugendliche ihr Glück versucht, davon dürfen sich nun 938 GewinnerInnen freuen. Europa-Landesrat Martin Eichinger über das erfreuliche Ergebnis für Niederösterreich: „221 und damit überdurchschnittlich viele Gewinnerinnen und Gewinner kommen aus Niederösterreich. Mithilfe von DiscoverEU können die Jugendlichen gratis und umweltfreundlich durch Europa reisen und wertvolle Eindrücke und Erfahrungen sammeln. Dadurch bekommen die Entscheidungsträger von Morgen ein Gefühl für das, was unser Europa ausmacht und Verständnis für die Wünsche und Bedürfnisse auf dem europäischen Kontinent.“

Von den 221 Interrail-Pässen ergehen 102 Pässe an das Wiener Umland, 23 an St. Pölten, 23 an das Waldviertel, 6 an das Weinviertel, 26 an das südliche Niederösterreich und 41 Pässe an die Region Mostviertel-Eisenwurzen.

Eichinger betont den großartigen Erfolg und Mehrwert der Initiative: „Durch DiscoverEU wird Europa für die Jugendlichen erlebbar. Jungen Menschen die Chancen zu geben, alle Länder der Europäischen Union kostenfrei zu bereisen, ist unbezahlbar. Denn die Jugendlichen erleben so die europäische Mobilität hautnah und lernen die europäischen Werte kennen und schätzen.“

Petra Watzek aus Wiener Neustadt ist eine der 221 glücklichen GewinnerInnen. Nach ihrer Matura im letzten Jahr entschied sie sich, als Demi-Pair in Valencia ihre Spanischkenntnisse zu perfektionieren und bewarb sich kurzerhand im Oktober für einen Paß. Bevor sie im Herbst ihr Studium beginnt, möchte sie ein Monat lang durch Nordeuropa reisen und ein Gefühl für die unterschiedlichen Kulturen und Lebensgewohnheiten der Menschen bekommen. Europa sei ein unglaublich diverser Kontinent und mit dem DiscoverEU-Paß habe sie die Möglichkeit, nicht nur eine Destination, son-



Foto: Pixabay / Luidmila Kot

Mit DiscoverEU können Jugendliche gratis und umweltfreundlich durch Europa reisen.

dem gleich mehrere Orte zu besuchen. „Ich freue mich sehr über die Möglichkeit, die mir durch DiscoverEU eröffnet wird. Amsterdam, Kopenhagen, Stockholm, Oslo – überall dorthin kann ich durch DiscoverEU reisen. Vor allem Reisen nach Nordeuropa sind meistens mit hohen Kosten verbunden, aber durch DiscoverEU spare ich mir nicht nur die Transportkosten, sondern bei Nachtzügen sogar die Hotelkosten. Das bedeutet für mich eine enorme finanzielle Erleichterung und mehr Spielraum für Aktivitäten vor Ort“, freut sich die Gewinnerin.

Die Europäische Kommission startete die Initiative DiscoverEU im Sommer 2018. Seither konnten bereits rund 223.000 Interrail-Tickets in insgesamt sieben Bewerbungsrunden an Jugendliche aus ganz Europa vergeben werden. Alleine nach Niederösterreich ergingen seither 830 Interrail-Tickets. Auch 2023 wird es wieder zwei Bewerbungsrunden geben. Eine davon wird erfahrungsgemäß für das Frühjahr, die andere für den Herbst erwartet. Interessierte sind eingeladen, insbesondere im April die Augen für den EU-Call offen zu halten, um sich für

eines der beliebten Tickets zu bewerben. Die Europäische Kommission hält für die nächsten Bewerbungsrunden 2023 insgesamt 33 Millionen Euro an Finanzmitteln bereit.

DiscoverEU

ist eine Aktion von Erasmus+. Sie gibt Gelegenheit, durch Reisen mehr über Europa zu lernen. Auf Entdeckung geht man mit dem Zug, in Ausnahmefällen auch mit anderen Verkehrsmitteln, etwa wenn Jugendliche von einer Insel oder aus einer abgelegenen Region stammen. Es erwarten sie atemberaubende Landschaften und pulsierende Städte. Jedes Jahr gibt es zwei Bewerbungsrunden. Solltest man ausgewählt werden, erhält man einen Travel-Paß.

Wenn man 18 Jahre alt ist und in der Europäischen Union oder in einem der mit Erasmus+ assoziierten Länder – Island, Liechtenstein, Nordmazedonien, Norwegen, Serbien und der Türkei – wohnt, nimmt einen DiscoverEU mit auf ein Reiseerlebnis, bei dem die Jugendlichen die Vielfalt Europas, sein Kulturerbe und seine Geschichte entdecken und Menschen aus jedem Winkel des Kontinents kennenlernen werden. Selbstvertrauen tanken, unabhängig sein, offen auf andere zugehen – mit DiscoverEU lernt man fürs Leben!

Die ausgewählten Teilnehmenden erhalten eine DiscoverEU-Jugendkarte, mit der sie Rabatte für Kulturbesuche, Lernaktivitäten, Sport, Transportmittel, Unterkunft, Verpflegung usw. erhalten. ■

<https://www.noel.gv.at>

https://youth.europa.eu/discovereu_de

**EXPAND
YOUR
COMFORT
ZONE**

#DiscoverEU

World Sustainable Energy Days

Landesrat Achleitner: Oberösterreich als Plattform für globalen Austausch zu Energie-Effizienz und erneuerbare Energien – Mehr als 600 ExpertInnen in Wels

Mehr als 600 ExpertInnen aus 60 Ländern tauschten sich von 28. Februar bis 3. März in Wels im Rahmen der „World Sustainable Energy Days“ (WSED) des ÖÖ. Energiesparverbandes über die zentralen Fragen der Energiezukunft aus. „Mit dieser hochrangig und international besetzten Konferenz bietet Oberösterreich wieder eine Plattform für einen globalen Austausch zu Energie-Effizienz und erneuerbare Energien. Gleichzeitig wird durch die Vergabe der Young Researchers Award auch der wissenschaftliche Nachwuchs in den Mittelpunkt gerückt“, betonte Wirtschafts- und Energie-Landesrat Markus Achleitner bei der Eröffnung der Konferenz.

„Oberösterreich ist der ideale Standort für diese Konferenz: Durch Energieeffizienz und erneuerbare Energie konnten in unserem Bundesland zum Beispiel die Emissionen von Treibhausgasen im Gebäudebereich in den vergangenen Jahren um 36 Prozent gesenkt werden. Mehr als 60 Prozent der Raumwärme, 44 Prozent der gesamten Wärme – inklusive Industriewärme – und 32 Prozent der Primärenergie kommen bei uns aus erneuerbaren Energien. 77 Prozent unseres Stromverbrauchs werden aus erneuerbaren Quellen erzeugt. Heimische Energietechnik sind in vielen Bereichen Innovationsführer“, unterstrich Landesrat Achleitner die vielfältigen Aktivitäten Oberösterreichs bei der Umsetzung der Energiewende. „Jede Veränderung ist eine Chance und das gilt insbesondere im aktuellen Transformationsprozess. Er ist eine einmalige Chance für den Wirtschaftsstandort Oberösterreich“, ist Achleitner überzeugt.

Drei Themenschwerpunkte

- Die Europäische Pelletskonferenz ist die größte jährliche Veranstaltung zum Thema weltweit und Treffpunkt der internationalen Branche. Führende ExpertInnen informieren über topaktuelle Bioenergie-Trends zu informieren. 2023 stand die Veranstaltung unter dem Motto „Pellets – nachhaltig und klimaneutral“.
- Mit der Energiewende die Energiekrise meistern stand im Mittelpunkt der Europäischen Energieeffizienz-Konferenz. Gezeigt wurden neue Strategien, um die



Foto: Land OÖ / Andreas Krenn

Wirtschafts- und Energie-Landesrat Markus Achleitner bei der Eröffnungsansprache zu den World Sustainable Energy Days in Wels.

Energiewende zu beschleunigen und am Beispiel von Energiesparen und Energiegemeinschaften. Eine Innovationsplattform zeigte Pfade und Technologieoptionen zur Beschleunigung der industriellen Transformation auf.

- Die Konferenz Smarte E-Mobilität stand daher ganz unter dem Motto „E-Mobilität: volle Kraft voraus“. Führende ExpertInnen geben einen Überblick über den Policy-Rahmen und stellen aktuelle Entwicklungen über die weltweiten Märkte für Elektromobilität vor. Innovationen, die den raschen Ausbau der E-Mobilität unterstützen, werden präsentiert, die Fortschritte bei den Reichweiten, beim Laden und bei der Nutzung erneuerbarer Energie ermöglichen.

Auszeichnungen für junge EnergieforscherInnen

Im Rahmen der WSED traf sich traditionell auch der Nachwuchs der EnergieforscherInnen. „Mehr als jede andere Genera-

tion steht der Forschernachwuchs für Innovation und Dynamik. Deshalb ist es uns wichtig, auch ihnen eine Plattform zu geben, Netzwerk und Austausch zu ermöglichen“, verwies Landesrat Achleitner auch auf die 90 jungen ForscherInnen, die an der Konferenz „Junge Energieforscher/innen“ teilnahmen.

Zwei von ihnen konnte Landesrat Achleitner mit dem „Young Energy Researchers Award 2023“ auszeichnen, der jedes Jahr von einer hochkarätigen Jury vergeben wird. Die Preise gingen an:

- Seyedina Motamedi, Université du Québec, Montreal, Kanada, für seine Arbeit zur Untersuchung von biologischen Dämmstoffen
- Ogemdi Chinwendu Anika, De Montfort University, Leicester, United Kingdom, für ihre Untersuchung von kohlenstoffarmen und kohlenstofffreien erneuerbaren Energieträgern. ■

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>
<https://www.wsed.at/>

Spatenstich für neue 380-kV-Deutschlandleitung

Achleitner: »4-fache Kapazitätssteigerung der Stromleitung von St. Peter nach Altheim verbessert nicht nur die Versorgung unseres Wirtschaftsstandortes, sondern ist auch ein weiterer Meilenstein für die Energiewende und Versorgungssicherheit.«

Gemeinsam mit Bayerns Ministerpräsident Markus Söder und Hubert Aiwanger, Wirtschafts- und Energieminister Bayerns, sowie Vertretern der Netzbetreiber hat Wirtschafts- und Energie-Landesrat Markus Achleitner am 9. März in Simbach am Inn den Startschuß für die Errichtung der neuen 380-kV-Deutschlandleitung gegeben. 2,5 Kilometer davon verlaufen auf österreichischem Staatsgebiet, von St. Peter am Hart bis zur Staatsgrenze. „Die neue Stromleitung verbindet die beiden erfolgreichen Wirtschaftsstandorte Bayern und Oberösterreich. Sie hat auch für den heimischen Energiemarkt eine zentrale Bedeutung und ist daher Teil des ‚OÖ. Stromnetz-Masterplans‘. Die Umsetzung dieses Leitungsprojektes stellt einen weiteren Meilenstein bei der Energiewende bei uns und unseren Nachbarn dar“, unterstrich Landesrat Achleitner im Rahmen des Spatenstichs für die Stromleitung von St. Peter am Hart, OÖ, nach Altheim in Bayern.

„Bayern hat in Deutschland die gleiche Rolle wie Oberösterreich in Österreich – beide sind die Industrie- und Wirtschafts-Lokomotiven ihrer Staaten. Daher ist die gute Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern so wichtig, die sich auch in diesem grenzüberschreitenden Stromleitungsprojekt erneut manifestiert“, stellten Ministerpräsident Söder und Landesrat Achleitner übereinstimmend fest.

„Die neue Deutschlandleitung bringt Österreich und Deutschland energiewirtschaftlich wieder einen großen Schritt näher. Das ist einerseits wesentlich, um den erneuerbaren Strom grenzüberschreitend auszutauschen. Andererseits wird dadurch auch preisgünstiger Strom für Österreich verfügbar, was für Verbraucher aus Industrie & Gewerbe von zentraler Bedeutung ist“, betonte Landesrat Achleitner.

„Die neue Deutschlandleitung mit dem Start am Netzknoten St. Peter am Hart schafft in vielen Bereichen eine massive Verbesserung: Durch die 4fache Kapazität der neuen Leitung wird der steigende Energiebedarf des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich



Foto: Land OÖ/Andreas Maringer

Wirtschafts- und Energie-Landesrat Markus Achleitner mit Bayerns Ministerpräsident Markus Söder und dem bayerischen Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger beim Spatenstich für die neue 380-kV-Deutschlandleitung in Simbach am Inn.

und vor allem auch der Region gesichert. Sie ist die dringend notwendige Grundlage des nachhaltigen Umbaus unserer Energiesysteme. Denn der Umstieg auf erneuerbare Energieträger stellt insbesondere auch an die Netz-Infrastruktur neue Anforderungen. Dieser neuen Leitung kommt eine Schlüsselrolle zu, wenn es darum geht, den sauberen Windstrom aus dem Norden Europas zu den Speicherkraftwerken in den Alpen – unseren grünen Batterien – zu leiten. Damit wird Kuppelkapazität geschaffen, um Engpässe langfristig zu entschärfen“, hob Landesrat Achleitner die Bedeutung dieses Leitungs-Neubaus hervor. Durch die neue 380-kV-Leitung werden zwei bestehende 220-kV-Leitungen aus den 1940er- und 1960er-Jahren ersetzt.

Abgewickelt wird der Bau auf österreichischer Seite vom Übertragungsnetzbetreiber Austrian Power Grid (APG). APG inve-

stiert in die Errichtung der 2,5 Leitungskilometer bis zur Staatsgrenze rund 84 Mio. Euro. In Bayern wird die neue Leitung bis Altheim verlaufen und vom europäischen Netzbetreiber TenneT errichtet. Gleichzeitig wird die APG das Umspannwerk St. Peter am Hart ertüchtigen. „(Ober-)Österreich kann mit dieser gewonnenen Kapazitätserhöhung den Energietausch mit Deutschland massiv verbessern, das sichert die Verfügbarkeit und auch die Versorgungssicherheit. Aus diesem Grund ist dieser Leitungsabschnitt auch ein wichtiger Teil des ‚OÖ. Stromnetz-Masterplans‘“, betonte Landesrat Achleitner. Der Deutschlandleitung ist auch auf Europäischer Ebene eine Project of Common Interest (PCI). Planungsbeginn der Deutschlandleitung war im Jahr 2011. Ziel ist die Inbetriebnahme im Jahr 2027. ■

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>

Kapuziner bleiben in Salzburg

Nach intensiven Gesprächen zwischen Erdiözese Salzburg, Ordensverwaltung, Stadt und Land Salzburg konnte eine Absiedelung der Kapuziner aus Salzburg erfolgreich abgewendet werden.

Ganz im Gegenteil, das Kloster wird aufgewertet, beherbergt künftig rund doppelt so viele franziskanische Brüder und fungiert als zentrale Ausbildungsstätte für junge Kapuziner aus Österreich, Deutschland und den Niederlanden. Im Zuge der Verhandlungen über die Zukunft des Kapuzinerklosters wurde auch Einigkeit über die Finanzierung der dringend erforderlichen Sanierungsmaßnahmen erreicht: Das Land investiert ein Viertel der geplanten Gesamtkosten von rund 2,6 Millionen Euro.

Untrennbar mit Salzburg verbunden

„Seit mehr als vier Jahrhunderten ist der Kapuzinerorden untrennbar mit Salzburg verbunden. Es freut uns, daß wir durch diese Einigung nicht nur ihren aktiven Betrieb in Salzburg langfristig sichern, sondern gleichzeitig die Ausbildung der Deutschen Kapuzinerprovinz vor Ort ermöglichen und somit viele junge Brüder künftig in der Mozartstadt willkommen heißen dürfen. Zudem steht die Finanzierung für die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen bereits fest“, zeigen sich Erzbischof Franz Lackner, Bruder Hans Pruckner (Leiter der Klostersgemeinschaft), Bürgermeister Harald Preuner und Landeshauptmann Wilfried Haslauer zufrieden.

Baustart 2023

Der Zahn der Zeit hat an den Bauwerken am Kapuzinerberg deutliche Spuren hinterlassen. Die letzte große Renovierung reicht in die frühen 1980er-Jahre zurück. Der Baustart ist für Sommer 2023 geplant. Zunächst wird mit Instandhaltungsmaßnahmen wie Heizung, Elektroinstallation, Maler- und Tischlerarbeiten im Kloster begonnen. Es folgen Instandsetzungsmaßnahmen an der Klostergartengrenzmauer.

Land, Erzdiozese und Stadt finanzieren mit

Für das Jahr 2024 ist die Fassadenrenovierung von Kloster samt Kirche sowie die Innenrenovierung der Kapuzinerkirche vorgesehen. Insgesamt sind für die Instandhaltung und Renovierung rund 2,6 Millionen Euro vorgesehen. Das Land Salzburg stellt, gleich wie die Erzdiozese und die Stadt, je



Foto: Land Salzburg / Franz Neumayr

Das Kapuzinerkloster Salzburg gehört zum UNESCO-Welterbe Historisches Zentrum der Stadt Salzburg.

ein Viertel der Gesamtsumme, maximal jedoch 650.000 Euro, dafür bereit. Den Rest wird der Orden durch Spenden aufbringen.

Bedeutung für Kulturstandort

Die Renovierung ist für Landeshauptmann Wilfried Haslauer eine Verpflichtung des Landes zur Denkmalpflege und zur Kultur: „Das Land Salzburg trägt kontinuierlich zum Erhalt seiner vielfältigen baukulturellen Schätze bei. Das Kapuzinerkloster an seiner prominenten Stelle ist hier ein optischer und spiritueller Fixpunkt sowie Teil der architektonischen DNA der Landeshauptstadt. Wir haben eine eindeutige Verantwortung gegenüber den nächsten Generationen, derartige historische Orte aufrechtzuerhalten.“

Wer sind die Kapuziner?

Die Kapuziner (OFMCap) sind eine Ordensgemeinschaft, die sich als Familie von gleichberechtigten Brüdern versteht. Sie bilden neben Franziskanern (OFM) und Minoriten (OFMConv) den jüngsten Zweig der franziskanischen Männerorden („erster Orden“), die alle auf den Hl. Franziskus von Assisi zurückgehen. Entstanden sind sie im 16. Jahrhundert.

Pfeiler der Gemeinschaft sind Leben aus dem Gebet, soziales Wirken bei Bedürftigen

und das Leben in der Gemeinschaft untereinander und mit den Menschen. Kapuziner gibt es heute in 106 Ländern, auf der ganzen Welt sind es etwa 10.500 Brüder, sie leben in mehr als 1700 Klöstern. Die Leitung des Weltordens der Kapuziner hat ihren Sitz in Rom. Derzeitiger Generalminister (Ordensobere weltweit) der Kapuziner ist Br. Roberto Genuin.

Der Kapuzinerorden in Österreich und Südtirol

In Österreich und Südtirol hat der Kapuzinerorden ca. 90 Mitglieder, die in 16 Niederlassungen zusammenleben. Die Provinzleitung hat ihren Sitz im Kloster Innsbruck. Derzeitiger Provinzialminister (Ordensobere) ist Bruder Erich Geir.

Im deutschsprachigen Raum gibt es insgesamt drei Ordensprovinzen: Österreich-Südtirol, Deutschland und Schweiz. Die Provinz Österreich-Südtirol existiert seit 2011. 2007 wurde die damaligen Provinzen Wien und Nordtirol zur Provinz Österreich zusammengeschlossen, vier Jahre später erfolgte durch die Vereinigung mit der Provinz Brixen die Gründung der Provinz Österreich-Südtirol. ■

<https://www.salzburg.gv.at/>

<https://www.kapuziner.at/>

»manuskripte«-Preis 2023 geht an Yevgeniy Breyger

Landeshauptmann und Kulturreferent Christopher Drexler freut sich über die Entscheidung der Jury

Auf Antrag von Landeshauptmann Christopher Drexler hat die Steiermärkische Landesregierung am 2. März den Vorschlag der eingesetzten Literaturjury umgesetzt, den diesjährigen „manuskripte“-Preis des Landes Steiermark an Yevgeniy Breyger zu vergeben. Der Preis dient – wie die Zeitschrift „manuskripte“ selbst – der Förderung der jungen deutschsprachigen Literatur und wird seit 1981 an AutorInnen für eine anerkanntswürdige literarische Leistung auf dem Gebiet der Lyrik, der Prosa, des Dramas oder des Essays vergeben und ist mit 10.000 Euro dotiert.

Landeshauptmann und Kulturreferent Christopher Drexler: „Das herausragende literarische Schaffen von Yevgeniy Breyger spricht und füllt Bände. Viele Texte des gebürtigen Ukrainers sind gerade in Zeiten des russischen Angriffskrieges von geradezu erschütternder Aktualität. Der Autor, er ist im Jahr 2018 zu den ‚manuskripten‘ gestoßen, ist der steirischen Literaturzeitschrift überaus verbunden, fungiert längst auch als Werbeträger – und kann demnach auch als Botschafter für das Kunst- und Kulturland Steiermark bezeichnet werden.“

Begründung der Jury

Yevgeniy Breyger versteht es, mit wenigen Zeilen ganze Königreiche zu erschaffen. Dies gilt nicht nur für den gleichnamigen Zyklus, mit dem er 2019 den renommierten Leonce-und-Lena-Preis gewann. Auch in den weiteren, mittlerweile drei Bände umfassenden Gedichten des Frankfurter Lyrikers ist ein gelehrter Demiurg am Werk, der mit geradezu kindlichem Eifer, zärtlich und rücksichtslos zugleich, die Einzelteile unserer Sprache zu ungeahnten Welten zusammenbaut. Es sind verblüffend einfache, gerade deshalb atemberaubend neue Wortkombinationen, mit denen Breyger die Trägheit der alltäglichen Phrasen aushebelt. Manchmal liedhafte, dann wieder freie, zur Prosa tendierende Verse fügen sich wie selbstverständlich zu Rätselsprüchen, die dem lesenden Verstand ein Schnippchen schlagen: Noch bevor man bemerkt, daß man nicht begreift, hat



Foto: Verena Stauffer

Yevgeniy Breyger, Preisträger des „manuskripte“-Preises 2023

man schon – auf unbewußte, ja, körperliche Weise – verstanden: „Vergiß, was du tust, folge einem Gesang.“ Dabei handelt es sich um alles andere als weltabgewandte Elfenbeinturmliteratur. Im Gegenteil, die Gedichte stochern in den thematischen Glutnestern der Gegenwart, von digitaler Kunst (wie in seinen „Cryptopoems“) über „inhaltliche Blender blendender Inhalte“ bis zur titelgebenden Anspielung auf den im sowjetischen Lager umgekommene Dichter Ossip Mandelstam: „Gestohlene Luft“ (Titel von Breygers zweitem, 2020 bei kookbooks erschienenem Gedichtband) nannte dieser widerständige, weil ohne Erlaubnis von Stalins Terrorregime verfaßte Texte.

Zur Person Yevgeniy Breyger

Politisches Engagement zeigt der 1988 in Charkiv in der Ukraine geborene, „Ende der Neunziger als jüdischer Kontingentflüchtling nach Deutschland“ gezogene Breyger gelegentlich auch in messerscharf argumentierten Zeitungskommentaren. Und ein Vers wie „Im Krieg spielen Knochen / die Rolle von Grüßen“ ist mittlerweile leider ohnehin von

erschütternder Aktualität. Yevgeniy Breyger stieß 2018 auf Empfehlung von Olga Martynova zu den „manuskripten“. Seither künden Qualität und Timing seiner Veröffentlichungen von der gegenseitigen Wertschätzung. So schickte er etwa seine Königreiche noch direkt von der Leonce-und-Lena-Preis-Verleihung per Telefon für die manuskripte 224 oder war in der wichtigen Relaunch-Ausgabe 231 mit seinem umfangreichen Zyklus „Was lernt man ohne Absicht zu verzeihen?“ als Auftakt des ersten Kapitels prominent präsent. Auch einen Werbespruch hat er der Zeitschrift geschenkt: „Wo ich meine Gedichte zur Erstpublikation hingebe? Unbedingt an die ‚manuskripte‘. Eine LITERATURzeitschrift unter den Literaturzeitschriften.“

Über »manuskripte«

Die Grazer „manuskripte“ sind eine der wichtigsten Literaturzeitschriften im deutschsprachigen Raum. 1960 von Alfred Kolleritsch gegründet, wird sie heute vom Autor Andreas Unterwieser herausgegeben. In den „manuskripten“ werden ausschließlich Erstveröffentlichungen publiziert.

In den 1960ern und 1970ern galten die „manuskripte“ als Skandalmedium, in dem so bedeutende AutorInnen wie Peter Handke, Elfriede Jelinek, Wolfgang Bauer, Barbara Frischmuth, Ernst Jandl, Friederike Mayröcker oder Oswald Wiener das erste Mal oder sehr früh veröffentlichten. Auch in den folgenden Jahrzehnten verfolgten die „manuskripte“ die von Kolleritsch umrissene Poetik des Offenen, die möglichst vielen, dabei stets hochqualitativen Schreibweisen Platz zu bieten versucht.

Mit dem Relaunch im Frühjahr 2021 ist dieser Anspruch auch im Untertitel manifest: „weiter schreiben“ – wobei „weiter“ auch im Sinn von „weiterdenken“, „den Horizont erweitern“ zu verstehen ist. Die deutsche Wochenzeitung „Die Zeit“ urteilte 2021: „Ohne die ‚manuskripte‘ sähe Österreichs Kulturlandschaft anders aus.“

<https://www.verwaltung.steiermark.at/>
<http://www.manuskripte.at/wordpress/>

Überregionale Kooperation in der Musikausbildung

Land Tirol und Bayern schließen Kooperationsvertrag in der NachwuchsmusikerInnenausbildung – Bereits zwei bestehende Kooperationen des Tiroler Landeskonservatoriums mit Wien und Salzburg

Ob Studien rund um Gesang, Dirigieren, Blechblas-, Schlag-, Holzblas-, Tasten- sowie Streich- und Saiteninstrumente, Jazz und improvisierte Musik oder Musik- und Bewegungspädagogik zu unterrichten: Das und vieles mehr ist am Tiroler Landeskonservatorium möglich. Es gilt über seine Grenzen hinweg als anerkannte Ausbildungsstätte für angehende MusikerInnen. Durch die Zusammenarbeit mit anderen österreichischen Musikuniversitäten wird das Angebot für die Studierenden zusätzlich erweitert. Neben bereits bestehenden Kooperationen mit Wien und Salzburg wurde am 4. März ein überregionaler Kooperationsvertrag zur Förderung junger NachwuchsmusikerInnen aus Tirol und Bayern von Bildungslandesrätin Cornelia Hagele und Josef Niedermaier, Landrat des Landkreises Bad Tölz – Wolfratshausen, unterzeichnet.

Tirol und Bayern: Gemeinsame Orchesterprojekte und Konzertreihen

„Mit diesem Kooperationsvertrag werden Ressourcen in der überregionalen NachwuchsmusikerInnenausbildung gebündelt und das Tiroler Landeskonservatorium als attraktiver Ausbildungsstandort für Spitzentalente gestärkt“, freut sich LRin Hagele. Ziel dieser Vereinbarung ist es, musikalische Nachwuchstalente grenzübergreifend zu fördern sowie personelle und strukturelle Ressourcen des Tiroler Landeskonservatoriums und des Musikbundes Ober- und Niederbayern gemeinsam zu nutzen.

„Erste Projekte und Konzerte sind schon in Planung. Dabei sind beispielsweise Besuche beim Orchester der Münchner Philharmoniker ebenso vorgesehen wie gemeinsame Fort- und Weiterbildungsangebote, sogenannte Masterclasses“, erläutert Erich Rinner, künstlerischer Leiter des Tiroler Landeskonservatoriums und selbst langjähriges Mitglied der Münchner Philharmoniker. So sollen sich künftig NachwuchsmusikerInnen der Bläserakademie „advanced“ des Musikbundes Ober- und Niederbayern und Studierende des Tiroler Landeskonservatoriums



Foto: Land Tirol/Krepper

v.l.: Landesmusikdirektor Helmut Schmid, LRin Cornelia Hagele, der bayerische Landrat Josef Niedermaier und Erich Rinner, künstlerischer Leiter des Tiroler Landeskonservatoriums

bei gemeinsamen künstlerischen Orchesterprojekten und Konzertreihen jenseits der Landesgrenzen präsentieren und vernetzen können. Eine zentrale Rolle spielt dabei auch das neugeschaffene „Werner-Pirchner-Haus“ in Innsbruck, Außenstelle des Tiroler Landeskonservatoriums: Es soll als zentraler Probe-, Auftritt- und Vernetzungsort dienen.

Zusätzliche Möglichkeiten durch weitere Kooperation

Das Tiroler Landeskonservatorium bietet bereits zwei Studiengänge in Kooperation mit renommierten Musikuniversitäten an: Zum einen ein künstlerisches Diplomstudium in Kooperation mit der weltweit führenden Universität für Musik und darstellende Kunst Wien. Zum anderen wird ein Studium für angehende MusiklehrerInnen im Kooperation mit der Universität Mozarteum Salzburg in Innsbruck angeboten. „Nun ist mit dem überregionalen Kooperationsvertrag eine weitere Öffnung der für den Standort Tirol bedeutsamen Musikausbildungsinstitution Tiroler Landeskonservatorium gelungen. Ich bin überzeugt davon, daß die Schülerinnen und Schüler am Landeskonservatorium von dieser überregionalen Zusam-

menarbeit und dem Blick, über die Tirols Landesgrenzen hinweg profitieren werden“, sagte LRin Hagele.

<https://www.tirol.gv.at/>

Das Tiroler Landeskonservatorium

... ist eine weiterführende musikalische Bildungseinrichtung. Das Studienangebot am Tiroler Landeskonservatorium umfaßt Berufsstudien und Lehrgänge

- Instrumental- und Gesangspädagogik - in Kooperation mit der Universität Mozarteum Salzburg
- Konzertsachstudium – in Kooperation mit der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien
- Jazz und Improvisierte Musik
- Alpenländische Volksmusik
- Blasorchesterleitung
- Elementare Musikpädagogik

Die Tiroler Landesmusikschulen

... erfüllen eine kulturelle, bildungsrelevante und pädagogische Gemeinschaftsaufgabe. An insgesamt 27 Landesmusikschulen bietet das Land Tirol nahezu flächendeckend in ganz Tirol musikalische Ausbildung an. ■

<https://www.konstiro.at/>

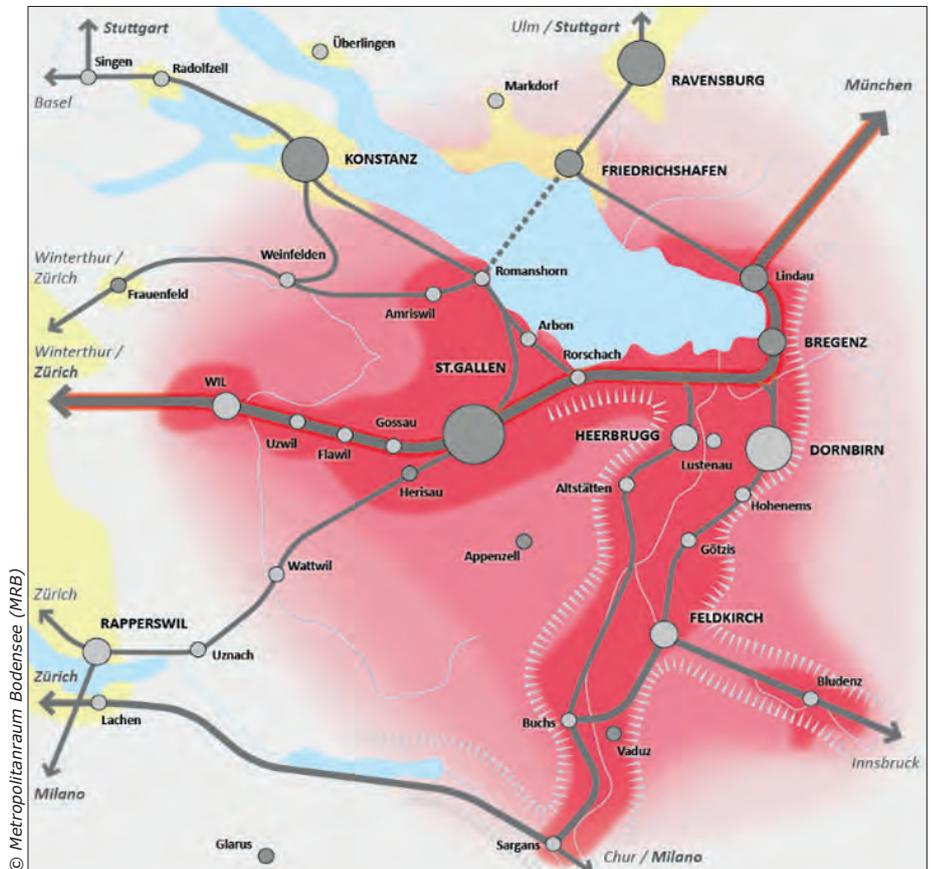
Industriestandort Bodensee

Landesrat Tittler: Weiterer Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Der Metropolitanraum Bodensee (MRB) umfaßt einen starken Wirtschafts- und Lebensraum mit rund 775.000 EinwohnerInnen und über 445.000 Beschäftigten im Herzen Europas. Die Industrie spielt dabei eine wesentliche Rolle. Die Region ist mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert, etwa die Entwicklung des Arbeitsmarktes oder die Grenzsituation. „Zur erfolgreichen Bewältigung dieser Herausforderungen braucht es eine weitere, stärker fokussierte Zusammenarbeit und Koordination auch über die Grenzen hinweg, um bestehende Entwicklungspotenziale gezielt für die Bodenseeregion und die ansässigen Unternehmen in Wert zu setzen“, sagte Landesrat Marco Tittler am 17. März im Vorfeld eines Fachforums zum Thema Wirtschaft – Werkplatz Bodensee. Der grenzüberschreitende Wirtschafts- und Lebensraum soll als Metropolitanraum etabliert werden. „Eine der Grundzielsetzungen dabei ist es, das Bewußtsein für diese gemeinsame funktionale Großregion zu steigern und so die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter auszubauen sowie die Vernetzung der unterschiedlichen Player zu intensivieren. Dadurch sollen die gemeinsamen Interessen besser erkannt, gebündelt und nach außen getragen werden.“

„Metropolitanräume sind eine Kategorie des Schweizer Raumkonzepts“, erläuterte der St.Galler Regierungsrat Beat Tinner: „Im Zentrum stehen dabei der weitere Ausbau von Standortqualitäten von überregionaler Ausstrahlung im Bereich der Mobilität bzw. Erreichbarkeit, der Wirtschaft und der Innovation.“ Im Februar 2020 wurde dazu eine gemeinsame Charta unterzeichnet.

Laut Roland Scherer, Direktor des Instituts für Systemisches Management und Public Governance an der Universität St.Gallen, spielt die Industrie eine zentrale Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung und leistet einen wichtigen Beitrag zum regionalen Volkseinkommen. Im engeren Metropolitanraum kann im Schnitt jeder vierte Arbeitsplatz dem verarbeitenden Gewerbe zugerechnet werden. Für alle Teilregionen des Metropolitanraums gilt, daß sie eine überdurchschnittlich hohe Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe aufweisen. Die Anteile bewegen sich zwischen 19 und 32 Prozent. Zum Vergleich: In Österreich insgesamt



betrug der Anteil der industriellen Erwerbstätigkeit im Jahr 2020 rund 14 Prozent, in der Schweiz 13 Prozent.

„Es gilt, die Herausforderungen des Metropolitanraums Bodensee gemeinsam zu definieren und gemeinsam anzugehen. Aktuelle Herausforderungen wie der Kampf gegen den Klimawandel, die Energiekrise, die Arbeitsmarktsituation, leistungsstarke Verkehrsverbindungen, aber auch kulturelle und sozialpolitische Fragen machen nicht vor Grenzen halt“, sagte Wilfried Hopfner, Präsident der Wirtschaftskammer Vorarlberg.

Die zukünftige Entwicklung der Bodenseeregion wird auch weiterhin stark von der in der Region ansässigen Industrie beeinflusst werden. Die Industrie ist dabei mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert, die ihre Entwicklung beeinflussen werden. Roland Scherer umreißt die zukünftigen Herausforderungen für die zukünftige Entwicklung der Bodenseeregion:

- Die heutige Industrie in der Region muß weiterhin ihre bisherigen Pfade verlassen und zu einer umfassenden Transforma-

tion ihrer Produkte und Geschäftsmodelle gelangen.

- Die Tatsache, daß die Region noch kein Metropolitanraum ist, sondern eher peripher, ländlicher Raum, zeigt sich deutlich im „Fehlen“ unternehmensbezogener Dienstleistungen.
- Trotz vieler Hochschulen und Forschungseinrichtungen, eines Wissenschaftsverbundes: Das Zusammenspiel zwischen Hochschulen und Unternehmen gleicht einer unerwiderten Liebesbeziehung, die dazu führt, daß bestehende Potentiale nicht genutzt werden.
- Es braucht eine völlige Neudefinition unseres Wachstumsmodells, das zukünftig nicht mehr primär an der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen gemessen werden kann.
- Auch die Industrie in der Bodenseeregion muß nachhaltig werden – nicht nur bei ihren Produkten, sondern auch bei der Produktion muß der Ressourcen- und Flächenverbrauch nachhaltig werden. ■

<https://vorarlberg.at/>

Bürgermeisterin von Rabat zu Gast in Wien

Bürgermeister Ludwig empfing marokkanische Amtskollegin im Wiener Rathaus

Am Vormittag des 27. Februar empfing Wiens Bürgermeister Michael Ludwig die Bürgermeisterin der marokkanischen Hauptstadt Rabat, Asmaa Rhlalou, im Roten Salon des Wiener Rathauses. Die 54jährige promovierte Wirtschaftswissenschaftlerin ist seit September 2021 Stadtoberhaupt von Rabat. Rhlalou befand sich mehrere Tage auf einem offiziellen Besuch in der österreichischen Hauptstadt und wurde von einer mehrköpfigen Delegation aus ihrer Heimat begleitet.

Ludwig hieß seine Amtskollegin in Wien herzlich willkommen. Bei dem informellen Treffen tauschten sich Ludwig und Rhlalou insbesondere zu den Themen öffentlicher Verkehr, Abfallentsorgung, Wasseraufbereitung und Kreislaufwirtschaft aus. In Vorbereitung auf ein späteres Kooperationsabkommen wurde auch ein Protokoll über das Treffen unterzeichnet.

Sie bekräftigten, daß „die beiden Hauptstädte ihre bereits bestehenden freundschaftlichen Beziehungen intensivieren wollen und künftig eine Kooperation in Form eines Austausches von kommunalem Wissen und Erfahrungen zum gegenseitigen Vorteil anstreben.“

Wien und Rabat bekennen sich zudem zur „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen und tragen durch den Erfahrungsaustausch und die gegenseitige Zurverfügungstellung von Informationen zur nachhaltigen Entwicklung der Städte im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele bei.

Die Bürgermeister kamen zudem überein, daß Städte als Zentren der sozialen, kulturellen, technologischen und wirtschaftlichen Innovation auch eine wichtige Rolle im Kampf gegen den rasch fortschreitenden weltweiten Klimawandel spielen. Vor diesem Hintergrund wollen Wien und Rabat den Fokus des zukünftigen Austauschs auf nachhaltige urbane Entwicklung und insbesondere auf Themen wie Umwelt- und Klimaschutz, Abfallmanagement, Mobilität und erneuerbare Energieversorgung liegen. Ebenso soll die gegenseitige Kooperation in den Bereichen Jugend, Kultur sowie Welt-



Foto: PDJ/C. Jobst

Wiens Bürgermeister Michael Ludwig und Bürgermeisterin Asmaa Rhlalou im Roten Salon des Wiener Rathauses

kulturerbe gefördert werden. Weitere Kooperationsmöglichkeiten und -themen sollen im Rahmen zukünftiger Besuche und gegenseitiger Kontakte zwischen den Städten konkretisiert werden.

Im Rahmen des mehrtägigen Besuchs der Delegation aus Rabat standen unter anderem auch die Besichtigung der größten U-Bahn-Baustelle Europas für die neue U5 und U2 sowie der Müllverbrennungsanlage Spittelau auf dem Programm. Außerdem werden kulturelle und historische Einrichtungen besucht.

Beziehungen zwischen den beiden Ländern

Zwischen Österreich und dem Königreich Marokko existiert seit langem eine internationale Zusammenarbeit. Im heurigen Jahr findet das 240jährige Jubiläum der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern statt (*siehe den Bericht auf der Seite XX*). Auch aus diesem Grund hat die marokkanische Botschaft ihre Aktivitäten für den internationalen Dialog mit Österreich intensiviert. Auch von österreichischer Seite war eine Reihe von hochrangigen Besuchen geplant.

Seitens der Stadt Rabat besteht schon seit mehreren Jahren der Wunsch mit der Stadt

Wien eine intensiviertere Kooperation in diversen kommunalen Bereichen, z.B. nachhaltige städtische Entwicklung, Mobilität, Abfallwirtschaft, erneuerbare Energieversorgung, Kultur, Jugend, Wirtschaft, und mehr einzugehen. Auch ein Kooperationsabkommen wird angestrebt.

Zur Person

Asmaa Rhlalou ist seit ihrem fünfzehnten Lebensjahr politisch aktiv. Sie engagierte sich zehn Jahre lang in der Istiqlal-Partei und wurde 2015 eingeladen, der Partei „Nationale Versammlung der Unabhängigen“ (RNI) beizutreten, für die sie für die Amtszeit 2016 bis 2021 ins marokkanische Parlament gewählt wurde. Als marokkanische Abgeordnete vertrat Rhlalou Marokko auf den Gipfeltreffen der führenden Frauenpolitikerinnen in Reykjavík (2017) und Tokio (2019).

Nach dem Erfolg der RNI bei den Parlamentswahlen im September 2021 wurde sie vom Stadtrat mit Unterstützung einer breiten Koalition aus RNI, Istiqlal und der Partei für Authentizität und Modernität (PAM) zur ersten Bürgermeisterin von Rabat gewählt und folgte dem ehemaligen Bürgermeister der Atlantikstadt, Mohamed Sadiki, nach. Sie ist nun seit 24. September 2021 im Amt. ■

<https://www.wien.gv.at/>

Außenhandel 2023 stagniert

Nach einer dynamischen Entwicklung 2022 erwartet das FIW für dieses Jahr ein geringes Wachstum der österreichischen Exporte und Importe.

Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher stellte am 21. Februar gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum „Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft“ (FIW) das vierte Jahresgutachten zur „Lage der österreichischen Außenwirtschaft“ vor. Es widmet sich den aktuellen internationalen Rahmenbedingungen für die österreichische Außenwirtschaft und der Handelsentwicklung im Jahr 2022. Darüber hinaus präsentierten die Studienautoren Prof. Harald Oberhofer und Robert Stehrer sowie die Studienautorin Bettina Meinhart kurz- und mittelfristige Prognosen für die zu erwartende zukünftige Entwicklung der österreichischen Außenwirtschaftsbeziehungen.

Das Jahr 2022 stand unter dem Eindruck des russischen Angriffs auf die Ukraine und der darauffolgenden Energiepreiskrise. Haushalte und Unternehmen waren von den gestiegenen Energiekosten massiv betroffen. Ab dem zweiten Halbjahr hinterließen der daraus resultierende Angebotsschock und die hohen Inflationsraten ihre Spuren in der Weltwirtschaft. Die österreichische Abhängigkeit von russischem Erdgas stellt die heimischen Haushalte, Unternehmen und die Politik vor besondere Herausforderungen. Der österreichische Außenhandel konnte sich unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen relativ gut behaupten, litt 2022 aber unter der deutlichen Verschlechterung der Terms-of-Trade, also einer Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Export- und Importpreisen. Die Preise für österreichische Warenexporte sind um 5,5 Prozentpunkte weniger stark als die Importpreise angestiegen. In reinen Mengen ausgedrückt haben sich die österreichischen Exporte dynamischer als die Importe entwickelt: Der Gesamtexport von Waren und Dienstleistungen stieg gemäß Prognose real im Jahr 2022 um 8,8 Prozent, die Importe nahmen um 5,1 Prozent zu.

„Trotz schwieriger Rahmenbedingungen hat sich der österreichische Außenhandel im Jahr 2022 gut entwickelt. Im Vergleich zum Vorkrisenniveau im Jahr 2019 liegt der Außenhandel nun zehn Prozent über dem Vorkrisenniveau. Insbesondere kam es zum Wiedererstarken der Dienstleistungsexporte mit einem Wachstum von 17 Prozent“, so Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher.



Foto: BMAW/Holey

v.l.: Studienautor Prof. Harald Oberhofer, Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher, Studienautorin Bettina Meinhart und Studienautor Robert Stehrer

2022 überwog der negative Terms-of-Trade Effekt den Mengeneffekt, sodaß sich 2022 die österreichische Handelsbilanz um 7,6 Milliarden Euro im Vergleich zum Jahr 2021 verschlechterte und ein Defizit von – 20,5 Milliarden Euro aufweist. Die positive Entwicklung der Dienstleistungsbilanz, welche durch eine massive Steigerung der Reiseverkehrsexporte (mehr Reisen von ausländischen TouristInnen nach Österreich) getrieben wurde, konnte letztes Jahr das Handelsbilanzdefizit ausgleichen. 2022 ist die Leistungsbilanz mit 200 Millionen Euro im Plus.

Für 2023 prognostiziert das Kompetenzzentrum „Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft“ (FIW) ein Wachstum der Gesamtexporte in Höhe von 0,3 Prozent. Die Importe dürften heuer um 0,9 Prozent steigen. Vor allem durch die steigenden Importpreise – verursacht durch die Energiekrise – könnte Österreich 2023 das erste Mal seit 2001 eine negative Leistungsbilanz aufweisen. Das Defizit beträgt laut Prognose -1,8 Milliarden Euro – oder 0,4 Prozent des BIP.

Im heurigen Jahr setzt sich die Verschlechterung der Terms-of-Trade auf Basis der Studienprognose mit einem Minus von einem Prozent weiter fort. Die Warenexporte dürften um 0,1 Prozent zulegen, die Dienstleistungsexporte verzeichnen ein Wachstum von 1,2 Prozent. Die Gesamtimporte wachsen um 0,9 Prozent. Der Unterschied zwi-

schen den Exporten und Importen ergibt sich aus einem höheren Dienstleistungsimportwachstum von 3,3 Prozent. Die Handelsbilanz könnte sich durch den weiteren negativen Terms-of-Trade Effekt auf -23,3 Milliarden Euro verschlechtern. Dieses Defizit wird von den Dienstleistungsbilanzüberschüssen nicht mehr vollständig kompensiert werden können. Die österreichische Leistungsbilanz wird 2023 mit einem Abgang von -1,8 Milliarden Euro (0,4 Prozent des BIP) einen negativen Saldo aufweisen. 2024 sollte die Leistungsbilanz prognosemäßig zu einem geringen Überschuß zurückkehren.

„Gerade jetzt ist es wichtig, die österreichischen Exportbetriebe bei ihren Internationalisierungsaktivitäten weiter bestmöglich zu fördern. Durch die Internationalisierungsoffensive ‚go-international‘, Wirtschaftsmissionen in Zukunftsmärkte sowie gemeinsame internationale Wirtschaftskommissionen unterstützen wir Betriebe bei der Erschließung neuer Märkte und dem Ausbau bereits bestehender Geschäftsverbindungen. Für ein kleineres, exportorientiertes Land wie Österreich ist es darüber hinaus wichtig, daß die Europäische Union eine aktive Handelspolitik verfolgt. Dabei geht es insbesondere um den Abbau bestehender Handelsbeschränkungen sowie um das Vermeiden von Handelskonflikten“, so Kocher. ■

<https://www.bmaw.gv.at/>

<https://www.fiw.ac.at/>

Außenhandel 2022 zweistellig gewachsen

Wert der Gasimporte verdoppelte sich gegenüber 2021 preisbedingt

Im Jahr 2022 lag der Gesamtwert der Importe von Waren laut vorläufigen Ergebnissen von Statistik Austria nominell mit 213,72 Mrd. Euro um 19,8 % über dem Vorjahreswert, die Exporte von Waren stiegen um 17,2 % auf 194,13 Mrd. Euro. Daraus resultiert ein Handelsbilanzdefizit von 19,59 Mrd. Euro, nach 12,86 Mrd. im Jahr 2021

„Das Defizit in der Handelsbilanz Österreichs hat sich von knapp 13 Milliarden Euro im Jahr 2021 auf beinahe 20 Milliarden 2022 massiv erhöht. Grund dafür waren vor allem die im Vergleich zu 2021 kräftig gestiegenen Preise für die Einfuhr von Energie. Binnen Jahresfrist hat der Importwert von Brennstoffen und Energie um 86,0 % zugelegt. Speziell für Gas wurde gegenüber dem Vorjahr den Importpartnern nahezu doppelt so viel Geld überwiesen, während die Importmenge um 38,0 % zurückging“, so Statistik Austria-Generaldirektor Tobias Thomas.

Zuwächse in beiden Handelsrichtungen

Der Außenhandel Österreichs verzeichnete im Jahr 2022 in beiden Handelsrichtungen zweistellige Zuwächse. Für das Plus des Importwerts von 19,8 % waren vor allem die Preissteigerungen bei Brennstoffen und Energie maßgeblich, wie die Wertzunahme um 86,0 % bei dieser Produktgruppe zeigt. Die Zunahmen auf der Exportseite um 17,2 % wurden vor allem von der guten Entwicklung bei Maschinen und Fahrzeugen sowie bearbeiteten Waren getragen.

Aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union importierte Österreich im Jahr 2022 Waren im Wert von 138,97 Mrd. Euro (+16,8 %). Der Wert der in diese Länder exportierten Waren verzeichnete mit +18,1 % ebenfalls eine Zunahme gegenüber 2021 und betrug 133,21 Mrd. Euro. Das Handelsbilanzdefizit mit der Europäischen Union belief sich auf 5,75 Mrd. Euro, nach 6,17 Mrd. Euro im Jahr 2021. Rund 70 % des österreichischen Außenhandels (Intra-EU-Importe: 65,0 %, Intra-EU-Exporte: 68,6 %) wurden mit den EU-Mitgliedsstaaten abgewickelt.

Der Außenhandel mit Drittstaaten zeigte im Vergleich zum Vorjahr sowohl bei den

Importen (+25,6 % auf 74,75 Mrd. Euro) als auch bei den Exporten (+15,3 % auf 60,91 Mrd. Euro) eine starke Zunahme. Daraus ergab sich eine Verdopplung des Handelsbilanzdefizits von 2021 mit Drittstaaten (Handelsbilanzdefizit 2021: 6,69 Mrd. Euro) auf 13,84 Mrd. Euro. Mehr als 30 % des österreichischen Außenhandels (Extra-EU-Importe: 35,0 %, Extra-EU-Exporte: 31,4 %) wurde mit Partnerländern abgewickelt, die keine EU-Mitgliedsstaaten sind (Tabelle 2).

Zuwächse bei bedeutendster Produktgruppe Maschinen und Fahrzeuge

Maschinen und Fahrzeuge waren mit einem Einfuhranteil von 30,8 % und einem Ausfuhranteil von 35,6 % auch 2022 wieder die bedeutendste Produktgruppe im österreichischen Außenhandel, dabei stiegen die Importe

um 11,2 % auf 65,72 Mrd. Euro und die Exporte um 12,6 % auf 69,03 Mrd. Euro. Die weiteren wertmäßig stärksten Produktgruppen bei den Exporten waren bearbeitete Waren (+21,4 % auf 42,90 Mrd. Euro), chemische Erzeugnisse (+15,0 % auf 29,08 Mrd. Euro) und sonstige Fertigwaren (+14,2 % auf 20,27 Mrd. Euro). 83,1 % der österreichischen Ausfuhren konzentrierten sich 2022 auf diese vier Produktgruppen. Die Importe von Brennstoffen und Energie stiegen ebenfalls stark an (+86,0 % auf 25,88 Mrd. Euro). Innerhalb dieser Produktgruppe wies vor allem die Untergruppe Gas eine sehr hohe Wertsteigerung (um 100,0 %) gegenüber dem Berichtsjahr 2021 auf, während die Importmenge im gleichen Berichtszeitraum dagegen um 38,0 % rückläufig war. Die geringsten prozentuellen Zuwächse im Import

Tabelle 1: Entwicklung der Einzelmonate Jänner bis Dezember 2022

Insgesamt	Import	Export	Handelsbilanz ²	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber Vorjahr (in Prozent)	
				Import	Export
Jänner ¹	15 825 336	14 337 346	-1 487 991	36,5	28,0
Februar ¹	16 169 940	15 117 616	-1 052 325	23,9	18,9
März	19 535 919	17 631 702	-1 904 217	19,9	15,3
April	17 500 627	15 398 497	-2 102 130	15,7	10,4
Mai	18 696 205	17 100 836	-1 595 370	32,0	29,1
Juni	17 498 155	16 754 973	-743 182	10,7	19,1
Juli	16 842 577	15 673 848	-1 168 729	14,1	11,1
August	17 337 291	14 722 225	-2 615 066	26,8	19,7
September	19 197 421	17 649 423	-1 547 999	21,6	19,6
Oktober	18 825 592	16 682 912	-2 142 680	19,4	16,8
November	19 948 466	18 074 899	-1 873 567	19,2	14,4
Dezember	16 339 682	14 981 550	-1 358 132	4,1	8,1

Q: STATISTIK AUSTRIA, monatliche Außenhandelsstatistik. Vorläufige Ergebnisse. Werte in 1 000 Euro (wenn nicht anders angegeben) – 1) Ausgangsbeschränkungen für Ungeimpfte – 2) Handelsbilanz = Exporte minus Importe (Import- bzw. Exportüberschuss).

Tabelle 2: Der Außenhandel Österreichs Jänner bis Dezember 2022

2022 ¹	Import	Export	Handelsbilanz ²	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber Vorjahr (in Prozent)	
				Import	Export
Insgesamt	213 717 213	194 125 827	-19 591 386	+19,8	+17,2
EU-27 (Intra-EU-Importe/-Exporte)	138 968 985	133 214 029	-5 754 957	+16,8	+18,1
Drittstaaten (Extra-EU-Importe/-Exporte)	74 748 227	60 911 798	-13 836 430	+25,6	+15,3

Q: STATISTIK AUSTRIA, Monatliche Außenhandelsstatistik. Werte in 1 000 Euro (wenn nicht anders angegeben) – 1) Vorläufige Ergebnisse; – 2) Handelsbilanz = Exporte minus Importe (Import- bzw. Exportüberschuss).

Österreich, Europa und die Welt

verzeichnete Getränke und Tabak mit einem Plus von 7,5 % (auf 1,27 Mrd. Euro) und einem Plus von 15,1 % (auf 3,59 Mrd. Euro) im Export (Tabelle 3).

Wichtigste Partnerländer im österreichischen Außenhandel

Der Großteil des österreichischen Import-Export-Geschehens konzentrierte sich 2022 auf zentrale Handelspartner Österreichs. Mit diesen jeweils zehn Partnerländern je Verkehrsrichtung wurden 71,2 % der Importe und 69,2 % der Exporte abgewickelt – insgesamt waren in diesem Ranking sieben EU-Länder und fünf Drittstaaten vertreten. Abgesehen von Liechtenstein, Slowenien und der Slowakei zählten alle Nachbarländer Österreichs in beiden Verkehrsrichtungen zu den Top-10-Partnerländern. Bei sieben der zehn bedeutendsten Ausfuhrpartnerländer stand die Produktgruppe Maschinen und Fahrzeuge an der Spitze. Einfuhrseitig zeigte sich ein ähnliches Bild, wobei neben der Produktgruppe Maschinen und Fahrzeuge auch chemische Erzeugnisse (Schweiz, Vereinigte Staaten und Niederlande) sowie Brennstoffe und Energie (Russische Föderation) an erster Stelle standen (Tabellen 4.1 und 4.2).

Österreichs Außenhandel mit der Ukraine

Mit einem Importanteil von 0,6 % (1,18 Mrd. Euro) im Jahr 2022 und einem Exportanteil von 0,3 % (0,51 Mrd. Euro) befand sich die Ukraine, wie auch in den Vorjahren, nicht unter den wichtigsten Handelspartnern Österreichs. 7,2 % aller Rohstoffe, welche im Jahr 2022 nach Österreich importiert wurden, kamen aus der Ukraine. Betrachtet man nur die Ukraine, so machten hier Rohstoffe aber mehr als 55,5 % der Importe aus.

Österreichs Außenhandel mit der Russischen Föderation

In den vergangenen fünf Jahren war die Russische Föderation immer unter den 20 wichtigsten Handelspartnern Österreichs. Mit einem Importanteil von 3,9 % (8,24 Mrd. Euro) nahm die Russische Föderation 2022 nun sogar Platz sechs ein, nach dem zehnten Platz im Jahr zuvor.

Die Produktgruppe Brennstoffe und Energie dominierte die Importe (Anteil: 93,1 %). Im Vergleich zu 2021 erhöhten sich die Importe wertmäßig um 76,4 %; die Exportwerte gingen hingegen um 8,0 % zurück. Der Exportanteil war nicht einmal halb so hoch und lag mit 1,84 Mrd. Euro bei 0,9 %.

Tabelle 3: Der Außenhandel Österreichs nach der Standard International Trade Classification Jänner bis Dezember 2022

SITC ¹	Import	Export	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber Vorjahr (in Prozent)		Anteil (in Prozent)	
			Import	Export	Import	Export
Insgesamt	213,72	194,13	19,8	17,2	100,0	100,0
0 Ernährung	12,61	11,15	17,7	16,6	5,9	5,7
1 Getränke und Tabak	1,27	3,59	7,5	15,1	0,6	1,8
2 Rohstoffe	9,01	6,53	9,4	11,7	4,2	3,4
3 Brennstoffe, Energie	25,88	7,14	86,0	71,8	12,1	3,7
4 Tier- u. pflanzl. Öle, Fette	0,95	0,46	38,7	29,3	0,4	0,2
5 Chemische Erzeugnisse ang. ²	29,58	29,08	12,8	15,0	13,8	15,0
6 Bearbeitete Waren	34,82	42,90	19,6	21,4	16,3	22,1
7 Maschinen und Fahrzeuge	65,72	69,03	11,2	12,6	30,8	35,6
8 Sonstige Fertigwaren	27,33	20,27	11,0	14,2	12,8	10,4
9 Waren, ang. ²	6,55	3,98	40,8	39,2	3,1	2,0

Q: STATISTIK AUSTRIA, monatliche Außenhandelsstatistik. Vorläufige Ergebnisse. Werte werden nicht aus den tabellarischen Einzelwerten ermittelt. Werte in Mrd. Euro (wenn nicht anders angegeben) – 1) SITC = Standard International Trade Classification; – 2) ang. = anderweitig nicht genannt.

Tabelle 4.1: Der Außenhandel Österreichs nach der Standard International Trade Classification Jänner bis Dezember 2022

Partnerland	Wert in Mrd. Euro	Anteil (in Prozent)	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber Vorjahr (in Prozent)	Wichtigste Ware -SITC-Einsteller ¹
Deutschland	68,89	32,2	16,5	Maschinen und Fahrzeuge
China	17,21	8,1	31,3	Maschinen und Fahrzeuge
Italien	13,06	6,1	12,8	Maschinen und Fahrzeuge
Schweiz	10,02	4,7	3,0	Chemische Erzeugnisse ang. ²
Tschechien	9,76	4,6	25,7	Maschinen und Fahrzeuge
Russische Föderation	8,24	3,9	76,4	Brennstoffe und Energie
Vereinigte Staaten	7,17	3,4	25,8	Chemische Erzeugnisse ang. ²
Polen	6,79	3,2	17,7	Maschinen und Fahrzeuge
Niederlande	5,63	2,6	17,8	Chemische Erzeugnisse ang. ²
Ungarn	5,34	2,5	14,0	Maschinen und Fahrzeuge

Q: STATISTIK AUSTRIA, monatliche Außenhandelsstatistik. Vorläufige Ergebnisse. Werte werden nicht aus den tabellarischen Einzelwerten ermittelt. – 1) SITC = Standard International Trade Classification; – 2) ang. = anderweitig nicht genannt.

Tabelle 4.2: Österreichs Top 10 Handelspartnerländer nach Verkehrsrichtung 2022 - Exporte

Partnerland	Wert in Mrd. Euro	Anteil (in Prozent)	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber Vorjahr (in Prozent)	Wichtigste Ware (SITC-Einsteller ¹)
Deutschland	57,99	29,9	16,1	Maschinen und Fahrzeuge
Italien	13,16	6,8	17,4	Bearbeitete Waren
Vereinigte Staaten	12,91	6,7	16,3	Maschinen und Fahrzeuge
Schweiz	9,99	5,1	22,3	Chemische Erzeugnisse ang. ²
Ungarn	7,73	4,0	26,0	Maschinen und Fahrzeuge
Frankreich	7,72	4,0	22,9	Maschinen und Fahrzeuge
Polen	7,38	3,8	12,3	Chemische Erzeugnisse ang. ²
Tschechien	7,11	3,7	17,9	Maschinen und Fahrzeuge
China	5,17	2,7	7,2	Maschinen und Fahrzeuge
Vereinigtes Königreich	5,10	2,6	14,9	Maschinen und Fahrzeuge

Q: STATISTIK AUSTRIA, monatliche Außenhandelsstatistik. Vorläufige Ergebnisse. Werte werden nicht aus den tabellarischen Einzelwerten ermittelt. – 1) SITC = Standard International Trade Classification; – 2) ang. = anderweitig nicht genannt.

Der Großteil der österreichischen Exporte nach Rußland betraf 2022 chemische Erzeugnisse (+12,1 % auf 0,72 Mrd. Euro), gefolgt von Maschinen und Fahrzeugen (-23,8 % auf 0,50 Mrd. Euro).

Österreichs Außenhandel mit dem Vereinigtem Königreich

Knapp drei Jahre nach dem Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union befand sich das Land im Be-

Österreich, Europa und die Welt

richtsjahr 2022 unter den 14 wichtigsten Handelspartnern. Im Export fand es sich an zehnter Stelle hinter China mit einem Exportanteil von 2,6 % (5,10 Mrd. Euro). Auf der Importseite nahm es Platz 14 mit einem Importanteil von 1,6 % (3,49 Mrd. Euro) ein.

Im Vergleich zu 2021 erhöhten sich die Importe wertmäßig um 25,7 %; die Exportwerte stiegen um 14,9 %. Die Produktgruppe andere Waren mit einem Anteil von 32,7%, darunter in erster Linie die Untergruppe Gold, dominierte die Importe. Der Großteil der österreichischen Exporte in das Vereinigte Königreich betraf 2022 Maschinen und Fahrzeuge (+8,7 % auf 2,35 Mrd. Euro), gefolgt von bearbeiteten Waren (+20,0 % auf 0,90 Mrd. Euro). Betrachtet man zum Vergleich das Jahr 2019, das Jahr vor dem Brexit, so zeigt sich, daß der Import um 23,5 %, der Export um 13,5 % gestiegen ist. Somit hat sich der Handel mit dem Vereinigten Königreich seit dem Rückgang im Jahr 2020 (Import -24,2 %; Export -9,3 % im Vergleich zu 2019) wieder erholt.

Dezember 2022: geringfügige Zuwächse bei Importen und Exporten

Im Dezember 2022 lag der vorläufige Wert der Importe von Waren bei 16,34 Mrd. Euro, das entspricht einem leichten Anstieg von 4,1 % gegenüber Dezember 2021. Gleich-

Tabelle 5: Der Außenhandel Österreichs im Dezember 2022

2022 ¹	Import	Export	Handelsbilanz ²	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber Vorjahr (in Prozent)	
				Import	Export
Insgesamt	16 339 682	14 981 550	-1 358 132	+4,1	+8,1
EU-27 (Intra-EU-Importe/-Exporte)	10 470 461	10 069 881	-400 580	+3,8	+8,1
Drittstaaten (Extra-EU-Importe/-Exporte)	5 869 221	4 911 669	-957 552	+4,5	+8,3

Q: STATISTIK AUSTRIA, Monatliche Außenhandelsstatistik. Werte in 1 000 Euro (wenn nicht anders angegeben) – 1) Vorläufige Ergebnisse; – 2) Handelsbilanz = Exporte minus Importe (Import- bzw. Exportüberschuss).

zeitig erhöhten sich auch die Exporte von Gütern und stiegen um 8,1 % auf 14,98 Mrd. Euro. Die Handelsbilanz wies ein Passivum in Höhe von 1,36 Mrd. Euro aus.

Aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union importierte Österreich im Dezember 2022 Waren im Wert von 10,47 Mrd. Euro, Waren im Wert von 10,07 Mrd. Euro wurden in diese Länder exportiert. Gegenüber Dezember 2021 stiegen die Intra-EU-Importe um 3,8 % und die Intra-EU-Exporte um 8,1 % an. Dies führte zu einer negativen Handelsbilanz mit den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in Höhe von 0,40 Mrd. Euro. Die Importe aus Drittstaaten beliefen sich im Dezember 2022 auf 5,87 Mrd. Euro und erhöhten sich somit gegenüber dem Vorjahresmonat um 4,5 %; die Extra-EU-Exporte stiegen um 8,3 % auf 4,91 Mrd. Euro. Das

daraus resultierende Passivum der Handelsbilanz mit Drittstaaten lag bei 0,96 Mrd. Euro (Tabelle 5).

Informationen zur Methodik, Definitionen: Das vorliegende Ergebnis der Außenhandelsstatistik (ITGS: International Trade in Goods Statistics) enthält Daten der mit der Zollanmeldung verbundenen Statistik des Warenverkehrs mit Drittstaaten (EXTRA-STAT) und der Primärstatistik der Warenverkehre mit den EU-Mitgliedsstaaten (INTRA-STAT) sowie Zuschätzungen zu den erhobenen INTRASTAT-Daten, die den Antwortausfall der Erhebung sowie schwellenbedingt nicht erhobene Werte abdecken. Die Außenhandelsstatistik berücksichtigt in der Regel den physischen Warenverkehr; bei dem die österreichische Grenze überschritten wird. ■ <https://www.statistik.at/>

Zahl der Fluggäste legte 2022 um 137,4 Prozent zu

Die Zahl der Flugreisenden ist nach den von coronabedingten Beschränkungen geprägten Vorjahren wieder kräftig im Aufwind: 2022 hat sich das Fluggastaufkommen auf den sechs österreichischen Flughäfen deutlich mehr als verdoppelt, dennoch bleibt es knapp 27 % unter dem Wert des Rekordjahres 2019*, so Tobias Thomas, Generaldirektor von Statistik Austria.

Mit insgesamt 26,5 Millionen (Mio.) beförderten Personen (inkl. Transit) hat sich das Fluggastaufkommen auf den sechs österreichischen Flughäfen im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um 137,4 % bzw. 15,3 Mio. beförderte Personen deutlich erhöht. Nach dem Einbruch der kommerziellen Luftfahrt im ersten Corona-Jahr 2020 auf nur 9,3 Mio. Fluggäste wurde damit der 2021 wieder begonnene Aufwärtstrend fortgesetzt. Trotz der großen Zunahmen lag die Anzahl der Fluggäste 2022 aber noch immer um 26,9 % bzw. 9,7 Mio. PassagierInnen unter dem Wert des Vorkrisenjahres 2019. 2022 wurden auf den Flughäfen Wien, Graz, Innsbruck, Klagen-

furt, Linz und Salzburg mit 221.708 Flugbewegungen im Linien- und Gelegenheitsverkehr um 77,8 % mehr Starts und Landungen als im Vorjahr durchgeführt. Im Vergleich zu 2019 – mit 319.945 Starts und Landungen – wurden jedoch um 30,7 % weniger Flugbewegungen gezählt. Pro Flug wurden durchschnittlich 119,5 Personen befördert, was eine Steigerung um 33,5 % im Vorjahresvergleich bedeutete (2021: 89,5 Personen). Verglichen mit 2019 (113,2 Personen) stieg die durchschnittliche Zahl um 5,6 %.

Im Jahr 2022 wurden für alle sechs österreichischen Flughäfen deutliche Zunahmen ausgewiesen, auch wenn die Ergebnisse weiterhin unter jenen des Vorkrisenjahres 2019 lagen. Auf dem Flughafen Wien nahm die Anzahl der beförderten Personen im Vergleich zu 2021 um 127,6 % auf 23,7 Mio. zu. Am Flughafen Salzburg stieg das Fluggastaufkommen um 310,0 % auf 1,2 Mio. PassagierInnen und am Flughafen Innsbruck um 474,9 % auf 0,7 Mio. Fluggäste. Am Flughafen Graz kam es zu einer Zunahme um

147,8 % auf 561.375 beförderten Personen, der Flughafen Linz konnte eine Steigerung um 203,3 % auf 207.766 Fluggäste verzeichnen und am Flughafen Klagenfurt stieg die Zahl der beförderten Personen um um 179,8 % auf 82 760.

Es zeigte sich, daß auf den kleineren Flughäfen trotz hoher relativer Zunahmen im Jahr 2022 die Einbußen durch die Corona-Krise weniger gut ausgeglichen wurden als auf Flughäfen mit generell höherem Beförderungsaufkommen. Während in Wien die Zahl der PassagierInnen 2022 bereits bei knapp 75 % und in Salzburg bei fast 72 % der jeweiligen Zahl an Fluggästen des Jahres 2019 lag, waren es in Innsbruck etwa 63 % und in Graz etwas über 54 %. Auf den beiden Flughäfen mit den jeweils geringsten Fluggastaufkommen Linz und Klagenfurt hingegen lag die Zahl der anund abreisenden Personen jeweils bei weniger als der Hälfte der Werte von 2019 (Linz: 48 %; Klagenfurt: 40 %). ■

<https://www.statistik.at/>

Konnten Vorteile des EU-Binnenmarktes besonders gut nützen

EU-Binnenmarkt eine der größten Errungenschaften des europäischen Integrationsprojekts – 30jähriges Jubiläum am 1.1.2023 – Österreich trat am 1.1.1995 bei

Österreich konnte die Vorteile des EU-Binnenmarktes besonders gut nutzen“, resümiert Mariana Kühnel, stellvertretende Generalsekretärin der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) anlässlich dieses Jubiläums. „Die EU ist für uns Heimat und Heimmarkt. Rund 70 Prozent des österreichischen Außenhandels finden innerhalb der EU statt. Die Exporte in die 26 anderen EU-Mitgliedsstaaten haben sich seit dem Beitritt Österreichs von 33 auf 112 Milliarden Euro im Jahr 2021 mehr als verdreifacht“, so Kühnel. Faktum ist: Auch wenn Österreich EU-Nettozahler ist, übertreffen die Vorteile des Binnenmarkts bei Weitem die Kosten. „Und in einer globalisierten Welt könnten sich die Länder in Europa nur gemeinsam behaupten“, hebt Kühnel die Vorteile der EU-Mitgliedschaft hervor.

Der EU-Binnenmarkt zeichnet sich im Wesentlichen durch die vier sogenannten Grundfreiheiten aus: freier Warenverkehr, Personenfreizügigkeit, Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit sowie die Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs. Die jüngsten Krisen wie die Covid-19-Pandemie und der Krieg Rußlands gegen die Ukraine hätten aber auch gezeigt, daß Weiterentwicklungen nötig sind, um den EU-Binnenmarkt für die Zukunft zu sichern. Es gehe nun darum, bestehende Regeln zu stärken, Defizite zu beseitigen und den Anwendungsbereich auf die Erweiterungskandidaten auszuweiten. „Die EU-Kommission sollte daher den Fokus auf die einheitliche Anwendung, Umsetzung und Durchsetzung bestehender Rechtsvorschriften und die Straffung des Vertragsverletzungsverfahrens legen“, so Kühnel.

So hat Österreich vom EU-Binnenmarkt profitiert

- Die österreichische Exportquote (Waren- und Dienstleistungsexporte gemessen am BIP) ist von 33,6 Prozent (1995) auf 55,9 Prozent (2021) gestiegen und liegt damit über dem EU-Durchschnitt.
- Insgesamt gibt es mittlerweile rund 63.100 österreichische Exportbetriebe. Die überwiegende Mehrheit sind Klein-



und Mittelbetriebe. Fast jeder zweite Job ist in Österreich direkt oder indirekt durch den Export gesichert!

- Wie eine 2019 veröffentlichte Studie der Bertelsmann-Stiftung zeigt, steigert der Binnenmarkt die Einkommen der EU-Bürger jährlich im Durchschnitt um rund 840 Euro pro Person. Österreich zählt mit einem Zuwachs von 1.583 Euro zu den Top-Profiteuren.
- Durch den Wegfall der Grenzkontrollen innerhalb der EU kam es zu einer deutlichen Kostenersparnis für Exporteure. Die Kosten der Bürokratie an der Grenze machten laut Berechnungen der Europäischen Kommission vor Vollendung des Binnenmarktes (Kontrolle der Warenbegleitpapiere, Wartezeiten etc.) 2 bis 5 Prozent des Warenwertes aus. Aufgrund des Wegfalls der Binnengrenzen in der EU ersparen sich die heimischen Unternehmen im EU-Export jährlich rund 2,2 bis 5,5 Milliarden Euro.
- Österreich ist durch den EU-Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten in das geografische und wirtschaftliche Zentrum der EU gerückt. Allein die Exporte in die fünf neuen Mitgliedsstaaten Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien haben sich seit dem österreichischen EU-Beitritt verfünffacht: Sie stiegen von 4 Milliarden Euro (1995) auf 25,5 Mrd. Euro 2021. In Summe verzeichnet Österreich mit den neuen EU-Mitgliedsstaaten einen permanenten Handelsbilanzüberschuß.
- Ausländische Unternehmen investierten in Österreich seit dem EU-Beitritt durchschnittlich (1995–2021) rund 7 Milliarden Euro pro Jahr. In den drei Jahren vor dem

Beitritt waren es ca. 1,3 Milliarden Euro pro Jahr. Die Investitionen ausländischer Unternehmen in Österreich sind damit im Schnitt auf das Fünffache gestiegen. Der Bestand an Direktinvestitionen in Österreich hat sich von 16 Milliarden Euro 1995 auf rund 188 Milliarden Euro im Jahr 2021 erhöht.

- Neben den ausländischen Investitionen in Österreich stiegen auch die österreichischen Investitionen im Ausland seit dem EU-Beitritt stark an. Ihr erhöhte sich auf rund 229 Mrd. Euro 2021.
- Die österreichische Investitionstätigkeit ist auch im internationalen Vergleich ausserordentlich stark auf Mittel- und Osteuropa konzentriert. Österreich kann damit von den Regional- und Strukturförderungen indirekt profitieren, die die neuen Mitgliedsstaaten bzw. EU-Beitrittskandidatenländer aus Brüssel erhalten.
- Die geografische Nähe ist ein deutlicher Wettbewerbsvorteil für heimische Betriebe gegenüber Unternehmen aus anderen Ländern. Daher ist es für österreichische Firmen von größtem Interesse, daß die Regeln des Binnenmarkts auch auf diese Länder möglichst rasch ausgeweitet werden und ein Level-playing field, sprich: gleiche Spielregeln, erzielt werden kann.

Historischer Abriß

Als Österreich am 1. 1. 1995 gemeinsam mit Schweden und Finnland der EU beitrug, umfaßte diese 15 Mitgliedsstaaten. Weitere Erweiterungen um die mittel- und osteuropäischen Staaten sowie Malta und Zypern (2004), Bulgarien und Rumänien (2007) sowie Kroatien (2013) schufen den größten Markt mit 28 Mitgliedsstaaten und rund 513 Millionen Einwohnern. Ein Rückschlag war der EU-Austritt des Vereinigten Königreichs mit 31. 1. 2020, es blieb jedoch bis Ende 2020 Teil des EU-Binnenmarkts (Nordirland ist durch ein eigenes – insbesondere von UK umstrittenes – Protokoll bis heute de facto Teil des Binnenmarkts). Heute umfaßt er etwa 450 Millionen Einwohner. ■

<https://www.wko.at/>

30 Jahre EU-Binnenmarkt

Schmidt zu ÖGfE-Umfrage: Keine Liebesbeziehung, aber Vorteile des gemeinsamen Marktes werden geschätzt

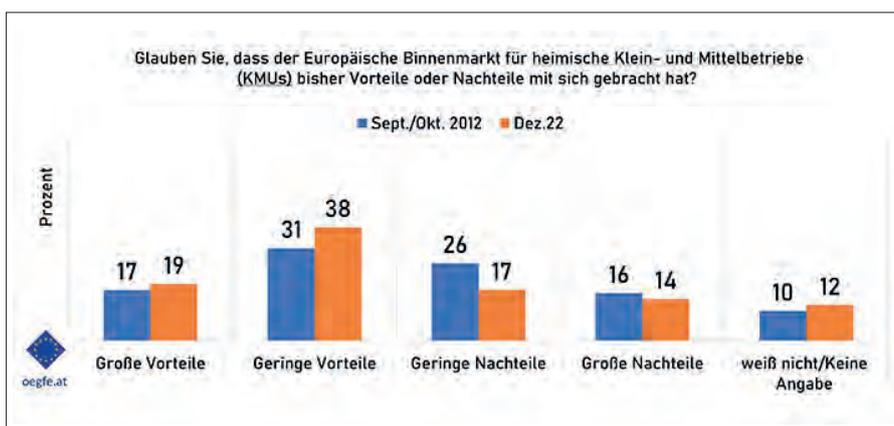
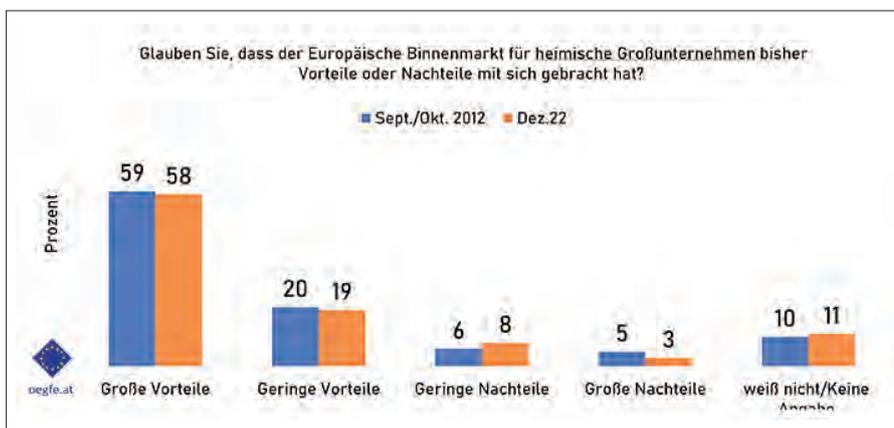
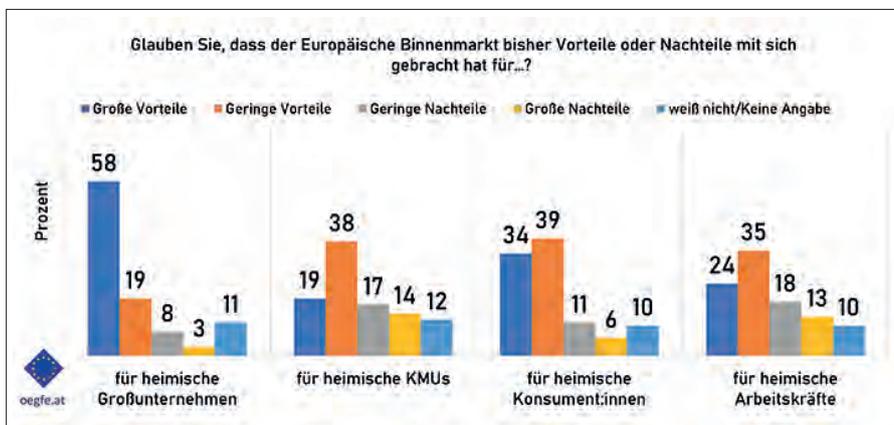
Verlieben kann man sich in einen gemeinsamen Markt nicht – wie es der ehemalige EU-Kommissionspräsident Jacques Delors treffend formulierte – dennoch ist dieser enorm wichtig“, sagt Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE). Am 1. Jänner 2023 wurde der europäische Binnenmarkt 30 Jahre alt. „Der Mehrwert des Binnenmarkts, dessen Grundlage der freie Verkehr

von Personen, Kapital, Waren und Dienstleistungen für rund 450 Millionen Europäerinnen und Europäer ist, wird auch hierzulande sehr geschätzt“, so Schmidt vor dem Hintergrund der Umfrage der ÖGfE, die im Dezember 2022 online unter 1000 Befragten österreichweit durchgeführt wurde.

Sieben von zehn Befragten halten in der Umfrage die Personenfreizügigkeit, die es BürgerInnen der EU ermöglicht, in einem an-



ÖGfE-Generalsekretär Paul Schmidt



deren Mitgliedsstaat zu wohnen und zu arbeiten, für „sehr wichtig“ (34 %) bzw. „eher wichtig“ (36 %). Ein knappes Viertel sagt hingegen, daß diese „eher nicht wichtig“ (14 %) oder „gar nicht wichtig“ (9 %) sei. 7 % geben keine Stellungnahme ab.

In ebenso hohem Ausmaß – konkret von 69 % – wird von den Befragten in Österreich der freie Warenverkehr als Errungenschaft betrachtet: 37 % bezeichnen die freie Zirkulation von Waren im Binnenmarkt als „sehr wichtig“, 32 % als „eher wichtig“. Etwa ein Viertel stimmt dem nicht zu und schätzt dies als „eher nicht wichtig“ (16 %) bzw. „gar nicht wichtig“ (8 %) ein. Ebenfalls 8 % können diese Frage nicht beurteilen.

Rund zwei Drittel sehen im freien Dienstleistungsverkehr eine „sehr wichtige“ (31 %) bzw. „eher wichtige“ (36 %) Möglichkeit, die sich EU-BürgerInnen durch den Binnenmarkt bietet. Wiederum ist es ein knappes Viertel, das sich skeptischer zeigt und das freie Angebot von Dienstleistungen im Binnenmarkt als „eher nicht wichtig“ (16 %) bzw. „gar nicht wichtig“ (8 %) beurteilt. 8 % machen hierzu keine Angabe.

Knapp sechs von zehn Befragten erachten den freien Kapitalverkehr als „sehr wichtig“ (24 %) bzw. „eher wichtig“ (34 %). Drei von zehn nehmen eine Gegenposition ein („eher nicht wichtig“: 22 %) „gar nicht wichtig“: 9 %). Ein Zehntel äußert sich nicht dazu.

Österreich, Europa und die Welt

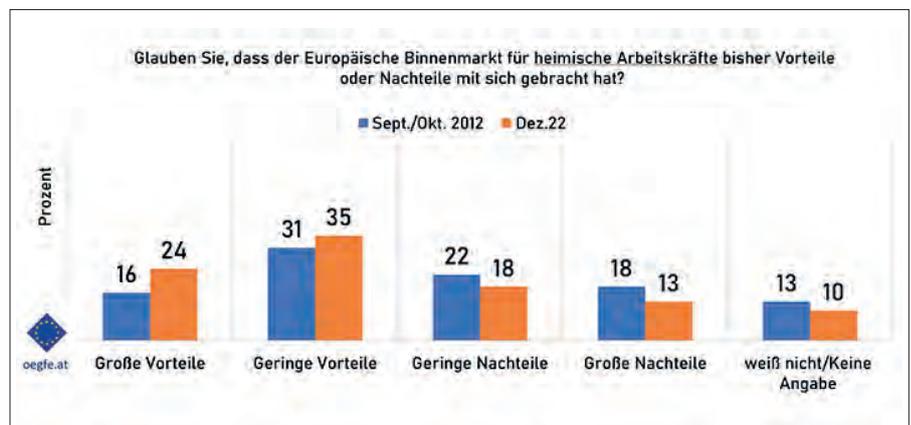
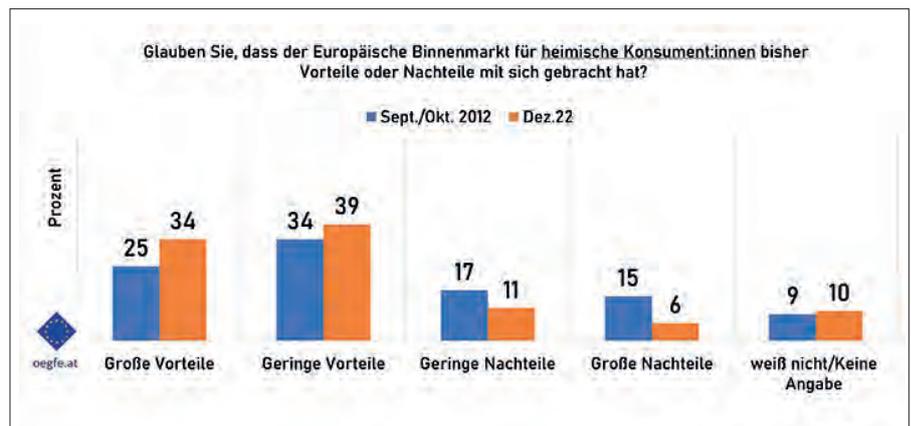
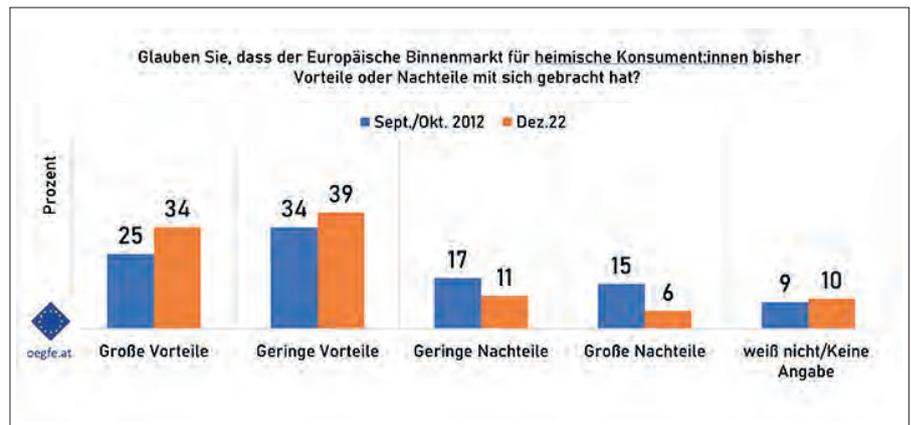
„Für eine kleine und exportorientierte Volkswirtschaft wie Österreich ist die Teilnahme am EU-Binnenmarkt essenziell. Der Wegfall von Grenzkontrollen, Zöllen oder Kontingentierungen ermöglicht den größten einheitlichen Markt der Welt, der auch die globale Rolle Europas stärkt. Konsumentinnen und Konsumenten profitieren von größerer Produktauswahl und günstigeren Preisen, die freie Wahl von Wohnsitz und Arbeitsort fördert die innereuropäische Mobilität und bringt neue Möglichkeiten und Chancen – vor allem auch für die junge Generation.“

Nach Ansicht der Menschen in Österreich hat sich der europäische Binnenmarkt bisher vor allem für heimische Großunternehmen bezahlt gemacht. Insgesamt 77 % sehen für diese „große“ (58 %) bzw. „geringe Vorteile“ (19 %) durch die Teilnahme unseres Landes am Binnenmarkt. Etwa ein Zehntel meint, daß große Unternehmen dadurch „geringe Nachteile“ (8 %) oder „große Nachteile“ (3 %) erfahren hätten. 11 % können zu dieser Frage nicht Stellung beziehen. Das aktuelle Meinungsbild unterscheidet sich hiermit kaum von jenem, das die ÖGfE im Herbst 2012 zum zwanzigjährigen Bestehen des Binnenmarkts erhoben hat.

Fast drei Viertel der Befragten sagen auch, daß KonsumentInnen in Österreich vom EU-Binnenmarkt profitiert haben („große Vorteile“: 34 %, „geringe Vorteile“: 39 %). 17 % sind hingegen der Ansicht, daß sich durch den europäischen Binnenmarkt „geringe“ (11 %) oder „große Nachteile“ (6 %) für die KonsumentInnen ergeben haben. Die Bilanz fällt damit deutlich positiver aus, als dies noch vor zehn Jahren der Fall war: So ist die Zahl jener, die Vorteile erkennen, um 14 % gestiegen. Die Zahl jener, die die Nachteile überwiegen sehen, ist um 15 Prozentpunkte gesunken.

Knapp sechs von zehn Befragten erkennen für heimische Arbeitskräfte „große“ (24 %) bzw. „geringe Vorteile“ (35 %) durch die Teilnahme unseres Landes am EU-Binnenmarkt. Drei von zehn können dem nicht zustimmen und sehen dies mit „geringen“ (18 %) bzw. „großen Nachteilen“ (13 %) für Arbeitskräfte in Österreich verbunden. Ein Zehntel macht dazu keine Angabe. Im Zehnjahresvergleich wird deutlich positiver bilanziert: Die Zahl jener, die Vorteile sieht, ist um 12 Prozentpunkte gestiegen, die Zahl jener, die Nachteile erkennt, ist um 9 Prozentpunkte zurückgegangen.

Insgesamt 57 % sind der Ansicht, daß heimische Klein- und Mittelbetriebe durch den



EU-Binnenmarkt profitiert hätten – 19 % sehen für sie „große Vorteile“, 38 % „geringe“. 31 % stimmen dem nicht zu und sagen, daß österreichische KMUs durch die Teilnahme am Binnenmarkt „geringe“ (17 %) bzw. „große Nachteile“ (14 %) erfahren mußten. 12 % äußern sich nicht dazu. Im Vergleich zum Jahr 2012 ist die Zahl jener, die Vorteile für heimische KMUs erkennen, um 9 Prozentpunkte gestiegen, die Zahl jener, die die Binnenmarktteilnahme als nachteilig empfinden, ist um 11 Prozentpunkte gesunken.

„Gerade in unsicheren Zeiten ist der gemeinsame Wirtschaftsraum ein Beleg dafür, was die EU zu leisten vermag, wenn sich die Mitgliedsstaaten einig zeigen. Ein stabiles Fundament, dessen Mehrwert im Alltag greif-

bar ist und das weiter ausgebaut und vervollständigt werden sollte. Neben der strategischen Unabhängigkeit und grünen Transformation in Europa beinhaltet dies insbesondere auch steuerliche Fairness, eine Stärkung der Sozialsysteme und die Intensivierung des sozialen Dialogs“, so Paul Schmidt abschließend.

<http://www.oegfe.at/>

Die aktuelle Umfrage wurde von market von 5. bis 7. Dezember 2022 im Auftrag der ÖGfE durchgeführt. Befragt wurden österreichweit 1000 Personen online, österreichische Bevölkerung, 16 bis 80 Jahre, repräsentativ für Alter, Geschlecht, Region und Bildung. Maximale statistische Schwankungsbreite +/- 3,16 Prozent. Differenz auf 100 Prozent aufgrund gerundeter Werte. Vergleichsumfrage: Tel SWS 206, September/Oktober 2012, n=501 Befragte (maximale statistische Schwankungsbreite +/- 4,48 Prozent).

Österreich-Auftritt auf der ITB

43 Partner, 624 Quadratmeter Standfläche, 2.400 Gäste, rund 1.000 Termine am ÖW-Stand und zahlreiche neue Kontakte: Das ist die Erfolgsbilanz der Österreich-Präsenz auf der ITB Berlin.

Von 7. bis 9. März war das Tourismusland Österreich nach der Corona-Pause wieder auf der wichtigsten und größten Tourismusmesse der Welt präsent. Vielfältige Highlights säumten das Programm der Österreich Werbung, die gemeinsam mit den Partnern aus ganz Österreich zahlreiche Ausruferzeichen setzte.

Die wichtigste internationale Reisemesse – österreichische Präsenz unverzichtbar

„Der österreichische Tourismus lebt vom direkten Austausch der Partner mit ihren KundInnen. Nur so können sie ihre Produkte authentisch und mit großer Leidenschaft präsentieren und auf persönlicher Ebene Verbindungen knüpfen. Die Präsenz auf der größten und wichtigsten Tourismusmesse der Welt im wichtigsten Herkunftsmarkt ist gerade deshalb unverzichtbar. Wir rechnen für die heurige Sommersaison wieder mit einer zunehmenden Internationalisierung unserer Herkunftsmärkte. Damit dieser Trend ein nachhaltiger bleibt, muß das Tourismusland auf der wichtigsten Messe bestmöglich präsentiert werden“, sagt Lisa Weddig, Geschäftsführerin der Österreich Werbung.

Zentraler Fokus: B2B-Austausch und Geschäftsanbahnungen der österreichischen Partner

Neben der Kontaktpflege mit internationalen EinkäuferInnen und JournalistInnen stand vor allem die professionelle Präsentation und der Verkauf der Produkte österreichischer Tourismuspartner im Fokus der ÖW-Präsenz auf der ITB. „Es ist wichtig, daß die Österreich Werbung den Partnern aus Österreich die Möglichkeit bietet, damit sie auf internationaler Bühne ihren persönlichen Stempel abgeben können. Trotz neuer Vorzeichen mit dem ausschließlichen Fokus auf B2B-Austausch ist uns das auch heuer wieder hervorragend gelungen. Wir können mit Stolz behaupten, daß wir gemeinsam Österreich auf der ITB in einer sympathischen Art als innovatives und nachhaltiges Tourismusland präsentiert haben“, resümiert Weddig die ÖW-Aktivitäten in Berlin. Die Bilanz kann sich sehen lassen: „Wir konnten am



Foto: ÖW/Sascha Radtke

v.l.: Michael Linhart, Botschafter der Republik Österreich in der Bundesrepublik Deutschland, Susanne Kraus-Winkler, Staatssekretärin für Tourismus im Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, und Lisa Weddig, Geschäftsführerin der Österreich Werbung auf der ITB Berlin

Stand über 2.400 Gäste willkommen heißen, unsere 43 Partner aus ganz Österreich absolvierten rund 1.000 Termine auf unserem Stand. Es ist ein wichtiges Signal für den Tourismusstandort, daß unsere Landestourismusorganisationen, Destinationen, Betriebe und Wirtschaftspartner auch nach der Corona-Pause große Beliebtheit bei den internationalen EinkäuferInnen genießen“, so Weddig weiter.

ÖW-Format für deutsche ReisejournalistInnen

Neben dem klassischen Messebetrieb fanden entlang der ITB weitere Veranstaltungen für die österreichische Tourismusbranche statt. Beim traditionell am Tag vor der ITB stattfindenden Medienevent für ReisejournalistInnen aus Deutschland sorgten die vier Landestourismusorganisationen von Kärnten, Oberösterreich, Salzburg und Steiermark nicht nur für kulinarische, sondern auch für kulturelle Leckerbissen. Die ca. 50 ReisejournalistInnen zeigten sich nicht nur

von den sehr authentischen Präsentationen der anwesenden LTO-Geschäftsführer und der MitarbeiterInnen begeistert, auch die kulinarische Umrahmung und die künstlerischen Einlagen mit Bundesländer-Note sowie die außergewöhnliche Location im Trendbezirk Friedrichshain-Kreuzberg sorgten für einen Österreich-Abend der Extraklasse.

Botschaftsempfang »Who the Heck is Culture?«

Ein weiteres besonderes Highlight stellte der gemeinsam mit der österreichischen Botschaft Berlin und Oberösterreich Tourismus veranstaltete Botschaftsempfang dar. Unter dem Motto „Who the Heck is Culture“ wurde ein vielfältiges Programm mit starkem Oberösterreich-Bezug aus Kultur und Kulinarik präsentiert. 190 Gäste aus Tourismus, Politik und Medien konnten nach der Begrüßung durch den österreichischen Botschafter in Berlin, Michael Linhart, und Tourismus-Staatssekretärin Susanne Kraus-Winkler

Österreich, Europa und die Welt

sowie dem oberösterreichischen Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner und WKÖ-Tourismus-Bundesspartenobmann Robert Seeber einer hochkarätig besetzten Diskussionsrunde lauschen: ÖW-Geschäftsführerin Lisa Weddig, Andreas Winkelhofer, Geschäftsführer von Oberösterreich Tourismus, Elisabeth Schweeger, Künstlerische Leiterin der Kulturhauptstadt Bad Ischl-Salzkammergut 2024 und Norbert Trawöger, Künstlerischer Leiter des Brucknerjahrs 2024, gingen auf die Bedeutung von Kultur und Kulinarik für den Tourismusstandort ein.

ÖTT und ATB – Die nationale und internationale Tourismusbranche zu Gast in Wien

Das nächste Highlight des Tourismusjahres steht ebenfalls bereits vor der Tür. Auf dem Österreichischen Tourismustag (ÖTT) und der wichtigsten touristischen Fachmesse in Österreich, Austrian Travel Business (ATB), die vom 2. bis 4. Mai 2023 im Austria Center Vienna stattfinden, erwartet die Österreich Werbung wieder die gesamte österreichische Tourismusbranche und EinkäuferInnen aus der ganzen Welt.

Der Österreichische Tourismustag (2. Mai), den die Österreich Werbung gemein-



Foto: ÖW/Sascha Radke

sam mit dem Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft und der Wirtschaftskammer Österreich veranstaltet, wartet mit zahlreichen Wissensimpulsen für den Tourismus von morgen auf. Dabei wird unter dem Motto „Nachhaltigkeit als Dauergast“ über Perspektiven und Innovationen in der Branche diskutiert.

Die Österreich Werbung erwartet auf der ATB (3. bis 4. Mai) wieder über 350 internationale TopeinkäuferInnen und MedienvertreterInnen aus rund 40 Ländern. Die österreichischen Tourismuspartner präsentieren ihnen ihre vielfältigen Produkte und bahnen damit Geschäfte für das Jahr 2024 an. ■

<https://www.austriatourism.com/>



Foto: ÖW/Sascha Radke

v.l.: Ulrike Rauch-Keschmann (Sektionschefin der Sektion Tourismus im Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft), Michael Scherz (Wirtschaftsdelegierter der WKÖ im Außenwirtschaftscenter Berlin), Michael Linhart (österreichischer Botschafter in Berlin), Susanne Kraus-Winkler (Staatssekretärin für Tourismus), Mario Gerber (Landesrat für Tourismus Tirol), Lisa Weddig (Geschäftsführerin der Österreich Werbung), Robert Seeber (Obmann der Bundessparte Tourismus und Freizeitwirtschaft in der WKÖ) und Klaus Ehrenbrandtner (Geschäftsführer der Kärnten Werbung) mit TourismusschülerInnen

Family Business Ranking 2023

Top-Familienunternehmen erwirtschaften 2022 trotz Krise höhere Umsätze – Österreich mit sieben Familienbetrieben im Ranking

Die umsatzstärksten Familienunternehmen der Welt konnten ihren Umsatz im Vergleich zur 2021er-Ausgabe des Rankings im Durchschnitt um 14 Prozent steigern. Zum Vergleich: Die asiatischen Unternehmen im Ranking steigerten ihren Umsatz gegenüber dem Family Business Index des Jahres 2021 um 21 Prozent, die nordamerikanischen um 12 Prozent. Im Verlauf der vergangenen zwei Jahre ist die Zahl der österreichischen Vertreter unter den größten 500 Familienunternehmen der Welt auf sieben gewachsen – damit kommt aktuell ein Prozent der umsatzstärksten Familienunternehmen weltweit aus Österreich. Spar, Red Bull und Benteler sind weiterhin die höchstgerankten österreichischen Unternehmen. Darauf folgt XXXLutz. Auch ALPLA und Egger waren bereits im Index 2021 vertreten; der siebte Österreich-Platz geht an die Mayr-Melnhof AG, die es auch unter die Top 500 geschafft hat.

Das sind Ergebnisse des Global Family Business Index, der in diesem Jahr zum fünften Mal gemeinsam von der Universität St. Gallen und EY herausgegeben wird. Der Index listet die 500 umsatzstärksten Familienunternehmen weltweit auf, die seit mindestens zwei Generationen von einer Familie geführt werden.

USA Spitzenreiter, Österreich ab Platz 94 vertreten

Die USA stellen mit 118 Unternehmen die meisten VertreterInnen in den Top-500. Dahinter folgt mit 78 Unternehmen Deutschland. Die Dominanz der USA zeigt sich auch in den Top-10: Sieben der zehn größten Familienunternehmen der Welt haben ihren Sitz in den Vereinigten Staaten – darunter der Einzelhändler Walmart auf Rang eins sowie die Holding Berkshire Hathaway auf Rang zwei. Aus Deutschland haben sich wie schon vor zwei Jahren zwei Unternehmen in den Top Ten platziert: die Heilbronner Schwarz Group, zu der unter anderem Lidl gehört, auf Platz vier sowie der Automobilhersteller BMW auf Platz sechs. Zusammen mit dem Autozulieferer Bosch stellen diese Unternehmen zudem die drei umsatzstärksten Familienunternehmen Europas. Die Spar Holding AG belegt als erstes Familienunternehmen in Österreich Platz 94.

„Familienunternehmen haben eine herausragende Bedeutung für die Weltwirtschaft – sie sind ein Garant für Stabilität und nachhaltiges Wachstum, sie sind von Pragmatismus und nachhaltigem Denken geprägt und haben in schwierigen Zeiten einen langen Atem“, kommentiert Erich Lehner, Managing Partner Markets bei EY Österreich und Verantwortlich für den Bereich Family Business, die Ergebnisse des Rankings. „Bemerkenswert ist, wie gut auch österreichische Familienunternehmen unterm Strich durch die Pandemie gekommen sind. Heimische Betriebe in Familienhand sind ein wichtiger Wirtschaftsmotor und so bereichern sieben erfolgreiche Global Player made in Austria auch den Wirtschaftsstandort Österreich immens – nicht zuletzt durch ihre expansiven Geschäftsmodelle“, so Lehner.

Tradition und Innovation: Altersdiversität als Erfolgsfaktor

Die Top-500-Unternehmen in Familienbesitz erwirtschaften zusammen 8,02 Billionen US-Dollar und beschäftigen gemeinsam rund 24,5 Millionen Mitarbeitende, knapp 200.000 sind bei den sieben österreichischen Familienunternehmen angestellt. „Viele Familienunternehmen zeichnen sich trotz ihrer Größe und Expansion durch familiäre Werte aus. Unternehmerischer Erfolg braucht oft Zeit, das erklärt, warum nur ein einziges der sieben Familienunternehmen im Index jünger als 60 Jahre alt ist“, führt Lehner aus. In einem Betrieb haben mehrere Generationen von Familienmitgliedern das Unternehmen über Jahrzehnte und sogar Jahrhunderte hinweg geleitet. So ist die Benteler International AG, gegründet 1876, fast 150 Jahre alt.

„Jugend ist nicht unbedingt ein Hindernis für das Wachstum oder die Skalierung eines Familienunternehmens. Es stellt sogar eine große Chance für Vorstandsmitglieder dar, ihren Talentpool zu diversifizieren und zu erweitern“, erklärt Lehner. „Altersdiversität ist gerade in Familienunternehmen sehr wichtig, denn die nächste Generation kann berufliches Fachwissen, wertvolle technologische und digitale Fähigkeiten sowie Einblicke in die aktuelle Generation von KonsumentInnen und MitarbeiterInnen mitbringen und so zusätzliches Wachstum treiben. Die Einstel-

lungen der Generationen unterscheiden sich zum Beispiel in Bezug auf Nachhaltigkeit.“

Österreichs Familienunternehmen noch jung

Im Durchschnitt sind die österreichischen Top-500-Familienunternehmen 76 Jahre alt. Die deutschen Familienunternehmen im Ranking sind hingegen durchschnittlich 109 Jahre alt, der Darmstädter Pharma- und Technologiekonzern Merck ist mit 354 Jahren das zweitälteste Unternehmen im Ranking. Nur der japanische Baukonzern Takenaka kann auf eine noch längere Historie zurückblicken und wurde vor 412 Jahren gegründet. Im Durchschnitt liegt das Alter der analysierten Unternehmen bei 85 Jahren.

Geringer Frauenanteil im Top-Management

Nachholbedarf besteht weltweit beim Thema Diversität: Gerade einmal sechs Prozent der UnternehmensleiterInnen sind Frauen. In Europa und Nordamerika liegt der Anteil weiblicher CEOs mit jeweils sieben Prozent geringfügig höher, in Asien mit vier Prozent sogar noch niedriger. Von den sieben österreichischen Unternehmen im Ranking wird kein einziges von einer Frau geführt. Von den 78 deutschen Unternehmen im Ranking werden immerhin fünf Prozent – das sind vier Unternehmen – von einer Frau geleitet.

Lehner sieht an dieser Stelle Handlungsbedarf: „Das Top-Management der meisten Familienunternehmen ist nach wie vor eine Männerdomäne. Das ist nicht mehr zeitgemäß, vor allem vor dem Hintergrund des anhaltenden Talentmangels und der immer komplexer werdenden geschäftlichen Herausforderungen, die nur durch Denken aus verschiedenen Perspektiven erfolgreich gemeistert werden können.“ Auch bei der Suche nach neuen MitarbeiterInnen könne die mangelnde Vielfalt an der Unternehmensspitze zum Problem werden, so Lehner: „Für Unternehmen wird es beim Werben um Fachkräfte immer wichtiger, daß es weibliche Vorbilder in der Führungsetage gibt. Hier können viele Familienunternehmen beispielhaft vorgehen.“

https://www.ey.com/de_at

Neuer Exportrekord für Österreichs Weine

Im Jahr 2022 stiegen die Exporte auf den neuen Rekordwert von 231 Mio. Euro. Die größten Wertzuwächse erzielten Weißweine und Sekte. Besonders gefragt waren Österreichs Weine in Kanada, den USA und Nordeuropa.

Wie die jüngsten Zahlen der Statistik Austria zeigen, exportierte Österreich im Jahr 2022 67,7 Mio. Liter Wein zu einem Wert von 231,3 Mio. Euro. Während die Menge im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig war (-3,5 %), stieg der Wert mit +6,4 % kräftig an. Dadurch erreichte der Exportpreis die Rekordmarke von 3,42 Euro pro Liter.

„Der Exporterfolg ist sehr wichtig für unsere Weinwirtschaft, insbesondere der Rekord beim Durchschnittspreis. Die aktuellen Kostensteigerungen treffen auch unsere WinzerInnen hart, daher muß es unser Ziel sein, daß ihre Wertschöpfung steigt“, betont Chris Yorke, Geschäftsführer der ÖWM (Österreich Wein Marketing).

Weißwein und Sekt begehrt

Besonders gefragt waren Österreichs weiße Qualitätsweine (+7,9 % Wert). „Wir sehen, daß unsere Weißweine international einen Nerv treffen und immer stärker nachgefragt werden“, kommentiert Yorke. Zudem wuchs auch die Nachfrage nach Sekt weiter (+19,3 % Wert).

Hohe Zuwächse in Kanada, den USA und Nordeuropa

Mit Blick auf die einzelnen Exportländer analysiert Yorke: „Wir haben bereits letztes Jahr bei Österreichs größter Weinmesse Vie-Vinum bemerkt, daß unsere Weine in bestimmten Ländern sehr gefragt sind: etwa in Kanada, den USA und den nordeuropäischen Ländern. Die KonsumentInnen dort suchen hochwertige, umweltbewußt produzierte Weine und zahlen dafür auch gute Preise. Das ist ein ‚perfect match‘ für uns!“

Mit einem Wertzuwachs von 46,7 % auf 10,7 Mio. Euro konnte Kanada erneut stark zulegen. In den letzten fünf Jahren hat sich der Exportwert dort mehr als versiebenfacht. Auch die USA waren 2022 mit einem Wertzuwachs von 11,2 % wieder im Aufwind. Sehr positiv entwickelten sich außerdem die Niederlande (+17,0 % Wert) und die skandinavischen Länder, etwa Schweden (+7,2 % Wert), Dänemark (+29,4 % Wert) und Finn-

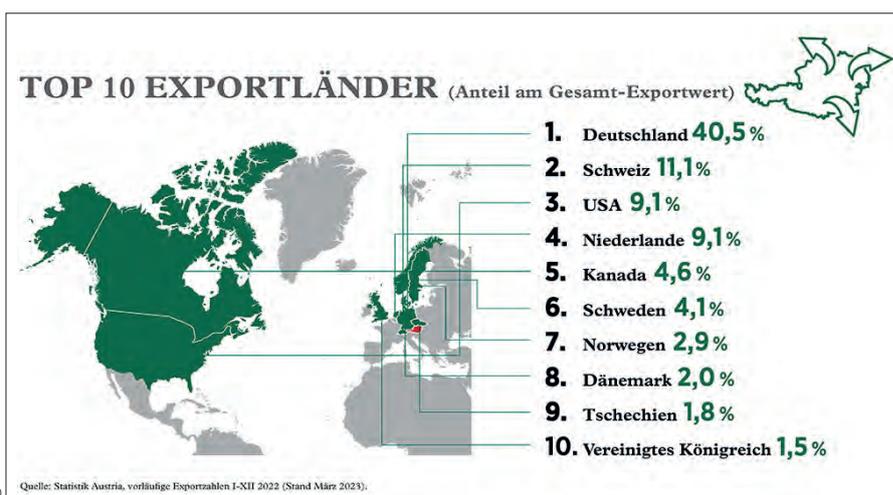


Foto: ÖWM / Anna Stöcher

Chris Yorke, Geschäftsführer der ÖWM

land (+62,3 % Wert). Ein ordentliches Plus von 8,6 % verzeichnete zudem der zweitwichtigste Exportmarkt Schweiz. Im größten Exportmarkt Deutschland nahm der Export von günstigeren Tankweinen zulasten des Exports in Flaschen zu, wodurch der Exportwert leicht rückläufig war (-1,3 %).

Wermutstropfen UK und China

Wermutstropfen war 2022 das Vereinigte Königreich (-38,0 % Wert). Dort wurde deutlich spürbar, daß die Bearbeitung des Markts durch den Brexit schwieriger und aufwändiger geworden ist. In Asien zeigte der volatile Markt China nach einem satten Plus im Jahr 2021 (+77,9 % Wert) wieder ein wenig nach unten (-15,8 % Wert).

Japan und Korea im Aufwind

Nach einigen Jahren der Stagnation legte

der prestigeträchtige Exportmarkt Japan deutlich zu (+61,3 %). Einen kräftigen Zuwachs gab es auch in Südkorea (+26,4 % Wert), das sich aktuell als vielversprechender Zukunftsmarkt für Österreichs Weine etabliert.

Nächstes Exportziel: eine Viertelmilliarde Euro

Yorke resümiert: „Wir sehen, daß sich die gezielte und gemeinsame Arbeit der ÖWM mit den österreichischen WinzerInnen bezahlt macht! Wir sind auf einem guten Kurs, das nächste Exportziel von einer Viertelmilliarde Euro zu erreichen.“

<https://www.oesterreichwein.at/>

Österreichs Weinexporte 2022

- 231,3 Mio. Euro (+6,4 %)
- 67,7 Mio. Liter (-3,5 %)
- 3,42 Euro/Liter Durchschnittspreis
- Höchster DS-Preis der österreichischen Exportgeschichte
- Gute Wertzuwächse bei weißen Qualitätsweinen und Sekt
- Große Nachfrage in Kanada, USA und Nordeuropa
- Wertrückgänge in UK (Brexit), China volatil
- Japan und Korea im Aufwind

Österreichweite EU-Gipfeltour

Europäische Kommission und Österreichische Gesellschaft für Europapolitik suchen wieder das Gespräch über Europa.



Foto: Vertretung der EU-Kommission in Österreich/APA-Fotoservice/Ferlin-Fiedler

EU-Gipfeltour in Niederösterreich: die TeilnehmerInnen auf der Rax

Schritt für Schritt vorwärts, nie zurück: Das Motto, das auch in der Europapolitik gilt, war am 8. März die Handlungsanweisung beim Auftakt der EU-Gipfeltour der Europäischen Kommission und der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE). Eine Schneeschuh-Wanderung am Rax-Plateau stand am Programm. EU-Gemeinderäte, Studierende, Journalisten und Tobias Spöri von der Universität Wien gingen gemeinsam mit EU-Botschafter Martin Selmayr und ÖGfE-Generalsekretär Paul Schmidt der Frage nach, was eine künftige EU-Erweiterung für die Effizienz der Gemeinschaft bedeutet.

Mit dabei war auch Europe Direct Niederösterreich, das die Tour in der Vorbereitung unterstützt hat.

Martin Selmayr betonte, daß geopolitische Überlegungen seit jeher eine starke Rolle bei EU-Erweiterungen gespielt haben. „Und gerade jetzt wiegt die Geopolitik schwer, ebenso wie die Sicherheitspolitik.“ Wladimir Putins brutaler Angriffskrieg gegen die Ukraine habe den EU-Erweiterungsprozeß wieder in den Fokus gerückt. „Mit dem Kandidatenstatus hat die EU unverrückbar klargemacht, daß die Ukraine, die mit unglaublichem Mut für Demokratie und Freiheit kämpft, Teil der europäischen Familie ist.“ Die europäischen Ambitionen und der Reformeifer der Ukraine werden auch eine neue Dynamik in den

Beitrittsprozeß am Westbalkan bringen, ist Selmayr überzeugt.

Paul Schmidt ergänzte, daß es keine Abkürzung in die EU geben darf. Etwaige EU-Beitritte der Ukraine, der Republik Moldau und des Westbalkans müßten richtig vorbereitet und eine weitere Annäherung und vertiefte Kooperation von beiden Seiten ergebnisoffen und engagiert vorangetrieben werden.

„Dann kann die Europäische Union schrittweise nicht nur größer, sondern auch stärker werden.“ Zudem sei es wichtig, die „Bevölkerung mit guten Argumenten zu überzeugen“, indem offen und engagiert über die Folgen der EU-Erweiterung und notwendige EU-Reformen diskutiert wird.

Am 25. April geht's um EU-Klimapolitik

Bis zum Herbst werden die Vertretung der Europäischen Kommission und die ÖGfE in allen Bundesländern eine EU-Gipfeltour unternehmen, wobei je ein aktuelles europapolitisches Thema im Zentrum steht. BürgerInnen sind eingeladen, mitzuwandern und mitzudiskutieren. Die nächste Tour führt am 25. April zu den Krimmler Wasserfällen in Salzburg und hat folgenden Schwerpunkt: „EU-Klimapolitik: Eine Gratwanderung zwischen Klimaschutz und Wirtschaft?“

„Wir durchleben eine wichtige Zeit für Europa. Putins Krieg gibt Anlaß, über vieles

nachzudenken und das Gespräch über die künftigen Prioritäten und Zielsetzungen zu suchen. Und genau das wollen wir auf unseren Gipfeltouren tun“, sagte EU-Botschafter Martin Selmayr. „Die Gestaltung unseres gemeinsamen Europas ist sprichwörtlich kein Spaziergang und sie ist auch kein Sprint, den man in Windeseile absolviert hat. Sie gleicht vielmehr einer Bergtour, bei der man in kleinen Etappen vorwärtskommt.“

„Wir wollen hören, was man in Europa besser machen kann, und Ideen sammeln“, ergänzte ÖGfE-Generalsekretär Paul Schmidt. „Die Coronapandemie und die Folgen des brutalen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine haben Europa einmal mehr vor große Herausforderungen gestellt und eine rasante Entwicklung eingeleitet. Sie haben auch gezeigt, daß wir in Europa viel erreichen können, wenn wir entschlossen, geeint und solidarisch handeln – und unser Ziel fest vor Augen behalten.“

Martin Selmayr und Paul Schmidt waren bereits 2021 in allen österreichischen Bundesländern unterwegs – per Bahn und Fahrrad. Die 50 Wünsche an Europa, die sie aus rund 700 Gesprächen zwischen Neusiedlersee und Bodensee mitgenommen haben, sind in die Debatte über die Zukunft Europas eingeflossen. ■

<https://austria.representation.ec.europa.eu/>
<https://www.oegfe.at/>

And the Winners are...

»WirtschaftsOskar« 2023 in Los Angeles vergeben

Am Oscar-Wochenende wurden in Los Angeles nicht nur die weltberühmten Academy Awards vergeben – es gab mehr zu feiern: Am 9. März wurden sechs österreichische Unternehmen vom Außenwirtschafts Center Los Angeles mit dem „US-A-BIZ Award“ für ihre herausragenden Leistungen in den USA ausgezeichnet. „In den USA – dem größten und wettbewerbsintensivsten Markt der Welt – sind Innovation, Marketing, Strategie, Networking und Reaktionsvermögen entscheidend. Am US-Markt agieren nicht nur Großunternehmen, auch heimische Klein- und Kleinstunternehmen sind in ihren Markt- und Technologienischen erfolgreich“, betonte Volker Ammann, österreichischer Wirtschaftsdelegierter in Los Angeles.

Die Gewinner sind...

...in der Kategorie Innovation

AVL California Technical Center (Steiermark): AVL hat in erfolgreicher Zusammenarbeit mit Eviation „Alice“ entwickelt – das allererste rein batterieelektrische Passagierflugzeug. Im September 2022 absolvierte es erfolgreich ihren Jungfernflug und erreichte somit einen Meilenstein im nachhaltigen Regionalverkehr. Die robusten Elektrobatterien stellen einen wichtigen Baustein für die Verwirklichung einer nachhaltigen – und dennoch erschwinglichen – Zukunft der Luftfahrt dar. Gemeinsam mit 10.700 Mitarbeitern an mehr als 90 Standorten und mit 45 Tech- und Engineering Centern weltweit verwirklicht AVL Konzepte, Lösungen und Methoden für eine grünere, sichere und bessere Welt der Mobilität.

<https://www.avl.com/>

... in der Kategorie Investment

Plasser American Corporation (Wien): 2022 wurden rund 85 Millionen Dollar von Plasser zur Umsetzung und Implementierung der einzigartigen „Nordamerika-Strategie“ für den US-Markt bereitgestellt und investiert. Der Fokus wird auf die Förderung der Nachhaltigkeit der US-Eisenbahnen gelegt: In diesem Sinne soll weltweit die erste batteriebetriebene Hybrid-Schienenfräse für die Instandhaltung von Schienen eingeführt werden. Ein erheblicher Teil des Investments floß in ein amerikanisches Start-up mit modernster Ultraschalltechnologie für die zerstö-



Foto: AWO / Motiejus Barauskas

rungsfreie Prüfung von Schienen und katalysierte Plasser zum ersten und einzigen Komplettanbieter von Schienenprüfungen- & Bearbeitungen.

<https://www.plasseramerican.com/>

...in der Kategorie Market Footprint

Knapp AG (Steiermark): Seit nunmehr 25 Jahren werden im nordamerikanischen Raum sensationelle Erfolge erzielt: Das Ergebnis dieses Wachstums in den USA spiegelt sich in vielen erfolgreich umgesetzten Projekten wider. Viele namhafte amerikanische Unternehmen wie Walmart, Kroger, Garmin oder McKesson/Amerisource zählen zu langjährigen Kunden der Knapp Inc. Eine nachhaltig erfolgreiche Entwicklung erlaubte eine Erweiterung des aktuellen Headquarters in Kennesaw, Georgia, zu eröffnen. Auf über 4.500 m² erstreckt sich die US-Niederlassung samt einem eigenen Knapp Campus mit Trainings-Center und aktuell rund 500 MitarbeiterInnen. „Knapp goes USA!“ und hinterläßt einen nachhaltigen Footprint im Markt.

<https://www.knapp.com/>

...in der Kategorie Start-Up

Klangkulisse e.U. (Steiermark): Sound und Design von der Klangkulisse gehören zum guten Ton – denn hier werden Geschichten hörbar gemacht. Die Klangkulisse ist ein Tonstudio für kreative Audioinhalte mit Fokus auf das Spezialgebiet der Audio-Postproduktion. Das Start-up katapultierte sich in den letzten fünf Jahren mit der Produktion von Sound und Musik für Filme und Ausstellungen zu professionellen Audio-Dienstleistern am US-Markt. Dank der großen Nachfrage ist das Team 2022 bereits auf drei Personen gewachsen. Ein Film kann nur genossen werden, wenn der Dialog sauber, die

Ambiances einladend und die Tonmischung perfekt ist – daher wird Sound Creation bei Klangkulisse großgeschrieben.

<https://klangkulisse.at/>

...in der Kategorie Spectacular:

F/List GmbH (Niederösterreich): Dieses Unternehmen agiert als weltweiter Hersteller von exklusivem High-End-Mobiliar für Business- und Privatjets, Yachten und Luxusresidenzen. Die USA ist der größte Herstellungsort und Heimat der meisten Nutzer von Geschäftsflugzeugen. Somit ergänzen zwei Standorte in den USA perfekt das Portfolio von F/List. Aufgrund des phänomenalen Rufs und der steigenden Nachfrage in den USA eröffnet das Unternehmen 2023 seinen dritten US-Standort. Der hohe Designanspruch und Innovationsgeist von F/List zeugt von außergewöhnlicher Qualität. „Handcrafting The Future – just spectacular.“

<https://f-list.at/>

...in der Kategorie Trendsetter

Lomography USA (Wien): Von einer Gruppe von Studenten gegründet, 1998 in die USA expandiert und anschließend die Welt eingenommen. Lomography beweist, daß die analoge Fotografie noch lange nicht am Ende ist und feiert heuer ihr 30. Jubiläum. Mit einer Community von über 1,2 Millionen Mitgliedern verbindet Lomography die Leidenschaft der kreativen Fotografie zwischen Jung und Alt und allen aktiven und neugierigen Menschen. Über all die Jahre hat Lomography die analoge Fotografie nicht nur am Leben erhalten, sondern regelrecht eine internationale Renaissance und den Trend „Back To Analogue Pictures“ im Zeitalter der Digitalisierung herbeigerufen. ■

<https://www.lomography.com/>

<https://wko.at/aussenwirtschaft/us>

Adler-1 und Adler-2

Das Österreichische Weltraumforum berichtet über die Space-Debris-Satelliten Adler-1 und Adler-2 und die nächste ÖWF-Mars Analog Mission 2024 in Armenien

Im Zuge einer Pressekonferenz präsentierten der Obmann des Österreichischen Weltraumforums (ÖWF), Willibald Stumptner und ÖWF-Direktor Gernot Grömer am 1. März über die aktuellen Projekte: die Space-Debris-Satelliten Adler-1 und Adler-2 und die nächste ÖWF-Mars Analog Mission 2024 in Armenien.

Einleitend umriß Stumptner die drei Säulen des ÖWF: Wissenschaft, Bildung von Netzwerken in der Raumfahrt-Branche sowie Bildungsarbeit: „Das Österreichische Weltraum Forum ist seit über 25 Jahren international tätig. Unser Fokus liegt klar auf der Wissenschaft, wie beispielsweise unsere Weltraumschrott-Satelliten, die bislang 13 internationalen Mars-Simulationen und zahlreiche Projekte in Kooperation mit der Europäischen Weltraum Agentur ESA zeigen. Im Zuge unserer Projekte liegt unser besonderes Augenmerk auch immer auf der Nachwuchsförderung im Bereich der MINT-Fächer.“

Adler-1 und Adler-2

Das erfolgreiche österreichische Satellitenprojekt „Adler-1“ feierte kürzlich sein einjähriges Flugjubiläum und lieferte seit seinem Start Anfang 2022 eine halbe Million Datensätze zum Thema Weltraumschrott in der erdnahen Umlaufbahn. Die Auswertung läuft noch, 100 Impakte konnten bereits erfaßt werden.

Dazu Stumptner: „Adler-1 ist ein durch und durch österreichisches Satelliten-Projekt: Das ÖWF verantwortet die wissenschaftliche Leitung, finanziert wird der Satellit vom österreichischen Unternehmen Findus Venture, gebaut wurde Adler-1 vom Silicon Valley-Unternehmen Spire, das vom Österreicher Peter Platzer gegründet wurde.“

Adler-1 hat gezeigt, daß Weltraumschrott in der Erdumlaufbahn mit Hilfe eines Radargeräts und eines ‚Weltraum-Mikrophons‘ aufgespürt werden kann. Das Konzept ist aufgegangen: Daten vor Ort sammeln und damit Computer-Simulationen ergänzen, auf die man sich bislang fast ausschließlich verlassen mußte. Nun wird dieses erfolgreiche Projekt fortgesetzt und rechtzeitig zum Ende der Adler-1 Mission im April Adler-2 gestartet.

Sobald Adler-2 im Orbit betriebsbereit ist, wird Adler-1 planmäßig zum Absturz

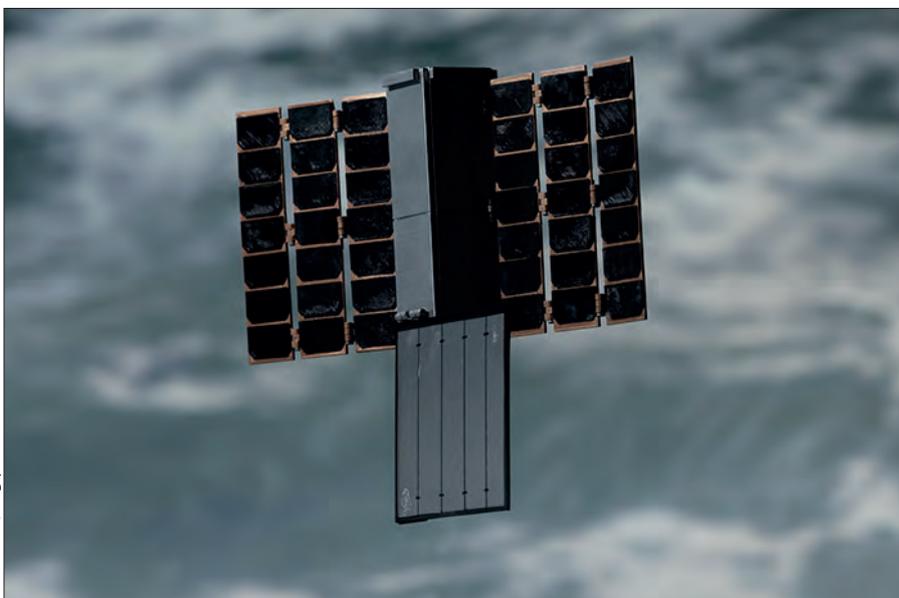


Foto: ÖWF/vog.photo

Der Klein-Satellit Adler-1 erkundet erfolgreich Weltraumschrott in rund 500 Kilometer Höhe

gebracht. Stumptner: „Mit Adler-1 tragen wir nicht zum Problem Weltraum-Schrott bei, wir sind Teil der Lösung: Adler-1 wird im Sommer als Sternschnuppe am Nachthimmel verglühen.“

<https://adler.oewf.org/>

ÖWF-Mars-Simulation 2024

Die 14. internationale Mars-Missions-Simulation des ÖWF AMADEE-24 wird im März 2024 in Armenien stattfinden. Dazu Hayk Margarian, Direktor des Nationalen Zentrums für Innovation und Entrepreneurship des Wissenschaftsministeriums der Republik Armenien: „Wir sind sehr geehrt, daß wir vom ÖWF als Gastland für die nächste Mission ausgewählt wurden. Das Projekt wird uns helfen, den Bereich Wissenschaft und Innovation in Armenien zu stärken und mit zahlreichen Outreach-Projekten auch potentiellen Nachwuchs für den MINT-Bereich zu begeistern. Es ist beeindruckend, was das ÖWF hier erneut auf die Beine gestellt hat: Ein Projekt mit internationaler Sichtbarkeit, das der Republik Armenien, die aktuell zu keiner Raumfahrt-Vereinigung gehört, den Zugang zu einem außergewöhnlichen Wissenschafts-Netzwerk ermöglicht.“

Auch die Crew dieser Mission, steht bereits fest: Zwei Frauen und vier Männern aus Österreich, Deutschland, Italien, Vereinigtes

Königreich und Israel bilden das Analog-AstronautInnen-Team unter der Leitung von Anika Mehlis. Vier Wochen werden sie für zukünftige astronautische Expeditionen auf dem Roten Planeten Ausrüstungen testen und Experimente durchführen. 19 Universitäten und Forschungseinrichtungen aus Österreich, Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Niederlande, Tschechien und Portugal sind beteiligt.

Das ÖWF

Das ÖWF gehört im Bereich der Analogforschung weltweit zu den führenden Organisationen, die an der Vorbereitung astronautischer Erforschung anderer Planeten mitarbeiten. ExpertInnen verschiedenster Disziplinen bilden innerhalb des ÖWFs die Basis für diese Arbeit.

Gemeinsam mit nationalen und internationalen Forschungseinrichtungen, Industrie und Unternehmen unterschiedlicher Branchen wird hier Forschung auf höchstem Niveau betrieben.

Das ÖWF ist zudem einer der wichtigsten Bildungsträger in Österreich, wenn es um Raumfahrt und darum geht, junge Menschen für Wissenschaft und Technik zu begeistern sowie ihnen einen Zugang zu dieser Branche zu ermöglichen. ■

<https://oewf.org/amadee-24/>

TU Graz setzt internationale Kryptographie-Standards

Das US-amerikanische National Institute of Standards and Technology (NIST) hat den an der TU Graz entwickelten Algorithmus »Ascon« zum internationalen Standard für Lightweight Cryptography ernannt.

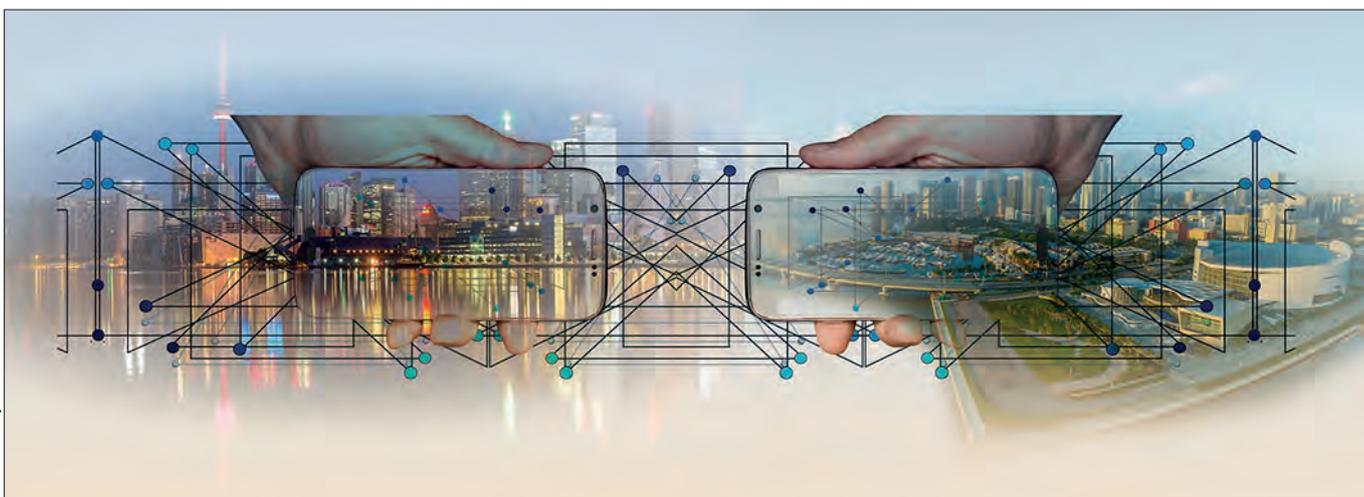


Foto: Pixabay / Gerd Altmann

Das US-amerikanische National Institute of Standards and Technology (NIST) gab am 7. Februar, bekannt, daß der an TU Graz entwickelte Algorithmus Ascon nach einem mehrstufigen und mehrjährigen Auswahlverfahren als Standard für Lightweight Cryptography ausgewählt wurde. Da die NIST-Standards international im Bereich Informationssicherheit große Bedeutung haben und praktisch überall zum Einsatz kommen, wird Ascon damit in Zukunft weltweit bei Anwendungen mit nur geringen elektronischen Ressourcen die Verschlüsselungen übernehmen.

Lightweight Cryptography befaßt sich mit kryptographischen Verfahren, die aufgrund ihres geringen Ressourcenbedarfs besonders für den Einsatz in ressourcenbeschränkten Umgebungen, zum Beispiel RFID-Tags oder Sensoren, geeignet sind. Dies betrifft insbesondere das Internet of Things mit seinen zahlreichen kleinen Sensoren und Aktoren, da hier nur wenig Energie und Leistung zur Verfügung stehen. Außerdem eignet sich Ascon für Miniaturtechnologien wie medizinische Implantate oder schlüssellose Autoöffner. Den Ausschlag für den Algorithmus der TU Graz gab die Tatsache, daß er einerseits schnell, klein sowie einfach und sicher implementierbar ist und er andererseits zusätzliche Features zum Schutz gegen Implementierungsangriffe hat. Da Ascon bereits

2019 bei der Caesar Competition for Authenticated Encryption in der Kategorie Lightweight Applications gewinnen konnte, war er außerdem der am gründlichsten analysierte Kandidat und genoss schon vorab hohes Vertrauen.

Algorithmus setzte sich gegen 56 andere Kandidaten durch

Im Auswahlverfahren des NIST setzte sich Ascon gegen 56 andere Kandidaten durch, die 2019 eingereicht wurden. Nach einem öffentlichen Überprüfungsprozeß in mehreren Runden, in dem Kryptologinnen und Kryptologen nach Schwächen suchten sowie Leistung und Features geprüft worden sind, blieben schließlich zehn Finalisten über. Und daraus ging Ascon schließlich als Sieger hervor.

„Angesichts der vielen starken Kandidaten ist die Auswahl von Ascon durch das NIST für uns als Team natürlich ein toller Erfolg“, sagt Maria Eichlseder vom Institut für Angewandte Informationsverarbeitung und Kommunikationstechnologie der TU Graz, die den Algorithmus federführend mitentwickelte. „Da das Internet of Things laufend an Bedeutung gewinnt und Miniaturtechnologien ebenfalls immer weiterverbreitet sind, wird unser Algorithmus in Zukunft in enorm vielen Bereichen und Geräten zur Anwendung kommen. Wir haben schon aus

ganz unterschiedlichen Richtungen der Industrie und der offenen Softwareentwicklung Interesse vernommen.“

Ascon bietet zwei kryptographische Funktionalitäten: Authenticated Encryption und Hashfunktionen. Bei Authenticated Encryption werden Daten mithilfe eines geheimen Schlüssels in einen sogenannten Ciphertext (auf Deutsch: Geheimtext) verschlüsselt, damit die Vertraulichkeit des Klartexts geschützt wird. Zusätzlich wird noch eine Prüfsumme berechnet, womit Manipulationen der übertragenen Daten sofort bemerkt und verhindert werden. Die Hashfunktion erstellt ebenfalls eine Prüfsumme, um die Integrität von Daten zu prüfen. Diese funktioniert aber ohne Schlüssel und ist daher für andere Anwendungsbereiche einsetzbar, beispielsweise bei digitalen Signaturen.

Entwickelt wurde Ascon 2014 an der TU Graz und seitdem ständig weiter verbessert. Das Team bestand aus Maria Eichlseder vom Institut für Angewandte Informationsverarbeitung und Kommunikationstechnologie sowie ihren damaligen Kollegen Christoph Dobraunig, Florian Mendel und Martin Schläffer. Dobraunig ist nach Zwischenstationen bei der Radboud University und Lammarr Security mittlerweile bei Intel beschäftigt, Mendel und Schläffer forschen jetzt bei Infineon ebenfalls im Bereich Sicherheit. ■ <https://www.tugraz.at/>

Vom Abfall zur Ressource

Eine internationale Kooperation unter Leitung der Johannes Kepler Universität Linz sorgt dafür, daß künftig 80 Millionen Tonnen Lignin pro Jahr nicht mehr verbrannt werden müssen, sondern als Grundlage für nachhaltige Elektronik dienen.

Es ist das Hauptabfallprodukt der Papierindustrie: Lignin. Dieses Molekül macht 20 bis 30 Prozent von Holz aus und sorgt dafür, daß Bäume stabil und fest sind. Bei der Produktion von Papier bleibt es als Abfall übrig und wird in Bioraffinerien verbrannt. Eine Studie von ForscherInnen der Johannes Kepler Universität Linz (JKU), Leitung: Institut für Physikalische Chemie der JKU; Vorstand: Wittgenstein-Preisträger Univ.-Prof. Niyazi Serdar Sariciftci) sowie der Universitäten in Parma und Bari (Italien) hat die Struktur des Polymers und seine Fähigkeiten untersucht. Das Ergebnis: Lignin eignet sich für die Herstellung integrierter Transistoren in leichten, flexiblen und transportablen Geräten wie Tablets oder Handys.

Dank dieses Durchbruchs kann Lignin nun als aktives Material in einem Transistor eingesetzt – und so zum Grundstock einer „grünen Elektronik“ werden. „Besonders vorteilhaft ist, daß diese Verwendung sofort möglich ist“, erklärt Assistenzprofessor Mihai Irimia-Vladu vom Institut für Physikalische Chemie. „Unsere Studie hat einen Zusammenhang zwischen dem Herstellungsprozeß des Lignins und seiner Leistung festgestellt. Das heißt, an den derzeit üblichen Produktionsmethoden muß nichts geändert werden, um Lignin in der Elektronik zu verwenden.“

Günstig, nachhaltig, sofort verfügbar

Die Verwendung von Lignin ermöglicht es nicht nur die Produktionskosten von Elektronik zu senken, sondern auch nachhaltigere Geräte mit geringeren Auswirkungen auf die Umwelt am Ende ihres Lebenszyklus zu produzieren. Irimia-Vladu leitet das Projekt gemeinsam mit Associate Professorin Alessandra Operamolla vom Department für Chemie und Industrielle Chemie der Universität Pisa. Die beiden verfolgen mit ihrer Forschung einen völlig neuen Ansatz. Bisher hatte man versucht, Lignin als Ersatz für Kunststoffe zu verwenden, die aus Erdöl gewonnen werden – mit überschaubarem Erfolg. „Die Verwendung von Lignin bei der Herstellung von Transistoren könnte hingegen die erste konkrete Lösung für die nicht mehr hinnehmbare Verschwendung von Ressourcen sein“, betont Irimia-Vladu.

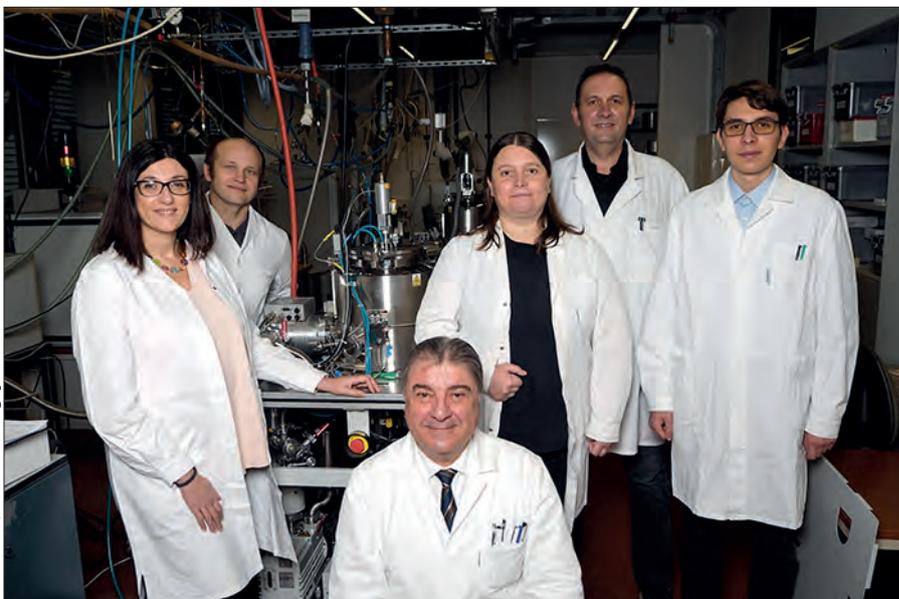


Foto: JKU / Katarina Gugujonovic

v.l.: Assoc. Prof. Alessandra Operamolla (Univ. Pisa), Mateusz Bednorz, Prof. Niyazi Serdar Sariciftci (Leiter des Instituts für Physikalische Chemie), Cigdem Yumusak, Assistenz-Prof. Mihai Irimia-Vladu und Cristian Vlad Irimia (JKU)

Die Studie wurde bereits im renommierten Magazin „Advanced Sustainable Systems“ veröffentlicht – und sorgt hoffentlich bald für einen verantwortungsbewußteren Umgang mit der Ressource Holz.

Mitglieder der Forschungsgruppe

Cristian Vlad Irimia, Bilge Kahraman (Gaststudent), Yasin Kanbur (Gastwissenschaftler), Cigdem Yumusak, Mateusz Bed-

norz und Professor Mihai Irimia-Vladu vom Institut für Physikalische Chemie der Johannes Kepler Universität Linz; Doktor Rosarita D’Orsi und die ProfessorInnen Jeannette J. Lucejko und Alessandra Operamolla von der Fakultät für Chemie und Industrielle Chemie der Universität Pisa (Italien) sowie Prof. Francesco Babudri von der Fakultät für Chemie der Universität Bari (Italien). ■

<https://www.jku.at/>



Foto: Tama66 / Pixabay

Die Studie unter Federführung der Johannes Kepler Universität Linz sorgt hoffentlich bald für einen verantwortungsbewußteren Umgang mit der Ressource Holz.

190 Destinationen zur Auswahl

Starker Sommerflugplan am Flughafen Wien – Mehr Flugangebot nach Europa, sonnige Reiseziele am Mittelmeer und die Langstrecke legt zu



Foto: Flughafen Wien AG

In Kürze tritt am Flughafen Wien der neue Sommerflugplan in Kraft. Eine Vielzahl an Europa- und Mittelmeerdestinationen steht Reisenden darin zur Auswahl und auch die Langstrecke erholt sich: Austrian Airlines bedient 124 Ziele, darunter neue Destinationen wie Porto, Marseille, Billund, Tivat und bietet wieder Nonstop-Flüge nach Los Angeles und Tokio. Ryanair nimmt Helsinki, Kopenhagen und Tuzla neu auf und fliegt insgesamt 75 Destinationen an. Mit Wizz Air sind 39 Destinationen, darunter neu Bilbao, Kuwait City und Hurghada erreichbar und Mitte Juni stationiert die Airline ein sechstes Flugzeug in Wien. Air India fliegt wieder nach Delhi und Air Canada, Air China, China Airlines, Ethiopian Airlines und Korean Air stocken ihre Verbindungen auf. Ein neuer Carrier startet mit Azerbaijan Airlines in Wien und saisonal sind auch Air Algerie und Condor wieder vertreten. Gültig ist der Sommerflugplan 2023 von 26. März bis 29. Oktober 2023.

„Die Menschen wollen reisen und dafür gibt es am Flughafen Wien viel Angebot: 190 Destinationen, neue Airlines und die Langstrecke legt wieder zu. Die angebotenen Sitzplatzkapazitäten werden im Sommer bei etwa 90 Prozent des Vorkrisenniveaus liegen. Priorität hat auch in diesem Sommer eine hohe Servicequalität: Wir wollen weiterhin zur Spitze der pünktlichsten Hubs in Europa gehören und dafür nehmen wir 350 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im passagiernahen Bereich auf. 2022 waren wir drittpünktlichster und im Jänner sogar zweitpünktlichster Hub in Europa, diese Position wollen wir auch künftig verteidigen“, sagt Julian Jäger, Vorstand der Flughafen Wien AG.

Austrian Airlines mit 124 Destinationen, darunter neu Porto, Marseille, Billund und Tivat

Österreichs Home Carrier fliegt im Sommer insgesamt 124 Ziele an und nimmt darunter gleich sieben neue Destinationen auf: Porto, Marseille, Billund, Tivat, Palermo, Vilnius und Tromsø. Für Sonnenhungrige bietet Austrian Airlines über 40 Destinationen und knapp 300 wöchentliche Flüge ans Mittelmeer. Auch auf der Langstrecke steht viel zur Auswahl: So bietet die Airline wieder Nonstop-Flüge nach Los Angeles und Tokio an. Chicago, New York, Washington, Montreal, Shanghai und Bangkok stehen Passagieren ganzjährig zur Verfügung.

Ryanair bedient mit Flotte von 19 Flugzeugen insgesamt 75 Ziele ab Wien

Die irische Airline bietet im Sommer 2023 mehr als 800 wöchentliche Flüge und damit um 10 Prozent mehr Angebot als im Vorjahr: Neu bedient Ryanair etwa Kopenhagen, Helsinki und Tuzla, Frequenzaufstokungen gibt es auf über 30 Sonnen- und Städtereisezielen etwa nach Barcelona, Ibiza, Mailand, Rom und Venedig. Ryanair stationiert insgesamt 19 Flugzeuge in Wien.

Wizz Air fliegt 39 Destinationen an und stationiert sechstes Flugzeug in Wien

Ab Mitte Juni fliegt WIZZ mit sechs topmodernen A321neo ab Wien, im Laufe des Sommers nimmt die Airline neu Bilbao, Kuwait City und Hurghada auf. In den letz-

ten Monaten hat die Airline stark in Richtung Osten expandiert und die Strecken Riad, Dammam, Jeddah, Abu Dhabi, Dubai, Eriwan, Kukes sowie Gatwick und Madeira eingeführt. Im Sommer bietet Wizz Air außerdem Routen nach Sharm El Sheikh, Chania, Korfu, Zakynthos, Dubrovnik und Split an. Insgesamt fliegt Wizz Air ab Österreich diesen Sommer 39 Destinationen in 26 verschiedenen Ländern an.

Neu in Wien: Mit Azerbaijan Airlines nach Baku und mit Air Cairo nach Marsa Alam

Ab Anfang Mai erhält der Flughafen Wien einen neuen Airline-Partner: Azerbaijan Airlines fliegt zweimal wöchentlich zwischen Aserbaidschans Hauptstadt Baku und Wien. Air Cairo nimmt eine neue Verbindung nach Marsa Alam auf und auch Air Algerie bedient wieder eine saisonale Verbindung nach Algier in Algerien. Mit Condor sind über den Sommer die beliebten Urlaubsinseln Mallorca, Keta und Rhodos erreichbar.

Mehr Langstreckenangebot ab Wien

Nach einer knapp dreijährigen Pause aufgrund der Corona-Pandemie kehrt Indiens Nationalairline wieder nach Wien zurück: Seit Februar fliegt Air India wieder direkt zwischen Wien und Delhi, die Verbindung wird dreimal wöchentlich bedient. Das bestehende Angebot an Verbindungen erhöhen etwa Air Canada nach Toronto, Air China nach Peking, China Airlines nach Taipeh, Ethiopian Airlines nach Addis Abeba und Korean Air nach Seoul. ■

<https://www.viennaairport.com/>

Vienna Film Commission

Starke Anreize für die heimische und internationale Filmbranche am Standort Wien

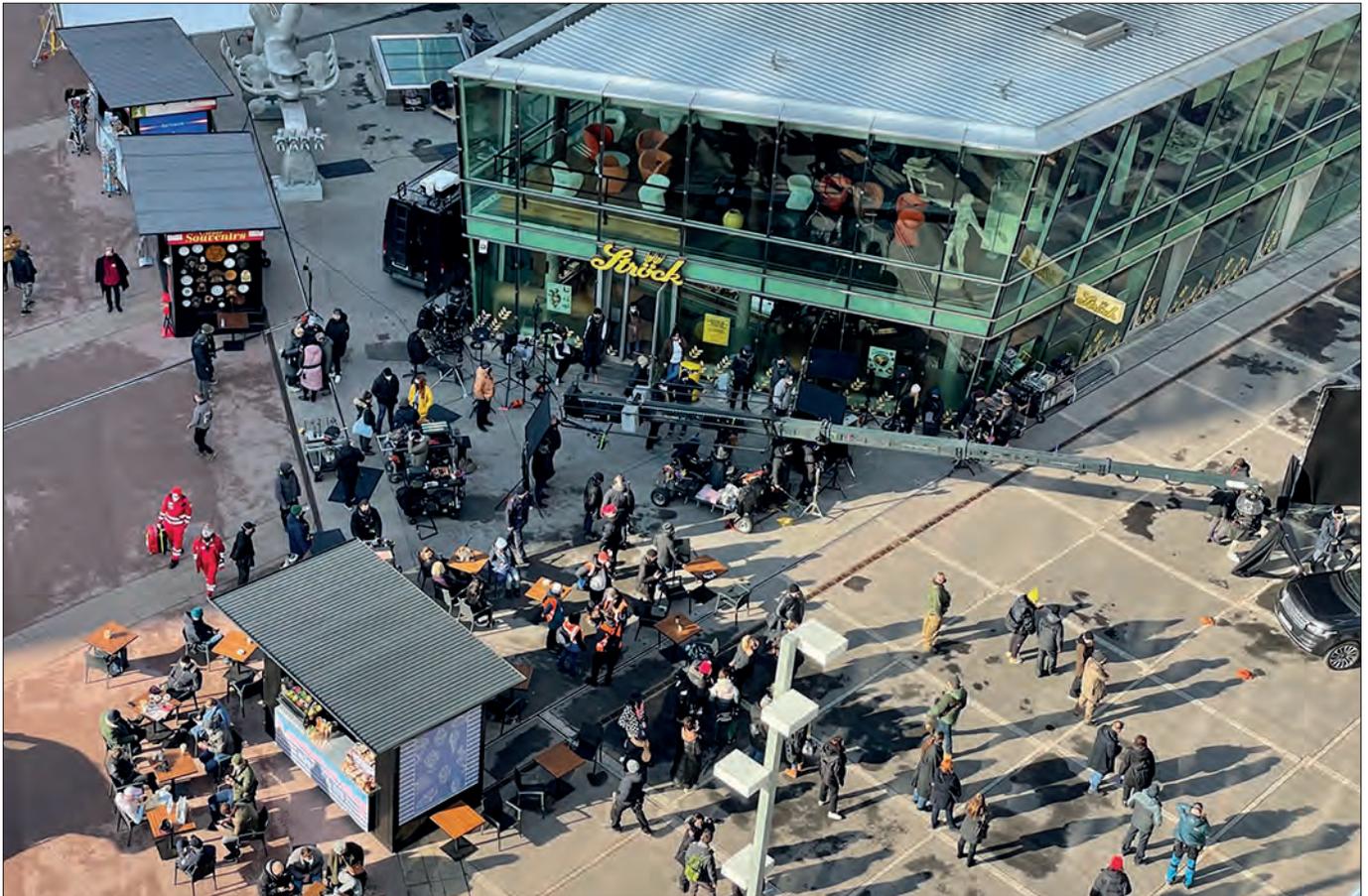


Foto: Vienna Film Commission

Der Filmstandort Wien war insbesondere bei Streamern hoch im Kurs mit Serien wie »The Recruit«, »Criminel« und dem Blockbuster »Extraction 2 – Tyler Rake« (im Bild ein Blick auf die Dreharbeiten) für Netflix.

Das Drehaufkommen in Wien lag 2022 wieder deutlich über dem Niveau vor Beginn der Pandemie. Marijana Stoisits, Geschäftsführerin der Vienna Film Commission, zeigt sich sehr zufrieden: „Der Filmwirtschaftsstandort Wien hat die Zeit der Pandemie sehr gut überstanden.“ Wien geht mit neuen Initiativen gestärkt in die Zukunft. „Insbesondere die Rückkehr internationaler Produktionen in die Stadt war 2022 sehr erfreulich“, so Stoisits. Die beiden Netflix-Serien „The Recruit“ und „Criminel“ sowie der Blockbuster „Extraction 2 – Tyler Rake“ und die Amazon-Produktion „Sachertorte“ brachten einen enormen Booster für den Filmstandort Wien.

„Die Stadt hat im vergangenen Jahr mit dem Vienna Film Incentive und der Planung der Studios am Wiener Hafen wesentliche strategische Schritte gesetzt, um den Filmstandort konsequent und nachhaltig auszubauen und die Rahmenbedingungen für die

internationale wie heimische Filmwirtschaft attraktiver zu gestalten“, unterstreicht Veronika Kaup-Hasler, amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft in Wien und betont weiter: „Für die Vienna Film Commission sind damit alle Weichen gestellt, damit sie auch zukünftig ihre hervorragende Arbeit für den Dreh- und Produktionsstandort Wien erfolgreich fortführen kann.“ Stoisits bedankte sich beim Wiener Magistrat und der Stadtregierung für das außerordentlich gute Zusammenspiel bei der konkreten Umsetzung von Filmdreharbeiten, unabhängig davon, ob es sich um heimische, internationale, kleine oder große Produktionen handelt.

Ansuchen und Empfehlungsschreiben

2022 wurden 624 Filmprojekte aller Genres und mit unterschiedlich hohem technischem Aufwand zur Bearbeitung bei der Vienna Film Commission eingereicht. Für diese nationalen und internationalen Projekte wur-

den insgesamt 1102 Anträge um Drehgenehmigungen gestellt, für die die Vienna Film Commission 1103 Empfehlungsschreiben erstellt und an die zuständigen grundverwaltenden Dienststellen weitergeleitet hat. Die Zahl der Drehansuchen und der ausgestellten Empfehlungsschreiben ist damit gegenüber 2021 um rund 15 Prozent gesunken. Die Ankündigung des neuen Anreizmodells mit Stichtag 1. 1. 2023 dürfte dazu geführt haben, daß viele Projekte auf das Jahr 2023 verschoben wurden. Erfreulich ist die Entwicklung bei den internationalen Produktionen. Hier war wieder ein sehr deutlicher Anstieg von 21 Prozent zu verzeichnen: 162 Ansuchen um Drehgenehmigungen wurden von der Vienna Film Commission für 102 internationale Projekte bearbeitet. Diese internationalen Projekte hatten unterschiedlichen Umfang.

Der Filmstandort Wien war insbesondere bei Streamern hoch im Kurs mit Serien wie „The Recruit“, „Criminel“ und dem Block-

Österreich, Europa und die Welt / Wien

buster „Extraction 2 – Tyler Rake“ für Netflix und „Sachertorte“ für Amazon. Auch kleinere Projekte für diverse Online- und TV-Reiseformate haben 2022 nach der Aufhebung der pandemiebedingten Reise-Restriktionen wieder ihren Weg nach Wien gefunden. Die meisten Projektansuchen aus dem Ausland kamen aus Deutschland, Großbritannien und den USA, gefolgt von Frankreich, Australien und 22 weiteren Ländern.

Motivrangliste Wiener Magistrat und Behörden des Bundes

2022 hat die Vienna Film Commission mit 27 Magistratsabteilungen und Institutionen der Stadt kooperiert. Zum wiederholten Male an der Spitze stehen die Parks, Grünanlagen, Alleen, Ballkäfige und Kinderspielplätze der Wiener Stadtgärten (MA 42) mit 197 Empfehlungsschreiben. Stiegen und Brücken der Magistratsabteilung Brückenbau und Grundbau (MA 29) waren mit 72 Empfehlungen im selben Ausmaß gefragt wie die Märkte des Marktamtes (MA 59). An dritter Stelle folgt die via donau, die vor allem Genehmigungen am Donaukanal und auf der Donauinsel erteilt, mit 47 Empfehlungsschreiben.

Das Kundencenter Film der MA 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrs-Angelegenheiten) ist der wichtigste Kooperationspartner der Vienna Film Commission. Die Zahl der Bewilligungen durch die MA 46 ist 2022 im Vergleich zum Vorjahr auf 1168 leicht gestiegen, das bedeutet ein Plus

von rund 3 Prozent. Die Wiener Linien haben 128 Drehansuchen bewilligt. Wiener Wohnen hat im vergangenen Jahr 32 Projekte mit insgesamt 58 Drehtagen in Gemeindebauten bewilligt, bei den Wiener Friedhöfen waren es 46 Projekte, am häufigsten am Zentralfriedhof. Auf den Liegenschaften des Wiener Hafens wurden 48 Projekte realisiert, im Wurstelprater 182. Die Schönbrunn Group erteilte 81 Drehgenehmigungen, die Bundesgärten 10.

Bezirksverteilung

Die Dreharbeiten in der Innenstadt lagen mit 18,2 % deutlich unter den Zahlen des Vorjahrs, gefolgt von der Leopoldstadt mit 12 %, der Landtrasse mit 7,7%, Mariahilf mit 6,1% und der Donaustadt mit 5,3%. Gedreht wurde in allen 23 Wiener Bezirken.

Internationale Aktivitäten

Die Vienna Film Commission hat den Filmstandort Wien 2022 erstmals nach der Covid-Pandemie wieder auf dem Marché du Film des Filmfestivals in Cannes präsentiert.

Neues digitales Antragsformular der Vienna Film Commission

Anträge für Drehgenehmigungen im Zuständigkeitsbereich der Wiener Stadt-Verwaltung müssen grundsätzlich über die Vienna Film Commission gestellt werden. 2022 hat die Vienna Film Commission eine neue digitale Applikation entwickeln lassen, mit dem der Antragsprozeß neuesten digita-

len Standards entspricht. Das neue digitale Antragsformular vereinfacht den Antragsprozeß für die AntragstellerInnen, für die interne Bearbeitung, aber auch für die bearbeitenden Dienststellen des Magistrats.

Vienna Film Incentive, Filmanreizmodell FISApplus, HQ7 Studios

Seit März 2022 ist das Vienna Film Incentive des WienTourismus in Kraft. Zwei Netflix-Serien konnten bislang von der Förderung profitieren: „The Recruit“, veröffentlicht im Dezember 2022 sowie „Criminal“ (noch unbekanntes Veröffentlichungsdatum).

Das im Juli 2022 angekündigte Filmanreizmodell FISApplus ist mittlerweile seit 1. Januar 2023 in Kraft und bedeutet eine neue Zeitrechnung für die österreichische Filmbranche: Ein Boom an Produktionen ist für ganz Österreich, insbesondere aber für Wien, zu erwarten, was sich bereits klar abzeichnet. FISApplus bedeutet auch für alle in der Postproduktion tätigen Unternehmen neue Chancen und Möglichkeiten. Der Bau der HQ7 Studios in Kooperation mit dem Wiener Hafen wiederum ist ein Meilenstein bei der dringend notwendigen Verbesserung der Infrastruktur des Filmstandorts Wien. Die Bauarbeiten für die zwei Studios mit einer Größe von jeweils 2000 und 1000 m², die den neuesten technischen Standards sowie Green Filming-Kriterien entsprechen werden, sollen bereits Ende 2023 abgeschlossen sein. ■

<https://www.viennafilmcommission.at>



Foto: Vienna Film Commission

Dreharbeiten zu „Vienna Blood“ im Schloßpark Belvedere 2022, eine Produktion von MR FILM und Endor Productions in Koproduktion mit ORF, ZDF, RedArrow Studios, hergestellt mit Unterstützung von National Film Office Hungary, Fernsehonds Austria und Filmfonds Wien.

AKH Wien erneut unter besten Spitälern der Welt

AKH auf Rang 30 im Ranking der 250 besten Krankenhäuser der Welt, die Innsbrucker Universitätskliniken auf Rang 58 und Universitätsklinikum Graz auf Rang 79 – es sind also drei österreichische Kliniken unter den Top 100

Das Universitätsklinikum AKH Wien und seine gemeinsam mit der MedUni Wien geführten Universitätskliniken haben sich im aktuellen vom US-Nachrichtenmagazin „Newsweek“ und dem Daten-Provider Statista ausgewerteten Ranking der 250 besten Krankenhäuser der Welt auf Rang 30 platziert. Für das Ranking wurden mehr als 2.300 Kliniken in 28 Ländern bewertet.

An der Spitze der besten Kliniken der Welt liegen die Mayo Clinic in Rochester (USA), die Cleveland Clinic (USA) und das Massachusetts General Hospital (USA). Bestes Spital aus Europa ist das Karolinska Universitetssjukhuset in Schweden auf Platz sechs. Neben dem Universitätsklinikum AKH Wien (30) schafften es aus Österreich auch die Innsbrucker Universitätskliniken (58) und das Universitätsklinikum Graz (79) in die Top 100.

Neben „erstklassiger Pflege, erstklassiger Forschung und erstklassiger Innovation“ definiert „Newsweek“ „Beständigkeit“ als Markenzeichen der gereihten Kliniken: „Die besten Krankenhäuser der Welt ziehen beständig die besten MitarbeiterInnen an und bieten die besten Ergebnisse für die PatientInnen sowie die wichtigsten neuen Therapien und Forschungsergebnisse. Von allen Krankenhäusern der Welt können nur relativ wenige all diese Dinge Jahr für Jahr leisten“, heißt es im Vorwort des Rankings.

Im Universitätsklinikum AKH Wien sind die PatientInnenversorgung, Forschung und Lehre eng verknüpft. 29 Universitätskliniken mit über 400 spezialisierten Ambulanzen werden gemeinsam von AKH Wien und MedUni Wien geführt. Jährlich werden rund 80.000 Patient:innen stationär betreut. Die Ambulanzen und Spezialambulanzen werden zusätzlich etwa 1,2 Mio. Mal frequentiert. Gemeinsam mit den ÄrztInnen der MedUni Wien stehen für die Betreuung der PatientInnen rund 3.000 Krankenpflegepersonen, über 1.000 Angehörige der medizinischen, therapeutischen und diagnostischen Gesundheitsberufe und viele weitere MitarbeiterInnen der verschiedensten Berufsgruppen



Foto: AKH Wien/Christian Hudek

Universitätsklinikum AKH Wien/MedUni Wien

pen des AKH Wien, das Teil des Wiener Gesundheitsverbundes ist, zur Verfügung.

Über das Ranking

Das World's Best Hospitals 2023-Ranking wurde im Auftrag von „Newsweek“ gemeinsam mit Statista, einer Online-Plattform für Statistik, erstellt und basiert auf mehreren Datenquellen: Mit mehr als 80.000 medizinischen ExpertInnen aus 28 Ländern wurde eine Online-Befragung durchgeführt, deren Resultat mit Ergebnissen vorhandener PatientInnenbefragungen und von länderspezifischen medizinischen Qualitätskennzahlen, beispielsweise zur Behandlungsqualität, verknüpft wurden. Dabei wurde das Bewertungsmodell in diesem Jahr um eine neue Säule, den PROM-Implementierungsstatus, erweitert. PROMs werden als standardisierte, validierte Fragebögen definiert, die von PatientInnen ausgefüllt werden, um die eigene Wahrnehmung ihres Wohlbefindens und ihrer Lebensqualität zu messen. Außerdem wurde die diesjährige Rangliste um ein Land erweitert (Taiwan), so daß nun insgesamt mehr als 2.300 Krankenhäuser in 28 Ländern vertreten sind.

Das Allgemeine Krankenhaus

Im Juli 1964 wurde am Gelände der ehemaligen Niederösterreichischen Landesirrenanstalt (später Psychiatrisch-Neurologische Universitäts-Klinik) am Brünnefeld auf rund 345.000 m² mit dem Bau des AKH begonnen.

Am 31. Jänner 1991 begann die Besiedlung des Zentralbaus des neuen Gebäudes und die Universitätsklinik für Physikalische Medizin und Rehabilitation nahm als erste Einheit den klinischen Betrieb auf. Sukzessive erfolgte die Inbetriebnahme aller Universitätskliniken und -institute, wobei zuerst die konservativen Fächer, im Anschluß daran die operativen Fächer übersiedelt sind. Am 7. Juni 1994 erfolgte die offizielle Eröffnung. Die Gesamtbaukosten betragen rund 40 Mrd. Schilling (rd. 3 Mrd. Euro).

Im Zuge der Umbenennung des Wiener Krankenanstaltenverbunds in Wiener Gesundheitsverbund wurde das Allgemeine Krankenhaus der Stadt Wien mit 1. Juni 2020 in Universitätsklinikum AKH Wien umbenannt. ■

<https://www.akhwien.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Allgemeines_Krankenhaus_der_Stadt_Wien

UNWTO kürte beste Tourismusdörfer des Jahres 2022

Zell am See und Wagrain führen vor Puqueldón (Chile), Dazhai und Jingzhu (beide China) die Weltrangliste der »besten Tourismusdörfer« an.



Foto: Zell am See-Kaprun Tourismus GmbH / Nikolaus Faistauer Photography

Zell am See Zell mit dem Hausberg Schmittenhöhe und einem Blick aufs Kitzsteinhorn der Glocknergruppe

Mit der Auszeichnung „beste Tourismusdörfer“ werden von der Weltorganisation für Tourismus (WTO) ländliche Reiseziele gewürdigt, die den Tourismus als Motor für Entwicklung und neue Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten begreifen und gleichzeitig gemeinschaftsbezogene Werte und Produkte bewahren und fördern. Die Initiative würdigt außerdem Dörfer für ihr Engagement für Innovation und Nachhaltigkeit in all ihren Aspekten – wirtschaftlich, sozial und ökologisch – und für ihren Fokus auf die Entwicklung des Tourismus im Einklang mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Im Jahr 2022 wurden insgesamt 32 Dörfer aus 22 Ländern in den fünf Weltregionen mit der Auszeichnung bedacht. Die Dörfer wurden von einem unabhängigen Beirat anhand einer Reihe von

Kriterien bewertet, die neun Bereiche abdecken:

- Kulturelle und natürliche Ressourcen
- Förderung und Erhaltung der kulturellen Ressourcen
- Wirtschaftliche Nachhaltigkeit
- Soziale Nachhaltigkeit
- Ökologische Nachhaltigkeit
- Tourismusentwicklung und Integration der Wertschöpfungskette
- Governance und Prioritätensetzung im Tourismus
- Infrastruktur und Konnektivität
- Gesundheit und Sicherheit

Der Generalsekretär der UNWTO, Zurab Pololikashvili, begrüßte diese Nachricht: „Für ländliche Gemeinden auf der ganzen Welt kann der Tourismus ein echter Wendepunkt sein, indem er Arbeitsplätze schafft, lokale Unternehmen unterstützt und Traditionen am Leben erhält. Die von der UNWTO ausgezeichneten besten Tourismusdörfer zeigen, wie stark der Sektor die wirtschaftliche Diversifizierung vorantreiben und Chancen für alle außerhalb der großen Städte schaffen kann. „Insgesamt 136 Dörfer wurden von 57 UNWTO-Mitgliedsstaaten (jeder Mitgliedsstaat konnte maximal drei Dörfer nominieren) für die Ausgabe 2022 vorgeschlagen. Von diesen Dörfern wurden 32 von der UNWTO als beste Tourismusdörfer anerkannt. Weitere 20 Dörfer werden in das Upgrade-Programm aufgenommen.“

Alle 52 Dörfer werden auch Teil des globalen UNWTO-Netzwerks der besten Tourismusdörfer, das 2021 gegründet wurde und ab diesem Zeitpunkt 115 Dörfer aus den fünf

Österreich, Europa und die Welt



© Wikipedia // CC-BY 4.0 // Foto: Mapper 07

Wagrain im Land-Salzburger Bezirk St. Johann im Pongau

Kontinenten umfaßt. Das Netzwerk bietet eine Reihe von Vorteilen, darunter Vor-Ort- und Online-Schulungen, den Austausch bewährter Praktiken und die internationale Anerkennung und Bekanntheit der Marke.

Tourismus als Motor für ländliche Entwicklung und Integration

Die Initiative Best Tourism Villages ist das Vorzeigeprojekt des UNWTO-Programms Tourismus für ländliche Entwicklung. Das Programm zielt darauf ab, sicherzustellen, daß der Tourismus dazu beiträgt, regionale Ungleichheiten in Bezug auf Einkommen und Entwicklung zu verringern, die Entvölkerung zu bekämpfen, die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung von Frauen und Jugendlichen voranzutreiben, Innovation und Digitalisierung voranzutreiben, die Konnektivität, die Infrastruktur, den Zugang zu Finanzmitteln und Investitionen zu verbessern, Innovationen bei der Produktentwicklung und der Integration der Wertschöpfungskette zu fördern, nachhaltige Praktiken für eine effizientere Ressourcennutzung und eine Verringerung von Emissionen und Abfällen zu unterstützen sowie Bildung und Kompetenzen zu verbessern. Das Programm fördert Multi-Level-Governance und

Partnerschaften sowie die aktive Beteiligung und Befähigung von Gemeinden.

Die besten Tourismisdörfer der UNWTO

Die Initiative „Best Tourism Villages“ besteht aus drei Säulen:

- Die „Besten Tourismisdörfer der UNWTO“: Sie zeichnet Dörfer aus, die ein herausragendes Beispiel für eine ländliche Tourismusdestination mit anerkannten kulturellen und natürlichen Werten sind, die ländliche und gemeinschaftsbasierte Werte, Produkte und Lebensstile bewahren und fördern und die sich klar zu Innovation und Nachhaltigkeit in all ihren Aspekten – wirtschaftlich, sozial und ökologisch – verpflichtet haben.
- Das Upgrade-Programm „Best Tourism Villages by UNWTO“ kommt einer Reihe von Dörfern zugute, die die Kriterien für eine Anerkennung nicht vollständig erfüllen. Diese Dörfer erhalten von der UNWTO und ihren Partnern Unterstützung bei der Verbesserung von Elementen in den Bereichen, die im Bewertungsprozeß als Lücken identifiziert wurden.
- Das globale Netzwerk „Best Tourism Villages by UNWTO“ bietet einen Raum für

den Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken, Erkenntnissen und Möglichkeiten. Es umfaßt auch ExpertInnen und PartnerInnen aus dem öffentlichen und privaten Sektor, die sich mit der Förderung des Tourismus für die ländliche Entwicklung beschäftigen.

Die Preisverleihung fand am 27. und 28. Februar 2023 in AIUla in Saudi-Arabien statt, zeitgleich mit dem ersten Treffen des UNWTO-Netzwerks der besten Tourismisdörfer. Die nächste Ausgabe wurde ebenfalls im Februar 2023 eröffnet.

Die ersten zehn

- 1 Zell am See, Austria
- 2 Wagrain, Austria
- 3 Puqueldón, Chile
- 4 Dazhai, China
- 5 Jingzhu, China
- 6 Choachí, Colombia
- 7 Aguarico, Ecuador
- 8 Angochagua, Ecuador
- 9 Choke Mountains Ecovillage, Ethiopia
- 10 Mestia, Georgia

■
<https://www.zellamsee-kaprun.com/>
<https://www.wagrain-kleinarl.at/>
<https://www.unwto.org/>

20 Jahre Panda-Kooperation im Tiergarten Schönbrunn



Foto: Tiergarten Schönbrunn/Daniel Zupanc

Panda-Weibchen Yang Yang mit ihrem ersten Jungtier Fu Long

Der 14. März 2003 war im Tiergarten Schönbrunn ein besonderer Tag: Die Großen Pandas sind im Rahmen einer Forschungskooperation mit der China Wildlife Conservation Association (CWCA) in Wien angekommen. „Alle haben Yang Yang und Long Hui sofort ins Herz geschlossen, die Besucherinnen und Besucher und unser Tiergartenteam“, erinnert sich Zoologin Eveline Dungl.

Noch größer wurde die Freude, als im Jahr 2007 das erste Jungtier zur Welt kam. Es war der erste Panda in Europa, der auf natürlichem Wege gezeugt wurde. Weitere Jungtiere sollten in den Jahren 2010 und 2013 folgen. Für eine Sensation sorgte Yang Yang im Jahr 2016 mit der Aufzucht von Zwillingen. Zum ersten Mal hat ein Panda-Weibchen in menschlicher Obhut gleich zwei Jungtiere ohne menschliche Hilfe großgezogen.

Vertragsgemäß wurden alle fünf Jungtiere im Alter von zwei Jahren in Panda-Stationen in ihrer natürlichen Heimat China übersiedelt. In der Wildbahn ist die Zahl der Gros-

sen Pandas seit 1980 von 1100 auf rund 1900 gestiegen.

„Die Schutzbemühungen Chinas zeigen Erfolge. Daran ist auch der Tiergarten Schönbrunn beteiligt. Im Rahmen unserer Kooperation ist es eine wichtige Säule, die Errichtung von Panda-Reservaten finanziell zu unterstützen. Seit 2003 hat sich deren Zahl von 34 auf 67 verdoppelt“, erklärt Tiergartendirektor Stephan Hering-Hagenbeck. Eine weitere Säule der Kooperation ist der Wissensaustausch. Zu diesem Zweck hat der Tiergarten zehn Naturschutzmanagement-Seminare mit Expertinnen und Experten aus Natur- und Artenschutz organisiert, die abwechselnd in China und Österreich stattgefunden haben.

Die dritte wichtige Säule ist die Grundlagenforschung. So wurde in Schönbrunn unter anderem herausgefunden, daß Große Pandas in der Lage wären, sich anhand ihrer Gesichtszeichnung zu unterscheiden und daß Große Pandas mit rund sechs Jahren ausgewachsen sind. Auch zur Lautentwicklung

junger Pandas wurden in Zusammenarbeit mit der Universität Wien Studien durchgeführt. Gerade die Aufzucht der Zwillinge bot eine einmalige Gelegenheit zur Forschung. Eine Auswertung der Aufnahmen der Wurfbox-Kamera brachte das Ergebnis, daß bei dieser Zwillingsaufzucht keines der Jungtiere weniger Aufmerksamkeit bekommen hat als die einzelnen Jungtiere zuvor.

Die Großen Pandas im Tiergarten Schönbrunn sind tolle Botschafter ihrer bedrohten Artgenossen und absolute Besucherlieblinge. Hering-Hagenbeck: „Die Großen Pandas sind ein Symbol für die Verbundenheit zwischen der Volksrepublik China und der Republik Österreich. Sie sind eine Flaggschiffart des Artenschutzes und für unsere Bildungsprogramme von enormer Wichtigkeit. Die Panda-Kooperation nimmt für den Tiergarten einen ganz besonderen Stellenwert ein und wir sind stolz darauf, zum Schutz und Erhalt dieser Tierart einen Beitrag leisten zu dürfen.“

■ <https://www.zoovienna.at/>

Österreichs Gesamtbild gegenüber den USA

Aktuelle ÖAG-Umfrage: Österreichische Wertschätzung und Skepsis in der Wahrnehmung der USA

Knapp 40 Prozent der ÖsterreicherInnen beschäftigen sich zumindest wöchentlich mit den Vereinigten Staaten. Der Einfluß der USA auf die Weltwirtschaft ist der wichtigste Wahrnehmungsfaktor, Präsident Joe Biden wird in Österreich nach wie vor als Treiber für positive Impulse gesehen. Während die Rolle der USA in aktuellen Krisen durchaus kritisch betrachtet wird, werden strategische Partnerschaften zwischen Österreich und den USA – wie aktuell jene der National Guard in Vermont und dem Österreichischen Bundesheer – als wert- und sinnvoll erachtet.

Die jährliche Studie der Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft (ÖAG) zum Jahresbeginn (Sample 500, repräsentativ für die österreichische Bevölkerung) zeigt im Vergleich zum Vorjahr keine signifikante Verschiebung der Wahrnehmung der ÖsterreicherInnen zu den USA. Die Partnerschaft Joe Bidens ist für 63 % der Befragten Hauptgrund für ihr verbessertes Bild von den Vereinigten Staaten, während für rund 31 % der Befragten, deren Bild sich in den letzten 12 Monaten verschlechtert hat, der Einfluß der USA in aktuellen Krisen und besonders im Ukraine-Krieg ausschlaggebend war.

Unbestritten bleibt die Wahrnehmung der Bedeutung der USA für die Wirtschaft weltweit (73 %), in Österreich (50 %), aber auch für die Wirtschaft in China (50%) oder Rußland (33 %). Die US-Wirtschaft wird dabei als überwiegend digital (71 %), risikobereit (58 %) und innovativ (55 %) gesehen. Bei US-amerikanischen Unternehmen, die in Österreich wirtschaftlich erfolgreich sind, denken die ÖsterreicherInnen zuerst an McDonald's (16 %), Amazon (15 %), Apple (13 %) und Coca-Cola (7 %).

Aufholbedarf erkennen die ÖsterreicherInnen vor allem beim Beitrag der Vereinigten Staaten zur Bekämpfung der globalen Klimakrise, für rund zwei Drittel der Befragten leisten die USA nur einen kleinen oder sehr kleinen Beitrag dazu.

Als besonders positiv wahrgenommen werden hingegen neue strategische Partner-

Bild von den USA

Wellenvergleich

Wellenvergleich	Jänner 2022	Jänner 2023
absolut	n=501	n=500
Mittelwert	3,1	3,2
Sehr positives Bild	2,4%	2,4%
Eher positives Bild	15,8%	14,0%
Teils, teils	56,1%	52,4%
Eher negatives Bild	20,6%	23,2%
Sehr negatives Bild	5,2%	8,0%

[...] Was haben Sie für ein Bild von den USA?

Verändertes Bild von den USA in den letzten 12 Monaten

Wellenvergleich

Wellenvergleich	Jänner 2022	Jänner 2023
absolut	n=501	n=500
Mittelwert	2,9	3,2
Deutlich verbessert	2,6%	2,2%
Eher verbessert	24,8%	15,6%
Gleichgeblieben	52,3%	53,4%
Eher verschlechtert	17,8%	21,6%
Deutlich verschlechtert	2,6%	7,2%

Inwiefern hat sich Ihr Bild von den USA in den letzten 12 Monaten verändert?

schaften, wie aktuell zwischen der National Guard in Vermont und dem Österreichischen Bundesheer zur Unterstützung bei Zivil- und Katastrophenschutz sowie Cyber-Abwehr und Informationsaustausch. Mehr als 50 % haben dazu eine (sehr) positive Meinung.

Bei der Frage der Bedeutung der USA für den Tourismus in Österreich halten sich die

Antworten die Waage (31,5 % wichtig, 31,5 % weniger wichtig, 36 % teils-teils), dafür hält eine Mehrheit die Relevanz der US-Politik für Österreich für wichtig (42 % wichtig, 17 % weniger wichtig, 41 % teils-teils). Der kulturelle Einfluß wird vor allem in den Bereichen Film (84 %), Musik (71 %) und Mode (49 %) gesehen. Der Stellenwert

Österreich, Europa und die Welt / PaN

des Sports wird seitens der Befragten in den USA (35 % sehr hoch) höher eingeschätzt als in Österreich (25 % sehr hoch).

„Die Supermacht USA ist nicht nur historisch, sondern auch ganz aktuell von großer Bedeutung für die ÖsterreicherInnen. Unsere Umfrage zeigt die hohe Relevanz nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch kulturell und touristisch“, faßt Philipp Bodzenta, Präsident der ÖAG, zusammen.

„Die ÖAG hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese bilaterale Länderbeziehung zu stärken. Wir wollen Brücken zwischen unseren Nationen bauen und das Verständnis füreinander und die Freundschaft weiterentwickeln“, ergänzt ÖAG-Generalsekretär Rainer Newald. Mit verschiedenen Veranstaltungen bietet die ÖAG allen USA-interessierten Personen und Unternehmen eine Plattform für den Informationsaustausch und ein Netzwerk.

<https://www.oag.at/>

Das »State Partnership Program«

Wesentliche Inhalte des Programms, genannt „State Partnership Program“, ermöglichen beiden Partnern einen Austausch von Fähigkeiten, Erfahrungen und Know-how. Im Vordergrund steht hierbei der Erfahrungsaustausch. Die Kooperation soll folgende Bereiche umfassen: Antizipation, Früherkennung und Aufklärungsfähigkeit; Abwehr von Cyberbedrohungen, Verteidigung gegen Beeinflussung und Informationsoperationen; Einsatzführung militärischer Kräfte im urbanen Raum und im Hochgebirge; Nutzung von Drohnen und Drohnenabwehr sowie militärische Beratung und Unterstützung. Weiters die Bereiche Militärmedizin und Katastropheneinsatz sowie internationaler Terrorismus.

Basierend auf sicherheitspolitischen Gesprächen zwischen Österreich und den USA wurde am 15. Oktober 2021 in Washington D.C. der Nationalgarde von Vermont ein Partnerschaftsprogramm des Österreichischen Bundesheeres präsentiert. Im Mai 2022 besuchte Verteidigungsministerin Klaudia Tanner während ihrer USA-Reise die Nationalgarde von Vermont, um Gespräche zum Partnerschaftsabkommen zu führen und dieses vor dem Kapitol in Vermont zu unterzeichnen.

Beim Besuch der „National Guard“ von Vermont in Österreich unterzeichnete Verteidigungsministerin Klaudia Tanner am 19. Juli 2022 bei einem militärischen Festakt im Verteidigungsministerium. ■

<https://www.bundesheer.at/>

Aktive Beschäftigung mit den USA

Wellenvergleich

Wellenvergleich	Jänner 2022	Jänner 2023
absolut	n=501	n=500
Täglich	4,2%	3,4%
Mehrmals pro Woche	17,4%	18,6%
Ca. 1 Mal pro Woche	13,2%	17,0%
Mehrmals pro Monat	17,4%	19,0%
Ca. 1 Mal pro Monat	13,6%	12,8%
Seltener	27,9%	24,0%
Nie	6,4%	5,2%

Wie häufig setzen Sie sich mit den USA (aktiv) auseinander? [...]



Wichtigkeit der USA für die Wirtschaft

Sehr wichtig | Eher wichtig | Wellenvergleich

Wellenvergleich	Jänner 2022	Jänner 2023
absolut	n=501	n=500
Für die weltweite Wirtschaft	74,7%	73,2%
Für die Wirtschaft in China	48,7%	50,2%
Für die Wirtschaft in Österreich	50,7%	49,8%
Für die Wirtschaft in Russland	n.a.	33,4%

[...] Inwiefern sind die USA Ihrer Meinung nach für die Wirtschaft wichtig?



Wichtigkeit der US-amerikanischen Politik in Österreich

Wellenvergleich

Wellenvergleich	Jänner 2022	Jänner 2023
absolut	n=501	n=500
Mittelwert	2,7	2,7
Sehr wichtig	9,8%	10,4%
Eher wichtig	31,1%	31,2%
Teils, teils	42,1%	41,0%
Eher weniger wichtig	12,4%	12,8%
Überhaupt nicht wichtig	4,6%	4,6%

Inwiefern ist die US-amerikanische Politik in Österreich wichtig? [...]



Österreichisch-Deutsches Länderforum – Neujahrsempfang



Foto: PaN

ÖDLF-Neujahrsempfang in der Diplomatischen Akademie (v.l.): Marguerite Machek-Vos (PaN-Vorstandsmitglied), Walter J. Gerbautz (PaN-Generalsekretär), Gastgeberin Talieh Wögerbauer (ÖDLF-Generalsekretärin), Julia Dueñas, Kateryna Skorobogatova, Angelika Persterer-Ornig (gf. Vorstandsmitglied der Camerata Prima Wien), Harald Wögerbauer (ÖDLF-Präsident), Bundeskanzlerin a.D. Brigitte Bierlein, Laurenz Stastka, Konrád Varga und Christian Moser (Autor und Kommunikationsberater)

Das Österreichisch-Deutsche Länderforum begann humorvoll und musikalisch das neue Vereinsjahr 2023 und begrüßte eine große Schar seiner Mitglieder und FreundInnen im Rahmen seines traditionellen Neujahrsempfangs in der Diplomatischen Akademie am 31. Jänner.

Plauschen, disputieren, klönen, babbeln, quatschen, palavern, erzählen, schnacken, schwätzen, parlieren, debattieren, ausposauen – dies alles wollte das Länderforum unter der Prämisse „Am liebsten haben die Deutschen doch die Ösis...“

Im Vorfeld bot Generalsekretärin Talieh Wögerbauer den anwesenden Ehrengästen, Mitgliedern und FreundInnen einen Rück- und Ausblick der Aktivitäten des Österreichisch-Deutschen Länderforums. Hierbei wies sie auf die vielfältigen und zahlreichen Veranstaltungen des Länderforums im letzten Jahr hin. So wurden, unter anderem, die vielbeachteten Symposien in Hamburg und Wien mit Fokus auf die neuen atomaren Be-

drohungen angesichts der globalen politischen Verwerfungen (Krieg in der Ukraine bzw. China-Taiwan oder die Golfregion) oder die Paneldiskussion zur politischen



Foto: PaN

Gastgeberin Talieh Wögerbauer
(ÖDLF-Generalsekretärin)

Ausrichtung Deutschlands, unter dem Blickwinkel des Paradigmenwechsels in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, erwähnt. Hervorgehoben wurde auch die Kooperation mit jenen Partnern des Länderforums, die es ermöglicht, Mitglieder des Länderforums jährlich zu vier großartigen Konzerten im Goldenen Saal des Wiener Musikvereins einzuladen. Generalsekretärin Talieh Wögerbauer verkündete mit Freude, daß diese Kooperation auch 2023 fortgeführt wird.

Das Österreichisch-Deutschen Länderforum plant für das heurige Jahr unter anderem eine exklusive Parlamentsführung mit Empfang bei einem der drei Nationalratspräsidenten, eine exklusive Flughafenführung mit anschließendem Empfang, zwei Symposien in Hamburg und Wien, einen Wirtschaftsabend, eine Paneldiskussion zu aktueller politischer Lage, eine Kulturveranstaltung, eine Exkursion in ein Naturschutzgebiet sowie einen Sommerempfang.



Foto: PaN

v.l.: Angelika Persterer-Ornig, Julia Dueñas, Kateryna Skorobogatova, Konrád Varga, Laurenz Stastka und Talieh Wögerbauer

Jedenfalls setzte das Österreichisch-Deutsche Länderforum einen ersten Glanzpunkt mit seinem Neujahresempfang 2023. Das umfangreiche geplante Programm des Länderforums wird das Vereinsleben mit attraktiven und unterhaltsamen Themen und Veranstaltungen bestimmt bereichern.

Mit der Einladung von Christian Moser, der Schmankerln aus seinem Buch „Unter Deutschen“ las, wurde augenzwinkernd nicht nur die faszinierende und oft beschriebene Haßliebe der Ösis und Piefkes an konkreten alltäglichen Alltagssituationen dem interessierten Publikum zu Gehör gebracht, sondern auch neckische Klischees und die freundlich-bösen Vorurteile beider Seiten zum Besten gegeben.

Umrahmt wurde dieser Lesegenuß von der hervorragenden musikalischen Darbietung eines Streichquartetts der Camerata Prima – einer „Talentschmiede“ unter den Auspizien von Wiener Philharmonikern. Die vier jungen Künstler im Alter von 17 bis 19 Jahren – Julia Dueñas (1. Violine), Kateryna Skorobogatova (2. Violine), Laurenz Stastka (Viola) und Konrád Varga (Violoncello) sind mehrfache Preisträger österreichischer und internationaler Wettbewerbe und boten so Musikgenuß auf höchstem Niveau. Die musikalische Leitung hatte Tamás Varga übernommen. Er ist Solocellist der Wiener Philharmoniker. Das Länderforum freut sich sehr über diese neue Kooperation.

Abgerundet wurde der Neujahrsempfang mit einer Tombola und ausreichend Speis und Trank. ■

<https://www.oedlf.at/>

<https://www.camerataprimawien.com/>

Leseprobe: »Unter Deutschen«

Deutsch-österreichische Hass-Liebesgeschichten von Christian Moser

„Ich war wieder auf Stippvisite in meiner alten Heimat Österreich, die mittlerweile wieder meine neue ist. In meiner Wiener Firma hatte sich hohe Prominenz angesagt. Ein echter Hofrat, also ein hochrangiger österreichischer Beamter, kam zu Besuch, um eine Kampagne für ein Ministerium abzusegnen. Der Amtstitel Hofrat hat Jahrhunderte deutsch-österreichischer Geschichte in Österreich überlebt, wurde er doch im sechzehnten Jahrhundert im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation erfunden. Und weil die Österreicher, was Titel betrifft, besonders erfinderrisch sind, gibt es den Titel in echt, also für die hohe Beamtschaft, es gibt aber auch die „unechten“ Hofräte, wie sie im Volksmund genannt werden, weil sie nur verliehen werden.

In Deutschland arbeitete ich zu dieser Zeit auch gerade für ein Bundesministerium und eine Staatskanzlei und begegnete dort Ministerialdirigenten und weniger lustigen Beamten mit lustig klingenden Titeln. In Deutschland läuft eben vieles sehr formal und diszipliniert ab. Ganz im Gegensatz zu Wien. Zuerst wird einmal in Ruhe Kaffee (mit Betonung auf der letzten Silbe) getrunken, nach Belieben eine Ziga-

rette geraucht und die allgemeine politische Lage augenzwinkernd unter die Lupe genommen, was bei österreichischer Politik die einzige Möglichkeit ist, die diversen Verhaltensoriginalitäten rational und emotional zu verarbeiten, ohne selbst verhaltensoriginell zu werden...“

<https://mosers.cc/>

ISBN 978-3-200-07761-4 A/D € 22,22



Zu Gast bei seiner Hoheit Prinz Nikolaus von Liechtenstein

Österreich-Vatikangesellschaft-PaN Empfang im Stadtpalais Liechtenstein in Wien



Foto: PaN / F. Wieser

Der ÖVG-PaN-Vorstand (v.l.): Kanonikus Johannes Enichlmayr, Josef Sulyok, ÖVG-Präsident Architekt Walter Hildebrand, Generalsekretär Antonius Martha, Hoheit Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Brigadier Andreas W. Stupka, Arthur Saliger, Schriftführerin Elisabeth Freitag, Präsident des Gemeindebundes Alfred Riedl, ÖVG-Vizepräsident Senator h.c. Walter J. Gerbautz und Stefan Hildebrand

Am 28. Februar lud der Ehrenpräsident seine Hoheit Prinz Nikolaus von Liechtenstein den neuen Vorstand der Österreich-Vatikangesellschaft-PaN zu einem feierlichen Empfang mit Urkundenübergabe in das Wiener Stadtpalais Liechtenstein ein.

In den Repräsentationsräumen des Stadtpalais empfing seine Hoheit Prinz Nikolaus von Liechtenstein die neu gewählten Vorstände der Österreich-Vatikangesellschaft-PaN und gab dabei seiner Freude Ausdruck, daß es zu dieser völkerverbindenden Initiative gekommen ist. Prinz Nikolaus von Liechtenstein vermittelte den Gästen auch einen Einblick in die Geschichte des Wiener Stadtpalais, welches heute mehrere Zwecke erfüllt und auch nach rechtzeitiger Anmeldung ausschließlich mit professionellen Guides von Gruppen besucht oder für festliche Veranstaltungen gebucht werden kann.

Seine Hoheit Prinz Nikolaus von Liechtenstein gab der Hoffnung Ausdruck, daß mit dem neugewählten Präsidenten an der Spitze und den honorigen Vorstandsmitgliedern die



Foto: PaN / F. Wieser

Ein Blick auf die Mitglieder der Österreich-Vatikangesellschaft-PaN bei der Begrüßung durch seine Hoheit Prinz Nikolaus von Liechtenstein im Stadtpalais

Zielsetzungen der vom Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften-PaN vorgegebenen Vereinsstatuten in die Tat umgesetzt werden, indem er auf die Ös-

terreich-Vatikangesellschaft-PaN einen Toast aussprach.

Der neu gewählte Präsident Architekt Dr. h.c. Walter Hildebrand dankte seiner Hoheit

Österreich, Europa und die Welt / PaN

Prinz Nikolaus von Liechtenstein für die Gastfreundschaft und diesen feierlichen Empfang im Stadtpalais sowie für seine Bereitschaft, die Aktivitäten der Vatikangesellschaft durch die Übernahme seiner geschätzten Ehrenpräsidentschaft mit seinem Wohlwollen zu unterstützen.

Präsident Hildebrand avisierte einen exklusiven Delegationsbesuch der Österreich-Vatikangesellschaft-PaN noch in diesem Jahr im Vatikan und weiteren dem Vatikan zugehörigen Örtlichkeiten.

Bevor es zur feierlichen Überreichung der Bestallungsurkunden an die Vorstände kam, ersuchte Präsident Architekt Hildebrand seinen Vorgänger als Präsident der Vatikangesellschaft und Vizepräsident im neuen Vorstand Senator Walter J. Gerbautz um seine Begrüßungsworte. Der dankte einleitend den bisherigen Vorstandsmitgliedern, die ihm vor vier Jahren bei der Gründung des Vereines und in Folge bei allen Aktivitäten – die bedingt durch die Covidperiode leider auf ein Minimum reduziert werden mußten, unterstützt haben. Er erläuterte den Festgästen, weshalb und wie es zur Auswahl des geeignetsten Präsidenten im Rahmen der PaN-Familie für die Präsidentschaft in der Österreich-Vatikan Gesellschaft-PaN – nämlich Architekt Walter Hildebrand – gekommen war und wünschte dem neuen Präsidenten und seinem Vorstand ein erfolgreiches Wirken.

Als Mitglied des Vorstandes des Dachverbandes aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften und Vorstandsmitglied der Österreich-Liechtenstein-Gesellschaft-PaN dankte Bundesrats-Vizedirektorin Senatorin h.c. Alice Alsch-Harant seiner Hoheit Prinz Nikolaus von Liechtenstein für die Übernahme der Ehrenpräsidentschaft und den festlichen Empfang. Präsident Walter Hildebrand und seinem Vorstandsteam wünschte sie namens des Vorstandes des Dachverbandes-PaN viel Freude und ein erfolgreiches Wirken für die gedeihlichen Beziehungen der beiden Länder.

In der Folge kam es zur Überreichung der Bestallungsurkunde an seine Hoheit Prinz Nikolaus von Liechtenstein sowie alle anwesenden Vorstandsmitglieder der Österreich-Vatikan-Gesellschaft-Pan.

Präsident Architekt Walter Hildebrand wünschte allen Vorständen alles erdenklich Gute im Rahmen ihrer neuen Funktionen und dankte dem Ehrenpräsidenten Prinz Nikolaus von Liechtenstein für die Ermöglichung dieses schönen Festaktes im Stadtpalais Liechtenstein.

[https://de.wikipedia.org/wiki/Palais_Liechtenstein_\(F%C3%BCrstengasse\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Palais_Liechtenstein_(F%C3%BCrstengasse))



Foto: PaN / F. Wieser

v.l.: PaN-Generalsekretär Senator h.c. Walter J. Gerbautz, Bundesrats-Vizedirektorin Senatorin h.c. Alice Alsch-Harant, seine Hoheit Prinz Nikolaus von Liechtenstein und der neu gewählte Präsident der Österreich-Vatikangesellschaft-PaN, Architekt Walter Hildebrand, der seiner Hoheit Prinz Nikolaus von Liechtenstein die Bestallungsurkunde überreichte.



Foto: PaN / F. Wieser



Foto: PaN / F. Wieser

Die ÖVG-Vorstände (v.l.) Senator h.c. Walter J. Gerbautz, Brigadier Andreas W. Stupka, Architekt Walter Hildebrand, Josef Sulyok und Kanonikus Johannes Enichlmayr

Vortrag von Botschafterin Petra Schneebauer

Vorstand und Mitglieder des Dachverbands PaN verabschiedeten ihr Vorstandsmitglied – die Diplomatin vertritt seit Anfang März 2023 Österreichs Interessen als Botschafterin in den Vereinigten Staaten von Amerika.



Foto: PaN / F. Wieser

v.l.: Marguerite Machek-Vos, Generalsekretär Walter J. Gerbautz, Bundesrätin Christine Schwarz-Fuchs, Botschafterin Petra Schneebauer (m.) mit ihrer Tochter, Präsident Hermann Mückler, Oberbank Wien-Direktor Andreas Klingan, Alice Alsch-Harant und Lucas Marcel Vosicky

Der Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften-PaN lud am 26. Jänner zu einem Vortrag von Botschafterin Petra Schneebauer über das „Krisenmanagement von Corona bis Krieg“ in die Oberbank Wien. Schneebauer, Vorstandsmitglied des Dachverbands-PaN, leitete die Konsularische Sektion des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA).

Der Direktor der Oberbank Wien, Andreas Klingan, begrüßte die zahlreichen Gäste aus den bilateralen Freundschaftsgesellschaften und der Partner des Dachverbands-PaN. PaN-Präsident Univ.-Prof. Hermann Mückler dankte für die Gastfreundschaft und stellte die Vortragende vor. Botschafterin Schneebauer, die Anfang März 2023 als Botschafterin nach Washington gewechselt ist, leitete die Konsularische Sektion im Bundesministerium für europäische und internationale



Foto: PaN / F. Wieser

Botschafterin Petra Schneebauer bei ihrem überaus interessanten Vortrag, in dem sie unter anderem die Struktur der von ihr geleiteten Sektion IV im Außenministerium erläuterte.

Österreich, Europa und die Welt / PaN

Angelegenheiten (BMEIA) in bewegten Zeiten.

Einleitend erläuterte die Botschafterin den organisatorischen Aufbau des Außenministeriums, im Detail die Sektion IV, die für die konsularischen Angelegenheiten zuständig und in vier Abteilungen gegliedert ist. Drei der Abteilungen arbeiten für die ÖsterreicherInnen im Ausland und eine Abteilung ist für fremden Personen zuständig, die nach Österreich kommen und damit die Thematik Visaangelegenheiten und Asylrecht etc. umfaßt. In Sachen Asylrecht ergeben sich natürlich sehr viele Kontakte mit dem Innen-, dem Verteidigungs- und dem Justizministerium, da diese Gebiete stark ineinander verweben sind.

Sie berichtete über die Herausforderungen, die aus dem umfangreichen Aufgabengebiet resultieren. Dieses reicht u.a. von der konsularischen Betreuung der permanent im Ausland lebenden ÖsterreicherInnen (Staatsbürgerschafts- und Reisepaßangelegenheiten) und der Reisenden (hierunter fällt die größte jemals von Österreich durchgeführte Rückholaktion des BMEIA zu Beginn der Covid-19-Pandemie sowie die konsularische Unterstützung österreichischer Opfer von Terrorattacken und Naturkatastrophen) über die externen Aspekte der Migration bis zur Umsetzung des § 58 c Staatsbürgerschaftsgesetzes (Staatsbürgerschaft für die Nachfahren der Opfer von (NS-)Verfolgten).

Abschließend sprach Botschafterin Petra Schnee Bauer auch die Community der AuslandsösterreicherInnen an, die gegenwärtig rund 580.000 Personen zählt – die überwiegende Zahl davon lebt in der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz, gefolgt von den USA, dem Vereinigten Königreich und Israel, sowie mittlerweile auch Südafrika.

Im Anschluß an den Vortrag moderierte PaN-Präsident Prof. Mückler die Publikumsfragen an Botschafterin Schnee Bauer und bedankte sich für Ihre detaillierten Ausführungen, die einen interessanten Einblick in die komplexen Krisenmanagement-Maßnahmen der besonders herausfordernden letzten Jahre im Außenministerium gaben. Die PaN-Vorstände gaben ihrer Freude Ausdruck, daß Botschafterin Petra Schnee Bauer auch während ihrer verantwortungsvollen Mission in den Vereinigten Staaten von Amerika weiterhin dem Vorstand des Dachverbandes erhalten bleibt und wünschten ihr alles erdenklich Gute und viel Erfolg für die Vertretung Österreichs Interessen in den Staaten.

Zum Ausklang lud Oberbank Wien-Direktor Klingan zu einem Buffet. ■



Foto: PaN / F. Wieser

Nur ein räumlicher Abschied (v.l.): PaN-Präsident Prof. Hermann Mückler, Botschafterin Petra Schnee Bauer – sie bleibt ja Vorstandsmitglied – und PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz



Foto: PaN / F. Wieser

Prof. Theodor Kanitzer (m.), Präsident der Österreichisch-Polnischen Gesellschaft, im Bild mit PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz und PaN-Präsident Prof. Hermann Mückler



Foto: PaN / F. Wieser

Unter den Gästen: Josef Höchtl, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Völkerverständigung und Generalleutnant i. R. und PaN-Beirat Franz Reissner

PaN-Weltfrauentag 2023



Foto: PaN / F. Wieser

Die Präsidentinnen, Vizepräsidentinnen und Generalsekretärinnen der bilateralen Freundschaftsgesellschaften vor dem Parlamentsgebäude

Der Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften-PaN hat auch heuer wieder die Präsidentinnen, Vizepräsidentinnen und Generalsekretärinnen der bilateralen Freundschaftsgesellschaften zu einer exklusiven Führung eingeladen – diesmal in das wiedereröffnete Parlamentsgebäude¹⁾. Wegen der rigorosen Sicherheitsvorschriften konnten nur 20 Anmeldungen berücksichtigt werden.

Die Vizedirektorin des Bundesrates, Alice Alsch-Harant, begrüßte die Vertreterinnen der bilateralen Gesellschaften vor dem Pallas-Athene-Brunnen und gab einen Einblick in die Geschichte des Parlamentsgebäudes als Herz der Demokratie. PaN-Generalsekretär Senator h.c. Walter J. Gerbautz dankte im Namen des Vorstandes des Dachverbandes-PaN den ehrenamtlich tätigen Frauen für ihren großartigen Einsatz zur Völkerverständigung im Rahmen der jeweiligen bilateralen Gesellschaft.

Die exklusive Führung durch Alice Alsch-Harant, sie ist auch Vorstandsmitglied des Dachverbandes-PaN, gipfelte in einem

Empfang der Delegation im Sitzungssaal des Bundesrates durch den Präsidenten des Bundesrates Günter Kovacs. Er würdigte die nicht hoch genug einzuschätzenden friedensstiftenden Aktivitäten der derzeit 127 bilateralen Freundschaftsgesellschaften des Dach-

verbandes-PaN, insbesondere die Aktivitäten der Frauen in den Vorständen der einzelnen Gesellschaften. Das anregende Gespräch mit Präsident Günter Kovacs wurde im Café-Restaurant Kelsen im Dachgeschoß des Parlaments fortgesetzt. ■



Foto: PaN / F. Wieser

Bundesratspräsident Günter Kovacs bei der Begrüßung der PaN-Besucherinnen im Parlament

¹⁾ siehe auch den Beitrag auf den Seiten 112 bis 114

»Klartext und Hoffnung«

Die Neujahrsansprache 2023 von Bundespräsident Alexander Van der Bellen im Wortlaut

Liebe Österreicherinnen und Österreicher und alle, die in Österreich leben,

ich wünsche Ihnen von ganzem Herzen ein gutes Neues Jahr. Noch ist es ein unbeschriebenes Blatt.

Aber insgeheim haben wir alle Erwartungen. Oft glauben wir zu wissen, was kommen wird und viele von uns, das muß ich so ansprechen, befürchten auch, daß das kommende Jahr härter wird als das vergangene. Kein Wunder.

Die wirtschaftliche Situation mit Inflation und hohen Energiepreisen als Folge des Angriffskrieges in der Ukraine ist eine Herausforderung für unsere Gesellschaft.

Ganz abgesehen von dem menschlichen Leid, das durch die systematischen Angriffe Rußlands auf zivile Einrichtungen entsteht. Das ist einfach schrecklich.

Wir können auch die Klimakrise und ihre Auswirkungen nicht ignorieren, die Jahr für Jahr stärker spürbar werden.

Und dazu kommen die Folgen der Pandemie, mit denen wir immer noch kämpfen.

Auf der Ebene der Europäischen Union steht unsere Gemeinschaft vor großen Umwälzungen. Europa muß seine geostrategische Rolle finden und verteidigen.

Und innenpolitisch, als ob das alles noch nicht genug wäre, sehen wir uns nach wie vor mit diesem, wie ich es genannt habe, „Wasserschaden“ konfrontiert: Dem Zweifel an der Integrität der Politik.

Und auch da sind entsprechende Schritte noch immer nicht gesetzt.

Die Generalanierung hat noch immer nicht begonnen. Und so viel möchte ich an dieser Stelle sagen: Die Österreicherinnen und Österreicher warten darauf. Und ich auch.

Aber dennoch: Ich möchte Sie heute einladen, noch kein vorschnelles Urteil über das

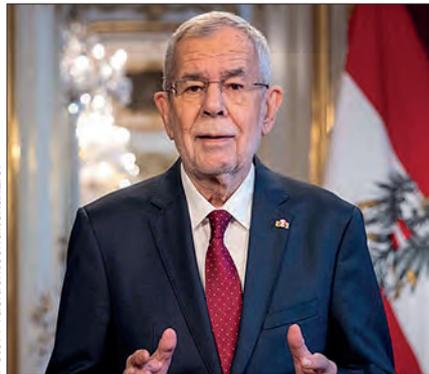


Foto: Präsidentschaftskanzlei

Bundespräsident Alexander Van der Bellen

Jahr 2023 zu fällen. Noch nicht aufzugeben, bevor das neue Jahr überhaupt erst begonnen hat.

Und in Ihrem Kopf die Möglichkeit offen zu halten, daß wir alle gemeinsam positiv überrascht werden vom kommenden Jahr.

Ich weiß schon, manche finden das naiv.

Und manche können es auch nicht mehr hören, wenn ich zum gefühl 100. Mal „Wir kriegen das schon hin“ sage.

Aber trotzdem muß und möchte ich uns alle an eines erinnern:

Eine wichtige Voraussetzung dafür, daß etwas gelingt, ist, daß man es zuläßt.

Daß man die Hoffnung zuläßt. Daß man es zuläßt, die guten Dinge zu sehen. Daß man im Kopf die Möglichkeit des Erfolgs zuläßt. Daß man trotz aller Schwierigkeiten an einen guten Ausgang glaubt. Auch wenn die Rahmenbedingungen höchst herausfordernd sind.

Ein Beispiel: Sportlerinnen und Sportler wissen ganz genau, daß ein guter Wettkampf im Kopf beginnt.

Deswegen sieht man Skirennläufer oft vor dem Start in Gedanken die Strecke hinunterfahren. Sie nehmen im Kopf schon jede Kurve und jeden Sprung so, wie es ideal wäre.

Sie kennen solche Bilder. Das ist charakteristisch für Leistungssportlerinnen. Manche

halten das für ein bisschen seltsam. Aber es funktioniert: Sich auf den bestmöglichen Ausgang fokussieren.

Und das sollten wir alle tun.

Wir mögen nicht alle Leistungssportlerinnen und -sportler sein, aber jede und jeder von uns hat jeden Tag Aufgaben zu bewältigen. Wichtige Aufgaben, die in Summe unseren Erfolg als Gemeinschaft ermöglichen.

- Die Arbeit der alleinerziehenden Mütter.
- Die Arbeit in pflegenden und medizinischen Berufen und im ganzen Sozialbereich.
- Die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer.
- Der Schülerinnen und Schüler.
- Der freiwilligen Vereine – unserer Zivilgesellschaft.
- Der Menschen, die sich politisch engagieren.
- Die Arbeit der Journalistinnen und Journalisten.
- Die Arbeit der Beschäftigten in der Wirtschaft.
- Der Unternehmerinnen und Unternehmer.
- Unseres Mittelstandes.
- Der Ingenieurinnen und Ingenieure.
- Unserer Bäuerinnen und Bauern.
- Die Arbeit im Tourismus.
- Die Arbeit der Menschen in Verwaltung, Exekutive und Bundesheer.
- Und natürlich der Beitrag der Pensionistinnen und Pensionisten.
- Der Opas und Omas, Mamas und Papas.

Wenn wir alle unsere täglichen Aufgaben mit Optimismus und gutem Willen erledigen und im Rahmen unserer ganz persönlichen Möglichkeiten unser Bestes geben, Schritt für Schritt: Dann wird unser gemeinsames Jahr gut werden. Weil wir einander so am besten helfen.

Liebe Österreicherinnen und Österreicher und alle, die in Österreich leben, ich wünsche Ihnen von ganzem Herzen ein gutes Neues Jahr. Möge es besser, einfacher und schöner werden, als Sie es erwarten. ■

Alexander Van der Bellen für zweite Amtsperiode angelobt

Wiedergewähltes Staatsoberhaupt legt vor Bundesversammlung ein Bekenntnis zu liberaler Demokratie und Menschenrechten ab

Foto: Parlamentsdirektion

Bundespräsident Alexander van der Bellen bei seiner Angelobung vor der 19. Bundesversammlung

Alexander Van der Bellen will seine zweite Amtsperiode als Bundespräsident in Österreich dem Eintreten für Demokratie, Solidarität, Menschenrechte und Chancengerechtigkeit widmen. Die Klimakatastrophe und den russischen Angriffskrieg in der Ukraine nannte er am 26. Jänner bei seiner Rede anlässlich seiner Angelobung vor der Bundesversammlung im frisch sanierten Parlament als wesentliche Herausforderungen, die es gemeinsam mit den europäischen Partnern zu überwinden gilt. „Die Europäische Vereinigung ist die beste Idee, die wir je hatten. Wer mit der Idee eines Öxit auch nur spielt, spielt mit der Zukunft Österreichs“. Das am 9. Oktober 2022 wiedergewählte Staatsoberhaupt mahnte auch die Verantwortung von Politik und Medien ein, an einer positiven Zukunftsstimmung in der Gesellschaft zu arbeiten, die trotz aller Kri-

sen das Land nicht in Angst erstarren lassen. Klientelismus und Populismus sowie „Fake News“ und jede Form von Antisemitismus sollen in Österreich keinen Platz haben.

Anders als bei der Bundespräsidentenwahl 2016, als Van der Bellen erst nach einer Stichwahl über eine ausreichende Mehrheit verfügte, erhielt der Amtsinhaber im Vorjahr bereits im ersten Wahldurchgang mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen. Mit 56,7 Prozent der Stimmen lag er klar vor den sechs anderen Wahlwerbern, von denen Volksanwalt Walter Rosenkranz, der für die FPÖ kandidierte, ihm mit 17,7 Prozent am nächsten kam.

Wissenschaftliche und politische Laufbahn

Der 1944 geborene Alexander Van der Bellen, der als neunter Bundespräsident der

Republik nun zum zweiten Mal in die Hofburg einzieht, blickt auf eine wissenschaftliche Laufbahn als Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre in Innsbruck und Wien zurück. Sein politischer Weg führte ihn 1994 ins Parlament, wo er bis 2012 als Nationalratsabgeordneter der Grünen und von 1999 bis 2008 als deren Klubobmann tätig war. Zwischen 1997 und 2008 übte Van der Bellen die Funktion des Bundessprechers der Grünen aus. 2012 wechselte er als Abgeordneter in den Wiener Gemeinderat und widmete sich bis zu seinem Ausscheiden 2015 der Kommunalpolitik. 2016 trat Van der Bellen zum ersten Mal als unabhängiger Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten an, 2022 stellte er sich erfolgreich der Wiederwahl.

In seiner Rede vor der Bundesversammlung wickelte Alexander Van der Bellen zwar

Innenpolitik

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer



Bundespräsident Alexander Van der Bellen (Bildmitte) mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, der Zweiten Nationalratspräsidentin Doris Bures (oben) und Bundeskanzler Karl Nehammer, Vizkanzler Werner Kogler und Bundesministerin Eleonore Gewessler (v.r.)

mit zahlreichen persönlichen Anmerkungen von seinem Manuskript ab, doch blieb er bei seinen zentralen Aussagen.

Die Rede von Bundespräsident Alexander Van der Bellen in Auszügen

Hohe Bundesversammlung, sehr verehrte Ehrengäste, liebe Zuseherinnen der Live-Übertragung. Liebe Österreicherinnen und

Österreicher und alle Menschen, die in unserem wunderschönen Österreich leben! Ich freue mich, daß ich nach sechs Jahren wieder hier stehen darf. Das habe ich Ihnen zu verdanken, liebe Wählerinnen und Wähler! Danke vielmals.

Meine Damen und Herren, wir werden unseren gewohnten Alltag verändern müssen. Denn sonst laufen wir Gefahr, unsere

Zukunft abzuschaffen. Genaugenommen sind wir schon dabei. Zu viele sehen unsere Zukunft nicht mehr als hoffnungsfrohen Ort, an dem unsere Kinder es einst besser haben werden als wir. Manche von uns glauben nicht mehr an eine Wendung zum Guten.

Van der Bellen will Hoffnung auf die Zukunft geben

Andere sind so sehr mit den Herausforderungen der Gegenwart beschäftigt, daß sie meinen, sich Zukunftsgedanken nicht leisten zu können. Einige haben das Gefühl, die Zukunft war einmal, bei den Eltern. Das ist nichts für sie. Es gibt nur das Hier und Jetzt. Wieder andere verfallen in schiere Panik und apokalyptische Befürchtungen. Zu Leopold Figls Zeiten hatten wir nichts, aber wir hatten die Hoffnung. Glaubt man den aktuellen Umfragen, so scheint es fast, als hätten wir alles, außer die Hoffnung. Meine Damen und Herren, es ist unser aller Aufgabe, ein Bild von einer Zukunft zu entwerfen, auf die man sich wieder freuen kann.

Wir alle entwerfen dieses Bild durch unser tägliches Handeln. Wir entwerfen dieses Bild, indem wir als Politikerinnen und Politiker nicht nur auf unser eigenes Klientel und unsere unmittelbaren Gesinnungsgenossen achten, sondern auf das Wohl des ganzen Staates. Wir entwerfen dieses Bild, indem wir

Foto: Parlamentsdirektion



Ein Blick auf die 19. Bundesversammlung im restaurierten Bundesratssal

Innenpolitik

auch Dinge vertreten, die uns nicht schnell, schnell in Meinungsumfragen helfen, aber von denen wir wissen, daß sie richtig und gut für unser Land sind.

Wir entwerfen das Bild einer Zukunft, auf die man sich freuen kann, indem wir uns nicht unterkriegen lassen durch Rückschläge und Schwierigkeiten. Weil wir auf unsere Talente, unsere Fähigkeiten, unser Wissen und Können vertrauen. Und weil wir einander vertrauen. Weil wir uns nicht von der Angst steuern lassen.

Angst läßt uns erstarren. Angst kennt keine Zukunft. Lassen wir uns also nicht von der Angst das Bild unserer Zukunft diktieren. Sondern von der Zuversicht: „Wir kriegen das hin“ – das sind keine leeren Worte. Wie viel haben wir noch vor knapp einem Jahr, nach dem Angriff Rußlands auf die Ukraine, gehört vom Versiegen unserer Gassourcen. Wir würden nicht heizen können. Die Industrie stünde vor dem Untergang. Und wie viel davon ist eingetreten? Nicht viel. Im Gegenteil: Wir hatten letztes Jahr ein reales Wirtschaftswachstum von 4,7 Prozent, mehr als die größten Optimisten zu träumen wagten. Und die niedrigste Arbeitslosenquote seit 15 Jahren. Wer hätte das gedacht? Und auch unsere Gasspeicher sind aktuell voll. Auch da gab es verständlicherweise große Sorge, daß wir das nicht schaffen. Und selbstverständlich werden wir weiterhin sehr viel zu tun haben, das alles zu lösen. Aber wir haben es geschafft.

Wir alle. Nicht ein Politiker. Nicht eine Partei. Nicht eine Interessenvertretung. Nicht ein Wissenschaftler, eine Wissenschaftlerin. Nein. Das waren wir alle gemeinsam. Aber nicht, weil wir gemeinsam gejammert haben. Nicht, weil wir Schuldige gesucht haben. Nein! Weil wir etwas getan haben. Und wir können noch viel mehr schaffen. Wenn wir unsere Demokratie hochhalten und verteidigen. Denn sie ist das beste Instrument zur Willensbildung, das eine zukunftssichere Gemeinschaft nur haben kann.

Demokratie lebt von Kompromissen

Meine Damen und Herren, manche sagen: Unsere Demokratie ist in der Krise. Da ist schon etwas dran. Nehmen wir nur einen zentralen Baustein der Demokratie, den Kompromiß. Er wird von manchen gerne von vornherein als halb, als lauwarm, als faul bezeichnet. Können wir uns das wieder abgewöhnen? Denn was bedeutet Kompromiß? Er bedeutet, daß zwei Standpunkte, nennen wir sie A und B, von denen, die sie jeweils innehaben, verlassen werden. Und gemein-



Foto: Parlamentsdirektion / Bubu Dujmic

v.r.: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Bundespräsident Alexander van der Bellen mit seiner Ehefrau Doris Schmidauer und Bundesratspräsident Günter Kovacs

sam ein neuer, gemeinsamer Standpunkt C gefunden wird. Eine gemeinsame Lösung. Ein Kompromiß führt also zu einer Lösung. Das Beharren auf dem eigenen Standpunkt hingegen führt zu gar nichts. Es findet keine Entwicklung statt. Im schlimmsten Fall läuft dieses Beharren auf ein Entweder-oder hinaus, was letztlich nichts anderes bedeutet als eine Frontstellung, wo nichts weitergeht.

Der Kompromiß, das Herzstück unserer Demokratie, ist also etwas Gutes! Und wenn uns der Begriff schon zu uninspiriert klingt, dann ersetzen wir ihn doch durch das Wort: gemeinsame Lösung. Das Herz der liberalen Demokratie ist also das Finden einer gemeinsamen Lösung.

Wir können auch mit Menschen auskommen, die mit unserer persönlichen Weltsicht sehr wenig zu tun haben. Wir können das, wenn wir die so notwendige Kulturleistung des Respekts für den jeweils anderen aufbringen. Wenn es uns gelingt, über die Grenzen hinwegzusehen und die Fähigkeiten des anderen zu sehen. Das Gute im anderen zu sehen. Den ganzen Menschen zu sehen.

Verantwortungsvoller Umgang mit Informationen als Basis für Demokratie

Demokratie, meine Damen und Herren, das Finden einer gemeinsamen Lösung, fußt auf Information. Auf korrekter Information. Ohne eine intakte Medienlandschaft, die Themen umfassend aufbereitet und sich um „The Best Obtainable Version of the Truth“ bemüht, wie es Carl Bernstein, einer der Aufdecker der Watergate-Affäre, formuliert hat, ist auch unsere Demokratie nicht intakt. Denn wir brauchen ein gemeinsames Ver-

ständnis über die Beschaffenheit der Probleme, der Fakten und damit der Wirklichkeit. Hätte man mir vor zwanzig Jahren gesagt, daß es einst neben den Fakten auch noch sogenannte „alternative Fakten“ geben würde, die scheinbar gleichwertig danebenstehen – zur freien Auswahl sozusagen –, ich hätte es nicht für möglich gehalten. Es ist bestürzend, daß schlichte Tatsachen oder bestimmte wissenschaftliche Erkenntnisse auch von manchen politischen Playern bisweilen gelehnt und sogar abgestritten werden.

Wenn wir hier nicht klar auftreten und die Dinge beim Namen nennen, steht eines Tages unser gesamtes Gesellschafts- und Wertesystem infrage. Medien spielen dabei eine wichtige Rolle und tragen eine große Verantwortung.

Und noch eine Entwicklung bereitet mir in diesem Zusammenhang Sorge: Wie uns Information erreicht und wie diese Information für uns vorselektiert und vor-ausgewählt wird. Viele von uns speisen ihren Blick auf die Welt mittlerweile aus sogenannten sozialen Medien. Das Bild der Welt wird dort mit Hilfe von Algorithmen gezeichnet, die vornehmlich Informationen filtern und pushen, welche nicht unbedingt wahr sein müssen, aber dafür ein möglichst hohes Aufregungspotential in sich tragen. Und die größte Aufregung entsteht nicht durch den objektiven Blick auf die Fakten, sondern durch möglichst radikale Überzeichnung und Verkürzung.

Meine Damen und Herren, gewöhnen wir uns bitte wieder ab, der puren Logik der Klicks zu folgen. Die künstliche Aufregtheit lenkt uns nur ab von den Dingen, die

Innenpolitik

wirklich wichtig sind. Die künstliche Aufgeregtheit verstellt uns den Blick auf die Zukunft. Und deshalb ist es eben von höchster Bedeutung, wie redlich eine Journalistin, ein Journalist recherchiert und berichtet. Dafür müssen aber auch die entsprechenden Rahmenbedingungen im Journalismus passen. Und deshalb sollten wir als Gemeinschaft, als Staat, Medien als wesentliche Säule unserer Demokratie sehen und für eine entsprechende Finanzierung sorgen. Denn liberale Demokratie überlebt nicht ohne korrekte Information.

Politik muß Rahmenbedingungen für gelungenes Zusammenleben schaffen

Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren sind die Erwartungen an die Politik stark gestiegen. Das mag auch daran liegen, daß wir plötzlich mit archaischen Ängsten konfrontiert wurden: Seuche und Krieg – schreckliche Plagen, die die meisten von uns nur aus Geschichtsbüchern kannten. Plötzlich war eine große Hoffnung da. Die Hoffnung der Bürgerinnen und Bürger, daß die Politik das alles regeln wird. Daß das einfach wieder weg geht. Daß alles wieder gut wird. Das ist nur zu menschlich.

Aber was kann Politik überhaupt leisten? Was muß sie leisten können? Politik muß Orientierung geben. Sie muß sagen, was sie weiß und was nicht. Sie muß evidenzbasiert agieren, also auf der Basis der letzten wissenschaftlichen Erkenntnisse. Politik muß im Dienste des gesamten Staates und nicht im Interesse einzelner handeln. Sie muß langfristig denken und nicht kurzfristigen Schlagzeilen hinterherrennen. Und sie muß helfen, daß wir mit unseren Ängsten umzugehen lernen. Indem wir aufeinander schauen. Indem wir die Ängste des anderen ernst nehmen.

Politik muß auch Rahmenbedingungen schaffen, daß Bürgerinnen und Bürger selbstverantwortlich agieren und sich entfalten können. Wirtschaftlich wie persönlich. Und sie sollte das auch von denen einfordern, die dazu in der Lage sind. Politik muß Lösungen vorschlagen. Sie muß die Agenda setzen und nicht nur surfen. Regieren. Nicht nur reagieren. Politiker müssen führen, nicht verführen. Meine Damen und Herren, Politik muß den Menschen die Wahrheit sagen, auch wenn sie unbequem ist.

Menschengemachter Klimawandel als wissenschaftliche Tatsache

Im Fall der Klimakatastrophe wäre es kurzfristig bequemer für alle, zu sagen, „Ja, ja, das Klima hat sich schon immer gewan-

delt, das ist völlig normal. Der Neusiedlersee hat einmal mehr, einmal weniger Wasser. Die Schipisten sind einmal weißer, einmal matschiger, aber wir sind eh ausgebuht. Das ist alles kein Grund, unser gewohntes Verhalten zu überdenken.“ Aber dieses bequeme Geschwätz ignoriert naturwissenschaftliche Tatsachen. Die Veränderungen des Klimas sind keine Fake News. Sondern jahrzehntelang wissenschaftlich untersuchte und belegte Fakten. Fakten, die zu ignorieren für die nachfolgenden Generationen lebensgefährlich ist. Wir haben jahrzehntelang versäumt, Treibhausgasemissionen deutlich zu reduzieren. Auch das ist eine Tatsache.

Ich verstehe nur zu gut, daß junge Menschen wütend und verzweifelt sind. Es geht um ihre Zukunft. Wir müssen etwas tun! Wir müssen so schnell wie möglich raus aus der fossilen Energie. Und wir können etwas tun. Ich will jedenfalls das Meinige dazu beitragen.

Bundespräsident verurteilt russischen Angriffskrieg gegen Ukraine

Meine Damen und Herren, vor fast genau einem Jahr hat Präsident Putin einen schrecklichen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen. Es ist herzzerreißend, wenn ich an all die unschuldigen Kinder, deren Mütter und Väter denke, Menschen, die einfach nur in Frieden leben wollen. Seit Monaten Bombenangriffe auf zivile Ziele und zivile Infrastruktur. Es ist schrecklich. Es ist verachtenswert. Aber genau deshalb müssen wir alle jetzt zusammenstehen und für das einstehen, woran wir glauben. Putin attackiert unsere Art zu leben. Er nennt uns verweich-

licht, er spricht vom dekadenten Westen. Weil er es nicht erträgt, daß wir in individueller Freiheit leben, daß hier jede und jeder so leben kann, wie er oder sie es möchte. Unser freies, europäisches Lebensmodell, aufgebaut auf dem hart erstrittenen Fundament der Menschenrechte, verteidigen wir gerade und müssen wir in Zukunft weiter verteidigen. Wir brauchen weiterhin europäische Solidarität, Wehrhaftigkeit und Entschlossenheit. Zugleich wird sich Österreich selbstverständlich wo und wann immer das möglich sein wird, für den Frieden einsetzen. Die europäische Solidarität hat jedenfalls gerade in Zeiten der kriegerischen Bedrohung ihr Funktionieren unter Beweis gestellt. Wir können zweifellos viel als Europäische Union. Und zweifellos können wir noch viel mehr.

Allerdings müssen wir uns auch auf dieser Ebene der Wahrheit stellen. Und die ist, daß wir unsere globale Positionierung, unsere geostrategische Rolle erst finden und verteidigen müssen. Denn auch hier stehen wir vor großen Umwälzungen, die wir mitbestimmen können, wenn wir uns rechtzeitig darum kümmern. Andernfalls werden andere über uns bestimmen.

Solidarische Gesellschaft und Wohlfahrtsstaat erhalten

Meine Damen und Herren, Solidarität auf europäischer Ebene ist das eine. Aber wir brauchen natürlich auch innerhalb Österreichs Zusammenhalt. Zwischen denen, die es leichter haben, und denen, die mehr zu kämpfen haben. Wir dürfen niemanden zurücklassen. Insbesondere die Folgen des schrecklichen Angriffskrieges, die Teuerung,



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

v.l.: Bundesratspräsident Günter Kovacs, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures und Dritter Nationalratspräsident Norbert Hofer

Innenpolitik



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Stehender Beifall für Alexander Van der Bellen nach seiner nunmehr zweiten Angelobung zum Bundespräsidenten

unter der viele Menschen leiden, müssen wir gemeinsam weiterhin bekämpfen. Und es ist wichtig, daß all unsere Handlungen unseren Wohlfahrtsstaat, unser Sozial-, unser Gesundheits-, und unser Pensionssystem befördern, verbessern und nachhaltig absichern.

Und noch etwas werde ich nicht müde zu betonen: Alle, egal welchen Geschlechts, vor allem aber die Mädchen und jungen Frauen in Österreich, sollen in eine Welt wachsen, in der alle Menschen die gleichen Chancen haben. Und diese Gleichberechtigung ist leider alles andere als sichergestellt. Wir müssen das zur echten Priorität machen. Und endlich handeln und echte Verbesserungen erreichen. Von der Kinderbetreuung bis zu Karrierechancen. Wir können und dürfen auf die Talente der Hälfte unserer Bevölkerung nicht leichtfertig verzichten. Die vielfältige Diskriminierung von Mädchen und Frauen schadet unserer Gesellschaft und muss endlich aufhören.

Meine Damen und Herren, vor etwa einer halben Stunde habe ich gelobt, meine Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen. Ich werde das wörtlich nehmen.

Van der Bellen legt Bekenntnis zur Europäischen Union ab

Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union steht nicht zur Debatte. Der Nutzen und Wert der Europäischen Union steht außer Frage. Die Europäische Vereinigung ist die beste Idee, die wir je hatten. Wer mit der Idee eines Öxit auch nur spielt, spielt mit der Zukunft Österreichs.

Die Grund- und Freiheitsrechte, die Menschenrechte, die Minderheitenrechte sind unantastbar. Dieser Grundkonsens unserer Republik steht außer Frage. Eine Verletzung dieser grundlegenden Rechtsprinzipien ist für mich eine Rechts- und Gewissensfrage, und ich werde mit der notwendigen Klarheit und Schärfe darauf reagieren. Das gilt genauso für den Respekt vor den Institutionen der liberalen Demokratie. Dieser Respekt vor der Demokratie, vor der Verfassung, vor unserem Parlament und seinen Vertreterinnen und Vertretern, vor dem Rechtsstaat, dem Verfassungsgerichtshof, und der Respekt vor der vierten Gewalt im Staat, vor den Medien, dieser muß vollinhaltlich gewahrt und aus tiefstem Demokratenherzen gemeint sein.

Staatsoberhaupt erinnert an Verbrechen der NS-Zeit

Meine Damen und Herren, die dunkelste Seite unserer Geschichte, der verheerende Nationalsozialismus mit seiner mörderischen Ideologie, darf sich niemals wiederholen. Nie wieder! Und deshalb müssen wir alle sehr genau hinsehen und alles tun, um antidemokratische, die Würde des Menschen verletzende, autoritäre Tendenzen rechtzeitig und entschlossen zu stoppen.

Unser oberstes Ziel muß es werden, daß unsere Jugend wieder an eine gute Zukunft glaubt. Dazu muß sie von klein auf Zugang zur besten Bildung haben, die wir als Gesellschaft nur bieten können. Alles, was unseren Kindern schadet, dürfen wir nicht zulassen. Das betrifft besonders die langfristigen Folgen der Klimakrise.

Meine Damen und Herren, wenn Sie jetzt hinausgehen, dann bitte ich Sie, daran zu denken, daß das, was Sie tun, wie Sie miteinander umgehen, das Bild unserer Zukunft zeichnet. Bitte vergessen Sie das nicht. Ich werde Sie gerne daran erinnern. Nach bestem Wissen und Gewissen.

Innenpolitik

Ich freue mich, für weitere sechs Jahre Ihr Bundespräsident sein zu dürfen. Und danke Ihnen für Ihr Vertrauen. Es lebe die Republik! Es lebe unser wunderschönes Österreich! Es lebe unsere friedliche, europäische Zukunft!

Nationalratspräsident Sobotka dankt Van der Bellen für gute Zusammenarbeit dem mit Parlament

In seiner Rolle als Vorsitzender der Bundesversammlung gratulierte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka dem angelobten Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen zu seiner Wiederwahl und bedankte sich für die gute Zusammenarbeit mit dem Parlament in den letzten sechs Jahren. Bei der 19. Bundesversammlung erneuerte Van der Bellen die Gelöbnisformel für seine zweite Amtszeit vor dem gemeinsamen Gremium des Nationalrats und des Bundesrats.

Das, was Van der Bellen bereits bei der Angelobung zu seiner ersten Amtszeit – auf den Tag genau vor sechs Jahren – ansprach, habe auch heute noch volle Aktualität, sagte Sobotka. Durch multiple Krisen seien die gesellschaftlichen Herausforderungen noch deutlicher zu Tage getreten. Der Bundespräsident habe in diesen neuartigen Situationen, die die Welt noch nie erlebt hat, einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, in Österreich Stabilität zu gewährleisten, sagte der Präsident des Nationalrats im voll besetzten historischen Bundesversammlungssaal des neu renovierten Parlamentsgebäudes.

In seiner Ansprache zitierte Sobotka seinen Amtsvorgänger Andreas Khol: „Der Bundespräsident vertritt die Republik Österreich nach außen, gleichzeitig steht er für die Integration nach innen. Der Bundespräsident soll Identitätsperson, Leitbild, Vertrauensgeber für alle Österreicherinnen und Österreicher sein. Er ist der Wahrer des rechtsstaatlichen Verfahrens der Organe der Republik, er ist einer der Hüter unserer Verfassung.“ Daraus hob der Nationalratspräsident hervor, daß Van der Bellen stets als Türöffner und Brückenbauer agiert und Österreichs Ansehen international gestärkt habe. Er habe sich von der tagespolitischen Aktualität nicht in „Geiselhaft“ nehmen lassen, sondern Österreichs positive Seiten unterstrichen, die großen wesentlichen Dinge angesprochen, dabei dem Rechtsstaat große Beachtung gezollt und immer wieder die verfassungsmäßigen Grundlagen ins Bewußtsein gerufen.

Die Rechtsstaatlichkeit sei die Basis der demokratischen Verfaßtheit und habe allen Staatsgewalten als oberstes Gebot zu gelten.

Mit Verweis auf Konrad Adenauer, der meinte, daß Demokratie mehr sei als eine parlamentarische Regierungsform – nämlich eine Weltanschauung, die in der Auffassung von Würde, dem Wert und den unveräußerlichen Rechten eines jeden einzelnen Menschen wurzele – sprach Sobotka die Menschenrechte als integraler Teil der Verfassung an.

Die Demokratie würde etwa vor dem Hintergrund des Vertrauensverlusts von Parteien, Populismus oder Antisemitismus zwar immer wieder auf dem Prüfstand gestellt werden, sich aber in Krisen stets bewähren. Sie sei resilient genug, um Freiheit und Wohlstand zu gewährleisten. „Sind wir wachsam genug, Veränderungen zu erkennen? Haben wir Mut, Wahrheiten zu benennen?“, stellte Sobotka in den Raum und meinte, eine liberale, inklusive Demokratie würde sich allen Fragen stellen. Die Antworten darauf dürften klar und deutlich sein und auf einem Wertegerüst fußen, jedoch respektvoll und wertschätzend gegeben werden, betonte der Nationalratspräsident und appellierte an den Bundespräsidenten, in dieser Hinsicht ein Leitbild und Vertrauensgeber zu sein.

Kovacs: Van der Bellen bürgt für verantwortungsvollen Umgang mit gegenwärtigen Herausforderungen

Ein Zeichen für Stabilität, Kontinuität und Sicherheit sah Bundesratspräsident Günther Kovacs in der Angelobung Alexander Van der Bellens zu seiner zweiten Amtsperiode als Bundespräsident. Vor der zu diesem Zweck zusammengetretenen 19. Bundesversammlung sprach er über die Bedeutung von politischem Gestaltungswillen in krisenhaften Zeiten, dem Wert der Demokratie als Grundlage von Freiheit und Selbstbestimmung und der Rolle des Bundespräsidenten in der Festigung des Vertrauens in die demokratischen Institutionen.

Politischer Gestaltungswille und Zusammenhalt gegen die Krisen der Zeit

Es sei ein besonderer Tag für die Demokratie in Österreich. Nachdem vor zwei Wochen beide Kammern des Parlaments wieder an den „zentralen Ort der Demokratie“ zurückkehrten, könne nun auch die Angelobung des wiedergewählten Bundespräsidenten wieder im „beeindruckenden historischen Sitzungssaal“ der Bundesversammlung stattfinden, zeigte sich Kovacs erfreut. Der damit vollzogene Beginn der zweiten Amtszeit Alexander Van der Bellens bedeute für die Republik Stabilität, Sicherheit und

Kontinuität. Er bürgte für Umsicht an der Staatsspitze sowie einen verantwortungsvollen Umgang mit den mannigfaltigen Herausforderungen der Zeit.

Die Auswirkungen der Pandemie und des Krieges in der Ukraine, die gegenwärtige Teuerung sowie der Reformbedarf in Kovacs Schwerpunktthema während seiner Präsidentschaft in der Länderkammer – dem Gesundheits- und Pflegebereich – verlangten nach politischem Gestaltungswillen. Ein „starker Staat“ müsse den BürgerInnen in krisenhaften Zeiten Sicherheit geben und für ein leistbares Leben auch für Menschen mit geringem Einkommen sorgen. Um die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinanderklaffen zu lassen und den sozialen Frieden zu sichern, brauche es vor allem Zusammenhalt, rekurrierte Kovacs auf Van der Bellens Rede bei seiner Angelobung vor sechs Jahren.

In dieser Rede habe der Bundespräsident auch von bevorstehenden „schwierigen Zeiten“ gesprochen, womit er recht behalten habe, wie Kovacs bedauerte. Weder die Pandemie, noch der Ukraine-Krieg mit seinen verheerenden Folgen seien damals vorhersehbar gewesen.

Kovacs über die »Demokratie der Nähe« und Van der Bellen als Vorbild

Schließlich gebe es auch Anzeichen für eine Krise des demokratischen Systems, die laut Kovacs ernst zu nehmen seien. Wachsamkeit gegenüber Versuchen, das Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen zu untergraben, sei geboten. Doch es liege an den RepräsentantInnen dieser Institutionen selbst, die richtigen Schlüsse aus dem Unmut zu ziehen und somit das Vertrauen wieder zu stärken, führte Kovacs aus. Es stehe nicht weniger auf dem Spiel als die Freiheit jedes Einzelnen.

Glaubwürdigkeit, Integrität, Transparenz in den Entscheidungen, ein respektvoller Umgang miteinander sowie ein offenes Ohr für die Anliegen der Menschen seien Bestandteile einer „Demokratie der Nähe“, wie sie in den Ländern und Gemeinden bereits praktiziert werde. Bundespräsident Alexander Van der Bellen könne laut Kovacs als Vorbild in der Verkörperung dieser Prinzipien betrachtet werden. In „stürmischen Zeiten“ gebe Österreich festen Halt, womit die aktuellen Krisen bewältigbar würden und die Menschen mit Hoffnung in die Zukunft blicken könnten. ■

<https://www.parlament.gv.at/>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Saniertes Parlamentsgebäude begrüßte erste BesucherInnen

Die Parlamentsspitze öffnete die Tore für zwei Tage der offenen Tür



Foto: Parlamentsdirektion / Michael Buchner

Parlament verbindet – Tag der offenen Tür am 14. Jänner 2023 – großer Andrang vor dem Parlamentsgebäude

Nach über 130 Jahren beinahe ununterbrochenen Betriebs war das Parlamentsgebäude am Ende seiner technischen Lebensdauer angelangt. Um das Bauwerk zu bewahren und fit für die Zukunft zu machen, wurde 2014 die Sanierung des Gebäudes an der Wiener Ringstraße von den Parlamentsfraktionen einstimmig beschlossen. Von 2014 bis 2017 wurden umfassende vorbereitende Maßnahmen getroffen, ein Ausweichquartier in der Hofburg und am Heldenplatz geschaffen und 2017 schließlich der komplette parlamentarische Betrieb abgesiedelt. 2018 begannen die Baumaßnahmen. Nach fünfjähriger Sanierung erstrahlt das Gebäude nun in neuem Glanz.

Sanierung des Parlamentsgebäudes

Saniert wurden rund 55.000 m² Nettogeschossfläche, 740 Fenster und 600 historische Türen sowie 500 historische Luster und Leuchten. Die Nutzfläche wurde um rund 10.000 m² erweitert. Die wesentlichen architektonischen Neuerungen sind die neue Glaskuppel über dem Nationalratssaal mit einem Durchmesser von 28 Metern und

einer Fläche von 550 m². Damit fällt erstmals Tageslicht in den Saal.

Direkt unter der Kuppel befindet sich der neue BesucherInnenumgang „Plenarium“. Der Nationalratssaal wurde zudem abgeflacht und das Plenum teilweise neu angeordnet, um Barrierefreiheit zu gewährleisten.

Die gesamte Beletage wurde funktional neu gegliedert. Ausschußlokale wurden neu angeordnet, der ehemalige Budgetsaal wurde zum Bundesratssaal umgebaut. Im Dachgeschoß wurden bisher ungenutzte Flächen ausgebaut. So entstanden das 800 m² große Restaurant Kelsen, vier insgesamt 400 m² große Terrassen und zwei verglaste Multifunktionsräume. Das gesamte Dach wurde neu eingedeckt, vier neue Haupttreppenhäuser sorgen erstmals für eine zentrale Anbindung aller Ober- und Untergeschoße.

Auch im Erdgeschoß wurden bisher für die Öffentlichkeit nicht zugängliche Flächen erschlossen. Unter dem Nationalratssaal und unter dem Bundesversammlungssaal entstanden zwei (Untersuchungs-)ausschußlokale. Highlight für BesucherInnen ist das neue BesucherInnenzentrum „Demokratikum –

Erlebnis Parlament“, das auf 1.500 m² direkt unter der Säulenhalle und in angrenzenden Sälen geschaffen wurde.

Wesentliche Grundsätze der Sanierung wurden im gesamten Gebäude verwirklicht. Das Haus wurde mit moderner Technik ausgestattet und an aktuelle Sicherheitsstandards angepaßt. Dennoch stand im Fokus, historisch Wertvolles zu bewahren. Ein Team hochspezialisierter Restaurator:innen kümmerte sich deshalb vor Ort und in verschiedenen Fachwerkstätten um Denkmalschutz und Denkmalpflege.

Zentrales Ziel war zudem die Steigerung der Nachhaltigkeit des Parlamentsgebäudes. Die Dämmung der Gebäudehülle zur Steigerung der Heizeffizienz, die Installation einer bewegungs- und tageslichtabhängigen Lichtsteuerung sowie der Einbau von energieeffizienter Technik sind einige der umgesetzten Maßnahmen. Außerdem ist das Gebäude nun weitgehend barrierefrei. Sämtliche wesentliche Bereiche sind neben Treppenanlagen über barrierefreie Aufzugsanlagen, Hebeplattformen oder Treppenlifte zugänglich und mit taktilen Leitsystemen markiert. Bei der Ver-

Innenpolitik

mittlung von Informationen wurde das Zwei-Sinne-Prinzip umgesetzt. Das gesamte Sanierungsprojekt wurde vom 2014 konstituierten Bauherrenausschuß begleitet, dem neben den Mitgliedern der Präsidialkonferenz auch die Rechnungshofpräsidentin angehört. Für NutzerInnenfragen wurde das projektbegleitende Gremium Nutzerbeirat gegründet, an dessen Sitzungen neben ParlamentarierInnen und Mitgliedern der Parlamentsdirektion auch der Monitor von Transparency International teilgenommen hat.

Die in Wien ansässige Bietergemeinschaft Jabornegg & Pálffy_AXIS wurde nach einem europaweiten Vergabeverfahren 2014 als Generalplaner beauftragt. Mit dem Bau-Management war die Bundesimmobiliengesellschaft betraut. Die Projektsteuerung oblag Vasko+Partner Ingenieure. Als Örtliche Bauaufsicht fungierte die Bietergemeinschaft Werner Consult – Wendl ZT GesmbH. Mit der begleitenden Kontrolle wurde die iC consulenten Ziviltechniker GmbH betraut. Über 100 Baufirmen aus ganz Österreich wirkten an der Sanierung des Parlamentsgebäudes mit. Vom Dach aus dem Burgenland über Möbel aus der Steiermark bis zum Wapenadler, der durch die Arbeit einer oberösterreichischen Metallwerkstatt wieder in



Foto: Parlamentsdirektion / Arman Rastegar

Beim Durchtrennen des Eröffnungsbandes (v.l.): 3. Nationalratspräsident Norbert Hofer, Bundesratspräsident Günter Kovacs, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, 2. Nationalratspräsidentin Doris Bures und Parlamentsdirektor Harald Dossi

altem Glanz erstrahlt, waren größtenteils heimische kleine und mittelständische Betriebe am Werk. In Spitzenzeiten waren bis zu 550 ArbeiterInnen gleichzeitig auf der Baustelle tätig.

Der Gesamtkostenrahmen wurde im Jahr 2014 einstimmig per Gesetz festgelegt. Die Kosten für die Sanierung wurden mit 352,2

Mio. €, jene für die Interimslokation und die Übersiedlung mit 51,4 Mio. € – jeweils mit einer Reserve von 20 Prozent – festgelegt. Im November 2020 wurde eine nachträgliche Kostenüberschreitung um 20 Prozent beschlossen und damit die Reserve aktiviert. Die Schlußabrechnung für das Gesamtprojekt erfolgt voraussichtlich mit Ende des



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

Ein Blick in den komplett wiederhergestellten Sitzungssaal des Nationalrats mit der beeindruckenden gläsernen Decke

Innenpolitik

Jahres 2023. Ein Restrisiko von rund 2-3 Prozent besteht weiterhin.

Inbetriebnahme, Rückübersiedlung, Ausweichquartier

Bevor der parlamentarische Betrieb in einem so großen, umfassend sanierten Gebäude starten kann, war ein komplexer Prozess der Inbetriebnahme nötig. In 47 Einzelprojekten – von der Möblierung, der Ausstattung mit Medientechnik, der IT im gesamten Haus bis zur Organisation von Sicherheits- und Logistikabläufen – wurde das Haus koordiniert „hochgefahren“. In zahlreichen Probesitzungen wurde der Sitzungsbetrieb von Nationalrat und Bundesrat simuliert. Eine enorme logistische Herausforderung war auch die Rückübersiedlung von insgesamt 800 Arbeitsplätzen, bis zu 6.400 Umzugskartons und rund 3.000 Klein- und Sonderinventargegenständen.

Nach der Rückübersiedlung ins sanierte Parlamentsgebäude werden die in der Hofburg genutzten Bereiche wieder an die Burghauptmannschaft übergeben. Die Pavillons (im Bibliothekshof und am Heldenplatz) werden seit 20. Februar 2023 abgebaut. Der Abbau wird einige Monate in Anspruch nehmen. Konkrete Projekte für eine Wiederverwendung werden derzeit geprüft.

Neue Services für BesucherInnen

Ein wesentliches Ziel der Sanierung des Parlamentsgebäudes war die weitere Öffnung des Hauses für BürgerInnen. Das neue BesucherInnenzentrum „Demokratikum – Erlebnis Parlament“ bietet in insgesamt 27 Medienstationen Informationen über Parlamentarismus und Demokratie. Die Inhalte sind interaktiv gestaltet und richten sich an Personen aller Altersgruppen und Bildungstufen. Umfassend ausgebaut wurde außerdem das Führungsangebot. Neben einer neuen Architekturführung durch das Hohe Haus gibt es im Laufe des Jahres 2023 weitere neue Führungsformate für verschiedene Altersgruppen, Themenführungen und barrierefreie Angebote.

Die Demokratiewerkstatt startet in ihren neuen Räumlichkeiten im Plenarium und den angrenzenden Räumen sowie im Palais Epstein mit einem erweiterten Angebot. Es gibt insgesamt sieben Workshops, die sich an Kinder und Jugendliche zwischen acht und 19 Jahren richten. Dazu kommen drei Online-Formate und das Lehrlingsforum.

Neue Angebote gibt es auch in der Bibliothek und dem Archiv des Parlaments. Handelte es sich früher um eine Präsenzbi-



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Das generalsanierte Untere Vestibül erstrahlt in neuem Glanz.



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Auditorium: Blick auf die Medientische „Medien und Demokratie“ und „Plattformen – Die neuen Öffentlichkeiten im Internet“, die LED-Wand sowie die Fotoausstellungen „Global Peace Photo Award“ (links) und „Zeitzeugen“

bliothek, können nun erstmals auch Bücher entlehnt werden. Das Mittelmagazin ist nun für BesucherInnen geöffnet und beheimatet neben einem Freihandbereich auch eine Ausstellung. Ein weiteres neues Angebot für BesucherInnen ist die Parlamentsgastronomie „Kelsen“. Benannt nach dem Schöpfer der österreichischen Bundesverfassung Hans Kelsen, heißt das „Kelsen“ neben ParlamentarierInnen und MitarbeiterInnen des Parlaments auch externe Gäste willkommen. Restaurant, Cantina und Bistro sind im Dachgeschoß verortet, das Café Agora im Erdgeschoß.

Mit der Sanierung wurde auch das Kunst- und Kulturprogramm räumlich wie inhaltlich erweitert. Als Kurator fungierte der Direktor des Leopold Museum Hans-Peter Wipplinger. Nach Abstimmung mit dem Bundesdenkmalamt und Präsentationen vor Vertreter:innen aller Parlamentsfraktionen wurden 13 In-Situ-Arbeiten von zehn österreichischen KünstlerInnen sowie bereits bestehende Werke von zwei Künstlern im Haus installiert. Die projektierten Gesamtkosten belaufen sich auf rund 1,8 Mio. €.

<https://www.parlament.gv.at/oe parl2023>

Quelle: Parlamentskorrespondenzat

Innenpolitik

Niederösterreich hat gewählt

Am 29. Jänner waren 1.288.838 NiederösterreicherInnen aufgerufen, einen neuen Landtag zu wählen, bei einer Wahlbeteiligung von 71,56 % (66,56 % LTW 2018) brachten 899.837 gültig abgegebene Stimmen (908.339 LTW 2018) folgendes Ergebnis:

ÖVP: 359.338 Stimmen, 39,93 % (450.812/49,63 % LTW 2018), verlor somit 9,70 Prozentpunkte und erhält 23 Mandate (29/2018)

SPÖ: 185.861 Stimmen, 20,65 % (217.289/23,92 % LTW 2018), verlor somit 3,27 Prozentpunkte und erhält 12 Mandate (13/2018)

FPÖ: 217.639 Stimmen, 24,19 % (134.085/14,76 % LTW 2018), gewann somit 9,43 Prozentpunkte und erhält 14 Mandate (8/2018)

Grüne: 68.276 Stimmen, 7,59 % (58.401/6,43 % LTW 2018), gewannen somit 1,16 Prozentpunkte und erhalten 4 Mandate (3/2018)

NEOS: 60.024 Stimmen, 6,67 % (46.801/5,15 % LTW 2018), gewannen somit 1,52 Prozentpunkte und erhalten 3 Mandate (3/2018)

34 % sagen in einer Umfrage von SORA, daß sich Niederösterreich seit der letzten LTW negativ entwickelt hat. 2018 meinten das hingegen nur 16 %. Damit hat sich der Anteil jener, die eine negative Entwicklung sehen, mehr als verdoppelt. Demgegenüber

stehen 23 %, die eine positive Entwicklung wahrgenommen haben und 38 %, die keine Veränderung sehen (die verbleibenden 5% haben keine Einschätzung abgegeben). Das Thema „Inflation und steigende Preise“ ist klar jenes Thema, über das die Menschen im am intensivsten diskutiert haben.



Foto: NLK/Burchhart

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) und Udo Landbauer (FPÖ)

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner seitens der Volkspartei Niederösterreich und Klubobmann Udo Landbauer seitens der

FPÖ Niederösterreich informierten am 27. März – nachdem die Sondierungsgespräche mit der SPÖ Niederösterreich gescheitert waren – über das Arbeitsübereinkommen, auf das sich beide Parteien geeinigt haben. Am 23. März findet die konstituierende Sitzung des neugewählten Landtags statt – mit der erneuten Wahl von Johanna Mikl-Leitner zur Landeshauptfrau Niederösterreichs. ■

<https://www.noe.gv.at/wahlen/L20231/Index.html>

Kärnten hat gewählt

Am 5. März waren 428.929 KärntnerInnen aufgerufen, einen neuen Landtag zu wählen, bei einer Wahlbeteiligung von 71,59 % (68,63 % LTW 2018) brachten 302.630 gültig abgegebene Stimmen (294.092 LTW 2018) folgendes Ergebnis:

SPÖ: 117.797 Stimmen, 38,92 % (140.994/47,94 % LTW 2018), verlor somit 9,02 Prozentpunkte und erhält 15 Mandate (18/2018)

FPÖ: 74.301 Stimmen, 24,55 % (67.538/22,96 % LTW 2018), gewann somit 1,59 Prozentpunkte und erhält 9 Mandate (9/2018)

ÖVP: 51.549 Stimmen, 17,03 % (45.438/15,45 % LTW 2018), gewann somit 1,58 Prozentpunkte und erhält 7 Mandate (6/2018)

Köfer: 30.526 Stimmen, 10,09 % (16.667/5,67 % LTW 2018), gewann somit 4,42 Prozentpunkte und erhalten 5 Mandate (3/2018)

Grüne: 11.652 Stimmen, 3,85 % (9.188/3,12 % LTW 2018), gewannen somit 0,73 Prozentpunkte und kommen nicht in den Landtag

NEOS: 7.836 Stimmen, 2,59 % und kommen nicht in den Landtag (5 %-Hürde).

Wie die SORA-Wahlanalyse zeigt, wird die Entwicklung Kärntens in den vergangenen fünf Jahren unterschiedlich beurteilt. Mit 34 % fällt ein Drittel ein positives Urteil,



Foto: <https://tvthek.orf.at>

v.l.: ORF-Kärnten Chefredakteur Bernhard Bieche, Olga Voglauer (Grüne), Martin Gruber (ÖVP), Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ), Erwin Angerer (FPÖ), Gerhard Köfer (Team Kärnten) und Susanne Schnabl (ORF)

28 % blicken negativ auf die letzten fünf Jahre zurück.

Im Vergleich zur letzten Landtagswahl ist diese Bilanz deutlich schlechter: 2018 beurteilten noch 45 % die Entwicklung positiv und nur 17 % sprachen ein negatives Urteil aus. Jeweils ein gutes Drittel der Befragten sah damals wie heute keine Veränderung im Land. Die Mehrheit der KärntnerInnen vertraut auf

die Lösungskompetenz der Politik: 23 % haben sehr, 38 % ziemlich großes Vertrauen darin, daß die Landespolitik Probleme lösen kann. 25 % bzw. 10 % glauben wenig bzw. gar nicht daran. Die Teuerung beschäftigte am meisten. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) hat Koalitionsgespräche mit Martin Gruber (ÖVP) aufgenommen. ■

<https://www.ktn.gv.at/wahlen/ltwahl2023/>

KMU als wesentliche Säule der österreichischen Wirtschaft

Wirtschaftsminister Martin Kocher legt Bericht vor:
Kleine und mittlere Unternehmen im Fokus 2022

Knapp zwei Drittel der Umsätze und der Bruttowertschöpfung der österreichischen Wirtschaft gehen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zurück, hält Wirtschaftsminister Martin Kocher in der Einleitung zum Bericht „KMU im Fokus 2022“ fest. Im Jahr 2021 gab es demnach in Österreich rund 366.500 Klein- und Mittelunternehmen, was einem Anteil von 99,7 % aller Unternehmen der marktorientierten Wirtschaft des Landes entspricht.

KMU über Vorkrisen-Niveau mit neuen Herausforderungen

Nach Einbrüchen 2020 aufgrund der Corona-Pandemie kam es 2021 zu einem erneuten Wachstum des KMU-Sektors. Die reale (+7 %) sowie nominelle (+10 %) Bruttowertschöpfung lag 2021 bereits wieder über dem Niveau von 2019, so der Bericht. Die Beschäftigung (2021: +3 %) hat demzufolge nach vorläufigen Daten im Jahr 2022 das Vorkrisen-Niveau wieder erreicht.

Zu den neuen Herausforderungen für KMU zählen laut Bericht die stark gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise sowie Lieferkettenprobleme, der Fachkräftemangel, ein geringer Anteil an Risikokapitalfinanzierung oder die notwendigen Anpassungen im Sinne der Nachhaltigkeit sowie das Thema Digitalisierung. Was die Stärken und Resilienz-faktoren des Sektors betrifft, zeichnen sich dem Bericht zufolge Österreichs KMU im europäischen Vergleich unter anderem durch einen hohen Innovations- und Internationalisierungsgrad aus.

Um die österreichischen KMU bestmöglich zu unterstützen, setze die Bundesregierung vielfältige Maßnahmen um, heißt es im Bericht. Unter anderem soll die Lehrlingsausbildung weiter gestärkt werden, um auch so dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Im Rahmen neuer Lehrberufspakete werden laut Bericht die Berufsbilder der einzelnen Lehrberufe laufend an aktuelle wirtschaftliche, technische und gesellschaftliche Herausforderungen angepasst. Neben dem Lehrlings- und Lehrbetriebscoaching „Lehre statt Leere“ werde der „Digi-Scheck“ für Lehrlin-

ge verlängert, der berufliche Kompetenzen in den Bereichen Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Klimaschutz fördern soll.

An Unterstützung des Übergangs zu Nachhaltigkeit und Digitalisierung wird im Bericht unter anderem das Förderprogramm „KMU.DIGITAL“ angeführt. Das Förderbudget dafür umfasse für 2022/2023 11,4 Mio. €.

Im Bereich der Innovationsförderung der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) wurden dem Bericht zufolge im Jahr 2021 insgesamt 2.780 KMU unterstützt. Dies entsprechen 80 % aller geförderten Unternehmen. Bezogen auf die Gesamtförderung beträgt demnach der KMU-Anteil 44 % bzw. 195 Mio. €.

Erwähnt werden im Bericht auch die Entlastungspakete der Bundesregierung, um die Auswirkungen der aktuellen geopolitischen Krise für die heimischen Unternehmen abzufedern. Sie beinhalten unter anderem die Senkung der Energieabgaben, den Ausbau von Photovoltaik-Anlagen oder die Abfederung der Energiekostenanstiege durch den Energiekostenzuschuß.

Hervorgehoben werden auch ein Abbau regulatorischer Hürden und eine Verbesserung des Marktzugangs, etwa indem Firmenbuchgebühren gesenkt worden seien. Im Hinblick auf eine Verbesserung des Finanzierungszugangs wird unter anderem auf die Finanzierungsförderung der Austria Wirtschaftsservice GmbH (AWS) hingewiesen. So habe sie 2021 über 255.000 Förderzusagen (inkl. Covid-19-Hilfsmaßnahmen) erteilt und eine Finanzierungsleistung von 7,9 Mrd. € erbracht. Mehr als 95 % der Förderzusagen seien an KMU gegangen.

New Entrepreneurs als Vorreiter im Bereich »New Work«

Neben zahlreichen weiteren Daten und Fakten zu den KMU widmet sich der Bericht auch den sogenannten „New Entrepreneurs“. In den einleitenden Worten werden sie als Unternehmen beschrieben, die Vorreiter im Bereich „New Work“ seien und zukunftsorientierte Arbeitsweisen bereits leben wür-

den. Sie leisten demnach durch ihre Arbeitsmodelle und durch die Ausrichtung ihres Unternehmens einen wichtigen Beitrag zur digitalen und nachhaltigen Transformation der Wirtschaft. Beleuchtet werden im Bericht dazu etwa die Bereiche Social Entrepreneurs, Start-ups, Kreativwirtschaft, hybride UnternehmerInnen sowie Crowdfunding bzw. Plattformarbeit.

An Maßnahmen zur Unterstützung von New Entrepreneurship werden im Bericht unter anderem Bewußtseinsbildung wie der „Social Impact Award“, Förderungen über „AWS Eigenkapital“ oder ein neuer „Venture Capital Fund F“, der Risikokapital speziell für von Frauen gegründete Start-ups bieten soll, genannt.

In Zusammenhang mit den unterschiedlichen Formen von New Entrepreneurship haben dem Bericht zufolge auch Ein-Personen-Unternehmen (EPU) an Bedeutung gewonnen. In Österreich gab es demnach im Jahr 2021 insgesamt 153.000 EPU innerhalb der marktorientierten Wirtschaft, was einem Anteil von mehr als 40 % an allen Unternehmen entspricht. Die österreichischen EPU haben dem Bericht zufolge 2021 einen Gesamtumsatz von rund 35,5 Mrd. € erzielt. Die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten habe sich auf 9,3 Mrd. € belaufen. Damit misst der Bericht den EPU rund 4 % der Umsätze und der Bruttowertschöpfung der marktorientierten Wirtschaft zu. Zwischen 2011 und 2021 seien EPU stärker gewachsen (+31 %) als die Gesamtzahl der KMU (+19 %). Wesentliche Treiber für den stärkeren Zuwachs der EPU seien etwa der Strukturwandel hin zu persönlichen, wirtschaftlichen und wissensintensiven Dienstleistungen oder auch sinkende Markteintrittsbarrieren beispielsweise aufgrund der Informations- und Kommunikationstechnologien.

<https://www.bmaw.gv.at/>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

WIFO-Konjunkturklimaindex

Entspannung auf den Energiemärkten verbessert die Unternehmensstimmung

Der WIFO-Konjunkturklimaindex hat sich im Jänner erneut leicht verbessert. In der Sachgütererzeugung ging der Index der aktuellen Lagebeurteilung zwar weiter zurück, die Erwartungen für die kommenden drei Monate hellten sich jedoch auf. Der Preisdruck aus dem Ausland läßt allmählich nach, treibt aber verzögert die Verbraucherpreise und damit die Inflationsrate.

„Trotz schwacher Konjunktur beklagen viele Unternehmen einen Mangel an Arbeitskräften. Zwar stieg die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse nach Überwindung der Covid-19-Krise stark an, jedoch liegt das Volumen der geleisteten Arbeitsstunden noch immer unter dem Vorkrisenniveau“, so der Autor des aktuellen Konjunkturberichtes Marcus Scheiblecker.

Wie Vorlaufindikatoren bereits angedeutet hatten, schrumpfte die heimische Wirtschaft im IV. Quartal 2022. Trotz eines BIP-Rückgangs um 0,7% gegenüber dem Vorquartal ergab sich für das Gesamtjahr 2022 ein Wirtschaftswachstum von 4,7% (real, vorläufig).

Die Industrie (ÖNACE 2008, Abschnitte B bis E) verzeichnete im IV. Quartal einen leichten Anstieg ihrer Wertschöpfung gegenüber der Vorperiode, die Bauwirtschaft dagegen einen deutlichen Rückgang um 0,9%. Noch stärker fiel er in den Bereichen Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Verkehr sowie Beherbergung und Gastronomie mit insgesamt -2,7% aus. Während die hohe Inflation den realen Konsum der privaten Haushalte dämpfte, stimulierten Investitionen und die Nachfrage aus dem Ausland die heimische Wirtschaft.

Der WIFO-Konjunkturtest vom Jänner 2023 belegt die derzeitige konjunkturelle Schwäche in Österreich. Sowohl in der Sachgütererzeugung als auch in der Bauwirtschaft schätzten die befragten Unternehmen die aktuelle Lage abermals pessimistischer ein als in den Vormonaten. Eine Verbesserung ergab sich lediglich im Dienstleistungsbereich. Bei den Erwartungen zur künftigen Geschäftslage, die sich zwischen Frühjahr und Herbst 2022 deutlich eingetrübt hatten, ist seit November wieder ein Aufwärtstrend zu beobachten.

Die Inflationsrate hatte in Österreich im Oktober 2022 mit 11% einen vorläufigen

Beschäftigung und Arbeitsvolumen



Während die Zahl der unselbständig aktiven Beschäftigungsverhältnisse im III. Quartal 2022 bereits um 3,3% höher war als vor der Covid-19-Krise, lag das Arbeitsvolumen noch darunter (Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO; saison- und arbeitstagsbereinigt).

Höchstwert erreicht und war in den beiden Folgemonaten – wie auch im Euro-Raum – wieder gesunken. Anders als im Durchschnitt des Euro-Raums setzte sich dieser Rückgang im Jänner 2023 nicht weiter fort, vielmehr schnellte die Rate in Österreich erneut in die Höhe und übertraf mit 11,1% den Wert von Herbst 2022.

Das Nachlassen der Konjunktur spiegelt sich seit kurzem auch auf dem Arbeitsmarkt. Nach ersten Berechnungen erhöhte sich die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten zu Jahresanfang nicht weiter. Im Vergleich zum Vormonat zeigten die um saisonale Einflüsse bereinigten Daten eine Stagnation (+0,1%). Im Vorjahresvergleich ergab sich dagegen immer noch eine kräftige Ausweitung um 1,7%.

Auch die Entwicklung der Arbeitslosigkeit zeigt mittlerweile Spuren der Konjunkturabschwächung. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen verringerte sich zwar im Vorjahresvergleich noch um 4,8%, gegenüber Dezember legte sie jedoch um 0,8% zu.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Stan-

dardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechten Dienstverhältnissen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der „unselbständig aktiv Beschäftigten“.

<https://www.wifo.ac.at>

Wirtschaft

In kleinen Schritten zur Konjunkturerholung

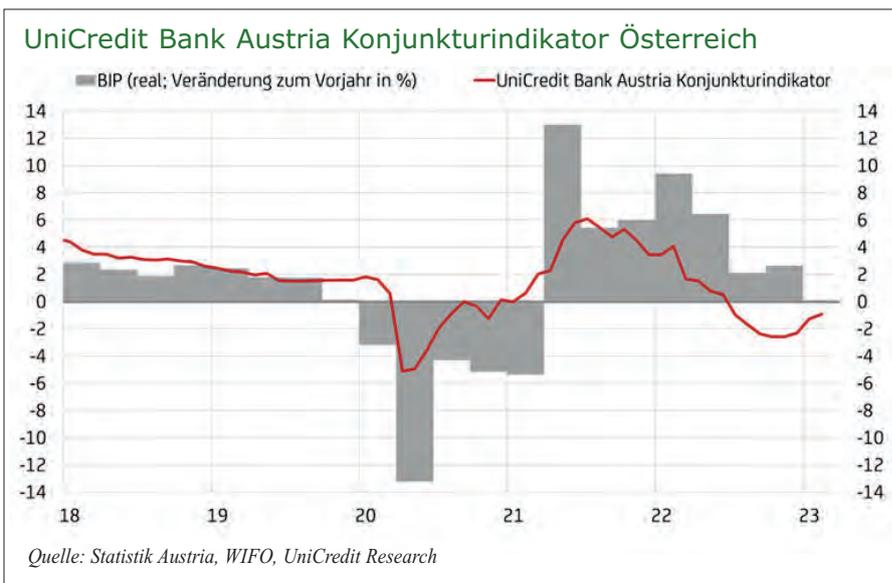
Leichte Anhebung der Wachstumsprognose für 2023 von 0,3 auf 0,7 Prozent, nachdem die Rezession über den Winter sehr mild ausfiel. Für das Jahr 2024 weiterhin BIP-Anstieg von 1,2 Prozent erwartet – Konjunkturschwäche schlägt nun auf den Arbeitsmarkt durch, aber nur leichter Anstieg der Arbeitslosenquote

Die österreichische Wirtschaft findet langsam aber stetig aus ihrem Stimmungstief. „Nach der starken Verbesserung zu Jahresbeginn stieg der UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator im Februar nur noch leicht an. Die Aufhellung der Konjunktur verliert an Tempo. Mit einem Wert von minus 0,9 Punkten liegt der Indikator deutlich unter seinem langjährigen Durchschnitt und weist weiter auf eine zumindest noch leicht rückläufige Wirtschaftsentwicklung in Österreich hin“, meint UniCredit Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer.

„Der Gegenwind für die österreichische Wirtschaft hat im Februar nur noch wenig nachgelassen. Während die Industrie und der Dienstleistungssektor jedoch etwas optimistischer ins Frühjahr starten, hat die Konjunktur in der Bauwirtschaft erneut nachgelassen. Die Verschlechterung der Auftragslage belastet die Geschäftserwartungen insbesondere im Hochbau“, so Bruckbauer.

Bauwirtschaft belastet Konjunkturstimung in Österreich

Den größten Anteil am leichten Anstieg des UniCredit Bank Austria Konjunkturindikators im Februar hatte die Verbesserung der



Stimmung im Dienstleistungssektor. Den vierten Monat in Folge erhöhten sich die Geschäftserwartungen, die erstmals seit vorigen Sommer den langjährigen Durchschnittswert sogar überstiegen. Rückenwind kam dabei von der leicht verbesserten Verbraucherstimmung, die jedoch seit Beginn des Kriegs in der Ukraine weiterhin von starkem Pessimismus gekennzeichnet ist.

Auch die erneute Verbesserung der Stimmung in der heimischen Industrie trug zum Anstieg des UniCredit Bank Austria Konjunkturindikators bei, zumal sich das globale Exportumfeld zu entspannen begann. Die Entschärfung der Lieferkettenprobleme, sinkende Rohstoffpreise und die Öffnung der chinesischen Wirtschaft nach dem neuerlichen Pandemieausbruch im Winter brach-

Österreich Konjunkturprognose	Prognose								
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Wirtschaftswachstum (real, Vdg. z. Vorjahr)	2,0	2,3	2,4	1,5	-6,5	4,6	5,0	0,7	1,2
Industrieproduktion (real, Vdg. z. Vorjahr)	2,5	4,2	4,2	0,1	-7,1	11,0	5,6	0,5	2,5
Privater Konsum (real, Vdg. z. Vorjahr in %)	1,5	2,0	1,1	0,5	-8,0	3,6	4,1	-1,0	1,2
Investitionen (real, Vdg. z. Vorjahr in %) ^{*)}	4,3	4,2	4,4	4,5	-5,3	8,7	-0,9	0,8	2,7
Inflationsrate (Vdg. zum Vorjahr in %)	0,9	2,1	2,0	1,5	1,4	2,8	8,6	6,5	3,0
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	9,1	8,5	7,7	7,4	9,9	8,0	6,3	6,4	6,3
Beschäftigung (Vdg. zum Vorjahr in %) ^{**)}	1,6	2,0	2,5	1,6	-2,0	2,5	3,0	0,7	0,9
Öff. Haushaltssaldo (in % des BIP) ^{***)}	-1,5	-0,8	0,2	0,6	-8,0	-5,9	-3,3	-3,0	-2,0
Öff. Verschuldung (in % des BIP) ^{***)}	82,8	78,5	74,1	70,6	82,9	82,3	77,9	76,3	75,2

^{*)} Bruttoanlageinvestitionen ^{**)} ohne Karentgeldbezieher, Präsenzdiener und Schulungen ^{***)} 2022 Schätzung
 Quelle: UniCredit Research

Wirtschaft

ten die Trendwende bei der mit den österreichischen Handelsanteilen gewichteten internationalen Industriestimmung.

Dagegen verschärfte sich der Stimmungseinbruch in der erfolgsverwöhnten Bauwirtschaft. Die preislich bedingte verringerte Leistbarkeit von Wohnimmobilien in Kombination mit neuen Kreditvergaberichtungen und steigenden Zinsen haben vor allem im Hochbau zu deutlichen Auftragsrückgängen geführt und dämpfen die Ausichten im Februar.

Besser als erwartet durch den Winter

Nach dem minimalen Rückgang des BIP gegen Ende 2022 weist die Stimmungslage für das erste Quartal 2023 erneut auf eine geringfügig rückläufige Wirtschaftsentwicklung in Österreich hin. „Die Entwicklung

	BIP real Veränderung zum Vorjahr	UniCredit Bank Austria Konjunktur- Indikator
Dez.98	3,0	3,1
Dez.99	4,3	4,1
Dez.00	3,3	3,6
Dez.01	0,0	1,1
Dez.02	1,1	2,1
Dez.03	1,4	2,5
Dez.04	3,4	2,6
Dez.05	2,8	2,6
Dez.06	3,7	3,6
Dez.07	3,5	2,9
Dez.08	-1,5	-1,3
Dez.09	-1,3	0,9
Dez.10	2,6	2,3
Dez.11	1,4	0,6
Dez.12	0,2	0,6
Dez.13	0,2	1,5
Dez.14	0,4	0,9
Dez.15	1,3	1,6
Dez.16	2,5	2,9
Dez.17	2,7	4,6
Dez.18	2,7	2,6
Mär.19	2,5	2,2
Jun.19	1,8	1,5
Sep.19	1,8	1,6
Dez.19	0,1	1,6
Mär.20	-3,2	0,6
Jun.20	-13,2	-3,5
Sep.20	-4,3	0,0
Dez.20	-5,1	0,1
Mär.21	-5,4	2,0
Jun.21	13,0	5,8
Sep.21	5,4	4,7
Dez.21	6,0	3,5
Mär.22	9,4	1,6
Jun.22	6,4	0,5
Sep.22	2,1	-2,4
Dez.22	2,6	-2,3
Jän.23		-1,3
Feb.23		-0,9

der österreichischen Wirtschaft über die Wintermonate ist etwas günstiger ausgefallen, als wir ursprünglich erwartet haben. Wir haben daher unsere Wachstumsprognose für das Jahr 2023 geringfügig von 0,3 auf 0,7 Prozent anheben können. Da sich mit dem langsamen Rückgang der Inflation und den damit nachlassenden Belastungen für die inländische Nachfrage die sich abzeichnende positive Entwicklung fortsetzen dürfte, wird im Frühjahr eine Erholung der österreichischen Wirtschaft einsetzen“, meint UniCredit Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl.

Hartnäckige Inflation bremst Erholungstempo

Das Erholungstempo wird in den kommenden Monaten durch die hartnäckige Inflation belastet werden. Zudem werden die veränderten Finanzierungsbedingungen nach der Verschärfung der Geldpolitik durch die EZB das Aufschwungstempo dämpfen. Die Finanzierungsbedingungen werden auch im kommenden Jahr überwiegend herausfordernd bleiben und damit die Investitionstätigkeit der Unternehmen erschweren. Dagegen könnte der private Konsum dank spürbarer Reallohnzuwächse mehr Unterstützung bieten. „Die Erholung der österreichischen Wirtschaft sollte sich 2024 fortsetzen. Wir erwarten weiterhin ein Wirtschaftswachstum von 1,2 Prozent. Dabei nimmt die Wahrscheinlichkeit einer günstigeren Entwicklung sogar zu, gestützt auf bessere Aussichten für mehr Rückenwind durch die Weltwirtschaft aufgrund der anhaltenden Entspannung bzw. sogar Auflösung der Lieferkettenprobleme. Allerdings sind die andauernden geopolitischen Belastungen diesbezüglich ein hohes Risiko“, meint Pudschedl.

Leichter Anstieg der Arbeitslosigkeit

Die schwache Konjunktorentwicklung der vergangenen Monate schlägt sich mittlerweile ungünstig auf den österreichischen Arbeitsmarkt nieder. Das Beschäftigungswachstum hat sich verringert, die Anzahl der Arbeitssuchenden steigt, während die offenen Stellen zurückgehen. „Die Folgen der schwächelnden Konjunktur über den Winter sind spürbar geworden, aber der österreichische Arbeitsmarkt zeigt sich sehr widerstandsfähig. Angesichts der Enge am Arbeitsmarkt, die sich unter anderem an immer noch fast 120.000 offenen Stellen zeigt, wird die Arbeitslosenquote in den kommenden Monaten nur geringfügig steigen“, meint Pudschedl und ergänzt: „Nach 6,3 Prozent im Vorjahr erwarten wir im Jahresdurch-

schnitt 2023 einen Anstieg der Arbeitslosenquote auf nur 6,4 Prozent. Für 2024 gehen wir bereits wieder von einem leichten Rückgang aus. Die stärkere Konjunktur und der gegenüber den Vorjahren geringere Anstieg des Arbeitskräftepotentials bedingt durch das allmähliche Ausscheiden der Baby-Boomer aus dem Arbeitsprozeß sollten dies ermöglichen.“

Zäher Inflationsrückgang führt noch zu weiterer Verschärfung der Geldpolitik

Der Inflationshöhepunkt dürfte zu Jahresbeginn 2023 erreicht worden sein. Die Teuerung ist in Österreich jedoch immer noch zweistellig und damit deutlich höher als im Euroraum. Die hohe Lohndynamik, hohe fiskalische Maßnahmen und die teilweise weiterhin sehr starken Nachfrage werden auch in den nächsten Monaten den Rückgang der Inflation bremsen, voraussichtlich sogar stärker als im Euroraum. Mit durchschnittlich 6,5 Prozent im Jahr 2023 wird die Inflation in Österreich über jener im Euroraum von 5,2 Prozent liegen. Auch 2024 ist mit durchschnittlich 3,0 Prozent gegenüber 2,4 Prozent nach Einschätzung der Ökonomen der UniCredit Bank Austria eine deutlich höhere Inflation in Österreich zu erwarten.

„Diese Woche wird die EZB die Leitzinsen mit ziemlicher Sicherheit um 50 Basispunkte anheben und auch eine weitere Straffung der Geldpolitik ankündigen. Aufgrund der jüngsten Inflationsdaten erwarten wir nun auch im Mai eine Anhebung der Leitzinsen um 50 Basispunkte“, meint Bruckbauer abschließend und ergänzt: „Wir haben unsere Prognose für den Zinshöhepunkt per Mitte 2023 für den Einlagensatz von 3,50 auf 4 Prozent angehoben und für den Refinanzierungssatz auf 4,50 Prozent, da sich die Kerninflation kurzfristig als hartnäckiger erweisen dürfte, als es wir und die EZB erwartet hatten.“

<https://www.bankaustria.at/>

RE/MAX Studie Immobilienmarkt 2023

Ist die abrupte Konsolidierung mehr als nur eine deutliche Abkühlung der Überhitzung? Wertsteigerung aus 2022 wird 2023 wegschmelzen.

Die österreichweit 600 RE/MAX Experten erwarten für 2023 ein äußerst spannendes Immobilienjahr. Spannend, weil sich mehrere Parameter im Vergleich zur Prognose für 2022 erheblich verändert haben: Die explodierten Energiekosten 2022 haben die Heizkosten vervielfacht und die Transportkosten für Personen und Güter aller Art. Dadurch sind die Lebenshaltungskosten gestiegen, die Inflation ist von einem historischen langen Tiefstand quasi über Nacht auf einen historischen Höchststand gesprungen und der Einkommensanteil, der für Wohnen oder Wohnraumschaffung frei gemacht werden konnte, ist implodiert.

Die Nationalbank hat seit einigen Jahren immer vor einer Immobilienblase geredet. Jetzt haben die Zinsentwicklung der EZB und die besonders rigide Auslegung der EU-Kreditvergaberichtlinien in Österreich den Immobilienmarkt zumindest abrupt eingebremst.

Während in den letzten acht Jahren die Entwicklung immer nach oben ging, und nur die Frage nach der Intensität gestellt wurde, ist für 2023 eine andere Richtung angesagt. „Abkühlen statt aufblasen“! In Zahlen gefaßt soll die Nachfrage den RE/MAX Experten zufolge um -11,2 % gegenüber 2022 einbrechen und das Angebot um +7,6 % steigen.

Das wäre an sich noch kein Unheil, weil Angebot und Nachfrage in den letzten beiden Jahren oft weit auseinander gelegen sind. Berichte über 30 bis 40 ernsthaften Kaufinteressenten bei einer einzigen Immobilie waren keine Seltenheit. Jedoch werden wohl auch die Preise nach unten gehen: Über alle Bundesländer und Immobilientypen hinweg erwarten die RE/MAX Experten einen Rückgang um -6,8 %. Doch dieser ist, je nach Region und Immobilientyp, unterschiedlich.

Die Nachfrageprognose lag zuletzt bei +2,6 % (2020), bzw. +2,8 % (2021) und für 2022 bei +6,7 %. Für 2023 ergeben die Berechnungen mit -11,2 % weniger Nachfrage eine Trendumkehr um -17,9 %-Punkte.

Die Angebotsprognose (2020: +0,4 %, 2021: +1,9 %, 2022: +1,0 %) ist mit +7,6 % und einer Trendverschärfung um +6,6 %P dennoch moderat unterwegs.



Foto: RE/MAX

Bernhard Reikersdorfer, Managing Director von RE/MAX Austria

Die Preiserwartung lag 2020 bei +3,3 %, 2021 bei +1,8 % und 2022 bei +7,1 %. Für 2023 dreht der Trend um -13,9 %P zu 2022 auf -6,8 %.

Immobilienmarkt in 17 Hauptsegmenten analysiert

Getrennt nach Angebot, Nachfrage, Preis und Bundesland wurden für den RE/MAX Real Estate Future Index 2023 wieder die 17 wichtigsten Typ- und Lage-Kombinationen und einige Ergänzungskategorien analysiert.

Von den 17 Hauptpreisindikatoren lautete die Prognose für 2020 noch 13-mal nach oben, für 2021 neunmal, 2022 sogar 14-mal steigend. Aber für 2023 nur viermal minimal hinauf und 13-mal – teils heftig – talwärts.

Die Trends in den Preissegmenten und Größenklassen

Bei den Wohnimmobilien sinkt die Nachfrage im mittleren Preissegment am stärksten, nämlich um -9,9 %, während sie in der gehobenen Preisklasse um -9,5 %, jedoch in der unteren Preisklasse nur um -4,6 % zurückgeht. Auch die Top-5 %-Luxusklasse ist mit -3,4 % relativ gering vom Nachfragerückgang betroffen. „Die sinkende Nachfrage

kommt in erster Linie aufgrund von Finanzierungsschwierigkeiten von der Mittelschicht. Ein Teil sucht dann im unteren Preissegment, während Kaufinteressenten im unteren Segment überhaupt vom Kauf zumindest kurzfristig Abstand nehmen“, sagt Reikersdorfer.

Im Luxussegment sind dagegen Fremdfinanzierungen oft nicht nötig. Auch der Anteil der täglichen Lebenshaltungskosten an den Gesamthaushaltsausgaben ist bei dieser Interessentengruppe geringer als bei Durchschnittsverdienern, und damit die negativen Auswirkungen auf die Nachfrage geringer.

Das Angebot soll den RE/MAX Experten zufolge bei Wohnimmobilien im mittleren Preissegment um +8,0 % wachsen, im unteren um +6,8 % und im oberen um +4,8 %. Wiederum ist das Luxussegment davon am wenigsten beeindruckt: +2,4 % mehr Objekte sind vergleichsweise kaum spürbar.

Der Preistrend dreht der Nachfrage folgend erheblich stärker und am stärksten im mittleren Segment um -15,3 %P auf -7,9 %. Das gehobene Segment soll mit -5,9 % Preisrückgang und das untere mit -5,6 % geringer betroffen sein. Im Luxussegment sollen die Preise gar nur um -2,6 % nachgeben.

Wirtschaft

Wohnungsgrößen: Kleine sind preisstabiler

In der Vergangenheit war die Preisdynamik im unteren Preissegment und bei den kleineren Wohneinheiten in der Regel stärker als bei den größeren Wohnungen.

Beim Preisrückgang ist es umgekehrt: Wohnungen unter 65m² sind preisstabiler, sie fallen preislich um -11,9 %P auf -4,2 %. Dagegen wird für größere Wohnungen, also jene über 65m², eine Trendwende um -13,7 %P auf -7,7 % Preisreduktion zum Vorjahr erwartet.

Trends: Immobilientypen und -lagen

Eigentumswohnungen in Top-Lagen: Teuer, aber nicht mehr an der Spitze

Bei der Nachfrageprognose liegen Eigentumswohnungen in zentralen Lagen auf Rang neun von 17. Ein Minus von -7,7 % ist um -13,1 %P weniger als noch in der Prognose für 2022.

Wenn das Angebot um +6,1 % wächst, so sollen sich die Preise österreichweit betrachtet um -5,9 % absenken. Das stellt eine Trendumkehr um -12,5 %P dar und bringt Rang neun bei der Preisentwicklung.

Eigentumswohnungen am Stadtrand: Nicht mehr der absolute Wunschtraum

In der Prognose für 2022 waren die Eigentumswohnungen am Stadtrand begehrter als jene im Zentrum oder am Land und begehrt als alle Mietwohnungsstandorte.

In den Aussichten für 2023 wendet sich das Blatt um -16,3 %P und die Stadtrandeigentumswohnungen sacken bei der Nachfrage mit -9,0 % auf den 13. Platz ab. Das Angebot soll um +6,5 % zunehmen, ein Spitzenwert, Rang zwei! Die Preiserwartung liegt nach +6,1 % für 2022 bei -6,5 % für 2023. Das bedeutet wie bei der Nachfrage den 13. Rang und einen Trendumbruch um -12,6 %P.

Eigentumswohnungen in Landgemeinden: Wieder zurück

Nach einem kurzen Zwischenhoch in der Prognose 2022 gehen die Eigentumswohnungen in Landgemeinden wieder auf ein untergeordnetes Niveau zurück: Von Rang sieben bei der Nachfrage auf Rang 15 und mit einer Trendwende um -12,3 %P auf -9,2 % weniger Nachfrage im Jahr 2023 als im Jahr 2022.

Beim Angebot bleibt die Entwicklungsrichtung gleich: Nach +0,5 % für 2022 wird für 2023 ein Plus von 5,7 % erwartet, das bedeutet das fünfstärkste Angebotswachstum unter den 17 Kategorien.



Anton Nening, Head of Communication and Research REMAX Austria

Bei den Preisen finden sich die Eigentumswohnungen am Land statt wie im Vorjahr auf Rang sieben nur mehr auf Platz 15. Um -12,3 %P schlechtere Aussichten als für 2022 lassen 2023 eine Preisreduktion von -7,2 % erwarten.

Mietwohnungen in Top-Lagen: Zweimal ganz vorne

Die Attraktivität von Mietwohnungen in zentralen Lagen hat sich nachfrageseitig von Rang zehn in der 2022er Prognose auf den ersten Platz in den 2023er Aussichten nach vorne katapultiert. Angesichts des negativen Umfelds genügen schon +2,2 % mehr Nachfrage als zuletzt und die minimale Verbesserung um +0,6 %, gegenüber der Vorschau für 2022, um dieses Rennen zu gewinnen.

Das Angebot soll 2023 mit +4,9 % mehr als doppelt so stark zulegen wie in den Aussichten für 2022 (+2,0 %). Das bringt Rang acht.

Trotz der überdurchschnittlich guten Nachfrageerwartung für zentrale gelegene Mietwohnungen sollen neue, frei zu vereinbarende Mietpreise ebendort nur um +1,0 % anziehen. Aber selbst das erscheint im Umfeld von 2023 rekordverdächtig und wird mit Platz eins belohnt.

Mietwohnungen am Stadtrand: Plätze zwei und drei

Nachdem der Spitzenplatz schon vergeben ist, bleibt für Mietwohnungen am Stadtrand den Erwartungen der RE/MAX Experten zufolge bei der Nachfrageveränderung zum vergangenen Jahr nur mehr Platz zwei. Ein geringfügiger Zuwachs um +0,9 % zum

Jahr 2022 reicht dafür schon und für den Sprung von Rang 12 auf Rang zwei.

Das Angebot soll nach +2,0 % (Prognose für 2022) im Jahr 2023 um +4,6 % wachsen.

Neue, frei zu vereinbarende Mietzinse sollen bei Neuvermietungen am Stadtrand gleichbleiben: +0,1 % sind nicht der Rede wert, aber dennoch das drittbeste Ergebnis unter all den Erwartungen für 2023.

Mietwohnungen in Landgemeinden: Weniger positiv als 2022, dennoch vorne dabei

Mietwohnungen in Landgemeinden werden generell schlechter bewertet als jene am Stadtrand oder im Zentrum.

Für die Prognose 2023 reicht schon eine Erwartungshaltung, daß die Nachfrage 2023 um -2,3 % (nach +0,3 % für 2022) nachgibt, um noch am Nachfrage-Stocklerl zu stehen.

Das Angebot soll voraussichtlich um +2,4 % zulegen, das sind um +2,9 %P mehr als für 2022. Die frei zu vereinbarenden Mietpreise bei Neuvermietungen am Land sollen aller Voraussicht nach um -1,1 % nachgeben. Dieses an sich negative Ergebnis ist immerhin die fünftbeste Nachricht hinsichtlich der Prognosen für 2023.

Wohnungen insgesamt: Miete attraktiver als Kauf, Stadt wieder vor Land

In den Prognosen für 2021 und 2022 waren Eigentumswohnungen als wesentlich attraktiver gesehen worden als Mietwohnungen. Das hat sich mit der Vorschau auf 2023 vollständig gedreht. An jedem Standort werden Mietwohnungen bessere Entwicklungschancen zugebilligt als Eigentumswohnungen.

Wirtschaft

„Auch das zuletzt abgeflachte Stadt-Land-Gefälle scheint wieder steiler zu werden. Die Auswirkungen von Homeoffice und Stadtfucht scheinen im neuen Jahr geringer zu sein als die Folgen der Energiepreise und damit der Transportkosten“, erläutert Anton Nennung, Head of Communication and Research bei RE/MAX Austria.

Penthouses, Lofts und Maisonnetten: Abschwung mit leichter Preiskorrektur

Nach der Durststrecke in der Nachfrage für Penthouses, Lofts und Maisonnetten (2020: -0,2 %; 2021: -0,9 %) und dem kleinen Aufschwung (2022: +1,6 %) wird für 2023 ein Nachfragerückgang um -8,4 % (Rang 12) erwartet.

Gleichzeitig sollen um +3,1 % mehr Objekte dieses Typs auf den Markt kommen (Rang 11) und das Angebot stärken.

Dagegen soll sich der Preis überraschend stabil halten: mit -3,9 % zwar um 8,0 %P geringer als in der 2022er Vorschau, aber dennoch Rang sieben.

Einfamilienhäuser: Von Rang zwei auf Rang elf

Einfamilienhäuser waren neben Baugrundstücken in den letzten Jahren heiß begehrt.

Die Erwartungshaltungen waren regelmäßig sehr hoch. „Doch für 2023 scheinen Einfamilienhäuser aufgrund des oft höheren Anschaffungspreises und damit verbunden des höheren Finanzierungsbedarfs unattraktiver zu sein als Wohnungen“, meint Nennung weiter.

Die Nachfrage-Erwartungen der letzten Jahre schienen kein Ende zu nehmen (2018: +4,8 %, 2019: +4,3 %, 2020: +3,8 %, 2021 +4,0 % und 2022 sogar +7,9 %) „Doch die Energiepreisexplosion trieb die Inflation und die veranlaßte EZB und ÖNB zu höheren Zinsen. Nach Ansicht so mancher zuerst zu spät und dann zu heftig. Das löste bei manchen reale wirtschaftliche Probleme aus und bei anderen eine psychologische Schockwelle“, konstatiert Nennung. So knickte der zugegebenermaßen euphorische Nachfrage-trend bei Einfamilienhäusern um -16,2 %P ein. Die Aussichten für 2023 lauten: -8,4 % zum Ist von 2022 oder Rang 11 von 17 Kategorien.

Das Angebot an Einfamilienhäusern soll dagegen stärker steigen als in jeder anderen Objektkategorie. „Die Gründe dafür sind vielfältig: Finanzierungsschwierigkeiten durch variable Kreditzinsen genauso wie explodierende Energiekosten, die bei Einzelhäusern

noch viel stärker durchschlagen als bei Wohnungen und für so manche Alleinverdiener und Alleinstehende nicht mehr tragbar erscheinen“, berichtet Nennung und ergänzt: „Auch bringen manche Eigentümer das eine oder andere schon lange zum Verkauf bestimmte Objekt, das sie zurückgehalten haben, um die steigenden Preise bis zuletzt auszureizen, jetzt mit einem Stoßseufzer auf den Markt.“

Nach +0,3 %, +/-0,0 %, +1,5 % und -0,3 % als Aussicht auf die Jahre 2019 bis 2022 ist für 2023 mit +6,8 % mehr an Einfamilienhäusern auf dem Markt zu rechnen.

Die Preiserwartungen lagen mit +3,7 %, +3,5 %, +2,8 % und +7,5 % für die letzten vier Jahre enorm hoch. Für 2023 stürzt sie mit dem stärksten Trendumkehr von -13,7 %P auf -6,2 % zu den 2022er Preisen. „Darin mag für so manchen Kaufinteressenten, dem 2022 einfach die Preise zu hoch und das Angebot zu klein war und der keine Finanzierungsschwierigkeiten hat, wieder eine Chance liegen“, rät Nennung. „Wer unsere Ratschläge für Einfamilienhausesigentümer anlässlich der Prognose für 2022 beherzigt hat, ist ohnedies fein heraus – er hat zum optimalen Zeitpunkt verkauft“, erklärt Nennung.

Wohnobjekte in Einzellagen: jetzt nicht mehr ganz so begehrt

„Wohnobjekte in Einzellagen zeigen für 2023 ähnliche Symptome wie Einfamilienhäuser, aufgrund der meist besseren wirtschaftlichen Möglichkeiten der Kaufinteressenten aber in abgeschwächter Form“, findet Nennung.

Die Nachfrage nach Wohnobjekten mit erheblicher Distanz zum Nachbarn wird den RE/MAX Experten zufolge von +2,6 %, +3,9 % und +7,9 % auf -6,2 % einbrechen – rangmäßig von Nummer zwei auf sechs.

Auch bei den Einzellagen soll das Angebot in die Höhe gehen, jedoch auch hier geringer als bei den Einfamilienhäusern. Die Prognose lautet, nach +0,3 % und -0,5 % für die letzten beiden Jahre, für das neue Jahr +5,2 %.

Die Preiserwartung für Einzellagen, die für 2022 mit +8,2 % quasi durch die Decke ging, stürzt für 2023 wie jene der Einfamilienhäuser um den gleichen Trendbruch (-13,7 %P) auf -5,5 % ab.

„Einzellagen sind aufgrund der oft größeren Bauvolumina und mitunter schlechteren Bausubstanz von den Baukostensteigerungen bei Material und Personal wesentlich stärker betroffen als Einfamilienhäuser. Das wiegt in der Prognose wohl die bessere Aus-

gangssituation der Kaufinteressenten auf“, mutmaßt Nennung.

Wochenendhäuser zeigen die geringste Verkaufstendenz nach dem Motto „Geb ich nicht mehr her!“

Wochenendhäuser waren jahrelang unbeachtet und weniger begehrt. Mit der ersten von der Corona-Stadtfucht beeinflussten Prognose für 2021 (+2,1 %) kippte der Nachfrage-trend in den positiven Bereich und explodierte im kleinen Stil für 2022 auf +5,4 %.

Damit ist für 2023 nicht zu rechnen: Der Wert von -6,7 % liegt knapp an den ähnlich gelagerten Einzellagen.

Das Angebot soll nach +0,2 % und -1,2 % für 2021 und 2022 auf +1,2 % ansteigen. Das ist bemerkenswerterweise der geringste Wert unter allen Wohnimmobilientypen und auch die Trendveränderung ist mit +2,4 %P die zweitgeringste.

Dies kommt den Wochenendhäusern bei der Preisentwicklung positiv zugute: -5,1 % sind weniger als bei den Einzellagen und den Einfamilienhäusern, wenngleich nach +7,3 % für 2022 ein herber Trendumschwung von -12,4 %P.

Stadt- und Zinshäuser: Einfach mau

Die Nachfragekurve für Stadt- und Zinshäuser bricht nach +1,7 % für 2020, +1,4 % für 2021 und +2,9 % für 2022 auf -7,6 % für 2023 ein. Das bedeutet -10,5 %P Trendänderung und Rang acht.

Das Angebot bleibt stabil: +2,1 % für 2023 sind mehr als in den Jahresprognosen zuvor (2020: -1,3 %, 2021: -0,8 %, 2022: -0,6 %), jedoch ist die Veränderung im Vergleich zu anderen Kategorien minimal. Nur die Wochenendhäuser und Grundstücke zeigen sich angebotsseitig noch stabiler.

Auch der Preistrend der Stadt- und Zinshäuser soll 2023 um -11,1 %P drehen, die Aussichten sind daher für 2023 um -6,2 % geringere Preise als 2022.

Gewerbeimmobilien insgesamt: Knicken am stärksten ein

Die Trendveränderungen der vier Gewerbeimmobilientypen Betriebsgrundstücke, Gewerbeobjekte, Geschäftslokale und Büroflächen sind geringer als bei den meisten Wohnimmobilien. Das ist auch schon die einzige positive Nachricht dazu. ■

<https://www.remax.at/>

Insgesamt 5,15 Mio. Pkw in Österreich zugelassen

Das sind um 0,3 % oder 17.054 Pkw mehr als ein Jahr davor.

Im Jahr 2022 ist der Pkw-Bestand im Vergleich zum Jahr davor kaum gestiegen, nachdem bereits 2021 der Anstieg unter 1 % gelegen hatte“, so Tobias Thomas, Generaldirektor von Statistik Austria. „Eine Veränderung zeigt sich aber bei den Antriebsarten: Während der Bestand an alternativ betriebenen Pkw weiter steigt, geht die Zahl der Dieselfahrzeuge auf Österreichs Straßen zurück. Aufgrund der gleichbleibenden Bestandszahlen bei steigender Bevölkerung ist die Zahl der Pkw pro 1.000 EinwohnerInnen gesunken.



Foto: Pixabay / Michi S

Anstieg bei alternativen Kraftstoffarten, Diesel-Pkw weiterhin rückläufig

Die Zahl der Pkw mit Dieselantrieb nahm um 2,4 % auf 2,65 Mio. ab (2021: -1,6 %), jene der Benziner (inkl. Flex-Fuel) blieb nahezu unverändert (-0,1 %; 2,19 Mio., 2021: +0,1 %; 2,20 Mio.). Elektro-Pkw (BEV) verzeichneten mit 110 225 Fahrzeugen eine Zunahme von 44,0 % (2021: +72,0 %). Pkw mit kombiniertem Betrieb (Hybrid) legten ebenfalls zu (Benzin/Elektro: +36,1 %; Diesel/Elektro: +47,9 %), ebenso Pkw mit Wasserstoffantrieb (Brennstoffzelle; +12,7 %). Rückgänge wurden bei Erdgas-Pkw beobachtet (Benzin/Erdgas bivalent -6,6 %, Erdgas monovalent -3,4 %). Der Anteil dieseltreibender Pkw am gesamten Pkw-Bestand der jeweiligen Bundesländer war - wie im Vorjahr - in Kärnten sowie in Oberösterreich am höchsten (54,0 % und 53,8 %; 2021: 55,3 % bzw. 55,1 %), während in Vorarlberg die meisten benzinbetriebenen Pkw (45,7 %) und Elektro-Pkw (3,0 %) zugelassen waren. Wien hatte den höchsten Anteil bei Hybrid-Pkw (5,6 %) und stand in diesem Bereich auch bei den absoluten Stückzahlen (40.359 Pkw) an der Spitze des Österreich-Rankings.

Weniger Pkw auf 1.000 EinwohnerInnen, die meisten im Burgenland, die wenigsten in Wien

Der Bevölkerungszuwachs (vorläufiges Ergebnis zum Bevölkerungsstand am 1.1. 2023) sowie der Rückgang bei Pkw-Neu- und Gebrauchtzulassungen (-10,3 % sowie -13,8 %) führte zu einem Rückgang der Pkw-

Dichte. So gab es zum Stichtag 31.12. 2022 auf 1.000 EinwohnerInnen 566 Pkw (572 am 31.12.2021). Die meisten Pkw pro 1.000 EinwohnerInnen und damit den höchsten Motorisierungsgrad aller Bundesländer hatte das Burgenland (679 Pkw pro 1.000 EinwohnerInnen), gefolgt von Niederösterreich (655), Kärnten (654), Oberösterreich (639), der Steiermark (621) und Salzburg (569). Die Bundesländer Tirol (547), Vorarlberg (542) und Wien (366) lagen unter dem Österreich-Schnitt.

In Niederösterreich wurden die meisten Pkw (1.124.797; Anteil: 21,8 %) gezählt, gefolgt von Oberösterreich (972.606 Pkw; Anteil: 18,9 %), der Steiermark (785.141 Pkw; Anteil: 15,2 %) und Wien (726.125 Pkw; Anteil 14,1 %). Zuwächse zwischen +0,1 % und +0,5 % wurden in allen Bundesländern beobachtet. Das Burgenland wies mit 204.563 Pkw (Anteil: 4,0 %) den geringsten Bestand auf, hatte jedoch zusammen mit den Bundesländern Oberösterreich und Salzburg die höchste anteilmäßige Zunahme (+0,5 %). Den geringsten Zuwachs beim Pkw-Bestand gab es in Wien (+0,1 %).

VW weiterhin häufigste Automarke Österreichs, Tesla bei Pkw mit Elektroantrieb

Die zehn wichtigsten Pkw-Marken erreichten 2022 einen Anteil von 69,1 %. VW blieb dabei mit einem Anteil von 20,0 % die häufigste Automarke in Österreich vor Audi (7,6 %), BMW (6,6 %), Skoda (6,5 %), Mercedes (5,8 %), Ford (5,7 %), Opel (5,2 %),

Seat (4,3 %), Renault (4,0 %) und Peugeot (3,4 %).

Im Vergleich zum Vorjahr konnten BMW und Skoda (jeweils +2,8 %), Mercedes (+1,5 %), Seat (+1,4 %) und Audi (+0,2 %) Zuwächse verzeichnen. Rückgänge wurden bei Opel (-3,5 %), Peugeot (-2,5 %), Renault (-1,0 %), Ford (-0,6 %) und VW (-0,3 %) beobachtet.

Unter den Pkw mit Elektroantrieb waren die fünf wichtigsten Marken Tesla (18.685; Anteil: 17,0 %), VW (16.967; Anteil: 15,4 %), Renault (12 031; Anteil 10,9 %), BMW (9.427; Anteil: 8,6 %) und Hyundai (6.954; Anteil: 6,3 %).

Zuwächse bei Nutzfahrzeugen und Zweirädern

Bei den Nutzfahrzeugen waren 498.325 Lastkraftwagen (Lkw) der Klasse (Kl.) N1 (Lkw; bis 3,5 t höchstzulässigem Gesamtgewicht) zugelassen (+1,0 %), 484 506 land- und forstwirtschaftliche Zugmaschinen (Traktoren und Zweiachsmäher, +1,2 %), 45.234 Lkw der Kl. N3 (über 12 t höchstzulässigem Gesamtgewicht, +1,0 %), 20.247 Sattelzugmaschinen (+2,1 %) und 9.690 Lkw Kl. N2 (über 3,5 t bis 12 t höchstzulässigem Gesamtgewicht, -1,7 %). Bei Wohnmobilen wurde ein Zuwachs von 8,7 % auf 39.638 beobachtet.

Bei den einspurigen Fahrzeugen, die insgesamt um 2,4 % zunahmen, waren 614.023 Motorräder (+3,6 %), 275.523 Motorfahräder (-0,3 %) und 3.165 Kleinmotorräder (+5,9 %) zum Verkehr zugelassen. ■

Bevölkerung Österreichs auf 9,1 Mio. gewachsen

Zuwachs um rund 127.000 Menschen seit Jahresbeginn 2022

Am 1. Jänner 2023 lebten vorläufigen Ergebnissen von Statistik Austria zufolge 9.106.126 Menschen in Österreich, um 127.197 (+1,4 %) mehr als zu Jahresbeginn 2022. Damit verzeichnete Österreich 2022 eine deutlich stärkere Bevölkerungszunahme als im Jahr zuvor (2021: +46.265 Personen bzw. +0,5 %) sowie auch einen etwas größeren Anstieg als im Jahr 2015 (+115.545 Personen bzw. +1,3 %).

„Österreich ist 2022 stärker gewachsen als in den Jahren davor. Nachdem die Bevölkerungszahl aufgrund der Fluchtmigration aus der Ukraine bereits im 1. Quartal 2022 die Neun-Millionen-Marke überschritten hatte, lag sie zu Jahresbeginn 2023 bei mehr als 9,1 Millionen. Gut die Hälfte des Bevölkerungswachstums im Jahr 2022 geht auf Menschen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit zurück“, sagt Statistik Austria-Generaldirektor Tobias Thomas.

Bevölkerungswachstum in Wien am größten, in Kärnten am geringsten

Den größten prozentualen Bevölkerungszuwachs aller Bundesländer Österreichs verzeichnete mit +2,6 % die Bundeshauptstadt Wien. Mit +1,3 % etwa halb so groß war die

Zunahme im Burgenland, etwas niedriger fiel sie in Oberösterreich, Vorarlberg und Niederösterreich (je +1,2 %) aus. In Salzburg, der Steiermark und Tirol stieg die Bevölkerungszahl um je 1,0 % an, während der Bevölkerungsanstieg in Kärnten mit +0,8 % am geringsten ausfiel (siehe Tabelle).

Bevölkerungszuwachs in 90 politischen Bezirken, Rückgang in vier Bezirken

Auf regionaler Ebene gab es in lediglich vier politischen Bezirken (Rust, Gmünd, Lilienfeld und Wolfsberg) einen Bevölkerungsrückgang in der Größenordnung von bis zu 1,0 %. In allen anderen Bezirken kam es im Jahr 2022 zu einem Anstieg der Bevölkerungszahl. Am stärksten fielen die Zugewinne in der burgenländischen Landeshauptstadt Eisenstadt (+3,2 %) aus. Ebenfalls hohe Zuwächse gab es in Sankt Pölten (Stadt) (+2,3 %) sowie in Tulln und Graz (je +2,0 %).

Innerhalb Wiens verzeichneten alle Gemeindebezirke einen Bevölkerungsanstieg. Am stärksten wuchsen die Innere Stadt (+5,9 %), Donaustadt (+4,4 %) und Penzing (+4,1 %). Den geringsten Zuwachs gab es hingegen in Hernals, wo die Bevölkerungszahl so gut wie unverändert blieb.

19,0 % der Bevölkerung sind ausländische Staatsangehörige

Den vorläufigen Ergebnissen zufolge lebten am 1. Jänner 2023 insgesamt 1.730.286 Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft in Österreich. Der Anteil ausländischer Staatsangehöriger an der Gesamtbevölkerung stieg von 17,7 % am 1. Jänner 2022 auf 19,0 % am 1. Jänner 2023. Im Laufe des Jahres 2022 erhöhte sich somit die Zahl der ausländischen Staatsangehörigen um 143.577 Menschen (+9,0 %), während die Zahl der österreichischen Staatsangehörigen rückläufig war (-16 380 Personen bzw. -0,2 %).

Unter den in Österreich lebenden ausländischen Staatsangehörigen sind Deutsche (225.106 Personen) die mit Abstand größte Gruppe. Die zweitgrößte Nationalität in Österreich ist Rumänien mit 147.403 Staatsangehörigen vor den 122.016 Personen aus Serbien auf Rang drei. Den stärksten Zuwachs aller ausländischen Nationalitäten verzeichneten im Jahr 2022 die ukrainischen Staatsangehörigen (+66.899 Personen). Zu Jahresbeginn 2023 bildeten die insgesamt 79.572 ukrainischen Staatsangehörigen somit die neungrößte ausländische Nationalität. ■

<https://www.statistik.at/>

Bundesland	Bevölkerungsstand		Bevölkerungsveränderung ¹		Ausländische Staatsangehörige am 01.01.2023 ¹	
	am 01.01.2022	am 01.01.2023 *	absolut	in %	absolut	in %
Österreich	8 978 929	9 106 126	127 197	1,4	1 730 286	19,0
Burgenland	297 583	301 311	3 728	1,3	33 638	11,2
Kärnten	564 513	568 995	4 482	0,8	72 911	12,8
Niederösterreich	1 698 796	1 718 529	19 733	1,2	205 053	11,9
Oberösterreich	1 505 140	1 523 200	18 060	1,2	234 726	15,4
Salzburg	562 606	568 468	5 862	1,0	112 086	19,7
Steiermark	1 252 922	1 265 422	12 500	1,0	172 073	13,6
Tirol	764 102	771 361	7 259	1,0	139 686	18,1
Vorarlberg	401 674	406 398	4 724	1,2	81 033	19,9
Wien	1 931 593	1 982 442	50 849	2,6	679 080	34,3

Q: STATISTIK AUSTRIA, Statistik des Bevölkerungsstandes. – 1) Vorläufige Ergebnisse.

24 neue Erbhöfe in Oberösterreich

LH Thomas Stelzer und LRin Langer-Weninger:
»Versorgungssicherheit seit Generationen«



Foto: Land Oberösterreich / Max Mayrhofer

Feierliche Zeremonie mit Landeshauptmann Thomas Stelzer (m.r.) und Agrar-Landesrätin Michaela Langer-Weninger (rechts von ihm)

Auf Oberösterreich und seine Bäuerinnen und Bauern ist Verlaß“, so Landeshauptmann Thomas Stelzer und Agrar-Landesrätin Michaela Langer-Weninger am 24. Jänner. „Seit mehr als 200 Jahren werden Lebensmittel und Energie sicher und nachhaltig durch die Erbhöfe des Landes produziert. Diese Versorgungssicherheit seit Generationen wissen wir alle zu schätzen. Die bäuerlichen Familienbetriebe dürfen sich daher der Unterstützung und Wertschätzung durch das Land Oberösterreich zu jeder Zeit gewiß sein. Gemeinsam sorgen wir – heute und morgen – für Versorgungssicherheit in Oberösterreich.“

Der Ehrentitel Erbhof wird von der Oö. Landesregierung an landwirtschaftliche Betriebe verliehen, die seit mindestens 200 Jahren von derselben Familie weitervererbt und weiterhin aktiv bewirtschaftet werden. „Erbhöfe zeigen eindrucksvoll, wie stark Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert ist. Die Übergabe des Betriebes in einer guten wirtschaftlichen sowie ökologischen Verfassung ist für viele das Arbeitsziel eines ganzen Lebens“, betont Michaela Langer-Weninger. Gemeinsam mit Landeshauptmann

Thomas Stelzer verlieh Oberösterreichs Agrar-Landesrätin 24 weiteren Betrieben aus ganz Oberösterreich den Ehrentitel Erbhof.

Bei der feierlichen Zeremonie im Linzer Landhaus führte Landeshauptmann Thomas Stelzer aus: „Die Ehrenbezeichnung ‚Erbhof‘ zeichnet jene Bauernfamilien aus, die durch ihre harte und unermüdliche Arbeit über Generationen hinweg den Erhalt ihres Betriebes sicherstellen. Die Auszeichnung steht für Arbeit und Leistung, für das Zusammenstehen als Familie und als Betrieb, für den Erhalt und die Weitergabe von Wissen, von Werten und von Traditionen. Wir stehen hinter unseren Bäuerinnen und Bauern, die durch ihre Arbeit auch wesentlich zur Belebung und Erhaltung des ländlichen Raumes beitragen.“

Erfolgreiche Familienbetriebe, starke Regionen

Seit mehr als 90 Jahren werden basierend auf dem Oö. Erbhöfegesetz landwirtschaftliche Betriebe mit dem Titel Erbhof ausgezeichnet. Mit dem Stand 24. Jänner tragen genau 6.240 Familienbetriebe in Oberösterreich diese Auszeichnung. Das ist etwa ein

Fünftel aller landwirtschaftlichen Betriebe in Oberösterreich. Michaela Langer-Weninger betonte bei der Feier den hohen Wert der Familienbetriebe für das Land und die Regionen: „Unsere kleinstrukturierten Familienbetriebe sind das Rückgrat unserer Regionen sowie das Fundament von Energie- und Ernährungssouveränität. Durch die nachhaltige Nutzung von Grund und Boden haben die Bäuerinnen und Bauern stets für Nahrung, Energie und eine nachhaltige Landschaftspflege gesorgt – und tun es noch. Blühflächen für mehr Biodiversität, saubere Energie aus Holz und Biogas, ressourcenschonende Lebensmittel – die Leistungen der heimischen Landwirtschaft sind großartig und vielfältig!“

Für den Ausbau und Erhalt dieser Leistungen werden vom Land OÖ heuer in Summe 95 Millionen Euro in die Hand genommen. Ein Drittel davon ist für zukunftsweisende Agrar-Investitionen reserviert. „Jede Investition in unsere bäuerlichen Familienbetriebe ist eine Investition in eine nachhaltige und sichere Zukunft“, sind Langer-Weninger und Stelzer überzeugt. ■

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/18851.htm>

»Sisi's New Portrait«

Kaiserin Elisabeth, genannt Sisi, war ihrer Zeit weit voraus – doch ihr gegenwärtiges Image zeigt eine eher überholte Darstellung. In den letzten 125 Jahren schuf man ein Bild, das Sisi bis heute auf Schönheit, Körperkultur und Drama reduziert. Doch wer war die wahre Sisi?



Foto: Wien Tourismus/Paul Bauer

Sisi von Winterhalter 1865 im Wiener Möbelmuseum – Nachbildung

Auf Bildern vor allem aus dem 19. Jahrhundert ist Kaiserin Elisabeth in Wien allgegenwärtig. Der Hype um ihre Person ist aktueller denn je. Ihre Geschichte wird stets neu erzählt, um damit ein globales und neues Publikum zufrieden zu stellen. Von den berühmten, romantischen Romy Schneider Filmen der 50er-Jahre, über die neueste Netflix-Adaptierung „Die Kaiserin“, bis hin zum Spielfilm „Corsage“ gibt es für jede Generation ein zugeschnittenes Bild von Sisi. Und dennoch war der Fokus stets derselbe: ihre Schönheit, ihre Kleider, Depressionen, Eß-Störung, sportliche Exzesse, angebliche Affären und der Wunsch nach ewiger Jugend.

Die echte Frau, Kaiserin und Mutter rückt zunehmend in den Hintergrund. Obwohl sie ein unglaubliches Vermächtnis hinterlassen hat, erinnert man sich nur an Äußerlichkeiten und Dramen. „Für die junge Sisi exi-

stierte der Begriff Schönheit gar nicht. Erst am Wiener Hof wurde ihr bewußt, daß es ausschließlich das ist, was von ihr verlangt wird. Ihr Aussehen wurde instrumentalisiert. Das berühmteste Portrait der Kaiserin wurde 1865 von Franz Xaver Winterhalter geschaffen. Es gilt als Ikone des Mythos Sisi und trug dazu bei, ihren Ruhm und ihre Schönheit weltweit zu verbreiten“, so Michael Wohlfart, Kurator des Sisi Museums.

Um genau dieses oberflächliche Image zu durchbrechen und die wahre Persönlichkeit hinter Kaiserin Elisabeth zu zeigen, wurde das wohl berühmteste Portrait von ihr, das Original Winterhalter Gemälde, am 1. März von einem vollkommen neuen und besonderen Portrait Sisis verdeckt. So wurde der Blick der BesucherInnen von reinen Äußerlichkeiten auf das wirklich Wichtige und Wesentliche gelenkt: Sisis Errungenschaften,

was sie ausmachte und bewegte. „Sisi's New Portrait“ zeigt ein reduziertes, minimalistisches Gedicht mit Fakten über die Kaiserin von Österreich, die hinter ihrem Image verloren gegangen sind.

WienTourismus hat diese Aktion in Kooperation mit dem Sisi Museum, dem Möbelmuseum Wien (zwei Standorte der Schönbrunn Group), und dem Hotel Imperial initiiert.

Sich an Frauen aufgrund ihrer Persönlichkeit erinnern. Nicht dafür, wie sie aussahen.

Das Portrait bewegt zum Umdenken und Perspektivenwechsel, geleitet durch den Aufbau des Gedichts. Spielt es zunächst auf die altbekannten Bilder Sisis an, so wird der Betrachtende schnell eines Besseren belehrt und erfährt Fakten, die mit den Jahren in den Hin-

Chronik

tergrund gewandert sind. Sisi hat schon damals wichtige Grundpfeiler für die Flüchtlingshilfe gesetzt. Auch war sie es, die einen entscheidenden Beitrag zur Autonomie des ungarischen Volkes beitrug.

Elfriede Iby, Leiterin der wissenschaftlichen Abteilung Schönbrunn Group: „Sisi war ihrer Zeit in vielerlei Hinsicht voraus. Sie war eine strategisch sehr kluge Frau – auch wenn ihre Stimme “offiziell” nichts zählte, so wußte sie doch genau, welche Wirkung ihre Gesten in der Öffentlichkeit hatten. Aufschluß über Sisis Ansichten und Gefühle geben ihre zahlreichen Gedichte. Sie waren ihr Ventil, um politische, gesellschaftliche und familiäre Themen ironisch und pointiert aufzuarbeiten.“

Frauenbild. Ein Thema, das wichtiger ist denn je, für welches sich zahlreiche Menschen weltweit einsetzen und an welches insbesondere am Weltfrauentag am 8. März erinnert wird. Nicht nur Sisi wurde über die Jahre hinweg immer wieder in Schubladen gesteckt. Das Portrait hinterfragt die grundsätzliche Wahrnehmung von Frauen in unserer Gesellschaft und das visuelle Konzept zeigt deutlich, daß das Aussehen von Frauen auch heute noch oft ihre Verdienste und Begabungen in den Schatten rückt.

Der Appell am Ende des Gedichts: „Remember women for who they were. Not for what they looked like.“ Ein Aufruf, der nicht oft genug wiederholt werden kann.

Norbert Kettner, Direktor des WienTourismus: „Anlässlich des Frauentags am 8. März, den wir zu einem ganzen Frauenmonat ausweiten, bieten wir den Talenten und künstlerisch, technisch sowie gesellschaftlichen Vermächtnissen herausragender, in Wien wirkender weiblicher Persönlichkeiten eine Bühne. Kaiserin Elisabeth ist nur eine von vielen Frauen, die über Jahrhunderte hinweg hauptsächlich wegen ihrer Äußerlichkeiten im kollektiven Gedächtnis blieb. ‚Sisi’s New Portrait‘ zeigt eine Pionierin, deren Schaffen vielfach hinter der popkulturellen Aufladung ihrer Person versteckt blieb. In keiner Stadt außer Wien, wo sie gelebt, gearbeitet und gewirkt hat und nach wie vor grosser Anziehungspunkt für BesucherInnen ist, könnte ihr wahres Erbe besser gewürdigt werden.“

Mehr als man denkt: Historische Wiener Frauen

Kaiserin Elisabeth ist nur eine von vielen Frauen, deren oberflächliches Image selbst nach ihrem Tod ihren Pioniergeist und ihr wahres Vermächtnis überschattet. Alma



Foto: Wien Tourismus/Paul Bauer

Sisi's New Portrait Detail

Mahler-Werfel, Hedy Lamarr, Emilie Flöge, Margarete Schütte-Lihotzky – sie alle waren mehr als nur Geliebte, Filmstar oder Muse. Sie waren Pionierinnen, deren Schaffen bis heute große Relevanz hat. Im Frauenmonat März rückt der WienTourismus auch diese herausragenden Wienerinnen in den Vordergrund und setzt sie auf seinen digitalen Kanälen international in Szene. Dem Thema „Sichtbarkeit der Frau“ widmet sich auch das Technische Museum Wien, das anlässlich des 150jährigen Jubiläums der Wiener Welt-

ausstellung den ersten Frauenpavillon 1873 beleuchtet. Der damals völlig neue Ausstellungstyp, der zum ersten Mal auch weibliche Erwerbsarten in den unterbürgerlichen Schichten thematisierte, leistete Pionierarbeit im Sichtbarmachen der weiblichen Arbeitswelt. Die Sonderausstellung reiht sich in eine Vielzahl spannender Wien-Highlights von „Vision & Aufbruch – 150 Jahre Wiener Weltausstellung“ – dem Jahresthema des WienTourismus – ein. ■

<https://www.wien.info/de/sisi-s-new-portrait>

Tiergarten Schönbrunn knackte wieder die Zwei-Millionen-Marke

Zwei Millionen BesucherInnen, rund 107.000 verkaufte Jahreskarten: Die Besucherzahlen des Tiergarten Schönbrunn können sich wirklich sehen lassen. Obwohl der Tourismus 2022 in Österreich das Niveau des Jahres 2019 noch nicht ganz erreicht hat, konnte der Tiergarten Schönbrunn an seine erfolgreichen Jahre vor der Corona-Krise anschließen. Im Vergleich zum Jahr 2021, das noch massiv von coronabedingten Betretungsverboten betroffen war, waren es um 75 Prozent mehr BesucherInnen. „Wir freuen uns sehr über dieses hervorragende Ergebnis. Der Tiergarten gehört damit weiterhin zu den Top-Sehenswürdigkeiten und beliebtesten Ausflugszielen Österreichs. Anfang des Jahres hätten wir nicht damit gerechnet, daß unsere Besucherzahlen so schnell wieder das Niveau vor Corona erreichen. Schließlich schränkten noch bis Ostern coronabedingte Auflagen wie die 2-G-Regel und die FFP2-Maskenpflicht in den Tierhäusern den Besuch erheblich ein“, so Tiergartendirektor Stephan Hering-Hagenbeck.

„Der Tiergarten Schönbrunn ist nicht nur ein beliebtes Ausflugsziel für Wienerinnen und Wiener, um Natur und Tiere zu erleben, sondern auch eine unserer wichtigsten Touristenattraktionen. Ausbleibende Märkte konnten durch neue Gästegruppen zum Teil kompensiert werden. So hat die Zahl an Gästen aus Tschechien stark zugenommen und Israel taucht zum ersten Mal in der Besucherstatistik auf“, erklärt Eigentümervertreter Bundesminister Martin Kocher. Kontinuierliche Verbesserungen in der Tierhaltung gingen mit neuen Attraktionen einher, wie der neuen Felsenlandschaft für die Löwen, dem vergrößerten Teich für die Nashörner oder der modernisierten Außenanlage der Geparden. Bei Kindern punktete der neue, große Streichelzoo mit Zwergziegen, Ouessantschafen und Kaninchen. Mit Juni konnten endlich die beliebten kommentierten Fütterungen wieder aufgenommen werden. Das optimale Zoo-Wetter im Frühling und Herbst war natürlich ebenfalls ein maßgeblicher Faktor für das erfolgreiche Jahr.

Der Tiergarten Schönbrunn finanziert seinen laufenden Betrieb und seine Investitionen (z. B. Bauvorhaben) selbst. Gleichzeitig ist er einer der größten außerschulischen



Foto: Tiergarten Schönbrunn/Daniel Zupanc

Der Kaiserpavillon, das historische Zentrum des Tiergarten Schönbrunn



Foto: Tiergarten Schönbrunn/Daniel Zupanc

Schönbrunns Jungtiere als Nachwuchsbotschafter: Queensland Koala-Nachwuchs „Aruma“

Lernorte und ein wichtiger internationaler Partner im Artenschutz. Allein die Eintrittserlöse machen fast 80 Prozent seiner Einnahmen aus. Wirtschaftlicher Erfolg ist derzeit wichtiger denn je. Hering-Hagenbeck: „Die enormen Teuerungen durch die hohe Inflation und die Energiekrise haben auch auf uns massive Auswirkungen. Wir haben erhöhte Personalkosten, die Energiekosten

sind fast nicht mehr zu kalkulieren, aber auch bei den Futtermitteln und Bauvorhaben kommt es zu großen Preissteigerungen. Der Tiergarten ist auf diese Herausforderungen gut vorbereitet und ist gerade deshalb seinen Besucherinnen und Besuchern sehr dankbar für ihre anhaltende Treue und Unterstützung.“

<https://www.zoovienna.at/>

Der Jahrgang 2022

Freude über Weinqualität nach herausforderndem Jahr



Foto: ÖWM / WSN

Der Nußberg in Wien ist mit 342 Metern Seehöhe ein Vorberg des Kahlenbergs und ist die höchstgelegene Terrasse auf Wiener Boden.

Das Weinjahr 2022 verlangte Österreichs WinzerInnen einiges ab. Zunächst schien es ein Jahr der großen Trockenheit zu werden, wären da nicht die vereinzelt Niederschläge gewesen – nicht immer zu optimalen Zeitpunkten. Mit viel Einsatz und penibler Arbeit konnten die WinzerInnen letztlich aber reife, balancierte Weißweine mit feinem Fruchtspiel erzeugen. Herausragend präsentieren sich die Rotweine: Sie überzeugen mit Kraft, Struktur und samtigen Tanninen.

Je nach Rebsorte und Gebiet fiel der Jahrgang 2022 ein wenig differenzierter aus als beispielsweise 2021. Insgesamt präsentieren sich Österreichs 2022er-Weine aber mit ausgeprägter Reife, feiner Frucht und harmonischer Säure. Geprägt war das Jahr von großer Hitze und Trockenheit im Sommer, die durch Regenfälle kurz vor der Haupternte abgefedert wurden. Diese sorgten für einen kräftigen Reifeschub bei den Trauben, erforderten von den WinzerInnen aber auch rasches Handeln zum Schutz des Traubenmaterials. Mit einer Erntemenge von 2,5 Millionen Hektoliter liegt 2022 leicht über dem langjährigen Durchschnitt (2,4 Mio. hl).

Burgenland: kraftvolle Rote, Süßweine mit klarer Frucht

Die burgenländischen Weißweine besitzen ausgeprägte Fruchtnoten und klare Sortenmerkmale. Besonders begünstigt waren Chardonnay und Weißburgunder. Ideal waren die Voraussetzungen für einen großen Rotweinjahrgang: In sämtlichen Rotweinhochburgen sind kraftvolle, dunkle und dichte Rotweine von feiner Struktur und mit reifen Tanninen zu erwarten. Damit waren auch alle Voraussetzungen für hochwertige Rosé-

weine gegeben. Vielversprechend zeigen sich außerdem die edelsüßen Weine: Sowohl im Seewinkel als auch in Rust bildete eine schöne Botrytis-Edelfäule die Basis für saftige Prädikatsweine mit klarer Frucht. Einige wenige eiskalte Dezember-Nächte ermöglichten zudem die Lese von Eiswein.

Niederösterreich: sortentypische Weiße, ausgereifte Rote

In Niederösterreich sind reife Weißweine mit feinen Fruchtaromen und etwas geringe-



Gastronomie & Kulinarisches

rer Säure als in den beiden Vorjahren entstanden. Auch kräftige Lagen- oder Reserveweine konnten gewonnen werden. Einen klaren Sortenausdruck zeigt die Leitsorte Grüner Veltliner ebenso wie Riesling und die Burgundersorten.

Auch aromatische Sorten wie Sauvignon Blanc, Muskateller und Traminer sowie die regionalen Spezialitäten Roter Veltliner, Zierfandler und Rotgipfler präsentieren sich überzeugend.

In den Rotweinzentren von Carnuntum und in der südlichen Thermenregion sind zudem kraftvolle Rotweine mit guter Struktur und ausgereiften Tanninen entstanden. Vor Weihnachten konnten auch noch rare Eisweine gelesen werden.

Steiermark: harmonische Weiße mit feiner Frucht, prägnante Schilcher

In allen drei steirischen Weinbaugebieten haben sich Weißweine voll Saft und Kraft entwickelt, die aber auch durch Feinheit und Struktur bestechen. Bereits die Jungweine präsentieren sich rund und harmonisch. Der mittlerweile zur steirischen Leitsorte Nummer eins aufgestiegene Sauvignon Blanc dürfte besonders gut gelungen sein. Aber auch die Gelben Muskateller, Morillons (Chardonnays), Weißburgunder und Welschrieslinge sowie die raren Traminer aus dem Vulkanland bereiten Freude. In der Weststeiermark zeigen die Schilcher eine klare Textur und prägnante rotbeerige Frucht.

Wien: runde und balancierte Gemischte Sätze

Auch in den Wiener Rieden am Nußberg, in Grinzing und Neustift sowie am Bisamberg und in Mauer wurde eine gute Zuckerreife bei geringeren Säurewerten erzielt. Entstanden sind runde und balancierte Wiener Gemischte Sätze sowie ausgewogene, fruchtbetonte Rieslinge. Sie bieten schon etwas früher Trinkgenuß als in den Vorjahren.

Bergland: reife Weine mit früher Harmonie, gute PIWIs

In Kärnten, Vorarlberg und Tirol freut man sich über einen rundum gelungenen Jahrgang. Unter günstigen Ausgangsbedingungen erbrachten Weiß- und Rotweine gleichermaßen positive Resultate. In Oberösterreich waren penible Selektion und zügige Lese notwendig, um qualitativ ansprechende Trauben zu ernten. Erneut gute Ergebnisse liefern konnten dort PIWIs (pilzwiderstandsfähige Rebsorten). ■

<https://www.oesterreichwein.at/>



Foto: ÖWM / WSN

Ried Ungerberg, Gols & Weiden am See, Neusiedlersee



Foto: ÖWM / WSN

Ried Mandel-Höh, Traiskirchen, Thermenregion, Niederösterreich



Foto: ÖWM / WSN

Lubekogel, Südsteiermark, Steiermark

Überdurchschnittliche Weinernte im Jahr 2022

Erntemenge liegt 2 Prozent über dem Fünfjahresmittel – Weinbestand ist weiter hoch



Foto: Willi Stengel / Pixabay

Während die Weißweinernte mit 1,74 Mio. hl auf Vorjahresniveau blieb (± 0 %; +2 % im Vergleich zum Fünfjahresschnitt), fiel die Rotweinproduktion mit 788 600 hl um 8 % höher aus als 2021 (+1 % im Vergleich zum Fünfjahreschnitt).

Burgenland

Im Burgenland wurde mit einer Weinernte von 657.700 hl ein Plus von 13 % gegenüber 2021 verzeichnet (± 0 % zum Fünfjahreschnitt), wobei bis auf die Region Leitha-berg (-1 % zu 2021) alle Regionen Zuwächse aufwiesen. Mit 386.600 hl Rotwein wurde eine um 15 % höhere Erntemenge als im Vorjahr erzielt, und auch Weißwein wies mit 271 100 hl ein Plus von 10 % gegenüber 2021 auf.

Niederösterreich

Niederösterreich erreichte mit 1,61 Mio. hl zwar eine überdurchschnittliche Weinernte (+3 % zum Fünfjahreschnitt), die Erntemenge lag jedoch um 1 % unter der Vorjahresproduktion. Auf Weißwein entfielen 1,26 Mio. hl (-2 % zu 2021), während Rotwein mit 347 700 hl ein Plus von 2 % aufwies. Mit Ausnahme der Thermenregion (+20 % zu 2021), Carnuntum (+9 %) und dem Kremstal (+4 %) blieben die Erntemengen in allen Weinbaugebieten unter den Vorjahreswerten. Die höchsten Rückgänge verzeichneten die

Wachau (-10 % zu 2021) und das Traisental (-7 %). Das Weinviertel, auf das rund die Hälfte der Weinfläche des Bundeslandes entfällt, erzielte mit 899.700 hl ein Minus von 3 % gegenüber 2021.

Steiermark

In der Steiermark fiel die Ernte um 3 % höher aus als im Vorjahr. Im Vergleich zum Fünfjahreschnitt bedeutet die Erntemenge von 229.300 hl ein Minus von 4 %. Während die Weißweinernte mit 181 700 hl um 5 % über dem Vorjahr lag, nahm die Produktion von Rotwein um 4 % auf 47 600 hl ab. Das Weinbaugebiet Vulkanland Steiermark verzeichnete eine um 17 % höhere Weinernte als 2021, während in der Südsteiermark (-2 %) und der Weststeiermark (-9 %) die Erntemengen geringer als im Vorjahr ausfielen.

Wien

In Wien wurden 26.300 hl Wein geerntet, was gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 16 % und gegenüber dem Fünfjahreschnitt ein Plus von 3 % bedeutete.

2,31 Millionen Hektoliter Qualitäts- und Prädikatswein produziert

Im Hinblick auf die Weinprodukte standen bei Qualitäts- und Prädikatsweinen mit 2,31 Mio. hl um 2 % höhere Mengen als 2021 zur Verfügung (± 0 % im Vergleich zum

Fünfjahreschnitt). Dabei fiel die Produktion von weißen Qualitäts- und Prädikatsweinen mit 1,61 Mio. hl um 1 % höher aus als 2021, und bei hochqualitativen Rotweinen wurde mit 697.900 hl ein Plus von 5 % gegenüber dem Vorjahr erzielt. Im Segment Wein/Landwein (inkl. Sortenwein und Sturm) wurde mit 188 000 hl um 8 % mehr als im Vorjahr produziert (+24 % zum Fünfjahreschnitt). Dabei stieg das Volumen an rotem Wein/Landwein um 46 % an, während die Produktion von weißem Wein/Landwein um 8 % zurückging.

Weinbestand weiter auf hohem Niveau

Der Weinbestand 2022 (Stichtag 31. Juli) belief sich auf 2,93 Mio. hl und blieb das vierte Jahr in Folge auf hohem Niveau (+6 % zum Fünfjahresmittel, +1 % zu 2021). Davon entfielen 1,70 Mio. hl auf Weißwein und 1,22 Mio. hl auf Rotwein (jeweils +1 % zu 2021). Bei Qualitäts- und Prädikatsweinen blieben die Bestandsreserven mit 2,34 Mio. hl stabil (± 0 % zu 2021; +5 % zum Fünfjahresmittel). Diese setzten sich aus 1,32 Mio. hl Weiß- und 1,02 Mio. hl Rotwein zusammen. Wein/Landwein (inklusive Rebsortenwein und Sturm) verzeichnete mit 304.100 hl einen ebenfalls nahezu unveränderten Lagerbestand (± 0 % zu 2021), wovon 69 % Weißwein waren. ■

<https://www.statistik.at/>

Exotische Pflanzen & Früchte

Lehrlinge von SPAR und den Österreichischen Bundesgärten präsentierten eine Sonderausstellung im Großen Palmenhaus Schönbrunn

Lehrlinge der SPAR-Akademie Wien und der Österreichischen Bundesgärten hatten im Palmenhaus Schönbrunn eine üppige Sonderausstellung zusammengestellt: Von 11. bis 19. März konnte man tropische Früchte und Pflanzen bewundern und kulinarische Exoten verkosten. In der informativen Ausstellung konnte man auch lernen, daß es mittlerweile sogar tropische Früchte aus österreichischem Anbau gibt.

Die Sonderausstellung wurde am 9. März von Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig offiziell eröffnet. Neben dem Bundesminister begrüßte auch Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm, SPAR-Vorstand KR Hans K. Reisch und SPAR-Geschäftsführer Alois Huber die Lehrlinge.

Erfolgreiche Kooperation: Lehrlinge lernen von- und miteinander

Die Lehrlinge der Österreichischen Bundesgärten informierten zu exotischen Pflanzen und die SPAR-Lehrlinge präsentieren ihr Wissen zu tropischen Früchten, die vor Ort verkostet werden können. „Die Kooperation zwischen SPAR und den Bundesgärten steht



Foto: SPAR/Werner Krug

v.l.: SPAR-Geschäftsführer Alois Huber, SPAR-Lehrling Sindbad Koprolin, Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig, Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm, Stv. SPAR-Vorstandsvorsitzende Hans K. Reisch und SPAR-Lehrling Katharina Höllner



Foto: SPAR/Werner Krug

unter dem Motto gemeinsam lernen – miteinander lernen – voneinander lernen,“ erklärte SPAR-Geschäftsführer Alois Huber.

„Der Ausstellung gingen umfangreiche, gemeinsame Schulungen und Trainings der Lehrlinge voraus. So schaffen wir das Fundament für eine kompetente KundInnenberatung. Das ist praxisnaher Unterricht“, ergänzte Robert Renz, Direktor der SPAR-Akademie Wien. Gerd Koch, Direktor der Ös-



Foto: SPAR/Werner Krug

Lehrlinge der HBLFA für Gartenbau und Österreichische Bundesgärten zeigten gemeinsam mit den Lehrlingen der SPAR-Akademie Wien im Palmenhaus Schönbrunn eine fruchtig-üppige Sonderausstellung.

terreichischen Bundesgärten, über die Ausstellung: „Der Austausch unter den Lehrlingen findet jedes Jahr statt und funktioniert hervorragend. Die Chance von- und miteinander zu lernen, wird aktiv genutzt.“

Fruchtige Exoten auch aus Österreich

SPAR führt exotische Früchte aus österreichischem Anbau im Sortiment. Die vor allem in China und Japan beheimateten Shitake Pilze werden seit knapp zehn Jahren

auch mitten in Niederösterreich, in Perschling, gezüchtet. Physalis, in Südamerika heimisch, werden in der oberösterreichischen Gemeinde Oftering in Bioqualität angebaut.

Kiwibeeren stammen ursprünglich aus Süd-Ostasien. Sie fanden von der Südoststeiermark aus ihren Weg in die Regale der Obst- und Gemüseabteilungen der SPAR-Märkte.

<https://www.bundesgaerten.at/>
<https://www.spar.at/karriere/lehre>

Biergenuß trotz Alkoholverzicht

Mit Geschmacksvielfalt durch die Fastenzeit – Breite Produktpalette ermöglicht echten Biergeschmack ohne Promille

Auf die 5. Jahreszeit, die nach pandemiebedingter Pause heuer wieder in ganz Österreich viel närrisches Treiben brachte, folgt die Fastenzeit. Ob aus religiösen Motiven oder wegen der bevorstehenden Bikinisaison: Vorsätze rund um Verzicht sind in der Zeit zwischen Fasching und Ostern weit verbreitet. Neben Verzicht auf Süßes oder Fleisch ist auch Alkohol ein beliebter Kandidat, auf den es ein paar Wochen zu verzichten gilt. Daß dies der Gesundheit guttut, ist unbestritten, fällt aber manchen schwer. Leichter könnte das Durchhalten dieses Vorsatzes fallen, wenn man zwar auf den Alkohol, aber nicht auf den Biergenuß verzichtet: Die Auswahl und die Qualität von alkoholfreien Bieren steigt ständig – ebenso wie die Akzeptanz in der Bevölkerung.

Gabriela Maria Straka, Director Corporate Affairs & ESG bei der Brau Union Österreich, meint: „Mit alkoholfreiem Bier oder auch alkoholfreien Biermischgetränken muß sich Verzicht gar nicht nach Verzicht anfühlen – etwa mit alkoholfreien Bieren mit 0,0% Alkohol, wie sie etwa in der Brauerei Wieselburg entscheidend mitentwickelt wurden und mittlerweile von vielen Marken angeboten werden, kommt man mit bestem Biergenuss durch die Fastenzeit.“

Null gewinnt: Wer gerne Bier trinkt, mag auch alkoholfrei immer lieber

Auch abseits von prädestinierten Zeiträumen wie „Dry January“ oder Fastenzeit ist

nämlich der Trend zum alkoholfreien Bier ungebrochen: Die Studie zum aktuellsten Bierkulturbericht bestätigt, daß, wer gerne Bier trinkt, auch alkoholfrei immer lieber mag. Sowohl in puncto Genuß als auch in puncto Ansehen ist alkoholfreies Bier klar auf dem Vormarsch. So ist sich eine absolute Mehrheit (57 Prozent) sicher, daß alkoholfreies Bier an Ansehen gewonnen hat. Das ist ein Plus von 12 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr.

Bei den regelmäßigen Bierkonsum unterschreiben sogar 60 Prozent diese positive Veränderung. Auch beim Genuß von alkoholfreiem Bier sprechen die Zahlen für sich – tranken 2017 noch 17 Prozent gerne alkoholfrei, sind es inzwischen 28 Prozent. Besonders deutlich zeigt sich der Trend bei den Jüngeren von 18 bis 29 Jahren: hier sind es 32 Prozent.

Promillefreie Produktvielfalt, preisgekrönter Geschmack

Erfreulicherweise bedeutet der Alkoholverzicht nicht, daß der Biergenuß ausbleiben muß. Denn der ist auch natürlich alkoholfrei möglich – mit einer geschmacklichen Vielfalt: Gösser NaturGold Alkoholfrei, Heineken 0,0, Zipfer Hell Alkoholfrei, Wieselburger 0,0, Puntigamer Pr0,0st, Schlossgold, Villacher Freilich Alkoholfrei, Fohrenburger Alkoholfrei und Weizenbier Edelweiss Alkoholfrei. Viele davon wurden auch bereits mehrfach von unabhängigen Jurys preisge-

krönt. Auch im fruchtigeren Bereich muß man hier nicht sündigen: So bietet etwa der Gösser NaturRadler 0,0 vollsten Geschmack für verzichtswillige Erwachsene.

Über die Brau Union Österreich

Über 5,0 Mio. HL Bier setzt die Brau Union Österreich in einem Jahr ab – mit fünfzehn führenden Biermarken, über 100 Biersorten und laufenden Innovationen. Das Unternehmen steht sowohl für Internationale Premium-Brands wie Heineken, Desperados und Sol, die Cider-Marken Strongbow und Stibitzer, österreichweit verbreitete Top-Marken wie Gösser, Schwechater, die Weizenbiermarke Edelweiss und das alkoholfreie Schlossgold sowie Marken mit starker regionaler Bedeutung wie Zipfer, Puntigamer, Wieselburger, Kaiser, Schladminger, Reininghaus, Villacher und Fohrenburger.

2.700 Mitarbeiter in ganz Österreich sorgen dafür, daß rund 49.000 Kunden und Millionen Bierliebhaber im ganzen Land mit Bier versorgt werden. Daß die Brau Union Österreich dabei auf beste Rohstoffe, höchste Qualität und nachhaltige Produktion – sowohl im Umwelt- als auch im gesellschaftlichen Bereich – setzt, versteht sich von selbst. Dafür wurde die Brau Union Österreich mit dem Prädikat „Green Brand“ ausgezeichnet. Seit 2003 ist die Brau Union Österreich Teil der internationalen Heineken-Familie. ■

<http://www.brauunion.at/>



Foto: BrauUnion

Friedrich Cerha †

Der österreichische Komponist und Dirigent ist am 14. Februar 2023 im 97. Lebensjahr verstorben. Die Universal Edition würdigt sein großes Lebenswerk.



Foto: SF/ Helmut Schaffler

Friedrich Cerha in Salzburg

Am 27. Februar 1926 in Wien geboren, gilt Friedrich Cerha als einer der prägenden Gestalter des österreichischen Musiklebens seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Bereits in jungen Jahren komponierte er erste Werke für Violine und kleinere Ensembles. So entstanden auch Walzer und Salonmusik. Seine Musikerkarriere wurde durch den Zweiten Weltkrieg unterbrochen – dieser stellte für ihn eine Zäsur dar, nach der sich seine Klangwelten für immer ändern sollten. Noch vor dem Abschluß des Gymnasiums wurde Cerha in die Wehrmacht eingezogen, desertierte und erlebte das Kriegsende in Tirol.

Ab 1946 studierte er Violine, Komposition und Musikerziehung an der Wiener Akademie für Musik sowie Musikwissenschaft, Germanistik und Philosophie an der Universität Wien, wo er 1950 zum Doktor der Philosophie promoviert wurde.

Cerha war zunächst als Geiger und Musiklehrer tätig. Er stand früh in Kontakt zur avantgardistischen Untergrundszene junger Maler und Literaten um den Art-Club und den Schönberg-Kreis der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik.

1958 gründete er mit Kurt Schwertsik und seiner Frau Gertraud Cerha das Ensemble „die reihe“. Er wurde als Dirigent von renommierten Orchestern wie dem Chicago Symphony Orchestra oder der Staatskapelle Berlin engagiert. Zwischen 1960 und 1997 trat er als Dirigent bei internationalen Festivals (z.B. Salzburger Festspiele, Wiener Festwochen, Biennale Venedig, Berliner Festwochen, Musik der Zeit Köln und Nutida Musik Stockholm) sowie an Opernhäusern wie der Wiener Staatsoper, der Berliner Staatsoper oder dem Teatro Colon in Buenos Aires auf. Er erhielt Kompositionsaufträge von Institutionen wie der Koussevitzky-

Foundation in New York, dem Westdeutschen Rundfunk, dem Festival Internacional de Música de Canarias, dem Wiener Konzerthaus und dem Musikverein Wien und von Orchestern wie den Wiener Philharmonikern.

Cerha lehrte ab 1959 an der Hochschule für Musik Wien, wo er von 1976 bis 1988 eine Professur für Komposition, Notation und Interpretation Neuer Musik innehatte. Ab 1994 arbeitete er mit dem Klangforum Wien zusammen und fungierte bis 1999 als dessen Präsident.

Der Orchesterzyklus Spiegel I-VII nimmt einen besonderen Stellenwert ein, dessen einzelne Teile über mehrere Jahre hinweg entstanden sind und die als Gesamtwerk 1972 in Graz uraufgeführt wurden. Einen weiteren Meilenstein bildete die Erstellung einer spielbaren Fassung des dritten Akts von Alban Bergs Oper Lulu, die 1979 unter Pierre Boulez in Paris uraufgeführt wurde. Seine erste Oper Baal wurde 1981 bei den Salzburger Festspiele uraufgeführt.

Zahlreiche Auszeichnungen, Preise und Ehrungen würdigten seine Vorreiterrolle im Bereich der zeitgenössischen Musik – als Komponist wie als Interpret, Lehrer und Vermittler. Cerha erhielt u.a. das Österreichische Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst, den Orden „Officier des Arts et des Lettres“, den „Goldenen Löwen“ für sein Lebenswerk der Biennale Venedig, den Musikpreis Salzburg, den Ernst von Siemens Musikpreis sowie anlässlich seines 95. Geburtstages den Alban-Berg-Ring.

Friedrich Cerha starb am 14. Februar 2023 im Alter von 96 Jahren in Wien.

Mit Friedrich Cerha verliert die Universal Edition, ein 1901 gegründeter österreichischer Musikverlag mit Hauptsitz in Wien, einen ihrer wichtigsten zeitgenössischen Komponisten, mit dem sie über mehr als sechs Jahrzehnte seines Schaffens in enger Zusammenarbeit verbunden war und dessen aufrichtige Anteilnahme seiner Witwe Gertraud Cerha und den Töchtern Ruth und Irina gehört.

Wiens Bürgermeister Michael Ludwig

„Friedrich Cerha war ein Jahrhundertkünstler von höchstem Rang, der Hauptwerke der Musik des 20. Jahrhunderts geschaf-

Personalia

fen hat“, äußerte sich Wiens Bürgermeister Michael Ludwig über das Ableben des Komponisten und Dirigenten. „Wien verliert heute nicht nur einen der bedeutendsten Komponisten des 20. Jahrhunderts, sondern auch einen unermüdet Gestaltenden, dessen Einsatz für die Verbreitung Neuer Musik als Dirigent, Ensembleleiter und Kompositionsprofessor die Musikstadt seit der Nachkriegszeit entscheidend mitgeprägt hat. Mein tief empfundenes Beileid gilt heute seinen Angehörigen, allen voran seiner Frau.“

Friedrich Cerha wurde in einem Ehrengrab der Stadt Wien beigesetzt.

Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer

„Mit Friedrich Cerha verliert Österreich einen der größten Komponisten der Moderne“, so Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer zu dessen Tod. „Als 1926 Geborener hat er uns bewußt gemacht, wie sehr die Neue Musik den demokratischen Geist als Voraussetzung braucht, um sich entfalten zu können. Sein Lebensweg und künstlerisches Werk stehen leuchtend und unübersehbar für seinen persönlichen Mut zu einem Neuanfang in der Musik. Friedrich Cerhas Leistungen in der kulturellen Entwicklung Österreichs können nicht genug gewürdigt werden. Meine Anteilnahme gilt insbesondere seiner Frau, seiner Familie und Freundinnen und Freunden sowie seinen zahlreichen Weggefährtinnen und -gefährten.“

Staatsoperndirektor Bogdan Rošćic

Die Wiener Staatsoper trauert um Friedrich Cerha, einen der bedeutendsten und vielseitigsten Komponisten der Gegenwart, der nicht nur die internationale Musikgeschichte mitgeschrieben und sie nachhaltig beeinflusst hat, sondern auch die Aufführungsgeschichte der Wiener Staatsoper immer wieder mit Höhepunkten bereicherte. So wurde die auf Brechts Drama basierende Oper Baal 1981 unmittelbar nach der Salzburger Uraufführung an das Haus am Ring übernommen und zwölf Jahre später noch einmal als Wiederaufnahme präsentiert. Bei der Wiener Erstaufführung seines Rattenfängers – einer Gemeinschaftsproduktion der Vereinigten Bühnen Graz, des steierischen Herbstes und der Wiener Staatsoper – stand der Komponist sogar selbst am Pult. Mit der stilsicheren Fertigstellung des unvollendeten dritten Aktes von Alban Bergs Lulu hatte sich Friedrich Cerha nicht nur uneigennützig in den Dienst eines verstorbenen Kollegen

gestellt, sondern die Musikwelt zusätzlich reich beschenkt. An der Wiener Staatsoper kam diese von Cerha vervollständigte Version von Bergs Lulu bereits 1983, also vier Jahre nachdem sie in Paris vorgestellt worden war, erstmals heraus. Und 2017 wurde die aktuelle, ursprünglich zweiaktige Produktion, erneut um diesen dritten Akt ergänzt.

2002 folgte schließlich die gefeierte Uraufführung des Riesen vom Steinfeld – eines Auftragswerkes der Wiener Staatsoper an Friedrich Cerha und den Librettisten Peter Turrini. Ein Stück, in dem Cerha insofern bewußt einen anderen Weg ging als etwa in Baal oder Rattenfänger, als er mit dem Riesen die Idee des Stationendramas aufgriff und für jedes Bild eine eigene musikalische Aura entwickelte.

„Ausgetretenen Pfaden zu folgen, war Cerhas Sache nicht. Das Ausprobieren und Austesten neuer Ideen machen sein Œuvre so lebendig und bezwingend. Lothar Knessl spricht über Cerhas Unangepaßtheit und das Unzeitgemäße der Werke Friedrich Cerhas, die sich nie einem Modediktat unterwarfen – genau das sichert ihnen vielleicht auf den internationalen Konzertpodien und Opernbühnen die dauerhafte Gültigkeit“, so Staatsoperndirektor Bogdan Rošćic.

Salzburger Festspiele-Intendant Markus Hinterhäuser

„Friedrich Cerha hat vergleichslos viel für die neue Musik in Österreich getan, er hat das musikalische Leben in den letzten Jahrzehnten nachhaltig mitgeprägt und gestaltet. Seine Bedeutung als Komponist ist ganz und gar unbestritten. Als Ensemblegründer und Förderer des musikalischen Nachwuchses hat Friedrich Cerha Wesentliches geleistet, dafür ist ihm höchster Respekt und Dankbarkeit zu erweisen“, sagte Intendant Markus Hinterhäuser in einer ersten Stellungnahme.

1958 gründete Friedrich Cerha gemeinsam mit Kurt Schwertsik und seiner Frau Gertraud Cerha das Ensemble „die reihe“, mit dem er in den nächsten Jahrzehnten oftmals bei den Salzburger Festspielen zu Gast war.

1965 gab Friedrich Cerha sein Festspieldebüt als Dirigent und Geiger mit zwei Gedenkkonzerten zum 20. Todestag von Anton Webern.

Fünf Jahre später stand mit Spiegel I & IV erstmals eine seiner Kompositionen auf dem Spielplan der Festspiele und begeisterte Kritik und Publikum gleichermaßen.

Unvergessen, als ein Meilenstein in der Festspielgeschichte, bleibt die Uraufführung seiner Oper Baal 1981. Die Frage, wie weit der Einzelne Recht auf seine Persönlichkeit in der Gesellschaft hat, die Entscheidung zwischen Anpassung und Verweigerung, die Unmöglichkeit des Auslebens eines vitalen Glücksverlangens in einer zunehmend verwalteten Welt – das alles ist heute aktueller denn je. Baal wurde zu einem Triumph für Friedrich Cerha und zu einer Initialzündung für die Hinwendung der Festspiele zur neuen Oper. „So kann man heute noch Oper machen!“ titelte das „Neue Volksblatt“. Hans Heinz Stuckenschmidt lobte in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ den „Eindruck einer unablässig strömenden Erfindungskraft [...] während der mehr als zweistündigen Dauer des Stücks. In Verbindung mit so umfassender Satztechnik muß man Cerha eine Meisterschaft attestieren, die ihresgleichen in der heutigen Musik kaum hat.“

1996 widmete ihm Hans Landesmann zum 70. Geburtstag mit dem Projekt F. Cerha einen sieben Abende umfassenden Konzertzyklus. Besonders die komplette Aufführung von Spiegel I-VII unter der musikalischen Leitung des Komponisten in der Felsenreitschule geriet zu einem denkwürdigen Festspielereignis – eine Verhandlung von Existenz und ein Nachdenken über die Welt.

2016 widmeten ihm die Festspiele einen weiteren Zyklus in der Reihe Salzburg contemporary und brachten Eine blassblaue Vision {2013/14} als Auftragswerk der Festspiele zur Uraufführung. Knapp 20 Minuten Eintauchen in einen faszinierenden Kosmos voller struktureller Perfektion und dennoch unbändiger Leidenschaft.

„Ich war immer ein neugieriger Mensch und habe stets meine Arbeit reflektiert“, hat Friedrich Cerha in einem Gespräch zu seinem 90. Geburtstag zu Protokoll gegeben. „Wenn eine Komposition fertig war, wollte ich mir bewußt machen, was in dem Werk eigentlich vor sich gegangen ist. Das hat mich auch für neue Einflüsse offen gemacht.“ Und: „Ich habe nie für Heilerwartungen oder Menschheitsbeglückungen gearbeitet. Ich habe Musik gemacht, so wie ich atme.“

Diese Neugierde, diese Offenheit und diese Ablehnung aller unreflektierten Dogmen war der Schlüssel zur ungebrochenen Aktualität seiner Musik. ■

<https://www.universaledition.com/>

<https://www.staatsoper.at>

<https://www.salzburgerfestspiele.at>

https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Cerha

https://www.youtube.com/results?search_query=Friedrich+Cerha

OÖ würdigt langjährigen Landeshauptmann Heinrich Gleißner

Landeshauptmann Thomas Stelzer mit Worten des Gedenkens – Festrede der früheren EU-Kommissarin und Außenministerin Benita Ferrero-Waldner

Vor 130 Jahren, am 26. Jänner 1893, wurde Heinrich Gleißner in Linz geboren. Nach der Wiederherstellung der Republik Österreich am 26. Oktober 1945 wurde Gleißner erster politischer Landeshauptmann Oberösterreichs. Bis 1955 blieb er Landeshauptmann für beide Besatzungszonen und stand für die Einheit Oberösterreichs. Zuvor war Gleißner bereits von 1934 bis 1938 Landeshauptmann von Oberösterreich gewesen. Während der NS-Diktatur war Heinrich Gleißner zwei Mal in Konzentrationslagern inhaftiert, und wurde letztendlich nach Berlin verbannt. Das Amt des Landeshauptmannes übte er schließlich bis zum 2. Mai 1971 aus. Am 18. Jänner 1984 verstarb Heinrich Gleißner in seiner Geburtsstadt.

„Die heutige Stunde des Gedenkens an Heinrich Gleißner ist zu allererst eine Stunde des Dankes. Während seiner 26jährigen Amtszeit als Landeshauptmann nach 1945 wurde er zum Architekten des modernen Oberösterreich. Er hat die Weichen für ein Oberösterreich gestellt, das heute zu den wirtschaftlich stärksten Regionen Europas gehört“, würdigte Landeshauptmann Thomas Stelzer am 25. Jänner das politische Gesamtwerk Gleißners.

Schritt für Schritt wurde unter seiner Führung der Aufbau jenes Oberösterreich, wie wir es heute kennen, in Angriff genommen: sozial, wirtschaftlich, kulturell und bildungspolitisch.

„Heinrich Gleißner hat uns eines vorgelebt: Demokratie geht nicht ohne Zusammenhalt. Gerade in schweren Zeiten. Damals wie heute. Das Oberösterreichische Klima hat vieles gelingen lassen, weil keine Kraft im tagtäglichen Gegeneinander verloren gegangen ist. Das ist für uns heute, in einer schwierigen Phase, in der wir mehrfachen Krisen gegenüber stehen, eine wertvolle Handlungsvorlage. Das heißt nicht, daß wir auf Diskussion, auf den Wettbewerb der Ideen verzichten sollen. Demokratie lebt immer von Meinungsppluralität. Entscheidend ist aber: Das Gemeinsame muß immer sichtbar bleiben“, betonte der Landeshauptmann abschließend.



Foto: Land OÖ/Max Mayrhofer

Beim Festakt im Linzer Landhaus (v.l.): Landeshauptmann Thomas Stelzer, Außenministerin a.D. und EU-Kommissarin a.D. Benita Ferrero-Waldner, Friedrich Gleißner (Sohn) und Elisabeth Beinkofer (Tochter)



Foto: Land OÖ/Max Mayrhofer

Landeshauptmann Thomas Stelzer mit Bischof Manfred Scheuer am Grab von Heinrich Gleißner

In Gedenken anlässlich des 130. Geburtstages von Heinrich Gleißner wurde an seiner letzten Ruhestätte am St. Barbara Friedhof ein Kranz niedergelegt.

Im Anschluß daran folgte ein feierlicher Festakt im Steinernen Saal des Linzer Landhauses.

Neben Worten des Gedenkens von Landeshauptmann Thomas Stelzer und der Fest-

rede „Demokratie als Anker in Krisenzeiten“ der früheren Außenministerin und EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner stand auch die Präsentation der Videoproduktion „Mein Vater, der Landeshauptmann – im Gespräch mit Dr. Friedrich Gleißner“ auf dem Programm. ■

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_Gleißner

Bester internationaler Film...

Der junge Burgschauspieler Felix Kammerer spielt die Hauptrolle in der mit vier Oscars ausgezeichneten Netflix-Produktion »Im Westen nichts Neues«



Foto: Reiner Bajaj

Felix Kammerer als der 17jährige Paul Bäumer mitten im Kriegsgeschehen

Der Antikriegsfilm „Im Westen nichts Neues“ hat bei der diesjährigen Verleihung der 95. Academy Awards vier Auszeichnungen gewonnen. Dazu zählen der Preis für Bester fremdsprachiger Film, Beste Kamera und Bestes Szenenbild und Beste Filmmusik. Damit ist „Im Westen nichts Neues“ von Regisseur und Drehbuchautor Edward Berger der erfolgreichste deutsche Film der Oscar-Geschichte. Der dankte in seiner Rede der ganzen Filmcrew und der Unterstützung durch Netflix. Mit ihm auf der Bühne strahlten Malte Grunert, Produzent des Films, und die Schauspieler Daniel Brühl, Albrecht Schuch und Felix Kammerer. Berger widmete dem jungen Hauptdarsteller besonderen Dank: „Und vor allem Felix Kammerer – das war dein erster Film und du hast uns auf deinen Schultern getragen, als wäre es nichts. Ohne dich wäre keiner von uns hier.“

Mit neun Nominierungen für die Oscars ist „Im Westen nichts Neues“ der am meisten

nominierte deutsche Film überhaupt. Doch damit nicht genug: Mit der Produktion stand zum ersten Mal ein deutscher Film in der wichtigsten Kategorie „Bester Film“ zur Wahl.

Das Produktionsteam wurde schließlich vier Mal auf die Oscar-Bühne im Dolby Theatre in Hollywood gerufen, für folgende Auszeichnungen:

- Bester internationaler Film – Edward Berger
- Beste Kamera – James Friend
- Bestes Szenenbild – Christian M. Goldbeck & Ernestine Hipper
- Beste Filmmusik – Volker Bertelmann

Der Film

Frühjahr 1917. Der 17jährige Paul Bäumer (Felix Kammerer) und seine Freunde können es nicht erwarten, in den Krieg zu ziehen, auf Paris marschieren, den Sieg davontragen. So stellen die Jungs sich das vor. So

wird es ihnen versprochen. Jubelnd und singend marschieren sie los, die „eiserne Jugend“, für Kaiser, Gott und Vaterland. Die Begeisterung hält nicht lange. Als sie nach tagelangem Marsch an der Westfront ankommen, regnet es in Strömen. Der Schützengraben läuft voll, ist ein einziger Morast. Doch die Franzosen warten nicht. Schon bald nehmen sie den Graben unter Beschuß.

Im Westen nichts Neues erzählt die ergreifende Geschichte eines jungen deutschen Soldaten an der Westfront im Ersten Weltkrieg. Paul (Felix Kammerer) und seine Kameraden erleben am eigenen Leib, wie sich die anfängliche Kriegseuphorie in Schrecken, Leid und Angst umkehrt, während sie in den Schützengräben verzweifelt um ihr Leben kämpfen.

Regisseur Edward Berger (Patrick Melrose, Jack, Deutschland 83) konnte für seinen Film ein eindrucksvolles Ensemble gewinnen: In der Hauptrolle des Paul Bäumer über-

zeugt Felix Kammerer, der sein Schauspieldebüt in einem Spielfilm gibt. Albrecht Schuch (Lieber Thomas, Systemsprenger) übernimmt die Rolle des Stanislaus Katczinsky, der Paul im Krieg zu einem engen Vertrauten wird. An ihrer Seite kämpfen Edin Hasanovic (Je suis Karl, Skylines) als Tjaden Stackfleet, Aaron Hilmer (Das schönste Mädchen der Welt) als Albert Kropp, Moritz Klaus (Kleine Morde) als Franz Müller und Adrian Grünwald (Sløborn) als Ludwig Behm. Daniel Brühl (The Alienist – Die Einkreisung, Nebenan) bemüht sich als Matthias Erzberger um einen Waffenstillstand. Devid Striesow (Ich bin dann mal weg) verkörpert General Friedrichs. In weiteren Rollen sind Thibault De Montalembert (The Collapse), Anton von Lucke (Große Freiheit) und Andreas Döhler (Die Saat) zu sehen.

Das Drehbuch schrieben Edward Berger, Ian Stokell und Lesley Paterson. Produziert wird der Film im Auftrag von Netflix von Malte Grunert (Land of Mine, A Most Wanted Man) zusammen mit seiner Firma Amusement Park Film, Daniel Dreifuss (Sergio, Guernica) und Edward Berger. Die Kamera führte James Friend, der bereits für Patrick Melrose und Your Honor mit Edward Berger zusammenarbeitete. Für das Szenenbild zeichnet Christian M. Goldbeck (Ich und Kaminski) verantwortlich, Lisy Christl (John Rabe, Anonymous, A Hidden Life) für das Kostüm. Die Musik stammt von Volker Bertelmann (Lion – Der lange Weg nach Hause).

Felix Kammerer

Felix Kammerer ist 1995 in Wien als Felix Kammerer wurde als Sohn der Opernsänger Angelika Kirchschrager und Hans Peter Kammerer in Wien geboren und sammelte Schauspielerehrungen im Jungen Ensemble Hörbiger (jöh!), das im Dezember 2012 von Kammerschauspielerin Maresa Hörbiger und Katharina Stockinger gegründet wurde. Sie bieten SchauspielerInnen im Alter von 16 bis 20 Jahren die Möglichkeit, mit verschiedenen Regisseuren in professionellen Theaterproduktionen zu arbeiten.

Später studierte er an der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ in Berlin. Er verkörperte während dieser Zeit einige Rollen an eingiegn Theatern, wurde ans Berliner Maxim Gorki Theater engagiert.

Seit der Saison 2019/20 ist Felix Kammerer festes Ensemblemitglied am Burgtheater in Wien.

<https://www.netflix.com/at/title/81260280>

https://de.wikipedia.org/wiki/Felix_Kammerer



Foto: Reiner Bajjo

Paul Bäumer (Felix Kammerer) mit seinem Kameraden Stanislaus Katczinsky (Albrecht Schuch)



Foto: Reiner Bajjo



Foto: Reiner Bajjo

Schönborn: Ökumene braucht interreligiöse Offenheit

Wiener Erzbischof kündigt bei traditionellem Ökumenischen Empfang seine Teilnahme an einem Dialog in Riad auf Einladung der Arabischen Liga an

Ökumene braucht nicht nur das Streben nach Einheit unter den christlichen Kirchen, sondern auch interreligiöse Offenheit: Dafür hat Kardinal Christoph Schönborn bei seinem traditionellen Ökumene-Empfang in der Weltgebetswoche für die Einheit der Christen am 26. Jänner in Wien geworben. Zahlreiche Spitzen der christlichen Kirchen waren der Einladung des Wiener Erzbischofs zu dieser Begegnung gefolgt, die erstmals seit 2020 nach coronabedingter Unterbrechung wieder stattfinden konnte.

Ins Zentrum seiner Ausführungen stellte der Kardinal ein Wort von Papst Benedikt XVI. Dieser habe beim letzten Treffen des „Ratzinger-Schülerkreises“ im August 2012 resümierend im Blick auf die Ökumene gesagt: „Geht es nicht letztlich darum, aufeinander zu hören und voneinander zu lernen, was es heißt, heute Christ zu sein?“ Diese Worte des kürzlich verstorbenen Pontifex seien „wie ein Testament von ihm“, so Schönborn.

Man könne und müsse diese Worte Benedikts aber weiter denken im Blick auf die große, abrahamitische Ökumene und daher fragen: „Geht es nicht letztlich darum, aufeinander zu hören und voneinander zu lernen, was es heißt, heute Mensch zu sein?“ Sich des Menschseins als fundamentale Grundlage für jeden fruchtbaren Dialog, der auch die Wahrheitsfrage einschließe, zu besinnen, sei die große Herausforderung, der sich gerade Papst Franziskus stelle, betonte der Kardinal. Ausdruck dieses Bemühens sei die sogenannte „Abu Dhabi-Erklärung“ vom 4. Februar 2019. Sie trägt den Titel „Dokument über die Brüderlichkeit aller Menschen für ein friedliches Zusammenleben in der Welt“, und wurde vom Papst und vom sunnitischen Großimam Ahmad Al-Tayyeb unterzeichnet.

Zu den grundlegenden Voraussetzungen des Menschseins gehöre, daß „alle von einer Frau geboren wurden und einen Vater haben“, hielt der Kardinal fest. Zudem teilten die abrahamitischen Religionen die fundamentale Überzeugung: „Wir haben alle ausnahmslos Ansehen in den Augen Gottes.“



Foto: Kathpress/Paul Wuthe

v.r.: der neue ÖRKÖ-Vorsitzende Bischof Taronas, der griechisch-orthodoxe Metropolit Arsenios (Kardamakis), Kardinal Christoph Schönborn und der für Österreich zuständige syrisch-orthodoxe Bischof Mor Dionysios Isa Gürbüz

Mit dieser Aussage nahm der Wiener Erzbischof auch Bezug auf die „bewegende Predigt und den berührenden ökumenischen Gottesdienst“, der zuvor in der evangelisch-lutherischen Stadtkirche stattgefunden hatte. Vorsteherinnen der Feier waren die evangelische Oberkirchenrätin Ingrid Bachler und die evangelischen Pfarrerrinnen Eva Harasta sowie Julia Schnizlein, die die Predigt hielt.

Zum Ökumenischen Empfang, der vom früheren Vorsitzenden des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ), Domdekan Prof. Rudolf Prokschi, moderiert wurde, war auch der griechisch-orthodoxe Metropolit und Vorsitzende der Orthodoxen Bischofskonferenz, Erzbischof Arsenios (Kardamakis) gekommen. Seitens der Katholischen Kirchen waren u.a. die Wiener Weihbischöfe Franz Scharl und Stephan Turnovszky sowie der Generalsekretär der Bischofskonferenz, Peter Schipka, anwesend. Unter den Teilnehmer war auch der neue ÖRKÖ-Vorsitzende, der armenisch-apostolische Bischof Taronas.

Von evangelischer Seite waren der Präsident der Generalsynode, Peter Krömer, Oberkirchenrätin Bachler in Vertretung des erkrankten evangelischen Bischofs Michael

Chalupka, der Wiener evangelische Superintendent Matthias Geist, der reformierte Landessuperintendent Thomas Hennefeld und der evangelisch-methodistische Superintendent Stefan Schröckenfuchs da. Weiters waren der russisch-orthodoxe Bischof Aleksij Zanochnik, der koptisch-orthodoxe Bischof Anba Gabriel, der syrisch-orthodoxe Bischofsvikar Emanuel Aydin und der anglikanische Pfarrer Patrick Curran gekommen.

»Ökumene viribus unitis«

Bischof Taronas betonte in seiner Funktion als neuer ÖRKÖ-Vorsitzender die gute ökumenische Zusammenarbeit, die in Österreich „viribus unitis“ erfolge. Vor allem in der Erzdiözese Wien werde „Toleranz und Dialog tiefsinnig und ernsthaft verstanden und gepflegt“. Eine Besonderheit im internationalen Vergleich sei auch, daß „die christlichen Kirchen eine wichtige Stimme in der Gesellschaft sind“. Der ÖRKÖ-Vorsitzende nutzte die Gelegenheit, um dem Gastgeber zu seinem kürzlich stattgefundenem Geburtstag und zum bevorstehende „Silbernen Kardinalsjubiläum“ zu gratulieren.

Im Zuge der Veranstaltung wurde auch der „Weg der Versöhnung“ vorgestellt, der sich

Religion und Kirche

seit 25 Jahren für eine versöhnte Einheit unter Christen einsetzt. Wie deren Vorsitzender, Pastor Martin Griesfelder von der Freien Christengemeinde, ausführte, gebe es dabei ein breites christliches Spektrum: neben katholischen, evangelischen, evangelikalen, pfingstlich-charismatischen und ostkirchlichen Gläubigen, seien auch messianisch-jüdische eingebunden.

In Form von „Runden Tischen“ würde man Gemeinschaft, Gebet und das theologische Gespräch pflegen. Eine Frucht der langjährigen Kontakte sei auch die staatliche Anerkennung der christlichen Freikirchen gewesen, die nicht zuletzt von der Katholischen und Evangelischen Kirche aktiv unterstützt worden sei.

Einen besonderen Dank sprachen die Vertreter der Initiative dem katholischen Theologen Johannes Fichtenbauer aus, der als Diakon in der Erzdiözese Wien wirkt und ein Mitbegründer vom „Weg der Versöhnung“ ist.

Abschließend berichtete Pfarrerin Harasta von der Evangelischen Kirche über die letztjährige Vollversammlung des Weltkirchenrates in Karlsruhe, an der sie als eine der beiden Delegierten aus Österreich teilgenommen hatte. Wesentliche Ergebnisse seien die einstimmig angenommenen Verurteilung Rußland für den ungerechtfertigten Krieg gegen die Ukraine und die Ausrufung einer Dekade der Buße und des Einsatzes für die Schöpfung gewesen.

Zuletzt dankte der Kardinal ausdrücklich Prof. Prokschi für dessen Wirken als ÖRKÖ-Vorsitzender in den vergangenen drei Jahren, seine Expertise und das langjährige ökumenische Engagement. Die Begegnung schloss mit einem gemeinsamen Vaterunser.

»Gott, der mich sieht«

Am Beginn des ökumenischen Gottesdienstes, der unmittelbar vor dem Empfang stattgefunden hatte, verwies die Pfarrerin der evangelischen Stadtkirche auf die Geschichte des Hauses. Das Gotteshaus in der Dorotheergasse 18 ist mit 240 Jahren die älteste evangelische Kirche in Wien. Nach dem Toleranzpatent von Kaiser Joseph II. haben die Protestanten 1783 das ehemalige katholische Klarissinnenkloster erworben und zur evangelischen Kirche umgestaltet.

In der Predigt ging Pfarrerin Schnizlein auf die alttestamentliche Lesung aus dem Buch Genesis über Hagar ein. Als eine ägyptische Sklavin lebte sie in der Sippe Abrahams und gebar ihm gleichsam als Leihmutter mit Ismael einen Sohn und Erben. Durch

diese biblische Geschichte werde deutlich, daß Gott eine fremde Sklavin nicht fallen läßt, sondern sie wahr nehme, ihr Ansehen geben und letztlich zur Adressatin einer Verheißung mache. Hagars Geschichte stehe stellvertretend für alle, „die übersehen werden, die am Rand stehen“. „Gott hat einen universellen Blick auf alle“, betonte Schniz-

lein, die auf eine weitere Besonderheit in dieser biblischen Erzählung hinwies: Mit Hagar war eine Frau der erste Mensch, der in der Bibel Gott einen Namen geben durfte, indem sie zu ihm sagte: „Du bist ein Gott, der mich sieht.“

<https://www.katholisch.at/>

Quelle: <https://www.kathpress.at/>

Bischöfe stehen voll hinter »Kulturwandel in Richtung Synodalität«

Vorsitzender Erzbischof Lackner erläutert Beschlüsse der Frühjahrsvollversammlung der Bischofskonferenz: Von Franziskus initiiertes Synodales Prozeß »einmalig in der Kirchengeschichte«

In den zehn Jahren seines Wirkens hat Papst Franziskus einen „Kulturwandel in Richtung Synodalität“ angestoßen. „Diesen Weg des Papstes unterstützen die österreichischen Bischöfe aus tiefster Überzeugung“, versicherte der Episkopat am 17. März in einer Erklärung zum Abschluß ihrer viertägigen Frühjahrsvollversammlung im Bildungszentrum St. Benedikt beim niederösterreichischen Stift Seitenstetten. Der von Franziskus initiierte Synodale Prozeß, der im Oktober 2023 mit der Synode im Vatikan die weltkirchliche Ebene erreicht, sei „einmalig in der Kirchengeschichte“.

Schon davor habe der Papst die mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil eingeführten Bischofssynoden Schritt für Schritt weiterentwickelt; Synodalität habe in seinem Pontifikat „als Haltung und Grundprinzip in der Kirche eine neue Qualität erhalten“. Nun gelte: „In der Synodalität voranschreiten“, so der Titel der Erklärung der Bischofskonferenz. Bei der Weltsynode im Oktober werde Österreich durch den Vorsitzenden der Bischofskonferenz, den Salzburger Erzbischof Franz Lackner, vertreten sein; Ersatzmitglied ist der Kärntner Bischof Josef Marketz. Außerdem werde Kardinal Christoph Schönborn als Mitglied des vatikanischen Synodenrates an der Versammlung teilnehmen.

Die Bischöfe skizzierten dafür die Themen, die sich u.a. bei der europäischen Kontinentalversammlung in Prag herauskristallisiert hatten: Über Europa hinaus sei die katholische Kirche mit folgenden Themen befaßt: Teilhabe aller Gläubigen an der Sendung der Kirche, Rolle der Frauen, „inklusive“ Kirche, Evangelisierung und Mission. „Der Wunsch nach Reformen ist trotz widersprüchlicher Vorstellungen groß“, hielten die Bischöfe fest. Es bleibe eine Herausforderung,

„daß der Synodale Prozeß jene konkreten Folgen zeitigt, die für den Dienst der Kirche und ihre Glaubwürdigkeit erforderlich sind“. In Prag habe sich in den unterschiedlichen Sichtweisen darauf, „was Gott uns heute sagen will“, gezeigt, „daß wir aufeinander verwiesen und immer auch ergänzungsbedürftig sind“.

Bei einer Pressekonferenz in Wien erachtete Bischofskonferenz-Vorsitzender Franz Lackner bei möglichen Kirchenreformen den Prozeß des „Unterscheidens“, bevor man dann auf weltkirchlicher Ebene zu Entscheidungen kommt, als noch nicht abgeschlossen. Im Rahmen des Synodalen Prozesses seien Fragen wie jene der Zölibatsverpflichtung, Segnungen von homosexuellen Paaren oder der Frauendiakonats angesprochen worden, ohne Weichenstellungen vorzunehmen. Bei der zweiteiligen Weltbischofssynode im Oktober 2023 und 2024 in Rom würden aber wohl Klärungen erfolgen, sagte der Erzbischof. Zur Haltung der österreichischen Bischöfe zu einer Aufhebung des Pflichtzölibats resümierte Lackner: „Es ist niemand radikal dagegen, und es schreit niemand, es muß morgen kommen.“

Weitere Erklärungen der Bischofskonferenz waren den Themen Krisenbewältigung, Ukrainekrieg, Erdbeben in Syrien und Leihmutterchaft gewidmet.

Viele soziale und karitative Organisationen könnten ihre Leistung für das Gemeinwohl nur durch die Unterstützung der rund 2,3 Millionen freiwillig Engagierten in Österreich erbringen. Für deren „unverzichtbaren Beitrag“ dankten die Bischöfe ausdrücklich und ersuchten die Politik um eine Stärkung des Freiwilligenwesens.

<https://www.katholisch.at/>

Quelle: <https://www.kathpress.at/>

Feier für Weihejubililar Paul Iby

Bischof Zsifkovics bei Jubiläums-Festgottesdienst im Eisenstädter Martinsdom zu Ehren des emeritierten burgenländischen Diözesanbischofs: »Ibys Einsatz für lebendige Gemeinden und wachsaues Christentum bleibt Auftrag für die Kirche.«



Foto: Diözese Eisenstadt / Franz Josef Rupprecht

v.l.: Maximilian Aichern OSB, emeritierter Bischof von Linz, Ägidius J. Zsifkovics, Diözesanbischof der Diözese Eisenstadt, Altbischof Paul Iby, Klaus Küng, emeritierter Bischof von St. Pölten, und Franz Scharl, Weihbischof von Wien

Mit einem Festgottesdienst hat der emeritierte burgenländische Bischof Paul Iby (88) am 4. Februar den 30. Jahrestag seiner Bischofsweihe gefeiert. Charakteristisch für Ibys Hirtendienst sei dessen Einsatz für „lebendige Gemeinden“ und für ein „wachsaues Christentum“, erklärte bei diesem Anlaß sein Nachfolger, Bischof Ägidius Zsifkovics. Im Martinsdom zugegen waren Spitzenvertreter der Landespolitik, der Amtskirche – darunter auch Nuntiaterrat Kevin Randall sowie die Bischöfe Franz Scharl und Maximilian Aichern –, der Ordensgemeinschaften und Ökumene, Freunde, Wegbegleiter und Gläubige der Diözese sowie auch Gehörlose, deren Seelsorger Iby ist. Papst Franziskus war mit Segenswünschen präsent, die von Generalvikar Michael Hüger verlesen wurden.

Iby war am 24. Jänner 1993 in derselben Kirche von seinem Vorgänger, Bischof Ste-



Foto: Diözese Eisenstadt / Franz Josef Rupprecht

Diözesanbischof Ägidius J. Zsifkovics gratulierte Altbischof Paul Iby zum Weihejubiläum

Religion und Kirche

fan László, zum Bischof geweiht worden, wobei neben dem Wiener Weihbischof Helmut Krätzl auch Sarajevos Kardinal Vinko Puljic Mitkonsekrator war. Letzteren hatte der Jubilar damals bewußt wegen des Krieges in Jugoslawien eingeladen, hob Zsifkovics in seiner Predigt hervor, und betete nun auch für Frieden und Versöhnung in der aktuell kriegsgeprüften Ukraine. Der amtierende Diözesanbischof verwies zudem auf Ibys damaligen Appell bei Weihe: „Seid wachende Christen, wenn der Herr kommt. Seid aufgeweckte Christen, die die Zeichen der Zeit erkennen und die Not der Menschen wahrnehmen. Seid hellwach, seid sensibel, habt die Augen und Ohren und das Herz offen.“

Iby habe das selbst immer in die Tat umgesetzt, betonte Bischof Zsifkovics. Stets sei er bemüht gewesen, unter Einsatz aller seiner Talente „den Menschen unseres Landes das Evangelium nicht als Drohbotschaft, sondern als Frohbotschaft weiterzutragen“. Das von Heinrich Böll geprägte Wort, er würde „selbst die allerschlechteste christliche Welt der besten heidnischen Welt vorziehen“, da nur erstere auch Krüppel, Kranken, Alten und Schwachen Raum gebe, habe der emeritierte Bischof vorgelebt – indem er besonderes Gespür für die Jugend, die Frauen, Gehörlosen, Volksgruppen und vor allem die Roma gehabt habe, aber auch für die Armen und die der Kirche Fernstehenden. Somit sei in Eisenstadt „Ubi Iby, ibi caritas – Wo Iby ist, da ist die Liebe“ – in Anspielung auf Ibys Wahlspruch „Omnia in Caritate“ – zum Sprichwort geworden. Zsifkovics dazu in Richtung seines Vorgängers: „Das kennzeichnet nicht nur deine Person, sondern ist ein Auftrag an uns alle, besonders an die Seelsorger und Seelsorgerinnen und an die Hirten.“

Als großes Anliegen Ibys nannte Zsifkovics weiters auch, daß Christen in Familie, Beruf, Kirche und Gesellschaft „Salz der Erde und Licht der Welt“ sein sollen, so wie Jesus dies aufgetragen habe. Dazu gehöre auch, sich „gegen Ungerechtigkeit, Gewalt und Ausbeutung von Gottes Schöpfung“ einzusetzen. Deutlicher Ausdruck von Ibys Bemühen um Gespräch und lebendige Gemeinden sei zudem der „Dialog für Burgenland“, mit dem Eisenstadt als einzige österreichische Diözese den kirchlichen „Dialog für Österreich“ weitergeführt hatte.

Synodales Vorbeben

Würdigende Worte für Iby aus der Landespolitik kamen von Altlandeshauptmann Hans Niessl (SPÖ). Der frühere Burgenlän-



Foto: Diözese Eisenstadt / Franz Josef Rupprecht

Altbischof Paul Iby zelebriert die Heilige Messe im Martinsdom in Eisenstadt mit den Ständigen Diakonen Werner Pichler (l.) und Andreas Wurzingler



Foto: Diözese Eisenstadt / Franz Josef Rupprecht

v.l.: Nuntiaturrat Prälat Kevin S. Randall, J.U.D., Generalvikar der Diözese Eisenstadt Michael Wüger und Manfred Koch, ehem. Superintendent der Evangelischen Kirche



Foto: Diözese Eisenstadt / Franz Josef Rupprecht

Altbischof Paul Iby bedankt sich bei der Festgemeinde im Martinsdom

Religion und Kirche

der Bischof sei „in der Sozialen Frage ein wichtiger Ansprechpartner“ gewesen, betonte er. Spontaner Applaus im Dom brandete auf, als auch Niessl auf den innerkirchlich damals umstrittenen „Dialog für das Burgenland“ zu sprechen kam. Die Initiative Iby, die man „als eine Art Vorbeben des synodalen Prozesses“ ansehen könne, habe „zum Miteinander im Burgenland einen wesentlichen Beitrag geleistet“, berichtete der Landeshauptmann der Jahre 2000 bis 2019, der betonte: „Das Burgenland verdankt Bischof Iby vieles.“

Neben Niessl war vonseiten der Politik unter anderem auch der Eisenstädter Bürgermeister Thomas Steiner (ÖVP) unter den Mitfeiernden, weiters der Europaparlamentarier und VP-Landesparteiobmann Christian Sagartz sowie die Klubobfrau der Grünen, Regina Petrik.

Auch die interkonfessionellen Verdienste des Jubilars kamen bei der Feier zur Sprache. Der evangelische Altsuperintendent Manfred Koch betonte, die Ökumene sei unter Iby von „Brüderlichkeit ohne Taktieren“ gekennzeichnet gewesen. Koch erinnerte zudem an einen mit Iby verfaßten Brief an die burgenländischen Bürgermeister, in dem zur Errichtung von Gedenkstätten in ihren Ortschaften zum Gedenken an die während des „Dritten Reiches“ ermordeten Burgenländer – allen voran Angehörige der Burgenlandroma – aufgerufen wurde. Die gemeinsame Initiative sei ein „wesentlicher Schritt zur Gedenkkultur des Burgenlandes“ gewesen, betonte Koch.

Einblicke in Ibys Umgang mit seinen MitarbeiterInnen gewährte die Leiterin des Teams Gemeindepastoral der Diözese Eisen-



Foto: Diözese Eisenstadt / Franz Josef Ruprecht

Würdigende Worte für Iby aus der Landespolitik kamen von Altlandeshauptmann Hans Niessl

stadt, Barbara Buchinger: „Paul Iby hat mir das Gefühl gegeben, daß meine Meinung als Frau in der Kirche etwas zählt“, so die Bereichsleiterin.

Auf den Festgottesdienst, der musikalisch vom Chor „mehr:stimmig“ der burgenländischen Religionslehrkräfte mitgestaltet wurde, folgte noch ein Empfang im Martinus-Saal.

»Bischof zum Anfassen«

Altbischof Paul Iby wurde am 23. Jänner 1935 in Raiding als Bauernsohn geboren. Er war Sekretär seines bischöflichen Vorgängers Stefan László und leitete in der Folge die Caritas, das Schulamt der Diözese Eisenstadt und wirkte auch als Generalvikar. Seine Bischofszeit ab 1993 ist von zahlreichen bedeutenden Projekten und Ereignissen gekennzeichnet: Etwa das Jugendkonzil

1997, die Errichtung der diözesanen Frauenkommission im selben Jahr oder die Erhebung der Wallfahrtskirche in Loretto zur Basilika. Von 1995 bis 2003 war Paul Iby Jugendbischof, dreimal nahm er an Weltjugendtagen (in Paris, Rom und Toronto) teil.

Als Jugendbischof setzte sich Iby immer wieder mit großer Offenheit für die Anliegen junger Menschen ein und galt bis zu seiner Emeritierung 2010 als einer der dialogfreudigsten Diözesanbischöfe Österreichs. Über seinen Führungsstil heißt es auf der Diözesan-Website: „Kommunikation war ihm sehr wichtig; sowohl bei seinen vielen Pfarrbesuchen als auch durch die modernen Informationsmedien erwies er sich als ‚Bischof zum Anfassen‘.“

<https://www.martinus.at/>

Quelle: <https://www.kathpress.at/>



Foto: Diözese Eisenstadt / Franz Josef Ruprecht

Ein Blick auf die Festgemeinde. Vorne von links im Bild: Eisenstadts Bürgermeister Thomas Steiner und Altlandeshauptmann Hans Niessl

Die Wiener Reichskrone

Ein interdisziplinäres Forschungsprojekt des Kunsthistorischen Museums Wien untersucht deren Materialität, Technologie und Erhaltungszustand



© KHM-Museumsverband

Die Reichskrone, Westdeutsch(?), 2. Hälfte des 10. Jahrhunderts (?), mit späteren Ergänzungen. Gold, Email, Edel- und Glassteine, Perlen, Eisen; Kunsthistorisches Museum Wien, Weltliche Schatzkammer

Die Wiener Reichskrone zählt zu den ideell und materiell wertvollsten Objekten der Kaiserlichen Schatzkammer. In ihrer rund tausendjährigen Existenz schrieb sie sich dem kollektiven Gedächtnis als eines der bedeutendsten Symbole europäischer Geschichte ein.

Trotz einer beinahe 250-jährigen Forschungsgeschichte gibt es zahlreiche offene Fragen. Sie betreffen die Materialien und die Herstellungstechnik ebenso wie die Datierung und frühe Geschichte der Krone, die zwischen Kunstgeschichte, Archäologie und Geschichtswissenschaft in jüngster Zeit wieder sehr kontrovers diskutiert wird. Vor diesem Hintergrund wird die Krone erstmals von einem interdisziplinären Forschungsteam des Kunsthistorischen Museums in Kooperation mit internationalen Institutionen und mithilfe neuester Technologien umfassend erforscht. Die Untersuchungen sollen neue Erkenntnisse zu Geschichte, Materialität, Technologie und Erhaltungszustand liefern.

Die einzig erhaltene Krone des Heiligen Römischen Reichs

Lange Zeit – irrtümlich – mit Karl dem Großen (reg. 768–814) in Verbindung gebracht, wurde die Reichskrone bei den Krönungen der Könige und Kaiser des Heiligen Römischen Reichs bis zu dessen Ende im Jahr 1806 verwendet. Ihre konkrete Nutzung bewahrte sie zwar vor der Zerstörung, führte aber auch zu zahlreichen Beschädigungen und Reparaturen, Verlusten und Umarbeitungen.

Diese Veränderungen und ihr Einfluß auf den Erhaltungszustand der Krone stehen zusammen mit Fragen zu den verwendeten Materialien und den angewandten Herstellungstechniken im Fokus dieses Forschungsprojekts. Die Untersuchungen werden von einem Team aus ForscherInnen der Geschichts- und Kunstwissenschaft, Konservierungs- und Naturwissenschaften gemeinsam durchgeführt.

Technologische, natur- und geschichtswissenschaftliche Untersuchungen

Bisher gab es weder zu den Goldlegierungen noch zu allen 172 Steinen auf der Krone naturwissenschaftliche Bestimmungen. Die gemmologische Analyse des gesamten Besatzes wurde ebenso auf den Weg gebracht wie eine systematische bildliche Dokumentation aller Form- und Zierelemente mithilfe eines 3D-Digitalmikroskops neuester Generation, das Aufbau und Technik der Goldschmiedearbeit auf ganz neue Weise sichtbar



© KHM-Museumsverband

Detail: die linke Schläfenplatte der Reichskrone

macht. Im Zuge dieser Arbeiten wurden zwei bisher noch nie beschriebene antike Gemmen auf der Krone fotografiert und erstmals verzerrungsfreie Ansichten sämtlicher Innenseiten der Krone erstellt.

Die naturwissenschaftlichen Untersuchungen richten ihren Fokus vor allem auf die Charakterisierung der Metalllegierungen, des Niellos, der Emails, der Edelsteine und Perlen. Vorbereitung und Umsetzung dieser Untersuchungen erfolgen in enger Abstimmung und Kooperation mit international führenden ExpertInnen, unter anderem am Rathgen-Forschungslabor in Berlin, an der Bayerischen Staatsbibliothek in München und dem Centre de recherche et de restauration des musées de France in Paris. Dies soll die Vergleichbarkeit bei der Auswertung und

Interpretation von Daten auch in Hinblick auf Messungen an Vergleichsobjekten gewährleisten. Letzteres betrifft weitere kostbare Werke der Goldschmiedekunst des 10. und 11. Jahrhunderts, die von Institutionen wie der Essener Domschatzkammer, dem Bayerischen Nationalmuseum in München und dem Pariser Louvre für Vergleichsmessungen zugänglich gemacht werden.

Parallel zu den technologischen Untersuchungen werden Bild- und Textquellen zusammengestellt, die das bisherige Wissen um das Schicksal der Krone besonders für die Zeit nach 1500 deutlich erweitern sollen. Zudem werden sämtliche Inschriften auf der Krone erstmals gemeinsam untersucht, da einzelne Buchstabenformen in jüngster Zeit als Argumente geltend gemacht wurden, die

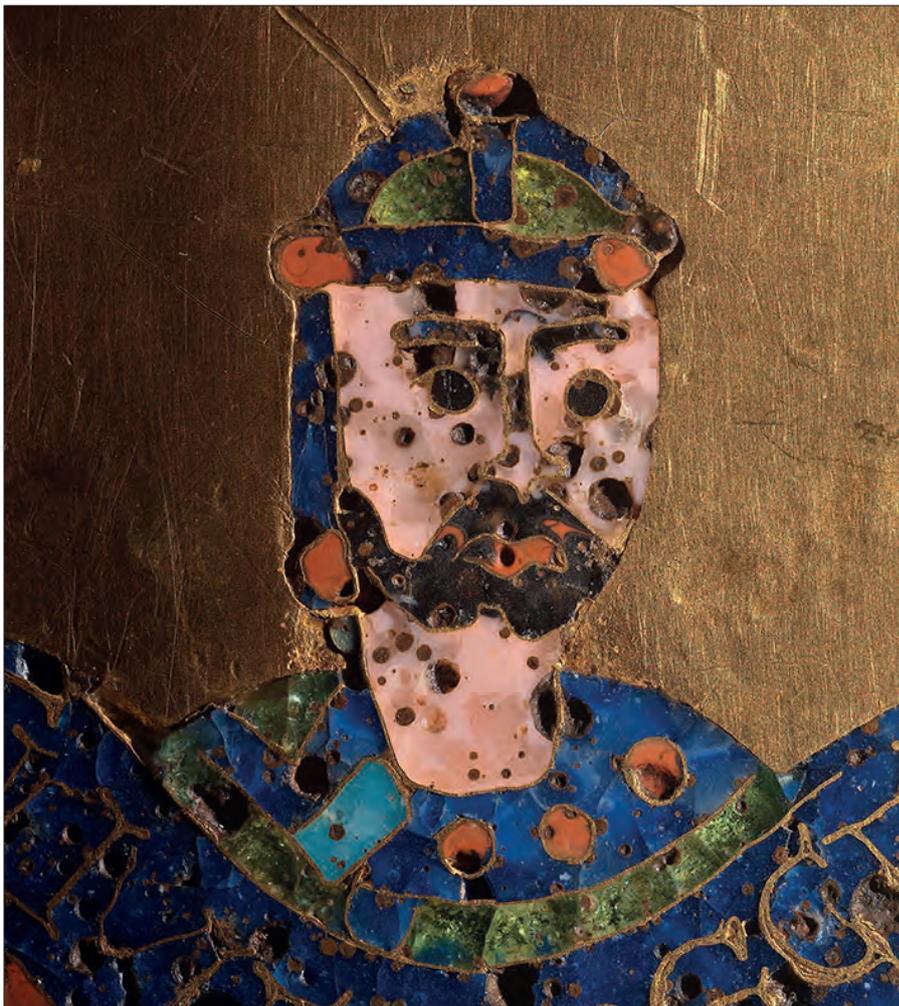
kunsthistorisch bislang überwiegend in die zweite Hälfte des 10. Jahrhunderts datierte Krone erst um 1150 anzusetzen.

Die Ergebnisse all dieser Untersuchungen sollen nicht nur neue Grundlagen für Erkenntnisse zum historisch gewachsenen Zustand der Krone, sondern auch für weiterführende Forschungen auf dem Gebiet der mittelalterlichen Goldschmiedekunst generell bereitstellen.

Erste Ergebnisse zur Untersuchung des Steinbesatzes

Zur Vorbereitung naturwissenschaftlicher Untersuchungen des Steinbesatzes wurden 3D-Digitalmikroskopaufnahmen von den Steinen und von charakteristischen Einschlüssen angefertigt. Im Anschluß konnten dank einer Kooperation mit Prof. Lutz Nasdala und seinem Team vom Institut für Mineralogie und Kristallographie der Universität Wien sowie der Firma WITec GmbH (Ulm) im Mai 2022 erstmals sämtliche 172 Steine auf Kronreif, Stirnkreuz und Bügel mittels eines eigens adaptierten Spektrometersystems, das sowohl die Aufnahme von Raman- als auch von Photolumineszenzspektren ermöglicht, bestimmt werden. Demnach befinden sich heute 71 Saphire, 50 Granate, 20 Smaragde, 13 Amethyste, 4 Chalcedone, 3 Spinelle und 11 verschieden gefärbte Gläser auf Kronreif, Stirnkreuz und Bügel.

Eine für die Edelsteinforschung spektakuläre Entdeckung betrifft den großen roten



© KHM-Museumsverband

Hochauflösendes, aus Mikroskopaufnahmen zusammengesetztes Bild von der Email-Tafel mit der Darstellung König Salomons

Spinell in der mittleren Reihe der Stirnplatte. Die Messungen belegen hier, daß der Stein hohen Temperaturen von nahezu 1000 °C ausgesetzt war, bevor er in die Krone eingesetzt wurde. Ob es sich dabei tatsächlich um eine – heute völlig übliche – zielgerichtete Wärmebehandlung zur Verbesserung der Farbigkeit des Steins handelte, ist vorläufig noch offen. In diesem Fall würde es sich hier nicht nur um den ersten großen Spinell an einem historischen Schmuckobjekt handeln, sondern auch um den ältesten Spinell, an dem ein solche Behandlung bisher nachgewiesen werden konnte. Diese sowie weitere Erkenntnisse, etwa zur Vielfalt der verwendeten Granattypen durch Prof. H. Albert Gilg vom Lehrstuhl für Ingenieurgeologie an der Technischen Universität München, werden im Rahmen eines demnächst erscheinenden Artikels im britischen Journal of Gemmology publiziert und zur Diskussion gestellt.

Im Zuge dieser Untersuchungskampagne gelang es überdies erstmals zwei antike Amethyst- Intaglien als Teil des Steinbesatzes im Bild zu dokumentieren. Deren Dar-



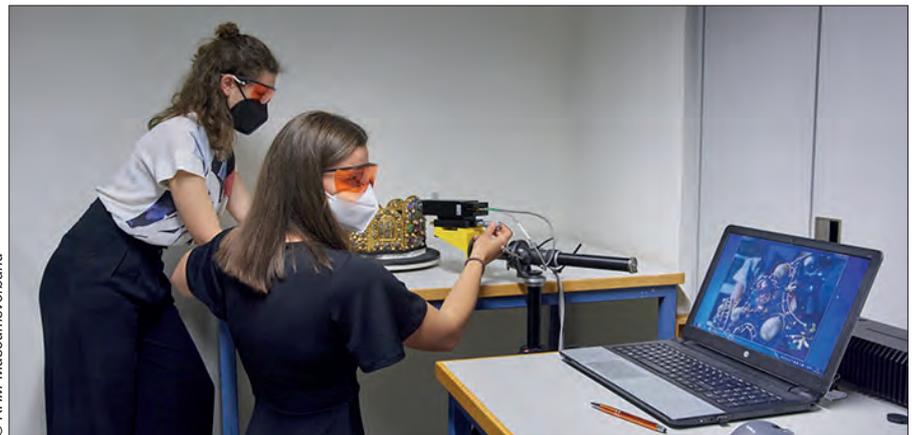
© KHM-Museumsverband

Detail eines Zierelements auf dem Kronreif mithilfe des 3D-Digitalmikroskops und eines Rotationsspiegels 20fach vergrößert

Wissenschaft & Technik

stellungen liegen ungewöhnlicherweise nach Innen gedreht und sind daher in der Außenansicht nicht wahrnehmbar, weshalb sie bislang noch nie wissenschaftlich bearbeitet wurden. Sie zeigen eine halbfigurige Mänade mit Theatermaske sowie eine Hafenszene mit Schiffen. Die Bearbeitung erfolgt derzeit durch Prof. Erika Zwierlein-Diehl von der Universität Bonn, die bereits mehrfach zu antiken Gemmen und Kameen des Kunsthistorischen Museums publiziert hat. Nach derzeitigem Kenntnisstand handelt es sich bei dem Intaglio mit der Mänade um das früheste und schönste Beispiel eines in nur wenigen Beispielen bekannten Typus. Geschaffen wurde er von einem griechischen Meister im Übergang vom späthellenistischen Stil zum augusteischen Klassizismus in der Zeit von 50 bis 25 v. Chr. Die Gemme mit der Hafenszene im sogenannten Miniaturstil entstand Ende des 1. Jahrhunderts v. Chr. – 1. Jahrhundert n. Chr. Unter den zwölf bekannten Hafenbildern auf Gemmen gehört diese Darstellung zu den detailreichsten ihrer Art.

Aktuell laufen die Vorbereitungen zu weiterführenden Untersuchungen mithilfe der Röntgenfluoreszenzanalyse, einer eben-



© KHM-Museumsverband

Ramanmessung zur Edelsteinanalyse: Teresa Lamers und Annalena Erlacher bei der Einstellung einer Ramanmessung im Rahmen der Edelsteinanalyse

falls zerstörungsfreier Methode, die zusätzliche Erkenntnisse etwa zur Klassifizierung verschiedener Arten von Granaten oder besonderer Einschlußphasen, die Hinweise auf die Provenienz einzelner Steine geben könnten, erbringen sollen. Im Fokus stehen dabei ebenso die zahlreichen Perlen auf der Krone, deren Spezifika mit Unterstützung von Stefanos Karamelas vom Laboratoire Français de Gemmologie in Paris, einem ebenfalls führenden internationalen Experten auf sei-

nem Gebiet, analysiert und ausgewertet werden können.

Die Website zum Projekt

Begleitet wird das Forschungsprojekt von einer Website, die der Öffentlichkeit umfassende Informationen zu Geschichte und Symbolik der Reichskrone bietet, die einzelnen Untersuchungsmethoden erklärt und laufend durch neue Erkenntnisse ergänzt wird. ■ <https://www.projekt-reichskrone.at/>



© KHM-Museumsverband

Reichskrone, Reichsapfel und Reichsschwert, als wichtige Teile der sogenannten Reichskleinodien, die bei Krönungen des Oberhauptes des Heiligen Römischen Reichs (Deutscher Nation) seit dem 15. Jahrhundert kontinuierlich verwendet wurden; Kunsthistorisches Museum Wien, Weltliche Schatzkammer

Wie wir unseren Weg durch Menschenmengen bahnen

Ein hirneigenes GPS hilft uns zu navigieren, indem es die Bewegungen der Mitmenschen in unserer Umgebung erfaßt.

Rasterzellen helfen uns nicht nur, unsere eigenen Wege in einer komplexen Umwelt zu bahnen, sondern unterstützen uns auch bei der Analyse der Bewegungen anderer Personen, wie WissenschaftlerInnen der Universität Wien nun erstmals zeigten. Ihre neue Studie in „Nature Communications“ legt auch eine Erklärung für einen Mechanismus nahe, der bei DemenzpatientInnen zu Orientierungslosigkeit führen könnte.

Egal ob man sich seinen Weg durch eine volle Fußgängerzone bahnt oder ob man beim Fußball im Team Richtung Tor strebt, in beiden Situationen kommt es darauf an, nicht nur die eigenen Bewegungen, sondern auch die der anderen mitzudenken. Diese Navigations- und Orientierungsprozesse werden von Gehirnzellen getragen, die unsere aktuelle Position, woher wir kommen, wohin wir uns bewegen und in welche Richtung wir schauen registrieren. Durch ihre gemeinsame Aktivität erschaffen sie eine „Karte“ unserer Umgebung. Ein besonderer Typ dieser Zellen sind die sogenannten Rasterzellen („grid cells“) im entorhinalen Kortex, einer kleinen Hirnregion im mittleren Schläfenlappen. Sie funktionieren wie ein hirneigenes GPS, denn sie repräsentieren nicht nur unsere Position im Raum, sondern können diese auch in Relation zu anderen Punkten im Raum setzen.

Ob diese Rasterzellen auch daran beteiligt sind, die Bewegungen anderer Individuen auf dieser Karte abzubilden, war die Frage, welcher sich die WissenschaftlerInnen um Isabella Wagner und Claus Lamm von der Fakultät für Psychologie der Universität Wien widmeten. Dazu ließen die WissenschaftlerInnen ProbandInnen in einer virtuellen Umgebung sowohl selbst navigieren als auch die Bewegungen einer anderen Person beobachten, während ihre Gehirnaktivität mittels funktioneller Magnetresonanztomographie (fMRT) gemessen wurde.

Sie fanden heraus, daß die Gehirnaktivität, die während des Beobachtens anderer aufgezeichnet wurde, mit der bereits bekannten Aktivität von Rasterzellen vergleichbar war. Außerdem konnte das Team zeigen,

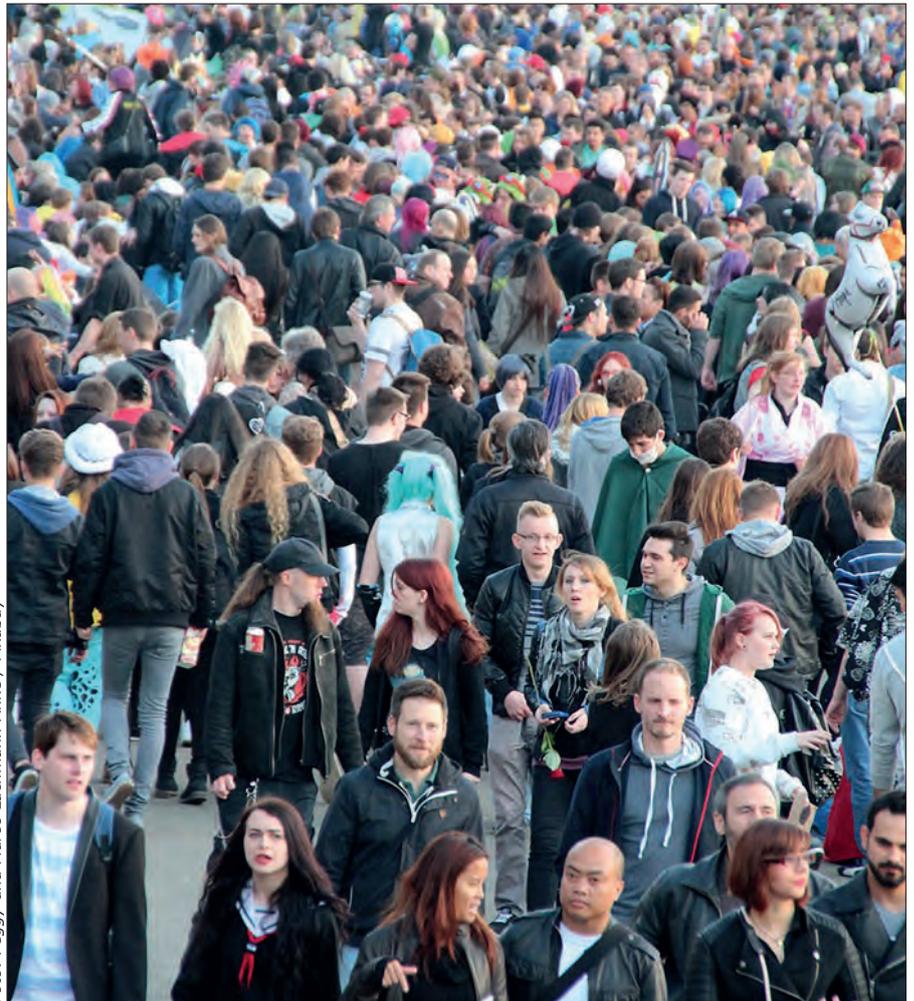


Foto: Peggy und Marco Lachmann-Anke / Pixabay

Die Navigations- und Orientierungsprozesse werden von Gehirnzellen getragen, die unsere aktuelle Position, woher wir kommen, wohin wir uns bewegen und in welche Richtung wir schauen registrieren.

daß diese Aktivität in ein Netzwerk weiterer Hirnregionen eingebunden war, die auch mit Navigationsprozessen in Zusammenhang gebracht werden. Interessanterweise stellte sich aber heraus, daß dieses Netzwerk umso weniger aktiv war, je besser eine Probandin, ein Proband darin war, dem Pfad anderer zu folgen. „Wir interpretieren das als größere Effizienz der Rasterzellen, die es weniger notwendig machen, auf diese Hirnareale zurückzugreifen“, erklärt Wagner.

Die Ergebnisse der Studie deuten damit darauf hin, daß Rasterzellen zu einem größeren Netzwerk an Hirnregionen gehören, das

unter anderem Navigationsprozesse koordiniert. Dieses Netzwerk ist jedoch besonders von Alterungsprozessen und insbesondere von Demenz betroffen. Wagner erläutert: „Die Funktion von Rasterzellen nimmt mit dem Alter und bei Demenz ab. Das führt dazu, daß sich Personen nicht mehr zurechtfinden und die Orientierung beeinträchtigt ist.“ Die weitere Forschung der Gruppe widmet sich nun der Frage, ob Rasterzellen auch am Erkennen von Personen beteiligt sind – ein Aspekt der bei fortgeschrittener Demenzerkrankung häufig beeinträchtigt ist. ■

<https://www.univie.ac.at>

Wie man unbekannte Quantenprozesse umkehrt

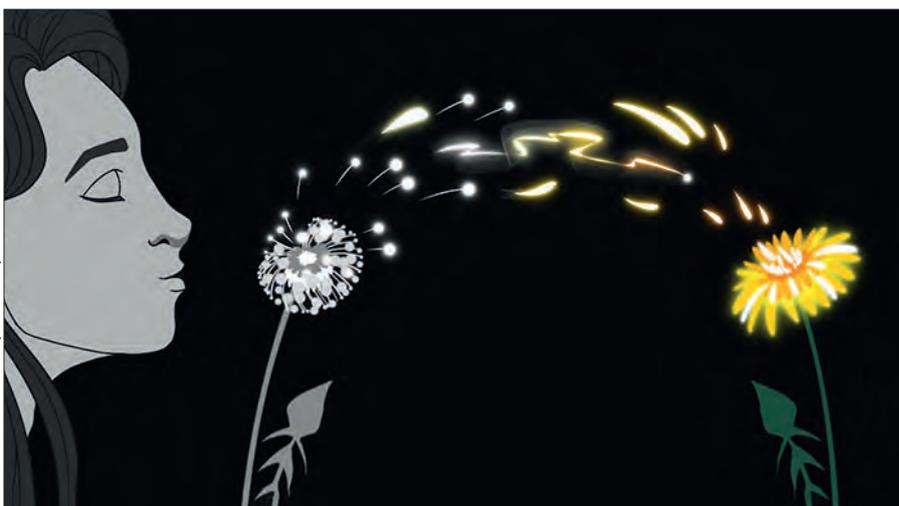
Zeitliche Entwicklung eines einzelnen Photons mit universellem Rewinding-Protokoll und Quantenswitch umgekehrt

In der Welt um uns herum scheinen Prozesse einer bestimmten Zeitrichtung zu folgen: Löwenzahnblüten werden zu Pusteblumen. Die Quantenwelt hält sich jedoch nicht an dieselben Regeln. PhysikerInnen der Universität Wien und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften haben nun gezeigt, daß sich in bestimmten Quantensystemen die Zeitrichtung von Prozessen umkehren läßt. Diese Demonstration eines sogenannten Rewinding-Protokolls wurde in der Zeitschrift „Optica“ veröffentlicht.

Unser Alltag ist voll von Veränderungen, die zwar gut verstanden, aber praktisch nicht umkehrbar sind – wie zum Beispiel die Metamorphose eines Löwenzahns in eine Pusteblume. Man könnte sich jedoch vorstellen, diese Transformation Schritt für Schritt rückgängig zu machen, wenn man genau wüßte, wie sich jedes einzelne Pflanzenmolekül in der Zeit bewegt.

In der Quantenwelt wird das Problem noch kniffliger: Eines der Kernprinzipien der Quantenphysik ist, daß sich Systeme allein durch Beobachtung verändern. Dies macht es selbst im Prinzip unmöglich, die Veränderung eines Systems in der Zeit zu verfolgen und den Prozeß umkehrbar zu machen. Gleichzeitig eröffnen die Gesetze der Quantenmechanik aber auch neue Möglichkeiten wie z.B. universelle Rewinding-Protokolle. Diese erlauben es, Veränderungen in einem Quantensystem umzukehren, ohne zu wissen, wie diese ausgesehen haben.

In einer Kooperation zwischen der Universität Wien und dem Wiener Institut für Quantenoptik und Quanteninformation der Österreichischen Akademie der Wissenschaften haben ExperimentalphysikerInnen unter der Leitung von Philip Walther ein solches universelles Rewinding-Protokoll erfolgreich umgesetzt, das von theoretischen Physikern um Miguel Navascués entwickelt wurde. Indem sie dieses neuartige theoretische Protokoll mit einem komplexen optischen Aufbau kombinierten, zeigte die Gruppe, daß es tatsächlich möglich ist, Veränderungen in einem Quantensystem umzukehren. Dazu verwendeten sie ultraschnelle



© Christine Schiainsky @freowymart

Die Zeitentwicklung eines Systems umzukehren kann schon kompliziert genug sein, wenn man den Anfangszustand des Systems kennt und weiß wie sich dieses entwickelt. PhysikerInnen der Universität Wien und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften konnten jedoch nun zeigen, daß sich die Zeitentwicklung eines Quantensystems auch ohne dieses Wissen umkehren läßt. Nicht einmal wie genau man mit dem System interagieren muß um die Entwicklung umzukehren, muß bekannt sein.

optische Faserkomponenten und ein Free-space-Interferometer, das als Quantenswitch angeordnet war.

Es gelang ihnen, die zeitliche Entwicklung eines einzelnen Photons umzukehren, ohne zu wissen, wie sich dieses in der Zeit verändert hatte oder was dessen Anfangs- und Endzustand war.

„Bemerkenswert ist, daß für dieses Protokoll nicht einmal die Art der Wechselwirkungen mit dem Quantensystem bekannt sein muß“, sagt Peter Schiainsky, Erstautor der Veröffentlichung in „Optica“.

Ihr universelles Rewinding-Protokoll ist in seiner Laufzeit optimal effizient und kann so erweitert werden, daß es mit beliebig hoher Wahrscheinlichkeit erfolgreich ist. Der Nachweis, daß Rewinding-Protokolle in dieser allgemeinen Form existieren und diese technisch umsetzbar sind, trägt zu unserem Verständnis der grundlegenden Quantenmechanik bei. Künftig könnten die Protokolle ein nützliches Werkzeug in Quanteninformationstechnologien werden. ■

<https://www.univie.ac.at/>

<https://www.oeaw.ac.at/>

5500 Jahre alter Misthaufen...

... gewährt neue Einblicke in Landwirtschaft der Steinzeit – Durch die Analyse von Nutztierkotresten im Umfeld der steinzeitlichen Pfahlbausiedlungen am Mondsee gewinnen ForscherInnen wertvolle Einblicke in den Alltag im Jahr 3500 vor Christus.

In der steinzeitlichen Pfahlbausiedlung „Mooswinkel“ am Mondsee im Salzkammergut haben speziell ausgebildete Taucharchäologen aus Oberösterreich im Rahmen des Projekts „Zeitensprung“ einen ungewöhnlichen wissenschaftlichen Schatz gehoben. Gut konserviert unter Ausschluß von Sauerstoff haben sich hier die Kotreste von steinzeitlichen Nutztieren über tausende Jahre erhalten.

„Im Prinzip handelt es sich um einen 5500 Jahre alten Misthaufen. Wir analysieren die Proben im Labor und können so feststellen, daß Ziegen, Schafe und Kühe gehalten wurden und was auf ihrem Speiseplan stand“, sagt Thorsten Jakobitsch vom Österreichischen Archäologischen Institut der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW). Jakobitsch ist Erstautor der Untersuchung, die er und Kolleg:innen der Universität für Bodenkultur Wien nun im Fachjournal *Archaeological and Anthropological Sciences* publiziert haben.

Die genaue Analyse der von den Nutztieren verpeisten Pflanzen liefert auch tiefgehende Einblicke in die Lebensweise der Pfahlbautenbewohner um 3500 vor Christus. „Wir können sehen, daß die Tiere nur im Winter in den Siedlungen gehalten wurden, und wir konnten Winterfutter wie getrocknete Blätter von Ulmen und Getreide nachweisen. Zudem haben wir erstmals einen handfesten Beweis für die Vermutung gefunden, daß auch Graspflanzen damals schon zu Heu verarbeitet wurden. Das können wir sagen, weil wir in den Heuresten Pflanzen gefunden haben, die für die Tiere giftig wären, wenn sie frisch verzehrt würden“, sagt Jakobitsch.

Steinzeit-Mensch formte Natur

Neben Anzeichen für das Sammeln von Grasheu haben die Forscher auch Spuren von Laubheu und Haselnußblüten in den Proben gefunden. Diese zeigen, daß auch der Wald damals schon genutzt wurde und zwar auf geplante und organisierte Art und Weise. „Die Haselnußblüten wurden im Spätwinter geerntet und als verlässliche Futterquelle für diese karge Jahreszeit genutzt. Das Ernten von Laubheu zeigt zudem, daß die Menschen sehr organisiert waren, weil abgeerntete



Foto: ÖAW

ÖAW-Archäobotaniker Thorsten Jakobitsch analysiert Überreste der Steinzeit.



Foto: ÖAW

Fichtenzweige, die mit Dung vermischt in den Sedimentproben der Seeufersiedlung am Mondsee gefunden wurden. Sie dienten wahrscheinlich als Stalleinstreu.

Bäume einige Jahre Zeit brauchen, um wieder neue Triebe mit Laub zu liefern. Das muß entsprechend gemanagt werden“, sagt Jakobitsch.

Durch diese bereits intensive Nutzung der natürlichen Ressourcen haben die Menschen schon im Neolithikum ihre Ökosysteme deutlich verändert. „Durch solche regelmäßigen und recht großflächigen Eingriffe entstehen schon damals erste Kulturlandschaften, die es ohne menschliches Zutun so nicht gegeben hätte“, so Jakobitsch. Durch das „Köpfen“ von Bäumen zum Beispiel ändert sich die Zusammensetzung der Pflanzenpopulation in einem Wald und Graspflanzen können profitieren. „Die Menschen da-

mals haben viele ökologische Zusammenhänge gekannt und zu ihrem Vorteil genutzt. Die PfahlbautenbewohnerInnen waren äußerst einfallreich“, sagt Jakobitsch.

Wie das Leben der Menschen damals im Alltag ausgesehen hat, gibt aber immer noch Rätsel auf. Das Team der ForscherInnen um Jakobitsch wird daher auch in Zukunft daran arbeiten, weitere Geheimnisse zu enthüllen. „Wir arbeiten bereits an weiteren Analysen, zum Beispiel von Pollen, die Aufschlüsse über das damalige Klima geben können. Es gibt noch viel zu lernen über die Lebensweise der Steinzeitmenschen vom Mondsee“, sagt Jakobitsch. ■

<https://www.oeaw.ac.at/>

Verlassene Minen in Batterien verwandeln

Eine neuartige Technik namens Underground Gravity Energy Storage verwandelt stillgelegte Bergwerke in langfristige Energiespeicher und unterstützt damit die nachhaltige Energiewende.

Erneuerbare Energiequellen sind von zentraler Bedeutung für die Energiewende hin zu einer nachhaltigeren Zukunft. Da Quellen wie Sonnenschein und Wind jedoch von Natur aus variabel und unbeständig sind, ist es von entscheidender Bedeutung, Wege zu finden, Energie auf zugängliche und effiziente Weise zu speichern. Es gibt zwar viele wirksame Lösungen für die tägliche Energiespeicherung, die häufigste sind Batterien, aber eine kosteneffiziente langfristige Lösung fehlt noch.

In einer neuen Studie unter Leitung des IIASA hat ein internationales Forscherteam eine neuartige Methode zur Energiespeicherung entwickelt, bei der Sand in verlassene unterirdische Minen transportiert wird. Die neue Technik mit der Bezeichnung Underground Gravity Energy Storage (UGES) bietet eine wirksame Lösung für die langfristige Energiespeicherung und nutzt gleichzeitig stillgelegte Bergbaustätten, von denen es weltweit wahrscheinlich mehrere Millionen gibt.

UGES erzeugt Strom, wenn der Preis hoch ist, indem Sand in eine unterirdische Mine abgesenkt und die potentielle Energie des Sandes durch regeneratives Bremsen in Strom umgewandelt wird, und hebt dann den Sand mit Hilfe von Elektromotoren aus der Mine in ein höher gelegenes Reservoir, um Energie zu speichern, wenn Strom billig ist. Die Hauptbestandteile von UGES sind der Schacht, der Motor/Generator, die oberen und unteren Lagerstätten und die Bergbauausrüstung. Je tiefer und breiter der Schacht ist, desto mehr Energie kann aus der Anlage entnommen werden, und je größer die Mine ist, desto größer ist die Energiespeicherkapazität der Anlage.

„Wenn ein Bergwerk geschlossen wird, werden Tausende von Arbeitern entlassen. Dies hat verheerende Folgen für die Gemeinden, deren Wirtschaftsleistung ausschließlich von der Mine abhängt. UGES würde einige Arbeitsplätze schaffen, da das Bergwerk nach seiner Schließung Energiespeicherdienste anbieten würde“, sagt Julian Hunt,

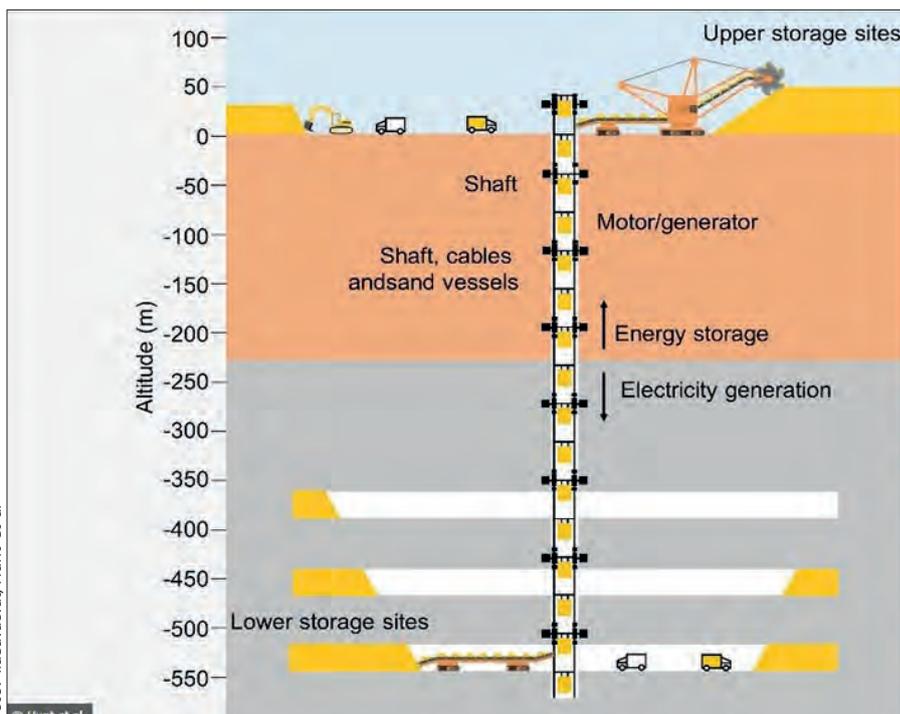


Foto: iiasa.ac.at/Hunt et al.

Ist der Energiepreis gerade hoch, wird Sand über Aufzüge in aufgelassene Minen möglichst tief unter die Erde abgesenkt und über regeneratives Bremsen Strom erzeugt.

Forscher im IIASA-Programm für Energie, Klima und Umwelt und Hauptautor der Studie. „Die Minen verfügen bereits über die grundlegende Infrastruktur und sind an das Stromnetz angeschlossen, was die Kosten erheblich senkt und die Implementierung von UGES-Anlagen erleichtert.“

Andere Energiespeichermethoden, wie zum Beispiel Batterien, verlieren über lange Zeiträume Energie durch Selbstentladung. Das Energiespeichermedium von UGES ist Sand, d. h. es geht keine Energie durch Selbstentladung verloren, was eine ultralange Energiespeicherung von Wochen bis zu mehreren Jahren ermöglicht.

Die Investitionskosten für UGES liegen bei etwa 1 bis 10 USD/kWh und die Kosten für die Stromkapazität bei 2.000 USD/kW. Das weltweite Potential dieser Technologie wird auf 7 bis 70 TWh geschätzt, wobei sich der größte Teil dieses Potentials auf China, Indien, Rußland und die USA konzentriert. „Um die Wirtschaft zu dekarbonisieren, müs-

sen wir das Energiesystem auf der Grundlage innovativer Lösungen und unter Nutzung vorhandener Ressourcen neu überdenken. Die Umwandlung stillgelegter Bergwerke in Energiespeicher ist ein Beispiel für viele Lösungen, die um uns herum existieren, und wir müssen nur die Art und Weise ändern, wie wir sie einsetzen“, schließt Behnam Zakeri, Mitautor der Studie und Forscher im IIASA-Programm für Energie, Klima und Umwelt.

Das Internationale Institut für Angewandte Systemanalyse (IIASA) ist ein internationales Forschungsinstitut mit Sitz in Laxenburg bei Wien, das die Systemanalyse vorantreibt und seine Forschungsmethoden anwendet, um politische Lösungen zur Verringerung des menschlichen Fußabdrucks, zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit natürlicher und sozioökonomischer Systeme und zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu finden. ■

<https://iiasa.ac.at/>

Quanten-Supercomputer für die Uni Innsbruck

Mit 9 Millionen Euro aus Mitteln des Aufbau- und Resilienzplans NextGenerationEU wird die Universität Innsbruck in den nächsten Monaten einen Quantencomputer mit einem Supercomputer verbinden.

Viele Bereiche der Wissenschaft sind auf die computerunterstützte Berechnung von mathematischen Aufgabenstellungen angewiesen. Dafür stehen leistungsfähige Supercomputer zur Verfügung, die durch paralleles Rechnen auf tausenden Prozessoren aufwendigste Berechnungen durchführen können. „Der Nutzen des Hochleistungsrechnens zeigt sich beispielsweise in Wettervorhersagen, die jeden Tag aktuell sein müssen. Würde ich diese auf einem Laptop berechnen, dauerte das mehrere Wochen“, erklärt Alexander Ostermann, Leiter des Forschungsschwerpunkt Scientific Computing an der Universität Innsbruck. Es gibt jedoch Probleme, die auch für Supercomputer nur schwer zu knacken sind oder exorbitant viel Rechenleistung benötigen. In der Medikamentenforschung kann es zum Beispiel notwendig sein, die Energie eines Moleküls zu berechnen. Genau hier können Quantencomputer ihre besonderen Stärken ausspielen. „Die Entwicklung von Quantencomputern steht noch am Anfang. Aktuell betreiben wir relativ kleine Systeme“, sagt Philipp Schindler vom Institut für Experimentalphysik der Universität Innsbruck. „Auch solche Quantencomputer können als Coprozessoren für klassische Computer eingesetzt werden. Wenn Supercomputer Berechnungen, wie die Energie eines Moleküls, an einen Quantencomputer auslagern, kann das den Rechenprozeß deutlich beschleunigen.“

Österreichischer Quanten-Supercomputer

Eine Projektteam bestehend aus dem Forschungsschwerpunkt Scientific Computing, den Instituten für Informatik, Mathematik, Experimentalphysik und Theoretische Physik und dem Zentralen Informatikdienst der Universität Innsbruck sowie mit Unterstützung von externen Partnern in Linz und Wien wird in den nächsten Monaten einen Supercomputer mit integriertem Quantencomputer in Innsbruck installieren und in Betrieb nehmen. Finanziert wird der neue Quanten-Supercomputer im Rahmen des Förderpro-

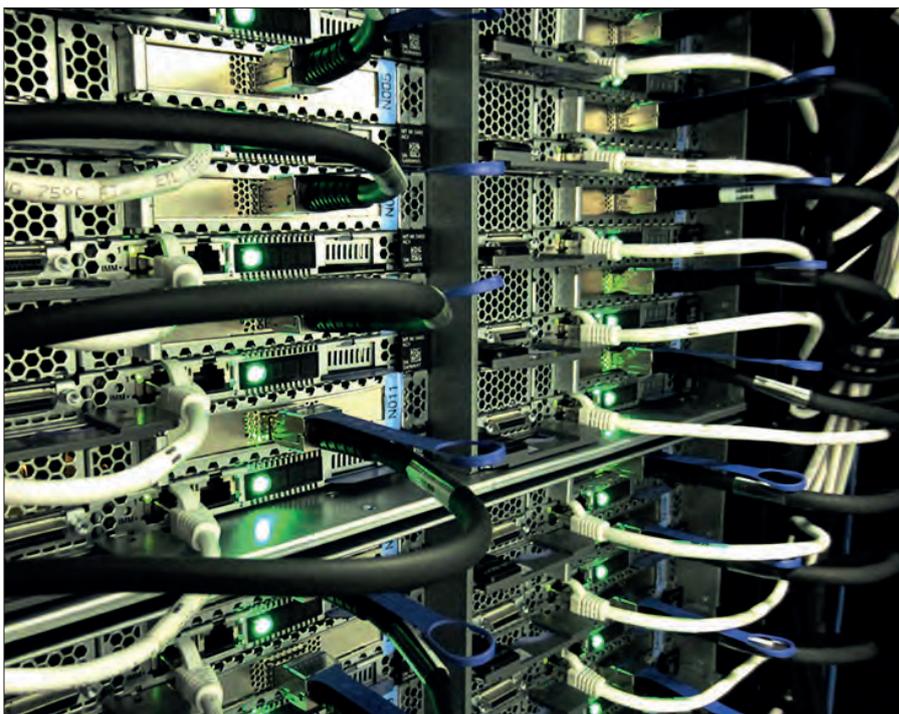


Foto: Universität Innsbruck

In den nächsten Monaten wird an der Universität Innsbruck ein Supercomputer mit integriertem Quantencomputer installiert und in Betrieb genommen.

gramms Quantum Austria der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft FFG aus Mitteln des EU-Aufbauplans NextGenerationEU. Damit die NutzerInnen die beiden Rechnerarten gemeinsam nutzen können, müssen spezielle Schnittstellen und Oberflächen entwickelt werden. „Quantenrechner können die Prozesse des Supercomputers beschleunigen. Spezielle Software sorgt für einen effizienten Austausch zwischen klassischen Prozessen und dem Quantenprozessor. Noch zu entwickelnde Programmierschnittstellen werden Anwendern einen einfachen Zugang zu den Rechnern und die Ausführung von hybriden Quantenalgorithmen ermöglichen“, sagt Michael Redinger vom Zentralen Informatikdienst. Nach Aufbau und Testphase wird der neue Rechner allen WissenschaftlerInnen in Österreich für Forschung und Lehre zugänglich sein. In jährlichen Ausschreibungen werden die Rechenzeiten auf dem Quanten-Supercomputer verteilt.

Erfolg für die Universität Innsbruck

Der neue Rechner wird es österreichischen Forschungsgruppen erleichtern, Anwendungen von Quantenalgorithmen zu erforschen und aktuelle Quantensysteme zu optimieren. Dies wird schließlich die Entwicklung von hybriden Quantenalgorithmen ermöglichen und die Bereiche Quanten- und Hochleistungsrechnen näher zusammenführen. „Diese neue Infrastruktur wird die nächste Generation von österreichischen ForscherInnen und IngenieurInnen an die Quanteninformationsverarbeitung heranführen und damit viele Türen für die Zukunft öffnen“, freut sich Ulrike Tanzer, Vizerektorin für Forschung. „Insgesamt konnte die Universität Innsbruck 20 Millionen Euro aus dem Förderprogramm Quantum Austria lukrieren. Der neue Quanten-Supercomputer wird ein Aushängeschild für die Universität werden und wichtige Impulse für die Forschung und Lehre in vielen Disziplinen geben.“

<https://www.uibk.ac.at/>

Das Innenleben von organischen Leuchtdioden

Wie Elektronen und Atomkerne OLEDs zum Leuchten bringen



Foto: Universität Wien / Patrick Zobel

Der Farbstoff bringt OLEDs zum Leuchten, indem negative („-“) und positive („+“) Ladungen in die organischen Molekülteile eingebracht werden. Während die Atomkerne der organischen Molekülteile um das verbrückende Kupfer-Atom rotieren, ordnen sich die Elektronen im Farbstoff so an, daß dieser anschließend leuchten kann.

Mit organischen Leuchtdioden (OLEDs) läßt sich aus Strom kostengünstig und nachhaltig Licht erzeugen. Zentral dafür ist die Verwendung von effizienten Farbstoffmolekülen. Deren Funktionsweise hat nun ein Team von theoretischen ChemikerInnen der Universität Wien mittels Computer-Simulationen aufgeklärt. Ihre Ergebnisse sind jetzt im renommierten Journal „Angewandte Chemie“ veröffentlicht worden.

OLEDs bringen die Bildschirme von Smartphones, Computern und TV-Geräten zum Leuchten. Verglichen mit herkömmlichen, anorganischen LEDs sind diese flexibler, kostengünstiger und nachhaltiger herzustellen. Dabei beinhalten sie mikroskopisch kleine Farbstoffmoleküle, in die mittels elektrischer Halbleiter positive und negative Ladungen eingebracht werden. Die Kombination der gegensätzlichen Ladungen in den Farbstoffmolekülen gibt diesen extra Energie, die durch Ausstrahlen von Lichtteilchen wieder abgegeben werden kann. So werden OLEDs zum Leuchten gebracht. Für einen kommerziellen und nachhaltigen Nutzen ist

dabei eine effiziente Energieumwandlung besonders wichtig. „OLED-Farbstoffe der 3. Generation sind dabei führend in der Leuchteffizienz“, erklärt Leticia González, Leiterin des Instituts für Theoretische Chemie der Universität Wien. „Bei ihnen gelingt es mittels der sogenannten thermisch-aktivierten verzögerten Fluoreszenz (TADF) nahezu alle Ladungskombinationen zum Leuchten zu nutzen.“ Um diese OLEDs nun noch weiter zu verbessern, hat sich das Team um Leticia González Prozesse, die nach der Ladungskombination in den Farbstoffen stattfinden, genauer angeschaut.

Dabei wurde das Verhalten von effizienten TADF-basierten OLED-Farbstoffen („Emittieren“) mit Hilfe von Computersimulationen analysiert. „So konnten wir den – simulierten – Bewegungen der Atomkerne und Elektronen in den Farbstoff-Molekülen sehr detailliert folgen und wichtige Aspekte des Leuchtmechanismus erforschen“, erklärt Studien-Erstautor Patrick Zobel.

Die untersuchten Farbstoffmoleküle gehörten dabei zu einer Klasse von TADF-

Emittieren, die aus zwei organischen Molekülteilen bestehen, die mittels eines Kupfer-Atoms verbunden sind. Bisher wurde davon ausgegangen, daß nur die zwei organischen Molekülteile in der Ladungskombination und dem Leuchtprozeß involviert sind. „In unseren Computer-Simulationen wurde die zentrale Rolle des verbrückenden Kupfer-Atoms im Farbstoff jedoch klar“, berichtet Mitautorin Anna Wernbacher. „Das Atom ist notwendig, um die Elektronen von ihrer ursprünglichen Anordnung nach der Ladungskombination zu ihrer finalen Anordnung für den Leuchtprozeß zu bringen.“ Gleichzeitig – so zeigten die Simulationen – rotieren die Atomkerne der organischen Molekülteile um die Achse des verbindenden Kupfer-Atoms.

Die Studie rückt damit das Zusammenspiel der Kupfer-Atome und der organischen Molekülteile für die Weiterentwicklung von TADF-basierten OLED-Farbstoffen in den Fokus – und wirft so ein neues Licht auf mögliche Optimierungen zukünftiger organischer Leuchtdioden. ■

<https://www.univie.ac.at/>

Europas höchstes Internat aus Holz

... entsteht derzeit in der Salzburger Holzgemeinde Kuchl

Mit dem Spatenstich durch Landes-
hauptmann Wilfried Haslauer, Bil-
dungsdirektor Rudolf Mair und dem Präsi-
denten des Schulvereins, KR Wolfgang Hut-
ter, wurde am 24. Februar in Kuchl der Bau-
beginn für den Neubau des Internats der re-
nommierten Bildungseinrichtung offiziell
gefeiert.

„Bereits Ende Dezember konnten wir mit
den Abbrucharbeiten des alten Internats be-
ginnen und sind zuversichtlich, daß mit
Schulbeginn im September das neue Internat
plangemäß bezugsfertig sein wird“, sagte
der Geschäftsführer des Holztechnikums
Kuchl (HTK), Hans Rechner.

„Die moderne und zukunftsweisende Art
des Neubaus sowie das dahinterstehende
Einrichtungskonzept bestätigen einmal mehr
die außergewöhnliche Stellung Kuchls als
überregionales Kompetenzzentrum im Be-
reich Holz. Die Schülerinnen und Schüler
des Holztechnikums, die Fachkräfte von mor-
gen, werden einen optimalen Ort zum Ler-
nen und Leben vorfinden“, sagte der Landes-
hauptmann.

Vorzeigeprojekt für modernen Holzbau

Das neue Internatsgebäude wird den zeit-
gemäßen Anforderungen des modernen
Wohnens gerecht und wird ein Vorzeigepro-
jekt für den modernen Holzbau in Österreich
sein: „Mit diesem architektonisch anspruchs-
vollen Ansatz setzen wir im Internatsbau
neue Maßstäbe. Wir bieten unseren Schüle-
rinnen und Schülern einen hervorragenden
Raum zum Lernen und Leben. Natürlich nut-
zen wir für den Neubau vorwiegend unseren
klimafreundlichen Werkstoff Holz. Die ge-
samte Holzindustrie steht hinter dem Projekt
und finanziert es mit“, freuen sich die Präsi-
denten des Holztechnikums Kuchl, Wolf-
gang Hutter, Renatus Capek und Christian
Rettenegger.

„Mit der Modularbauweise und den da-
durch hohen Vorfertigungsgrad ist eine sehr
kurze Bauzeit möglich. Unser Projekt trägt
auch zur Flächenbegrünung bei, denn der
Neubau wird weniger Fläche in Anspruch
nehmen und wir können sogar bisher bebau-
te Fläche renaturieren“, erläutert HTK-



© SPS Architekten ZT GmbH

Visualisierung: Am Holztechnikum Kuchl wird an einem neuen Prestigeprojekt geplant

Geschäftsführer Rechner die ökologischen
Vorteile des Bauvorhabens.

Das Internats-Gebäude wird als einzigar-
tiger siebengeschöbiger Bau mit kleinen
Wohneinheiten errichtet. Dabei wird ein
sechsgeschöbiger Holzkörper auf einem
Sockel aus Sichtbeton entstehen. Kuchl wird
damit das höchste Internatsgebäude aus Holz
in Europa beheimaten. Das Holztechnikum
Kuchl (HTL, Fachschule, Internat, Werk-
meisterschule) bietet eine in Europa einzig-
artige Kombination aus Holz und Technik
sowie Wirtschaft und Sprachen (Englisch,
Italienisch, Russisch) und ist das Zentrum
der Holzfachkräfteausbildung.

Aufwertung für den Wissenscampus Kuchl

Der Wissenscampus Kuchl erhält durch
den Internatsneubau ein neues, aufgewerte-
tes Erscheinungsbild im Ort. Die Linde vor
dem Altbau bleibt erhalten und eine neue
Baumreihe soll den Vorplatz Richtung Park-

platz abschließen. „Der lebendige Baum am
Platz als Markenzeichen macht die Jahres-
zeiten erlebbar. Die Klarheit und Form des
Internatsbaues harmoniert durch die anspre-
chende Form ausgezeichnet mit dem übrigen
Bestand“, erläutert Architekt Simon Speig-
ner. Der nach Südwesten offene Vorplatz soll
durch eine der Kantine vorgelagerte Terrasse
zusätzlich aufgewertet werden. Kleine Luft-
räume als visuelle Verbindung zwischen den
Geschoßen steigern zusätzlich die Attrakti-
vität des Gesamtbildes.

Im Erdgeschoß befinden sich die Funk-
tionsräume wie Fitness-, Spiele- und Aufent-
haltsraum. In den darüberliegenden sechs
Obergeschoßen sollen die Internatszimmer
in Form von Doppel- bzw. Dreibettzimmern
organisiert werden. Durch die Aufteilung der
Begegnungsbereiche auf sechs Geschoße ist
eine individuellere Betreuung und größere
Vielfalt an Treffpunkten für die SchülerIn-
nen gegeben. Die Anordnung der Module
ermöglicht Belichtungsmöglichkeiten nach



Foto: Holztechnikum Kuchl

Beim Spatenstich (v.l.): Anton Posch (Heinrich Bau), Christian Egger (Heinrich Bau), Josef Essl (Schulleiter HTK), Hans Rechner (Geschäftsführer HTK), Wolfgang Hutter (Präsident HTK), Wilfried Haslauer (Landeshauptmann), Carmen Kiefer (Vize-Bürgermeisterin Kuchl), Rudolf Maier (Bildungsdirektion Salzburg), Rudolf Rosenstatter (Pro Holz), Markus Palfinger (Internatsleiter HTK), Simon Speigner (SPS Architekten), Johannes Wiesinger (SABAG)

allen Himmelsrichtungen und die aufgeweitete Mittelganzzone beinhaltet die Lifte und je nach Bedarf Raumzonierungen für die individuelle Förderung von Interessen, Talenten und Fähigkeiten. Eine Verbindungsbrücke in den beiden Obergeschoßen zum bestehenden Quertrakt läßt den Baukörper an den Bestand andocken. Mit dieser Lösung kann die versiegelte Fläche verringert werden.

Neues Wahrzeichen der Holzgemeinde Kuchl

Ein neues, richtungsweisendes Wahrzeichen aus Holz ist in der Holzgemeinde Kuchl als Siegerprojekt eines Architekturwettbewerbs am Holztechnikum Kuchl hervorgegangen: Anstelle des bisherigen „Stammhauses“ aus den 1950er-Jahren wird ein modernes Internatsgebäude aus Holz entstehen. Bürgermeister Thomas Freylinger freut sich

über die breite Zustimmung in der Gemeinde: „Hier entsteht ein innovatives Projekt in umweltfreundlicher Bauweise, das einen sparsamen Bodenverbrauch gewährleistet. Gleichzeitig wird geprüft, wo versiegelte Flächen im Umfeld wieder begrünt werden können.“

Leitlinien des Projekts

- Vorzeigeprojekt und Wahrzeichen in der Holzgemeinde Kuchl
- Holzbaukompetenz am Wissenscampus Kuchl
- Vorplatz und Haupteingang mit Öffnung zum Ort Kuchl
- Barrierefreie Erschließung des Bestandes
- Schonender Umgang mit Baumbestand und ökologischer Gestaltung des Vorplatzes

- Ökonomische Baukonstruktion mit sehr hoher gestalterischer Qualität
- Attraktive Wohnbereiche für die Jugendlichen

Fakten zum Bau

- Bauherr: Holztechnikum Kuchl
- Architekt: SPS Architekten ZT GmbH
- Baumanagement: SABAG GmbH
- Bruttogeschosßfläche: 2932 m²
- Holzeinsatz: 1750 m³
- Abmessungen: 17,4 breit x 26,8 tief x 23,8 hoch
- Errichtungskosten: 12,5 Mio. Euro
- Finanzierung: Eigenmittel des Holztechnikums Kuchl, Fachverband und Fachgruppen der Holzindustrie
- Österreichs, Land Salzburg, Bundesministerium für Bildung und Frauen

<https://www.holztechnikum.at/>



Foto: Holztechnikum Kuchl

HTK-Stammhaus2021: Blick auf das Stammhaus - hier wird das neue Internat errichtet

Bruegel und seine Zeit

Ausstellung in der Albertina von 14. Februar bis 24. Mai 2023



Pieter Bruegel der Ältere, *Der Frühling*, 1565, Feder in Braun, auf Papier

Die Albertina in Wien präsentiert in der Ausstellung *Bruegel und seine Zeit* eine Auswahl von rund 90 Werken aus ihrem eigenen Bestand, welche die unvergleichliche Blüte der Zeichnung in den Niederlanden des 16. Jahrhunderts veranschaulicht.

Neben berühmten Meisterwerken von Jan de Beer, Pieter Bruegel dem Älteren oder Hendrick Goltzius werden auch Blätter gezeigt, die nach erstmaliger kunsthistorischer Bearbeitung und teilweiser Restaurierung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Schau veranschaulicht die tragende Rolle der Zeichnung in der Frühen Neuzeit als eigenständiges Ausdrucksmittel, denn kaum eine Epoche der europäischen Geschichte sah eine so erstaunliche Vielfalt der Zeichenkunst wie die Niederlande in jenen Jahren.

Allen voran ist es Pieter Bruegel, der als herausragender Vertreter seiner Gilde die Kunstproduktion der „Niederlande“ über Jahrzehnte hinweg prägte. Voller Witz und Ironie erzählt sein vielseitiges grafisches Schaffen von den tiefgreifenden Umbrüchen eines Jahrhunderts, das die Brücke bildet zwischen dem ausgehenden Mittelalter und dem anbrechenden Barock. Bruegel steht damit exemplarisch für eine ganze Reihe von Persönlichkeiten, die in ihren Zeichnungen neue Wege einschlugen und die bildende Kunst in den Niederlanden grundlegend verändern. Sein Name und sein Werk dienen als Ankerpunkte dieser Schau.

Alles Zeichnung

Die Künstler der Frühen Neuzeit schaffen mit größter technischer Virtuosität und aus-

serordentlichem Erfindungsreichtum Bilder einer sich radikal verändernden Lebenswelt. Vor dem Hintergrund der Reformation und der Wirren des Achtzigjährigen Kriegs werden jahrhundertealte Wahrheiten zunehmend infrage gestellt. Damit einhergehend verändert sich die Art und Weise, in der die Wirklichkeit künstlerisch auf dem Papier reflektiert wird.

Die Zeichnung befreit sich im 16. Jahrhundert von den Zwängen der dienenden Funktion als Vorzeichnung, Studie oder Skizze.

Sie wird erstmals ein autonomes Mittel künstlerischen Ausdrucks: das Bild auf Papier. Neben althergebrachten Themen wie Andachtsbildern oder Bildnissen taucht nun eine Vielfalt noch nie dagewesener Motive auf: kritische Moralsatiren etwa, weite Land-



Pieter Bruegel d. Ä., Höllenfahrt Christi, 1561, Feder in Braun, auf Papier

schaften, fein gezeichnete Porträts. In sensiblen Helldunkelzeichnungen, mit Kreide oder mit Feder und Tinte werden diese neuen Sujets dargestellt.

Zu den Highlights der Ausstellung gehören der berühmte Baummensch von Hieronymus Bosch, eine der ersten autonomen Zeichnungen der niederländischen Kunst, Pieter Bruegels Darstellung der Trägheit aus der Serie der Sieben Todsünden – bevölkert von teuflischen Mischwesen und Dämonen – sowie auf der anderen Seite die charmanten Porträts und differenzierten Federkunststücke von Hendrick Goltzius oder Jacob Matham, welche die enorme Vielfalt der zeichnerischen Mittel vor Augen führen. Erstmals nach umfangreicher Restaurierung ist das Hauptwerk des Antwerpeners Jan de Beer zu sehen: Entwürfe für ein über vier Meter hohes Glasfenster, die das christliche Motiv der Wurzel Jesse thematisieren und damit die königliche Abstammung Jesu aus dem Hause Davids darstellen.

Die Sammlung der Albertina

Die Albertina verdankt ihrem Gründer, Herzog Albert von Sachsen-Teschen, und seiner Gemahlin, Erzherzogin Marie Christine von Österreich, die schönsten Hauptwerke dieser Epoche in außergewöhnlich hoher Qualität. Herzog Albert war ab 1780 habsburgischer Generalstatthalter der Österreichischen Niederlande; das Paar residierte in Brüssel und genoss dort unmittelbaren Zugang zum florierenden örtlichen Kunstmarkt. Der Herzog ergänzte seine Sammlung durch die reichen Kollektionen der zeitgenössischen Kenner Charles Antoine Prince de Ligne in Brüssel, Gottfried Winckler in Leipzig und Cornelis Ploos van Amstel in Amsterdam und erwarb so drei der bedeutendsten Sammlungen niederländischer Zeichnungskunst seiner Zeit. Ein höchst gewinnbringender Austausch von Werken gelang ihm 1796, als er aus der kaiserlichen Hofbibliothek weitere kapitale Blätter niederländischer Meister in seinen Besitz brachte. Um

1800 hatte er damit bereits jene rund 3500 Meisterzeichnungen niederländischer Provenienz zusammengetragen, die bis heute das Kernstück der reichen Bestände der Albertina bilden. Neben dem Rijksmuseum in Amsterdam enthält unsere Sammlung die bedeutendste Kollektion niederländischer Zeichnungskunst weltweit.

Die Albertina ermöglichte diese Schau in leicht abgewandelter Form bereits vergangenes Jahr im Cleveland Museum of Art und dankt der Regierung Flanderns für die großzügige Unterstützung dieses Projekts

Bruegel und seine Zeit

Pieter Bruegel der Ältere lebt in einem Zeitalter neuer künstlerischer Vielfalt. Sein Schaffen zeichnet sich durch eine enorme motivische Bandbreite aus: Neben den bekannten Bauerndarstellungen umfaßt es weite Landschaften, rätselhafte Diablerien und gesellschaftskritische Satiren. Bruegel steht damit exemplarisch für eine Reihe von nie-

derländischen Künstlerpersönlichkeiten wie Hieronymus Bosch, Jan de Beer, Maarten van Heemskerck oder Hendrick Goltzius, die im 16. Jahrhundert althergebrachte Darstellungsweisen von Grund auf erneuern. Während religiöse Themen und Porträts für lange Zeit die künstlerische Produktion bestimmten, eröffnet sich an der Wende zur Neuzeit eine wahre Fülle von Motiven.

Mit außerordentlichem Erfindungsreichtum und größter technischer Virtuosität schaffen die Künstler dieser Zeit Bilder einer sich radikal verändernden Lebenswelt. Der Aufstieg des Bürgertums, die Reformation oder die Auseinandersetzung mit der Herrschaft der spanischen Habsburger führen zu einer grundsätzlichen Neudiskussion gesellschaftlicher Normen. Brisante politische und soziale Fragen werden auch in den Werken der Zeit verhandelt.

Viele bedeutende Meister wie Hans Bol, Jacques de Gheyn II. oder Roelant Savery wechseln vor dem Hintergrund der sich verändernden politischen Situation im Lauf ihres Lebens mehrfach ihre Wirkungsorte: Sie ziehen von südniederländischen Städten in die Zentren des Nordens, gehen wie Jan van der Straet nach Italien oder bereisen wie Joris Hoefnagel weite Teile Europas. Trotz der 1579 formalisierten Trennung in Nord und Süd bilden die Niederlande so einen höchst lebendigen Kulturraum, geprägt von Austausch und Bewegung.

Insbesondere die Zeichnung findet in diesen Jahren ein breites Feld der praktischen Anwendung in Scheibenrissen für die Fenster von mächtigen Kathedralen und privaten Residenzen, in Entwürfen für kostbare Luxusobjekte, Gemälde oder Druckgrafiken. Gleichzeitig erfährt sie aber auch als Sammelobjekt neue Beachtung unter den gebildeten Eliten. Die Ausstellung präsentiert eine Auswahl von rund 90 Werken aus den reichen Beständen der Albertina, die das breite Spektrum der niederländischen Zeichnung im 16. Jahrhundert verdeutlicht. Die gezeigten Bilder führen die beeindruckende Originalität Bruegels und seine Zeitgenossen vor Augen und bieten Gelegenheit zur Erkundung dieser bewegten Epoche europäischer Kunst

Bilder in hell und dunkel

Um 1500 entwickelt sich Antwerpen zum internationalen Handelsplatz. Die Stadt wird zu einer der bevölkerungsreichsten Metropolen der damaligen Zeit und etabliert sich schnell als künstlerisches Zentrum. Die örtliche Malergilde reguliert die Produktion ihrer



Hieronymus Bosch, *Der Baummensch*, um 1500, Feder in Braun, auf Papier

Mitglieder, deren Werke über die Grenzen der Niederlande hinaus gefragt sind.

In diesen Jahren erlebt die sogenannte Hell-Dunkel-Zeichnung eine Blüte: Ein farbiger Untergrund oder ein mit Pigmenten durchgefärbtes Papier bildet den Mittelton zwischen den helleren und dunkleren Linien der Darstellung. Solche Werke sind als Musterblätter, Kopien älterer Kompositionen oder Proben künstlerischer Fertigkeit beliebt. Neben bekannten Meistern wie Jan de Beer tun sich verschiedene anonyme Antwerpener Manieristen auf diesem Gebiet hervor. Ihre Bilder zeichnen sich durch fantastische Architekturen sowie überlängte Figuren mit exaltierten Gesten und überreichen Gewändern aus. Einige Jahre später experimentiert der Meister des Liechtensteinschen Kabinetts in der Technik. Wegen ihrer subtilen Licht- und Kontrasteffekte

kommen Farbgrundzeichnungen zudem häufig als Vorlagen für die Glasmalerei zur Anwendung. Solche Fensterentwürfe reichen von monumentalen Kartons bis zu kleinformatigen Scheibenrissen, die durch feine Lavierungen, wie etwa Dirck Vellert sie einsetzt, zu eigenständigen Kunstobjekten werden.

Die Inszenierung des Alltags

Verschiedenste Motive der Alltagswelt werden im 16. Jahrhundert zu bildwürdigen Gegenständen erhoben und erfreuen sich auf dem Kunstmarkt großer Beliebtheit. Der zeitgenössische Künstler und Historiograph Karel van Mander differenziert die Darstellung „aus der Fantasie“ von der Produktion „nach dem Leben“. Er unterscheidet damit Bilder, die vom Künstler aus der Erinnerung zusammengesetzt werden, von solchen, die

unmittelbar im Moment des Sehens entstehen. Scheinbar geben weit ausgearbeitete Kompositionen wie Pieter Bruegels Frühling oder die Prozession der Epileptikerinnen von Molenbeek real erlebte Szenen wieder. Tatsächlich aber kombinieren sie Beobachtetes mit Erfundenem. Andere Werke wie die mit detaillierten Farbnotizen versehenen Studien Roelant Saverys oder die Sitzende Frau mit ihrem Kind von Jacques de Gheyn sind im spontanen Medium der schwarzen Kreide oder Kohle vorskizziert und wohl direkt vor dem lebenden Modell geschaffen.

Auch Handels- und Marktszenen entwickeln sich zu einem eigenen Genre. Neben der Wiedergabe gesehener Realität haben solche Darstellungen häufig einen moralisierenden Gehalt: Sie thematisieren grundsätzliche Fragen des rechten Umgangs mit Geld und Besitz als zentrale Anliegen im bürgerlichen Milieu der Zeit.

Kostüme, Trachten, Uniformen

Kostüme aller Art sind in den Niederlanden ein wichtiges Thema der Zeichnung. Im Rahmen höfischer Feiern oder triumphaler Einzüge von Herrschern und Regentinnen dienen prächtige Gewänder und Attribute der Machtdemonstration.

Die Künstler der Zeit kommen dem Repräsentationswunsch ihrer vornehmen Klientel mit fantasievollen Entwürfen nach. In militärischen Kontexten ist die Darstellung von Uniformen und Prunkwaffen eine wesentliche Bildaufgabe. Quellen dieser Blätter sind häufig die im 16. Jahrhundert weit verbreiteten Trachtenbücher, welche die Mode verschiedener Stände, Regionen und Epochen beschreiben. Und auch für das zeitgenössische Theater sind Kostümstudien eine wichtige Ressource. Die sogenannten Rhetorikerkammern etwa, die sich als informelle Vereinigungen verschiedener Berufsgruppen der Produktion literarischer Texte widmen, veranstalten mehrmals im Jahr Umzüge und Aufführungen. Die reich kostümierten Figuren ihrer allegorischen Inszenierungen basieren auf gezeichneten Modellen und werden wiederum im Medium der Zeichnung dokumentiert. Diesen unterschiedlichen Entstehungszusammenhängen entsprechend reichen die erhaltenen Blätter von schnellen Federskizzen wie Jacob Mathams Mann in fantastischer Tracht bis zu den beeindruckend detaillierten höfischen Kostümen Lucas van Valckenborchs, die auch als eigenständige Kunstwerke bestehen können.

Von Monstern und Mischwesen

Bilder von monströsen Mischwesen erfreuen sich in den Niederlanden das gesamte 16. Jahrhundert hindurch großer Beliebtheit. Ausgehend vom Formenvokabular der mittelalterlichen Buchmalerei sowie der Kathedralplastik macht Hieronymus Bosch die Gattung an der Wende zur Neuzeit populär. Während spontane Skizzenblätter einen Eindruck seines künstlerischen Arbeitsprozesses vermitteln, schafft der in Brabant tätige Meister mit dem sogenannten Baummenschen eine der frühesten autonomen Zeichnungen der niederländischen Kunst. Schnell sind Boschs Werke weit über die Landesgrenzen hinaus geschätzte Sammelobjekte, und er findet bereits zu Lebzeiten eine reiche Rezeption. Viele dieser Diablerien haben einen moralisierenden, oft auch komischen Gehalt und wecken die Lust an der Betrachtung teuflischer Absonderlichkeiten. Neben zahlreichen anonym gebliebenen Meistern greifen Künstler wie Pieter Bruegel oder Jacques de Gheyn auf Boschs Erfindungen zurück und aktualisieren hybride Kreaturen und infernalische Landschaften für ihre eigenen Bildanliegen. Einschlägige Themen wie die Höllenfahrt Christi, das Jüngste Gericht oder die Sieben Todsünden bieten dabei Ge-



© Albertina, Wien

Maarten van Heemskerck, Hiob, vom Satan gepeinigt, Feder in Hell- und Dunkelbraun, über Vorzeichnung in Kohle, auf Papier



© Albertina, Wien

Hendrick Goltzius, Selbstbildnis, um 1593–1595, Schwarze und farbige Kreide, Aquarell, Pinsel in Grau und Weiß, auf Papier

legenheit zu immer neuen Inszenierungen der auf dem Kunstmarkt so gesuchten fantastischen Kompositionen.

Historie und Gegenwart

Der niederländische Unabhängigkeitskampf gegen die habsburgisch-katholische Herrschaft des spanischen Königs Philipp II. ist im 16. Jahrhundert eng mit Glaubensfragen verbunden und auch für die künstlerische Produktion der Zeit von großer Bedeutung. In den städtischen Zentren fassen lutherische oder calvinistische Strömungen Fuß, die gesellschaftspolitische Anliegen mit theologischen Erneuerungsbestrebungen verknüpfen. Spätestens ab 1566 kommt es zwischen den Anhängern des alten und des neuen Glaubens zu offen ausgetragenen Auseinandersetzungen. Die Überzeugung der Reformier-

ten, daß Darstellungen von Christus, Maria und den Heiligen stets die Gefahr der Götzenanbetung in sich bergen, wird zum Anlaß für verheerende Bilderstürme. Unzählige religiöse Kunstwerke in Kirchen und Klöstern des ganzen Landes werden zerstört. Um diese Konflikte bildlich zu thematisieren, ohne dabei der strengen Zensur der spanischen Autoritäten zum Opfer zu fallen, greifen Künstler auf Ereignisse aus Bibel oder Mythologie zurück und setzen sie in Bezug zur eigenen Gegenwart. Durch die Überzeitlichkeit ihrer historischen Inhalte finden diese Werke bei den Anhängern beider Glaubensrichtungen Anklang.

Verschiedene niederländische Meister zeigen zudem ein starkes Interesse an den Formen der Antike und der italienischen Renaissance: Maarten van Heemskerck und

Maerten de Vos reisen nach Rom, Jan van der Straet verbringt einen Großteil seiner Karriere in Florenz.

Federkunststücke und Porträts

Mit den sogenannten Federkunststücken entsteht gegen Ende des 16. Jahrhunderts eine spezifisch niederländische Zeichentechnik, die durch an- und abschwelende Linien, parallel geführte Züge und dichte Kreuzschraffuren das Strichbild des Kupferstichs imitiert. Oftmals auf Pergament ausgeführt, das keinerlei Korrekturen erlaubt, verlangen diese Werke eine vollkommene Kontrolle über die Feder und dienen der Zurschaustellung künstlerischer Virtuosität. Zu den prominentesten Sammlern solcher Blätter gehört Kaiser Rudolf II. Der in Haarlem tätige Hendrick Goltzius und sein Stiefsohn und Schüler Jacob Matham sowie Jacques de Gheyn schaffen auf verschiedenen thematischen Gebieten großformatige Meisterwerke der Zeichnung. In den südlichen Niederlanden hingegen führen Johannes Wierix und sein Kreis das Federkunststück in kleinsten Formaten zu absoluter Vollendung. Die stolzen Künstlerbildnisse der Zeit dokumentieren den Status dieser Meister, die sich mit großem Selbstbewußtsein vom bloßen Handwerkertum abgrenzen und als gelehrte Bürger inszenieren. Auch wenn das Porträt nun nicht mehr ausschließlich den höchsten Gesellschaftsklassen vorbehalten ist, bleibt die Herrschaftsrepräsentation doch eine Kernaufgabe der Bildniskunst.

Die Welt im Blick

In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts etabliert die Landschaftskunst sich als eigenständige Bildgattung. Im Kontext eines zunehmend von Naturbeobachtung geprägten Weltbilds werden weitläufige Bergpanoramen und kleinteilige Dorf- oder Stadtansichten als typisch niederländische Erzeugnisse in ganz Europa beliebt. Reich illustrierte Publikationen beschreiben die geografischen, historischen sowie kulturellen Charakteristika bestimmter Städte und Regionen. Künstler wie Joris Hoefnagel stehen in engem Austausch mit Kosmografen und Verlegern und unternehmen weite Reisen, auf denen sie bildhaft ausgearbeitete Vorlagen für gedruckte Kompendien erstellen. Jan van Stinmolens Panorama von Neapel beeindruckt dagegen mit seinem monumentalen Format sowie der detaillierten Ausführung und bezeugt den eigenständigen Status der Zeichnung in diesen Jahren. Auch Hans Bol und sein Schüler Jacob Savery setzten wich-



© Albertina, Wien

Jacob Savery I., Winterlandschaft bei Amsterdam, um 1600–1603, Feder in Braun, Aquarell, Gouache, auf Papier

tige Impulse auf dem Gebiet der Stadtansicht: Ihre Werke stehen als gesuchte Einzelstücke an der Schwelle zwischen topografischer Exaktheit und ästhetischer Konstruktion. Die im typischen Braun-Blau-Kolorit des Spätmanierismus gehaltenen Landschaften aus dem Kreis um Gillis van Coninxloo sowie von Tobias Verhaecht, Jan Brueghel oder David Vinckboons zeigen idealisierte Gebirgstäler und nahsichtige Waldinterieurs, die mit erzählerischen Staffagefiguren belebt oder jeglicher menschlicher Präsenz entleert sind. Der Wirklichkeit entlehnte Motive werden dabei kunstvoll mit stilisierten Formen verwoben.

Nördlicher Manierismus

Im Jahr 1579 beginnt ein Prozeß der formellen politischen Spaltung, der die Niederlande in einen reformierten Norden und einen spanisch regierten katholischen Süden teilt. Die Rückeroberung des zwischenzeitlich protestantischen Antwerpen durch die spanischen Habsburger bringt in den südlichen Niederlanden eine Phase der Rezession, die mit starkem Bevölkerungsrückgang

und vermehrter Emigration in den Norden einhergeht. Dort schaffen Cornelis Corneliszoon van Haarlem oder der in Utrecht tätige Abraham Bloemaert dynamische Kompositions- und Figurenstudien, die in ihrer italienisierenden Körperlichkeit, den in sich gedrehten Posen und gewagten Verkürzungen einem spätmanieristischen Ideal verpflichtet sind.

Anregungen dazu kommen auch vom Historiographen und Künstler Karel van Mander, der nach Reisen durch ganz Europa seine flandrische Heimat verläßt und sich in Haarlem etabliert. Joachim Antoniszoon Wtewaels Entwürfe für einen Zyklus von Glasfenstern im Rathaus der Stadt Woerden nehmen direkten Bezug auf die politischen Ereignisse der Zeit: Sie schildern auf allegorische Weise den Kampf der personifizierten Niederlande gegen die habsburgische Okkupation. Mit ihren nuancierten Lavierungen, ausgeklügelter Lichtführung und kontrastreichen Hell-Dunkel-Effekten sind Wtewaels Werke herausragende Beispiele der technischen Finesse des nördlichen Manierismus.

Die Albertina

Das Museum ist im Palais Erzherzog Albrecht untergebracht, einer historischen Residenz der Habsburger. Der Name Albertina bezieht sich auf Albert Casimir Herzog von Sachsen-Teschen, Schwiegersohn von Erzherzogin bzw. Kaisergattin Maria Theresia, der die Sammlung 1776 in Preßburg gründete, wo er als Vertreter von Maria Theresia für das Königreich Ungarn residierte. 1792 konnte er einen Großteil der Sammlung aus den Österreichischen Niederlanden, wo er später als Vertreter des österreichischen Monarchen amtierte, nach Wien bringen.

Seit das Museum 2007 die Leihgabe der Privatsammlung Batliner erhielt, wird ein Teil der Ausstellungsfläche nicht mehr für die Präsentation der grafischen Sammlung verwendet, sondern für eine permanente Schau zur klassischen Moderne: „Monet bis Picasso. Die Sammlung Batliner“. Aufbewahrt werden die Sammlungen der Albertina in einem vollautomatischen Hochregallager. ■

<https://www.albertina.at>

[https://de.wikipedia.org/wiki/Albertina_\(Wien\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Albertina_(Wien))

Klimt. Inspired by Van Gogh, Rodin, Matisse ...

Ausstellung im Unteren Belvedere von 3. Februar bis 29. Mai 2023

Welche Werke von Vincent van Gogh hat Gustav Klimt tatsächlich gekannt? Wie vertraut war er mit den Arbeiten von Henri Matisse? Gemeinsam mit dem Van Gogh Museum in Amsterdam folgt das Belvedere den Spuren zurück zu jenen AvantgardenkünstlerInnen, die den Meister der Wiener Moderne nachweislich beeinflussten, und zeigt dabei auch Werke, die aufgrund ihres fragilen Zustands kaum mehr geliehen werden. Mit den 1964 das letzte Mal öffentlich in Österreich gezeigten Wasserschlangen II kehrt eines von Klimts Hauptwerken zurück nach Wien.

Generaldirektorin Stella Rollig: „Wie könnten wir das Belvedere-Jubiläumsjahr 2023 festlicher beginnen als mit einer Ausstellung zu Gustav Klimt? Es versteht sich, daß diese Präsentation aus neuen Erkenntnissen schöpft und mit einer Auswahl prachtvoller Werke besticht, die in Wien noch nie oder seit Jahrzehnten nicht mehr zu sehen waren. Wir sehen aber auch Klimt mit neuen Augen: als einen offenen und innovationsfreudigen Künstler, der andere Kunst studierte, aus seinen Quellen nie ein Geheimnis machte, neuen Strömungen stets neugierig gegenüberstand und deren Anregungen in seine Arbeit einfließen ließ.“

Die umfassende Schau im Unteren Belvedere präsentiert die Einflüsse bedeutender westeuropäischer KünstlerInnen auf das Schaffen von Gustav Klimt. Die ausgewählten Vergleiche von Bildern Klimts mit Kunstwerken, die ihn nachweislich inspiriert haben, ermöglichen spannungsvolle Konfrontationen mit Arbeiten von Margaret Macdonald Mackintosh, Lawrence Alma-Tadema, und Jan Toorop, Claude Monet und Auguste Rodin oder Vincent van Gogh und Henri Matisse. Wie haben sie Klimt inspiriert, wie übersetzte er diese Einflüsse in seine eigene Bildsprache?

„Gustav Klimt wird meist als ein einsames Genie betrachtet, als jemand, dessen Kreativität aus ihm selbst und den Umständen seiner unmittelbaren Umgebung im ‚Wien um 1900‘ entsteht. Unsere Ausstellung zeigt einen ganz anderen Klimt. Schon seine ZeitgenossInnen erkannten, wie offen-

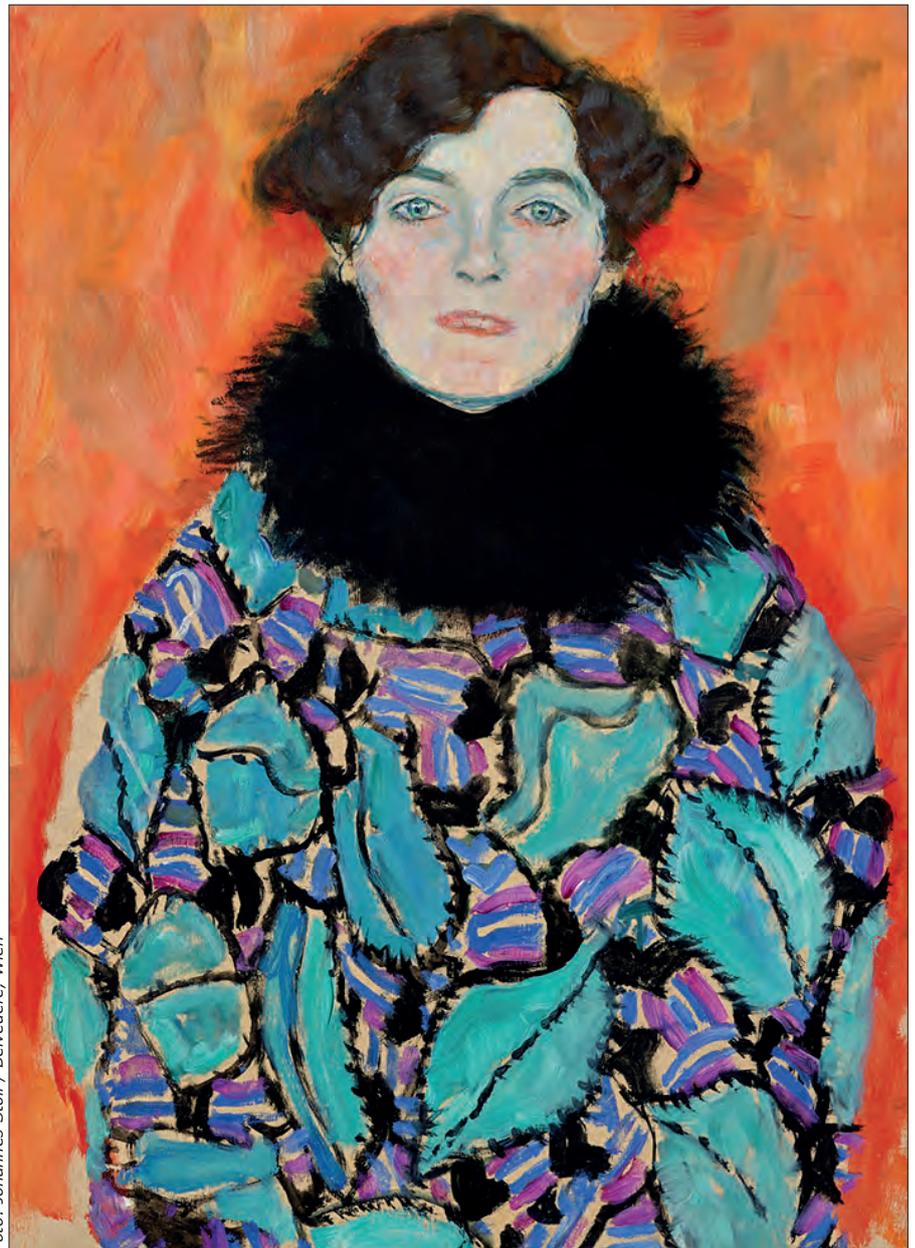


Foto: Johannes Stoll / Belvedere, Wien

Gustav Klimt, Johanna Staude, 1917/1918

sichtlich sein Werk von den modernsten KünstlerInnen seiner Zeit geprägt war, die er in den Ausstellungen der Secession, der Galerie Miethke und anderswo kennenlernte. Wir zeigen in prägnanten Vergleichen, wie Klimt mit treffsicherem Instinkt die künstlerischen Errungenschaften seiner Zeit für seine eigene Entwicklung nutzte“, so Kurator Markus Fellingner.

Grundlage der Ausstellung im Unteren Belvedere ist ein 2015 gestartetes umfangreiches Forschungsprojekt des Belvedere und des Van Gogh Museums, das der Frage nachging, welche Werke internationaler moderner Kunst Klimt tatsächlich kennengelernt haben konnte, ob in Ausstellungen und Sammlungen in Wien, während seiner zahlreichen Auslandsreisen nach München,

© The Art Institute of Chicago, Mr. and Mrs. Martin A. Ryerson Collection



Claude Monet, Arm der Seine bei Giverny im Nebel, 1897

Venedig und Paris oder durch Reproduktionen in Publikationen. Wichtige Ausstellungsorte wie die Secession oder die Galerie Miethke, aber auch weniger bekannte Ein-

richtungen und bedeutende österreichische Privatsammlungen wie jene von Carl Reininghaus oder der Familie Wittgenstein wurden dafür gründlich untersucht. Darüber hin-

aus wurden zeitgenössische Publikationen ausgewertet und Klimts Reisetätigkeit nach Hinweisen auf Ausstellungs- und Galeriebesuche nachverfolgt.

Die gewonnenen Informationen geben der Schau ein festes wissenschaftliches Fundament und erlauben es, ein Bild von der tatsächlichen Präsenz und der Bekanntheit internationaler moderner Kunst in Wien zu erhalten. Die daraus entstandenen Gegenüberstellungen der Werke Klimts und der Arbeiten, die ihn während seines Schaffensprozesses inspirierten, ermöglichen eine neue Erfahrung der künstlerischen Entwicklung des Malers. Sein Stil änderte und entwickelte sich unter den vielfältigen Eindrücken, die er vor allem nach der Gründung der Secession in deren Ausstellungen erhielt, fortwährend weiter und läßt erkennen, wie intensiv er die künstlerischen Strömungen seiner Zeit wahrnahm.

Die Ausstellung zeigt etwa 90 Gemälde, Zeichnungen und Skulpturen von Gustav Klimt und KünstlerInnen seiner Zeit und wurde ermöglicht durch die Kooperation mit Rosaline Wong und HomeArt und mit freundlicher Unterstützung von Uniq.

Klimt und seine Zeit – Begegnungen mit internationaler Kunst

1862

Klimt wird in Baumgarten, einem Vorort von Wien, geboren. Sein Vater ist selbststän-

© Privatsammlung, courtesy of HomeArt



Gustav Klimt, Wasserschlangen II, 1904/1906-07



© Van Gogh Museum, Amsterdam (Vincent van Gogh Foundation)

diger Graveur mit einer kleinen Werkstatt und bescheidenem Einkommen.

1873

Wiener Weltausstellung im Prater, die eine große Kunstausstellung beinhaltet. Claude Monet stellt ein kleines Gemälde aus, das weitgehend ohne Beachtung bleibt.

Daneben weitere große Ausstellungen mit internationaler Kunst im Künstlerhaus und im Österreichischen Kunstverein, wo unter anderen Gustave Courbet seine wichtigsten Werke zeigt.

1874

In Paris findet die erste gemeinsame Ausstellung der später als Impressionisten bezeichneten KünstlerInnengruppe statt.

1876

Klimt beginnt seine Ausbildung an der Wiener Kunstgewerbeschule.

1878

Nach zwei Jahren in der Vorbereitungsschule wird Klimt in Ferdinand Laufbergers Klasse der Spezialschule für Malerei aufgenommen. Gründung einer Arbeitsgemeinschaft mit dem jüngeren Bruder Ernst und dem gemeinsamen Freund Franz Matsch.

Schon als Studenten führen sie zusammen große Aufträge aus. Erste Berichte über Ausstellungen der Impressionisten erscheinen in der Wiener Presse.

1880

Rodin beginnt mit den Entwürfen zu seinem Hauptwerk, dem Höllentor, an dem er bis kurz vor seinem Tod arbeiten wird.

1883

Im Sommer beendet Klimt sein Studium an der Wiener Kunstgewerbeschule und bezieht mit dem Bruder Ernst und Franz Matsch ein Atelier. In München findet eine

Vincent Van Gogh, Blick auf Arles mit Iris im Vordergrund, 1888

große internationale Kunstausstellung statt, und das Wiener Künstlerhaus zeigt Reproduktionen nach Meisterwerken aus ganz Europa. In den Deckenbildern, die Klimt gemeinsam mit seinem Bruder Ernst und Franz Matsch für das Stadttheater in Liberec entwirft, ist erstmals das Vorbild eines westeuropäischen Meisters, Alexandre Cabanel, zu erkennen. Tod von Édouard Manet und Eva Gonzalès in Paris.

1884

Tod von Hans Makart, der dominierenden Künstlerpersönlichkeit Wiens. Georges Seurat entwickelt den Stil des Pointillismus.

1886

Die Deckenbilder der Prunkstiegen des Wiener Burgtheaters sind der erste große Auftrag des Ateliers Brüder Klimt und Franz

Matsch in Wien. Mit ihrer Orientierung an Lawrence Alma-Tadema löst sich die Künstlergruppe vom Vorbild Hans Makarts. Um Paul Gauguin formiert sich die „Schule von Pont-Aven“.

1888

Vermutlich reist Klimt zur großen Internationalen Kunstausstellung in München, wo zahlreiche Hauptwerke James McNeill Whistlers ausgestellt sind. Vincent van Gogh und Paul Gauguin arbeiten neun Wochen lang gemeinsam in Arles. In Paris bildet sich die Künstlergruppe der „Nabis“ um Pierre Bonnard und Édouard Vuillard.

1890

Klimt etabliert sich als Wiens führender Maler. Erste Reise nach Venedig.

Lawrence Alma-Tadema bleibt auch für die Wandbilder im Kunsthistorischen Museum das maßgebliche Vorbild. Daneben lässt sich eine Rezeption von Werken Frederic Leightons feststellen. Vincent van Gogh stirbt in Auvers-sur-Oise.

1892

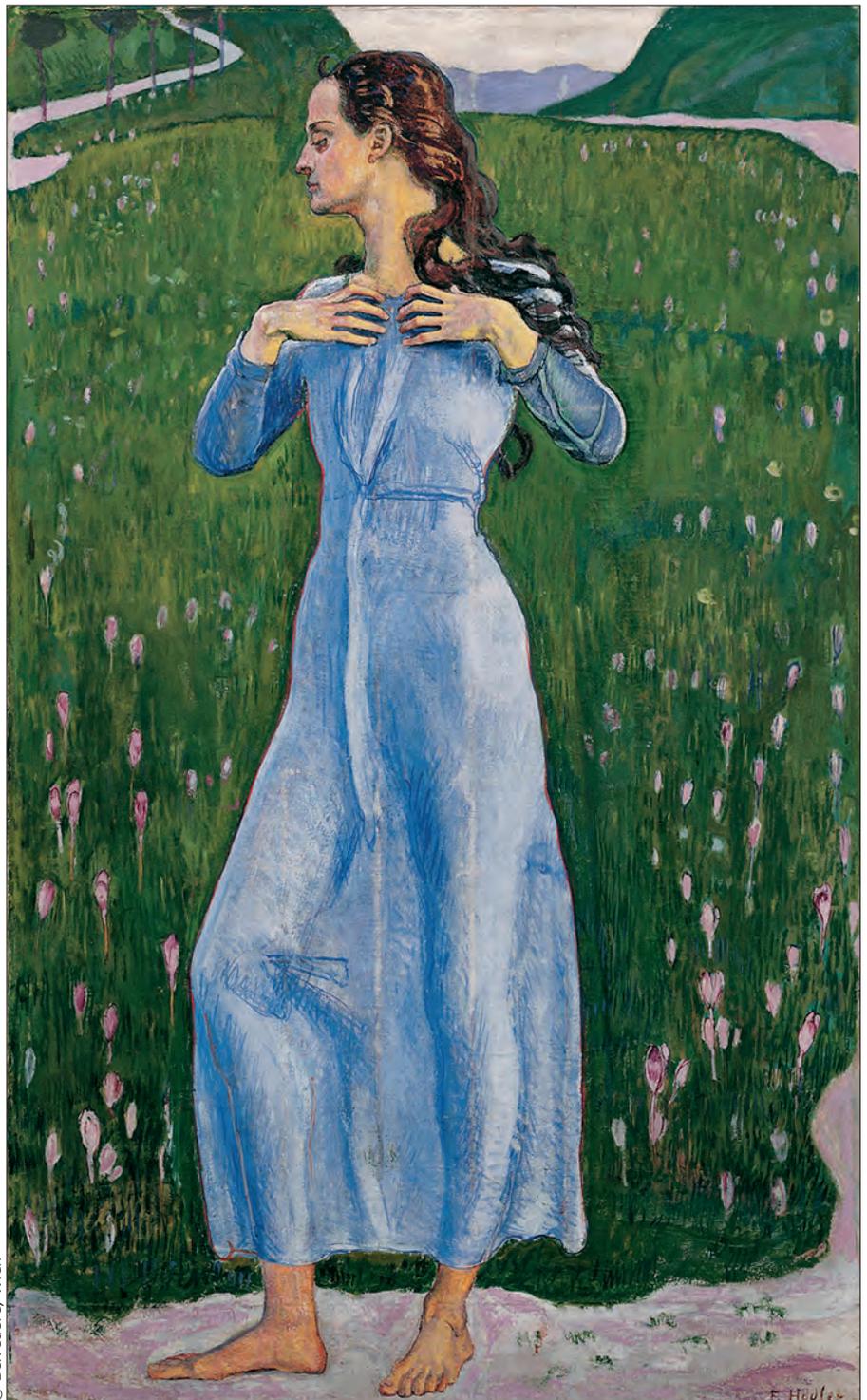
Gründung der Münchener Secession. Eine Ausstellung von Werken ihres Initiators Franz von Stuck im Wiener Künstlerhaus sorgt für Aufsehen. Edvard Munchs erste Ausstellung in Berlin endet mit einem Skandal. Der Tod des Vaters und wenig später des Bruders Ernst stürzt Klimt in eine tiefe Sinnkrise.

1894

Die III. Internationale Kunstausstellung im Wiener Künstlerhaus zeigt kaum moderne Kunst. Bei den jungen KünstlerInnen und der Kritik wächst die Unzufriedenheit mit den konservativen Verhältnissen. Ab Dezember stellt Franz von Stuck mit der Münchener Secession abermals im Wiener Künstlerhaus aus. Klimt wendet sich unter diesem Eindruck von der akademischen Malerei ab. In ersten Werken erscheint ein völlig neues Kolorit nach dem Vorbild Stucks und anderer moderner MalerInnen.

1897

Im April gründen Klimt und eine Gruppe progressiver Künstler die „Vereinigung bildender Künstler Wiens“ und treten in der Folge als „Secession“ aus dem Wiener Künstlerhaus aus. Im Sommer in der Internationalen Ausstellung im Münchner Glaspalast erste Begegnung mit Gemälden Claude Monets.



Ferdinand Hodler, *Ergriffenheit*, 1900

1898

Die erste Ausstellung der Secession sammelt einen Überblick über die aktuelle Kunstentwicklung in Europa mit 131 ausländischen KünstlerInnen. Für Klimt werden vor allem Auguste Rodin und Fernand Khnopff zu neuen Inspirationsquellen.

In der Jubiläumsausstellung des Künstlerhauses sind ab April erstmals seit 1873 in Wien Gemälde Claude Monets ausgestellt. Kurz darauf malt Klimt während seiner

Sommerfrische im Salzkammergut seine ersten Landschaften.

Klimt wird auswärtiges Mitglied der Münchener Secession und der „International Society of Sculptors, Painters and Gravers“ in London.

1899

Die dritte Secessionsausstellung zeigt ab Jänner pointillistische Gemälde Théo Van Rysselberghes. Im Mai besucht Klimt wäh-



© Leopold Museum, Wien

Gustav Klimt, *Ein Morgen am Teiche*, 1899

rend einer längeren Italienreise die Biennale in Venedig, bei der er selbst mit zwei Werken vertreten ist. Er sieht dort unter anderem Werke von James McNeill Whistler, Claude Monet, Ferdinand Hodler und Margaret Macdonald Mackintosh, die für seine weitere Entwicklung von großer Bedeutung sein werden. Giovanni Segantini stirbt in Pontresina.

1900

Beginn der medialen Streitigkeiten um Klimts Fakultätsbilder. Klimt nimmt mit *Die Philosophie*, *Sonja Knips* und *Pallas Athene*

an der Pariser Weltausstellung teil und gewinnt eine Goldmedaille. Eine geplante Reise dorthin tritt er nicht an. Die siebte Ausstellung der Secession bringt Werke von Paul Signac, Fernand Khnopff und Jan Toorop nach Wien, die achte Ausstellung unter anderem Arbeiten von George Minne und der Gruppe „Glasgow Four“ um das Ehepaar Macdonald Mackintosh.

1901

Die neunte Secessionsausstellung zeigt vor allem Giovanni Segantini und Auguste Rodin. Im Herbst malt Klimt den Beethovenfries, der aber erst 1902 gezeigt wird. Ab Dezember bringt die zwölfte Secessionsaus-

stellung Werke von Jan Toorop, Edvard Munch, Akseli Gallen-Kallela und Ferdinand Hodler nach Wien. Tod von Henri de Toulouse-Lautrec.

1902

Von April bis Juni findet die Beethovenausstellung der Wiener Secession mit Klimts Beethovenfries statt. Während der Ausstellung Begegnung Klimts und Auguste Rodins in Wien.

1903

Anfang des Jahres zeigt die Secession eine umfangreiche Ausstellung zum Impressionismus mit Hauptwerken aller wichtigen

Kultur

VertreterInnen bis hin zu Post- und Neoimpressionismus. Namen wie Paul Gauguin, Paul Cézanne, Édouard Vuillard und Pierre Bonnard erscheinen im Zuge der Ausstellung erstmals in österreichischen Zeitungen. Im Mai Gründung der Wiener Werkstätte. Im November eröffnet Klimts erste große Einzelausstellung in der Secession. Reise durch Norditalien mit Aufenthalten in Venedig, Ravenna und anderen Städten. James McNeill Whistler stirbt in London, Paul Gauguin in Französisch-Polynesien.

1904

Die 19. Ausstellung der Secession zeigt vor allem Werke von Ferdinand Hodler, Cuno Amiet, Akseli Gallen-Kallela und Edvard Munch.

1905

Im Jänner Aubrey-Beardsley-Ausstellung in der Galerie Miethke. Im Mai reist Klimt nach Berlin zur zweiten Ausstellung des deutschen Künstlerbundes, wo er einen eigenen Saal bekommt und den Villa-Romana-Preis erhält. Zeitgleich findet in Berlin im Kunstsalon Cassirer eine Van-Gogh-Ausstellung statt. Carl Moll wird künstlerischer Leiter der Galerie Miethke. Interne Streitigkeiten über diesen Vorgang führen zum Austritt Klimts und seiner Anhänger aus der Secession. Moll macht die Galerie Miethke zur ersten Adresse für moderne internationale Kunst in Wien. Henri Matisse, André Derain und Maurice de Vlaminck entwickeln den Fauvismus. In Dresden formiert sich die Künstlergruppe „Die Brücke“.

1906

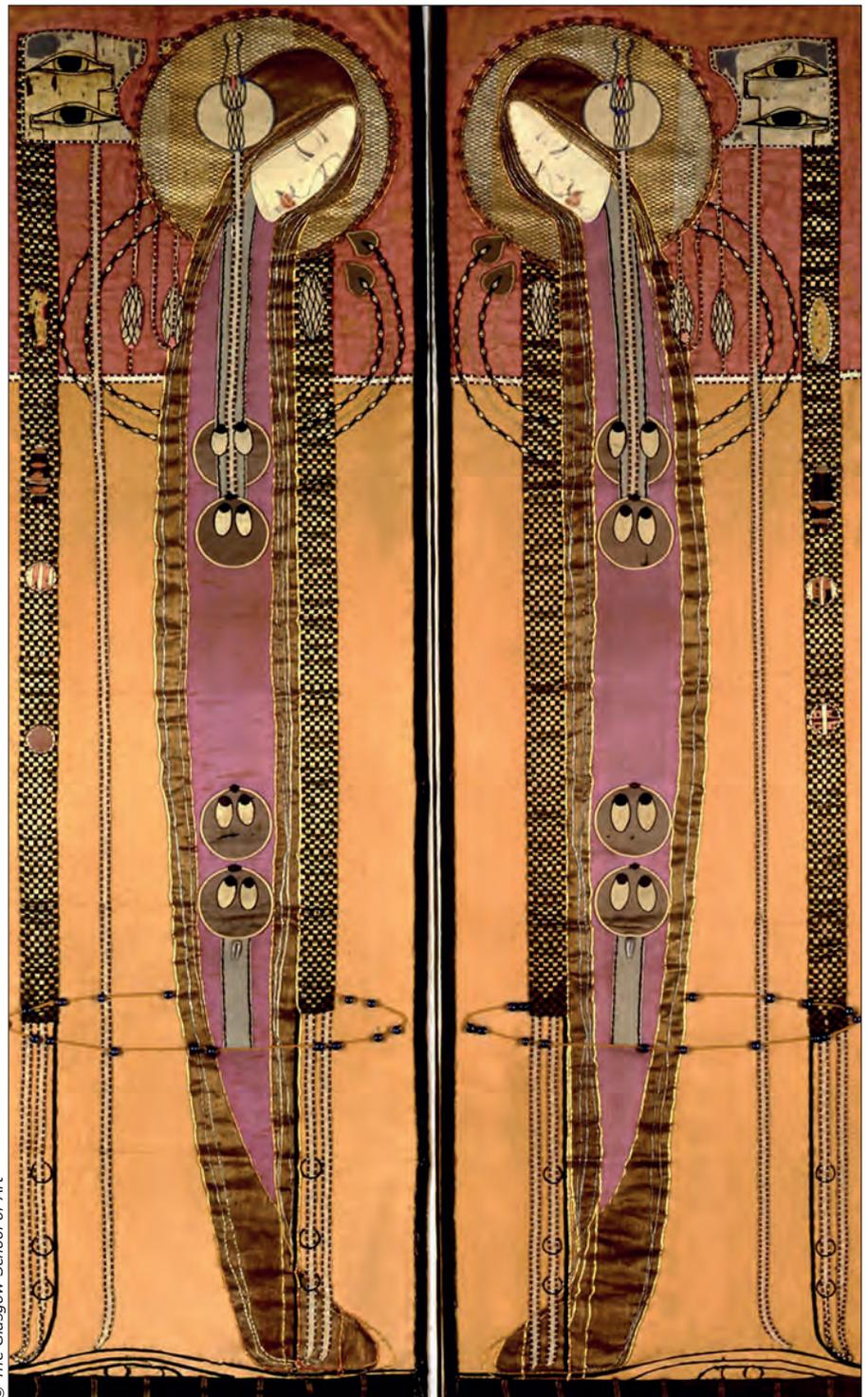
Im Jänner große Van-Gogh-Ausstellung in der Galerie Miethke. Klimt reist nach London, Brüssel, Berlin und Dresden. Paul Cézanne stirbt Aix-en-Provence.

1907

Klimt vollendet das Porträt Adele Bloch-Bauer I („Goldene Adele“), Pablo Picasso sein frühes Hauptwerk Les Femmes d'Alger (O. J. 1907). Im März und April große Gauguin-Ausstellung in der Galerie Miethke, die zusätzlich Werke von Paul Cézanne, Georges Seurat, Henri Matisse und weiteren modernen französischen KünstlerInnen zeigt. Im November reist Klimt nach Berlin.

1908

Klimt und sein Freundeskreis, die sogenannte „Klimt-Gruppe“, organisieren die Wiener Kunstschau. Auguste Rodin stellt im



© The Glasgow School of Art

Margaret Macdonald Mackintosh, *Bestickte Tafeln*, um 1902-04

Wiener Kunstsalon Heller 80 Zeichnungen aus.

1909

In der Internationalen Kunstschau sammelt die „Klimt-Gruppe“ abermals die modernsten Strömungen der europäischen Kunst, unter anderem Werke von Vincent van Gogh und Henri Matisse. Von Mitte Oktober bis Anfang November reist Klimt mit Carl Moll nach Paris, Madrid und Toledo. Er

besucht den Salon d'Automne, wo Werke von Matisse ausgestellt sind, und zahlreiche öffentliche und private Sammlungen, in denen er Édouard Manet und Paul Cézanne bewundert. Von Mitte Oktober bis Ende November Toulouse-Lautrec-Ausstellung in der Galerie Miethke.

Matisse veröffentlicht in der Zeitschrift Kunst und Künstler seine „Notizen eines Malers“. Diese neuen Erfahrungen bewirken bei Klimt den Abschluß der Goldenen Perio-

Kultur

de und einen drastischen Stilwandel zum expressiveren Spätwerk.

1910

Ausstellung zu Édouard Manet und Claude Monet in der Galerie Miethke. Teilnahme Klimts an der neunten Biennale in Venedig mit einem eigenen Saal. In Italien formiert sich die Gruppe der „Futuristen“.

1911

Im März Reise zur Internationalen Kunstschau in Rom, wo Klimt in einem eigenen Saal ausstellt. Im Herbst Umzug in sein letztes Atelier in Wien-Hietzing. Ende des Jahres publiziert Wassily Kandinsky sein Manifest „Über das Geistige in der Kunst“.

1912

Klimt vollendet den Mosaikfries für das Palais Stoclet in Brüssel. Er malt Adele Bloch-Bauer II und Paula Zuckerkandl, die ersten Porträts im Stil des Spätwerks.

Beide sind maßgeblich von chinesischem Kunsthandwerk inspiriert. In Paris zeigt František Kupka als erster Maler ungegenständliche Gemälde in einer öffentlichen Ausstellung.

1913

Anfang des Jahres Ausstellung Die neue Kunst in der Galerie Miethke mit Werken von Vincent van Gogh, Paul Cézanne, Paul Signac sowie einer neuen KünstlerInnengeneration, zu der Pablo Picasso, André Derain und Kees van Dongen zählen.

1914

Von Februar bis März Picasso-Ausstellung und von März bis April Derain-Ausstellung in der Galerie Miethke. Im Mai reist Klimt nach Brüssel, wo er im Musée du Congo traditionelle afrikanische Kunst bewundert. Ausbruch des Ersten Weltkriegs während Klimts Sommerfrische am Attersee. Der künstlerische Austausch mit Westeuropa kommt weitgehend zum Erliegen.

1917

Klimt nimmt an Ausstellungen in Nürnberg, Stockholm und Kopenhagen teil. Er beginnt mit der Arbeit an seinem letzten Hauptwerk Die Braut, das unvollendet bleiben wird. Edgar Degas stirbt in Paris.

1918

Klimt erleidet am Morgen des 11. Jänner einen Schlaganfall. Noch im Spital erkrankt er schwer an einer Lungenentzündung, er stirbt am 6. Februar. ■

Katalog zur Ausstellung

Klimt. Inspired by Van Gogh, Rodin, Matisse

HerausgeberInnen: Stella Rollig, Markus Fellingner (Belvedere), Emilie E. S. Gordenker, Edwin Becker (Van Gogh Museum)
AutorInnen: Stephanie Auer, Edwin Becker, Marian Bisanz-Prakken, Markus Fellingner, Lisa Smit, Renske Suijver
Grafikdesign: Joseph Plateau, Amsterdam
Hirmer Verlag GmbH
 Seitenanzahl: 240 Seiten, 250 Abbildungen
 Format: 23 × 29,8 cm Klappenbroschur

Deutsche, englische und holländische Ausgabe Verkaufspreis: € 32,90
 ISBN Museumsauflage:
 ISBN 978-3-903327-32-0

Während der Ausstellungslaufzeit ist das Untere Belvedere täglich bereits ab 9 bis 18 Uhr geöffnet. Für den Besuch werden Time-Slot-Tickets benötigt. Wer sich Tickets online sichert, spart bis zu 15 %. Ticketpreise finden Sie – neben vielen anderen Informationen unter
<https://www.belvedere.at/>

30 KünstlerInnen

- Alma-Tadema, Lawrence
(1836 Dronrijp – 1912 Wiesbaden)
- Aman-Jean, Edmond
(1858 Chevry-Cossigny – 1936 Paris)
- Amiet, Cuno
(1868 Solothurn – 1961 Oschwand)
- Beardsley, Aubrey
(1872 Brighton – 1898 Menton)
- Bonnard, Pierre
(1867 Fontenay-aux-Roses – 1947 Le Cannet)
- Cézanne, Paul
(1839 Aix-en-Provence – 1906 Aix-en-Provence)
- de Toulouse-Lautrec, Henri
(1864 Albi – 1901 Château Malromé [Gironde])
- Derain, André
(1917 Zürich – 1994 Wien)
- Hodler, Ferdinand
(1853 Bern – 1918 Genf)
- Khnopff, Fernand
(1858 Grembergen-lez-Termonde – 1921 Brüssel)
- Klimt, Gustav
(1867 Wien – 1931 Wien)
- Klinger, Max
(1857 Leipzig – 1920 Großjena)
- Macdonald Mackintosh, Margaret
(1864 Tipton – 1933 London)
- Makart, Hans
(1840 Salzburg – 1884 Wien)
- Manet, Édouard
(1832 Paris – 1883 Paris)
- Matisse, Henri
(1869 Le Cateau-Cambrésis – 1954 Cimiez)
- McNeill Whistler, James Abbott
(1834 Massachusetts – 1903 London)
- Minne, George
(1866 Gent – 1941 Laethem-Saint-Martin)
- Monet, Claude
(1840 Paris – 1926 Giverny)
- Munch, Edvard
(1863 Løten – 1944 Skoten bei Oslo)
- Rodin, Auguste
(1840 Paris – 1917 Meudon)
- Schneider, Sascha
(1870 St. Petersburg – 1927 Swinemünde)
- Segantini, Giovanni
(1858 Arco – 1899 Schafberg)
- Seurat, Georges
(1859 Paris – 1891 Paris)
- Singer Sargent, John
(1856 Florenz – 1925 London)
- Toorop, Jan
(1858 Purworejo [Java] – 1928 Den Haag)
- van Dongen, Kees
(1877 Delfshaven - 1968 Monte Carlo)
- van Gogh, Vincent
(1853 Groot-Zundert – 1890 Auvers-sur-Oise)
- Van Rysselberghe, Théo
(1862 Gent – 1926 Saint-Clair)
- von Stuck, Franz
(1863 Tettenweis – 1928 München)

»Kiki Kogelnik: Now Is the Time«

Die Ausstellung ist bis 25. Juni 2023 im Ausstellungshaus auf der Wiener Freyung zu sehen. Einmal mehr wird das Bank Austria Kunstforum Wien zur internationalen Bühne für eine künstlerische Pionierin.

Kiki Kogelnik (1935–1997) ist eine der bedeutendsten in Österreich geborenen Künstlerinnen des 20. Jahrhunderts. Sie gilt heute als die einzige österreichische Protagonistin der Pop-Art, ihre Kunst geht jedoch weit über diese Kategorisierung hinaus. Ihr spielerisches, farbenfrohes und hochpolitisches Werk reicht von Malerei, Zeichnung, Keramik und Installation bis hin zu performativen Praktiken und weist in seinen Themenstellungen eine erstaunliche Aktualität auf. „Kiki Kogelnik: Now Is the Time“ – der Titel bezieht sich auf das gleichnamige Gemälde aus dem Jahr 1972 – ist mit circa 180 Werken die bis dato größte Retrospektive zum Werk von Kogelnik. In sieben thematischen Kapiteln beleuchtet die Ausstellung verschiedene Aspekte ihres künstlerischen Schaffens und will dabei herausstellen, warum dieses heute so relevant erscheint wie nie zuvor.

Nach ihrem Studium an der Akademie für angewandte Kunst und der Akademie der bildenden Künste in den 1950er-Jahren in Wien, gehört Kogelnik zur jungen St. Stephan Gruppe. Extensive Reisen durch Europa und eine Liebesbeziehung mit dem US-amerikanischen Künstler Sam Francis bewegen die Künstlerin 1962 nach New York, die neue Welthauptstadt der Kunst, zu ziehen, wo sie Bekanntschaft mit der Pop-Art-Szene um Andy Warhol macht und Kontakte und Freundschaften zu Künstlerinnen und Künstlern wie Roy Liechtenstein, Claes Oldenburg, Niki de Saint Phalle und Carolee Schneemann pflegt. Fortan lebt und arbeitet Kogelnik auf beiden Seiten des Atlantiks: in New York, Wien und Bleiburg.

Bunt, humorvoll und kritisch

Die Ausstellung setzt mit den abstrakten, lebensbejahenden Bildern, die Kogelnik 1961 in ihrer ersten Einzelausstellung in der Galerie St. Stephan präsentiert, ein. „Selten ging es jedenfalls so heiter an den Wänden der Galerie St. Stephan zu,“ heißt es dazu in der Tageszeitung „Die Presse“ im Oktober 1961. Der Hauptraum widmet sich der Zeit



© Kiki Kogelnik Foundation. All rights reserved

*Kiki Kogelnik working on one of her Bomb sculptures in her studio in New York, 1965
glasierte Keramik; Photographer: John Pratt*

ab 1962, als Kogelnik sich in New York niederläßt und dort unter dem Eindruck einer völlig neuen Formen- und Warenwelt ein malerisches und skulpturales Werk entwickelt, das Ende der 1960er-Jahre in den berühmten „Hangings“ – Körperumrisse aus Vinyl, die sie auf Kleiderhaken hängt – mündet. Weltraumfahrt, Roboter und die Beziehung Mensch/Maschine sind weitere wichtige Themen dieses Jahrzehnts und werden in einem eigenen Raum thematisiert: Kogelnik ortet diese Schwingungen und macht sich daran, Vor- wie Nachteile von neuer Technologie und Diagnostik in ihrem Werk zu analysieren. Früh findet sie zu der Erkenntnis, daß die Technik nur einem mündigen Menschen wirklich gute Dienste leistet.

In den 1970er-Jahren schlägt Kogelnik in ihren „Frauenbildern“ einen feministisch-kämpferischen Ton an, wenn sie beispiels-

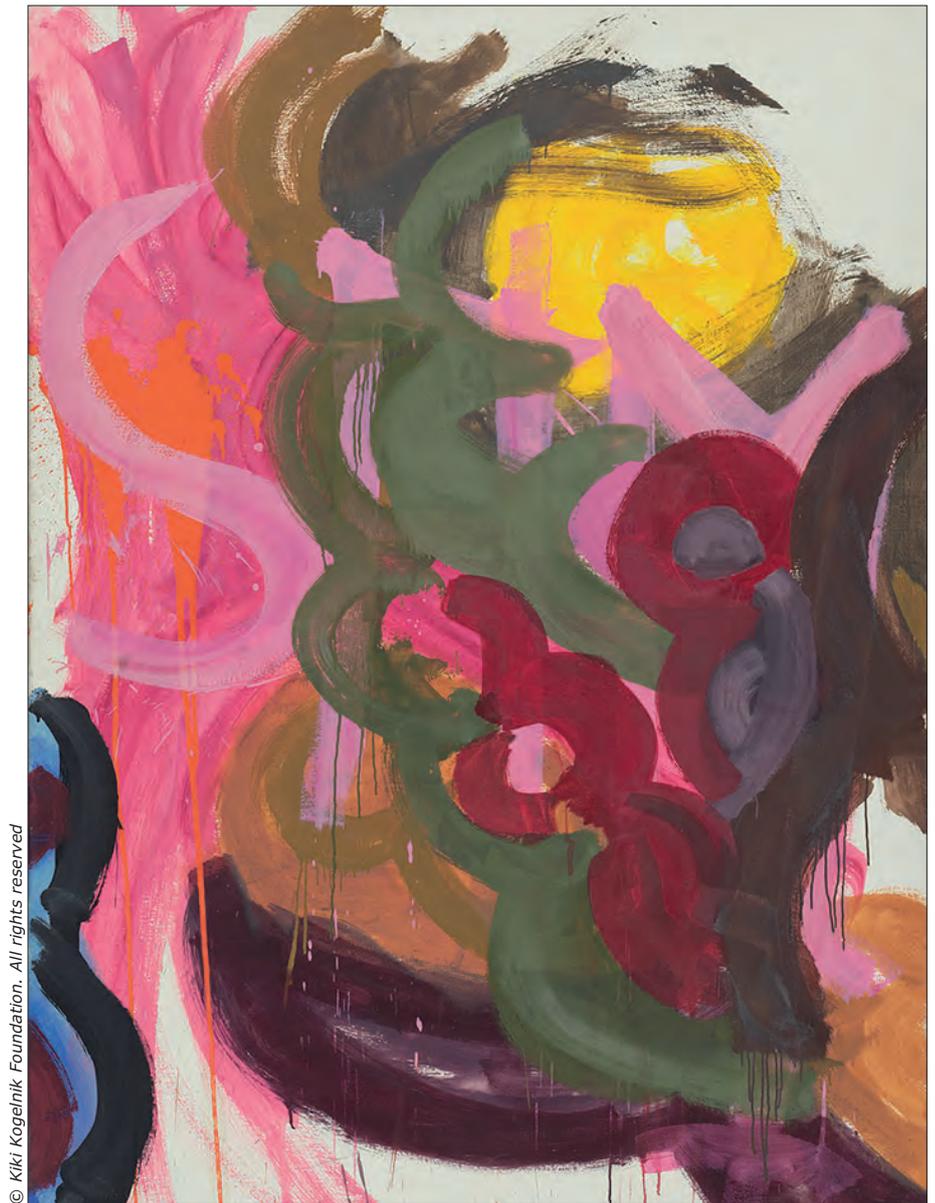
weise die eindimensionalen Rollen, welche die Gesellschaft „der Frau“ zuweist, zum Thema macht. Ihre eigene Identität als Künstlerin, Mutter und Frau benutzt Kogelnik wie eine Schablone, um allgemeine Aussagen zum Zustand der patriarchalen Gesellschaft zu tätigen.

Ihr stets neugieriger und experimenteller Umgang mit künstlerischem Arbeitsmaterial führt sie Mitte der 1970er-Jahre zur Beschäftigung mit Keramik und später dann, in den 1990er-Jahren, mit Glas. „Kunst kommt von künstlich“ konstatiert Kogelnik 1967, dies trifft vor allem auch auf die in den 1980er-Jahren auftretende Tier-Motivik zu. Tiere wie auch menschliche Figuren begreift Kogelnik als „Einwohner einer künstlichen Welt – meiner Welt“, die sie mittels ihrer Kunst erschafft und stets zu erweitern versucht. Das Selbstporträt und die Maske, das

komplexe und sich gegenseitig bedingende Verhältnis von Leben und Tod sowie ein Kunstbegriff, der Kunst und Leben verschränkt und Denkanstöße für alle liefert, bleiben durchwegs ein Anliegen und ziehen sich durch Kogelniks gesamtes künstlerisches Schaffen.

Ein Seismograf aus der Zukunft

Warum ist das Werk von Kiki Kogelnik heute derart relevant? Das wohl stärkste Argument hierfür ist die Aktualität und visionäre Vorwegnahme von Themen. „Now Is the Time“: Die Zeit ist reif für die systematische Betrachtung eines Gesamtwerts, das sich mit den Errungenschaften und Auswüchsen der Konsumgesellschaft, dem Nutzen und den Problemen von technischem Fortschritt, Medizin und Diagnostik sowie, immer und immer wieder, mit dem weiblichem Körper als Untersuchungsgegenstand auseinandersetzt – Jahrzehnte vor den heute omnipräsenten Diskursen zu Geschlechtergerechtigkeit und sexueller Identität, medizinischer Ethik, Produktionsbedingungen, Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Wie ein Seismograf aus der Zukunft ortet Kogelnik früh diese Schwingungen und Diskurse und macht sie in ihrer Kunst zum Thema. „...she undoubtedly is the girl of the future“ heißt es 1966 in der Modefachzeitschrift „WWD – Women’s Wear Daily“. Die Ausstellung möchte die Aufmerksamkeit dabei jedoch weniger auf Kogelnik als Person als mehr auf ihr künstlerisches Werk richten, das feministisches Anliegen mit Technik-Interesse und -Skepsis amalgamiert und formal opulent und einprägsam ist.



© Kiki Kogelnik Foundation. All rights reserved



© Kiki Kogelnik Foundation. All rights reserved

oben: Kiki Kogelnik / *Lost My Chewing Gum*, 1960, Öl auf Leinwand; Kiki Kogelnik Foundation (unten leicht angeschnitten...)

links: Kiki Kogelnik, *Self-Portrait*, 1964, Öl und Acryl auf Leinwand; Sammlung Mono Schwarz Kogelnik

Nächster Halt: Zürich und Odense

Die Ausstellung entstand in enger Kooperation mit der Kiki Kogelnik Foundation – sofern nicht anders angegeben, stammen die gezeigten Werke aus dem Besitz der Foundation – und wurde gemeinsam mit dem Kunstmuseum Brandts (Odense/Dänemark) und dem Kunsthaus Zürich (Schweiz) organisiert, wo sie anschließend auch zu sehen sein wird. Das Bank Austria Kunstforum Wien wird mit diesem Ausstellungsprojekt einmal mehr seinem Ruf gerecht, künstlerischen Pionierinnen eine internationale Bühne zu bieten.

<https://www.kunstforumwien.at/>

Gebrauchsanleitung im Aktionismusgeschmack

Von 2. März bis 22. April präsentieren private Sammler auf 800 m² in der Wiener Weihburggasse 26 Werke des österreichischen Künstlers Franz West – Der deutsch-amerikanische Galerist und West-Sammler David Zwirner eröffnete zeitgleich zwei Verkaufsausstellungen in New York und Paris.



© Archiv Franz West @ Estate Franz West / Foto: Sandro E. E. Zanzinger

Vier Sammler haben Franz West mit unterschiedlichen Schwerpunkten gesammelt und präsentieren diese Werke nun gemeinsam in Wien.

Die Kunstsammler Reza Akhavan, Heinz Neumann, Gernot Schauer und Philipp Konzett haben sich in einer Spontanreaktion dazu entschlossen, leerstehende Räumlichkeiten in der Weihburggasse 26 für die umfassendste Franz West-Schau seit dessen Tod 2012 zu bespielen.

Von 2. März bis 22. April können Kunstinteressierte 400 Werke Franz Wests bestaunen, die seine gesamte Schaffensperiode (1970-2012) umfassen und zum Großteil erstmals öffentlich ausgestellt werden.

Die vier Sammler haben Franz West mit unterschiedlichen Schwerpunkten gesammelt. Philipp Konzett: „Deswegen ergibt die Zusammenführung unserer Sammlungen den umfangreichsten und in dieser Form einzigartigen Blick auf das gesamte Schaffen

von Franz West.“ Die Werke stehen nicht zum Verkauf.

Durch Uneinigkeiten in der Nachlassverwaltung des Künstlers Franz West gibt es seit Jahren keine entsprechende zentrale Anlaufstelle für Museen von West-Werken. Folglich unterliegen die ausgestellten Werke von Franz West einer gewissen Redundanz. Das ist einer der Gründe, warum sich das private Sammlerkollektiv dazu entschlossen hat, in kürzester Zeit die 400 Werke umfassende private Ausstellung zu organisieren. Ein Katalog zur Ausstellung wurde in Zusammenarbeit mit der Franz-West Privatstiftung in Vorbereitung. „Franz West zählt weltweit zu einem der bedeutendsten Künstler des 20. Jahrhunderts. Diesem Umstand wollen wir Referenz erweisen“, so Konzett abschließend.

New York

Der deutsch-amerikanische Galerist und West-Sammler David Zwirner eröffnete zwei Verkaufsausstellungen in New York und Paris. In der Galerie in der 533 West 19th Street in New York ist bis 13. April 2023 Eholalia, eine große Installation von Franz West aus dem Jahr 2010 zu sehen. Die Installation führt mehrere Untersuchungsstränge zusammen, die sich durch Wests jahrzehntelange Karriere ziehen, und integriert den Betrachter in eine immersive, totale Umgebung. Eholalia wurde seit mehr als zehn Jahren nicht mehr öffentlich ausgestellt und stellt die Apotheose von Wests Engagement für die Skulptur als sozialen Raum dar.

West, der in den frühen 1970er Jahren in Wien auftauchte, entwickelte eine einzigarti-

© Archiv Franz West, © Estate Franz West, Courtesy Archiv Franz West, Estate Franz West, and David Zwirner



Franz West in seinem Atelier in Wien, 1995

ge Ästhetik, die sich gleichermaßen auf hohe und niedrige Bezugspunkte bezieht und oft die soziale Interaktion als wesentliche Komponente seiner Arbeit hervorhebt. Durch die

spielerische Manipulation alltäglicher Materialien und Bilder mit neuartigen Mitteln schuf er Objekte, die dazu dienen, Kunst als soziale Erfahrung neu zu definieren und die

Aufmerksamkeit auf die Art und Weise zu lenken, wie Kunst der Öffentlichkeit präsentiert wird und wie Betrachter mit Kunstwerken und untereinander interagieren.

Echolalia wurde nur zwei Jahre vor dem Tod des Künstlers fertiggestellt und besteht aus sieben farbenfrohen, überlebensgroßen Skulpturen, die leicht aus dem Gleichgewicht zu geraten scheinen und von zwei gepolsterten Diwanen und einem Sessel durchsetzt sind. Der Titel des Werks – der sich auf die Wiederholung von Wörtern und Lauten bezieht, die kleine Kinder beim Sprechenlernen machen – wurde vom Sohn des Künstlers inspiriert, der zum Zeitpunkt der Entstehung drei Jahre alt war und den überdimensionalen Werken seines Vaters seine eigene, unverwechselbare Perspektive verlieh und gleichzeitig auf die spielerisch-abstrakte Sprache von Wests mehrteiligen Skulpturen hinwies.

Paris

Eine zu New York parallele Ausstellung, die einen Überblick über Wests Karriere von den 1970er- bis zu den frühen 2000er Jahren gibt, ist vom 2. März bis zum 13. April 2023 in der Pariser Niederlassung der Galerie zu sehen. Zusammen markieren diese Ausstellungen die zehnte Präsentation von Werken des Künstlers bei David Zwirner seit 1993, als seine Einzelausstellung Investigations of American Art das Programm der Galerie eröffnete.

© David Zwirner, New York. Courtesy of David Zwirner



Echolalia wurde nur zwei Jahre vor dem Tod des Künstlers fertiggestellt und besteht aus sieben farbenfrohen, überlebensgroßen Skulpturen, die leicht aus dem Gleichgewicht zu geraten scheinen ...

© David Zwirner, New York. Courtesy of David Zwirner



Eine bedeutende und selten gezeigte Gruppe der frühen Paßstücke des Künstlers eröffnete die Ausstellung in Paris.

West entwickelte eine einzigartige Ästhetik, die sich gleichermaßen auf hohe und niedrige Bezugspunkte bezieht und oft die soziale Interaktion als wesentliche Komponente seiner Arbeit hervorhebt. Durch den spielerischen Umgang mit alltäglichen Materialien und Bildern schuf er Objekte, die dazu dienen, Kunst als soziale Erfahrung neu zu definieren und die Aufmerksamkeit auf die Art und Weise zu lenken, wie sie der Öffentlichkeit präsentiert wird und wie Betrachter mit Kunstwerken und untereinander interagieren.

Eine bedeutende und selten gezeigte Gruppe der frühen Paßstücke des Künstlers eröffnete die Ausstellung in Paris. Diese grob behauenen, abstrahierten skulpturalen Formen sind dazu bestimmt, vom Betrachter auf eine von ihm gewählte Art und Weise angefaßt zu werden, wodurch die Werke an ihr eigenes physisches Wesen und ihren Kontext „angepaßt“ werden. Viele der Formen erinnern an alltägliche Gegenstände und erlauben dem Betrachter, lose Assoziationen zu wecken, während er die Objekte in einer autonomen und unkonditionierten Weise handhabt. Außerdem wird eine Gruppe von Wests frühen Zeichnungen zu sehen sein, die die respektlose Ästhetik und den Humor seiner Skulpturen teilen. In diesen Kompositionen aus den 1970er-Jahren stellt West Figuren in rätselhaften Szenen dar. In Übereinstimmung mit seinen späteren Collagen und Skulpturen vermitteln seine figurativen Zeichnungen aus dieser Zeit eine Stimmung des komischen Unbehagens durch die widersprüchlichen Beziehungen zwischen Menschen, Objekten

und ihrer Umgebung. Auch eine Gruppe von Wests Namensbildern – bemalte Pappmaché-Formen, die mit den Namen von Personen beschriftet sind, mit denen West zu tun hatte – ist ein Beispiel dafür.

Zur Person Franz West

Franz West gilt in Kunstkreisen als legitimer Nachfolger der Wiener Aktivisten. Er entwickelte in den 1970er-Jahren eine eigene Position mit seinen Objekten und Skulpturen. Seine „Paßstücke“ stehen für eine Entwicklung, die die strikte Trennung von Kunst-Objekt und Betrachter/Nutzbarkeit aufhebt. Franz West zählt neben den Wiener Aktivisten zu den international bedeutendsten und erfolgreichsten österreichischen Künstlern der letzten Jahrzehnte.

Am 16. Februar 1947 in Wien geboren, studierte er von 1977 bis 1982 an der Akademie der bildenden Künste in Wien. In den 1970er-Jahren begann er, seine Werke in Österreich und Deutschland auszustellen, und erlangte in den 1980er-Jahren europaweite Anerkennung mit bedeutenden Ausstellungen, u. a. im Kunsthaus Zürich (1985), in der Neuen Galerie am Landesmuseum Joanneum, Graz (1986), in der Wiener Secession, Wien (1986), bei den Skulpturprojekten Münster (1987), in der Kunsthalle Bern (1988), im Portikus, Frankfurt (1988), im Museum Haus Lange, Krefeld (1989) und im Institute for Contemporary Art, P.S.1, Long Island City, New York (1989).

Die 1990er-Jahre brachten eine breite internationale Anerkennung, und das Werk

des Künstlers wurde in zahlreichen renommierten Ausstellungsorten weltweit präsentiert, darunter der österreichische Pavillon der 44. Biennale von Venedig (1990), die documenta IX, Kassel (1992), das Museum of Contemporary Art, Los Angeles (1994), das Dia Center for the Arts, New York (1994), das Carnegie Museum of Art, Pittsburgh (Carnegie International, 1995), die Villa Arson, Nizza (1995-1996) und das Städtische Museum Abteiberg, Mönchengladbach (1996). Eine große Retrospektive (Franz West. Proforma) wurde 1996 vom Museum moderner Kunst Stiftung Ludwig, Wien, organisiert (sie ging an die Kunsthalle Basel und das Rijksmuseum Kröller-Müller, Otterlo); Einzelausstellungen fanden statt im Kunstverein Hamburg (1996); FRAC Champagne-Ardenne, Reims (1997); The Museum of Modern Art, New York (1997); Fundação de Serralves, Porto (1997). West nahm an der documenta X, Kassel (1997), teil, und das Rooseum, Zentrum für zeitgenössische Kunst, Malmö, zeigte 1999 eine Einzelausstellung seiner Werke.

West's Arbeiten wurden in der Renaissance Society, Chicago (2000), in der Skulptur im Schloßpark Ambras, Innsbruck (2000) und im Museum für Neue Kunst ausgestellt.

Franz West war mit der Künstlerin Tamuna Sirbiladze verheiratet. Er verstarb am 25. Juli 2012 in Wien und erhielt ein Ehrengrab der Stadt Wien auf dem Zentralfriedhof. ■

<http://artkonzett.com/>

<https://www.davidzwirner.com/>

[https://de.wikipedia.org/wiki/Franz_West_\(K%C3%BCnstler\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Franz_West_(K%C3%BCnstler))

Der Japanische Garten im Schloßpark Schönbrunn

Das Video von Michael Mössmer über den einzigen der rund 500 japanischen Gärten weltweit, der ohne japanische Hilfe und nur von Österreichern umgesetzt wurde, ist neben deutsch in drei weiteren Sprachversionen auf YouTube verfügbar.

Der Japanische Garten befindet sich in der Nähe des Eingangs zum Tiergarten Schönbrunn. Er wurde im Jahr 1913 von österreichischen Gartenbauspezialisten angelegt. Es gibt auch andere in Wien: den Takasaki-Garten in Oberlaa, den Setagaya Park in Döbling, den Tora-San-Park in Donaustadt und den Garten der Berufsschule für Floristik und Gartenbau in Kagran.

Michael Mössmer (Kamera, Musik und Schnitt) hat sich für den in Schönbrunn entschieden, da er nämlich der einzige der rund 500 japanischen Gärten weltweit ist, der ohne japanische Hilfe und nur von Österreichern umgesetzt wurde.

Berichten zufolge soll er nach den Vorstellungen des Erzherzogs Franz Ferdinand angelegt worden sein. Der Thronfolger hatte im Rahmen seiner Weltreise 1892/1893 Japan besucht und war vom Kinkaku-ji Tempel in Kyoto tief beeindruckt. 1912 reisten k. und k. Gärtner zur internationalen Gartenschau nach London und kehrten, von der japanischen Gartenkunst beeindruckt, nach Wien zurück. Schon ein Jahr darauf errichteten sie den kleinen Garten beim Palmenhaus.

Während der beiden Weltkriege ist der Garten dann völlig unter Efeu verschwunden und es hatte sich niemand mehr darum gekümmert, bis 1996 eine japanische Delegation das Denkmal des Japanforschers und Sammlers Freiherr Heinrich von Siebold im Schloßpark besuchte.

Eine in Wien lebende Japanerin bemerkte dabei durch Zufall eine Stelle, die seltsame Unebenheiten aufwies und japanisches Flair verströmte. Sie berichtete ihrem in Japan lebenden Vater Eishin Harada, einem ausgewiesenen Fachmann für japanische Gärten, von dem vermutlichen Fund in Wien...

Deutsche Fassung:

<https://youtu.be/Vb8yW1nYzFc>

Englische Fassung:

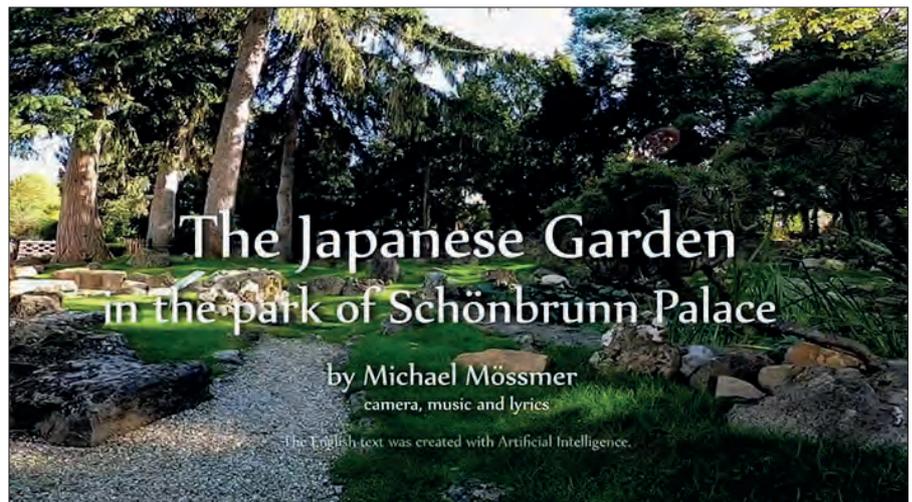
<https://youtu.be/c0-PbdoogsY>

Französische Fassung:

<https://youtu.be/oE4SLs9skYo>

Japanische Fassung

<https://youtu.be/0SqiHtGrgel>





Dieses Video soll zum Erkunden der wunderschönen Region im oberösterreichischen Salzkammergut einladen. Es ging mir darum, Stimmungen einzufangen und mit meiner eigenen Musik zusammenzuführen.

Gmunden selbst kommt hier kaum vor, da es sehr viele Videos über die Stadt selbst gibt. Meines ist deren Umgebung gewidmet...

Michael Mössmer

<https://youtu.be/SCOSXmHX4fM>